Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

7. Januar 1980
Jg. 8 Nr. 2

Ausgabe für die Bezirke Flensburg-Westküste, Holstein, Hamburg-Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 70 Pfg.
D 21060 C

Khieu Samphan: Die ganze Nation zusammenschließen

z.frb. Der zentrale Gedanke des Programms, das die Patriotische und Demokratische Front der großen Nationalen Einheit Kampucheas ausgearbeitet hat, ist es, alle Kräfte der ganzen Nation zusammenzuschließen, die vietnamesische Aggression zu bekämpfen und Kampuchea zu retten. Dies erklärte Khieu Samphan, der neue Ministerpräsident des Demokratischen Kampuchea und provisorischer Vorsitzender der Front, in einem Interview gegenüber Xinhua am 27.12. „Dies ist unsere neue strategische Politik und Aufgabe", fügte er hinzu. Pol Pot, Vorsitzender der obersten Kommission und Oberbefehlshaber der Nationalen Armee des Demokratischen Kampuchea, gab in einem Gespräch mit Xinhua am selben Tag einen Überblick über die militärische Lage. Er wies darauf hin, daß die Aggressoren wachsende Schwierigkeiten haben.

KP Thailands für Einheitsfront gegen die Aggressoren

z.hej. In einem Interview mit der „Stimme des Volkes" (einem Rundfunksender) hat sich ein Vertreter der KP Thailands Mitte Dezember für eine Einheitsfront gegen eine sowjetisch-vietnamesische Aggression ausgesprochen. „In dem Aggressionskrieg gegen Kampuchea sieht sich Vietnam großen Schwierigkeiten gegenüber. Aber die Vorherrschaft in Südostasien ist das gemeinsame Ziel der Sowjetunion und Vietnams ... Weil die Einnahme Kampucheas nicht so verlaufen ist wie erwartet, sind die Okkupationspläne gegen Thailand zurückgestellt worden ... Aber sie warten nur auf die günstige Zeit und Gelegenheit ... Wir sind bereit und Willens, uns mit allen politischen Parteien und Patrioten aus allen Kreisen zusammenzuschließen, um die Invasoren aus Thailand zurückzudrängen und unser geliebtes Thai-Territorium bis zum Ende zu verteidigen ..."

Aktionseinheit gegen weißen Terror im Süden der USA

z.gek. Am 2. Februar wird in Greensboro, Nord-Karolina, einem alten Zentrum der Textilindustrie, eine zentrale Demonstration gegen den zunehmenden weißen Terror von Ku-Klux-Klan-Banden abgehalten werden, mit dem die herrschende Klasse die Fortschritte der nationalrevolutionären Bewegung der Afro-Amerikaner wie der Arbeiterbewegung im Süden der USA zurückzuschlagen sucht. Unter den Augen der Polizei konnten Klan-Leute (auch im ZDF zu besichtigen) im November in Greensboro eine Demonstration der Communist Workers Party zusammenschießen; vier führende Mitglieder starben. Die Konferenz in Atlanta, einberufen von der Leitung der (afroamerikanischen) Kirchen des Südens, führte zu einer breiten Koalition demokratischer und revolutionärer Kräfte für die Aktion am 2. Februar.

Die Sowjetvölker bekämpfen die großrussische Vorherrschaft

z.rua. Am 26.12. veröffentlichte das Statistische Zentralamt der UdSSR das Ergebnis der Volkszählung vom Januar 1979. Danach wuchs die Bevölkerung seit 1970 jährlich um 1% auf 262,4 Mio; der Anteil der Stadtbevölkerung von 56 auf 62%. Obwohl die Russen – zu denen die neuen Zaren auch die sibirischen Völker der RSFSR rechnen – noch 52% der Gesamtbevölkerung ausmachen, sinkt ihr Anteil am Bevölkerungs*zuwachs* seit 1959 auf den Nullpunkt. Dem steht ein überdurchschnittliches Wachstum von 2% vor allem der zentralasiatischen Völker gegenüber. 62,7 Mio. Sowjetbürger, nichtrussischer Nationalität wenden Russisch als *Zweit*sprache an. Wenig dafür, daß Russisch in allen öffentlichen Einrichtungen Pflicht werden soll. Was die Statistik nicht erwähnt: 50,27 Mio. Sowjetbürger weigern sich überhaupt, Russisch zu sprechen.

Supermächte bekriegen sich an südöstlicher Flanke Europas

Sowjetischer Vernichtungsfeldzug in Afghanistan verlustreich / Carter betreibt Militärbasenausbau

z.pel. Eine Woche nachdem die ersten 10000 Mann der sowjetischen Interventionstruppen unter dem Vorwand einer „äußeren Bedrohung" in Afghanistan eingefallen sind, haben diese sich ihrer eigentlichen Aufgabe zugewandt. Der Vernichtungsfeldzug gegen die afghanische Befreiungsbewegung hat begonnen. Drei Divisionen, darunter eine Elitedivision von in Osteuropa stationierten Luftlandetruppen, standen am 2. Januar im Land, täglich werden Verstärkungen eingeflogen. Von Kabul aus, entlang der wenigen großen Straßen vorstoßend, suchen die Sozialimperialisten die von der Regierung Amin verlorene Herrschaft über das Land zurückzugewinnen; erstes Ziel ist offensichtlich die Besetzung der Provinzstädte Jalabad im Osten, Kandahar im Südosten und Herat im Westen. Schon bei diesen Vorstößen kommen die sozialimperialistischen Truppen nur stockend voran. Die französische Zeitung „Le Monde" meldet am 5.1. heftige Kämpfe v.a. im Nordosten und im Osten des Landes. Jalabad, keine 80 Kilometer von Kabul entfernt, wird weiterhin von der afghanischen Befreiungsbewegung kontrolliert, deren verschiedene Gruppen sich am 3. Januar unter dem militärischen Oberkommando der größten Organisation Hezbi Islami zusammengeschlossen haben. Die afghanische Armee ist in Auflösung begriffen, ganze Truppenteile wechseln in voller Bewaffnung auf die Seite des Volkes, die Truppen in Kabul sind von den Sozialimperialisten entwaffnet worden.

Selbst die Hofberichterstatter der Neuen Zaren müssen die Behauptung vom Kampf gegen die „äußere Bedrohung" fallenlassen und basteln schon an einer Auffangstellung, von der her sie die fortdauernde Besetzung des Landes begründen können. „Iswestia" zitiert am 3.1. eine ihrer Marionetten, die Unterrichtsministerin: „Die Feinde der Revolution rackern sich ab, der Volksmacht Widerstand entgegenzusetzen. Dazu nutzen sie die Tatsache, daß die Mehrheit der Einwohner ungebildet ist. Unsere Feinde, darunter kleine Gruppen von Maoisten, suchen sich zu vereinen." Und „Prawda" kündigt am gleichen Tag an: „Diese Banden ... behindern das Funktionieren des Transports ... Es wäre ein Irrtum zu meinen, die Konterrevolutionäre hätten die Waffen niedergelegt, ... in einem Viertel Kabuls sind mehrmals Kämpfe ausgebrochen, ... ähnliche Zusammenstöße ereigneten sich an mehreren Stellen des Landes."

Der Verweis auf „Transportprobleme" und die Hetze gegen die „ungebildeten Einwohner" sind untrügliche Zeichen für die Verstrickung der Okkupationstruppen im sich verstärkenden Volkswiderstand. Wie jedoch der „Prawda"-Kommentar schon andeutet, kann man keineswegs davon ausgehen, die Sozialimperialisten würden sich dadurch zu raschem Rückzug zwingen lassen. Im Gegenteil ist zu erwarten, daß sie in der Konsequenz imperialistischer Logik einen wahren Vernichtungsfeldzug gegen das afghanische Volk entfesseln werden. Ihr Kalkül dabei ist, daß die Wirkung ihrer Aggression auf die angrenzenden Staaten der Region, v.a. Pakistan und Iran, in dem Maße steigen wird, wie es ihnen gelingt, den Widerstand des afghanischen Volkes rasch zu ersticken. Die chinesische Regierung hat in ihrer Erklärung gegen die sozialimperialistische Aggression den sowjetischen Hegemonismus als „höchst abenteuerlich mit unbegrenzten Aggressionsabsichten" charakterisiert. Das ist ziemlich treffend. Ihre ökonomische Unterlegenheit gegenüber der anderen Supermacht treibt die Sozialimperialisten im Kampf um die Welthegemonie zu immer gewagteren Schritten. Dabei muß sie das Risiko eingehen, ihren bei einer Reihe von Ländern der Dritten Welt noch vorhandenen Kredit zu verspielen.

Die Besetzung Afghanistans zielt über den unmittelbaren Zweck hinaus auf Pakistan und den Zugang zum Indischen Ozean, der es der Sowjetunion ermöglichen würde, schneller die notwendigen Truppen heranzuführen, um die US-Imperialisten beim Kampf um Europa von ihren strategischen Reserven im Nahen Osten v.a. der arabischen Halbinsel abzuschneiden. Der NATO-Beschluß über die Stationierung von Nuklearraketen in Westeuropa, der die US-Imperialisten in die Lage versetzt, jederzeit rasch in die Aufstellungsräume der sowjetischen Armee hinein zuzuschlagen, wird den Schritt der Sozialimperialisten beschleunigt haben. Zudem hatte die US-Supermacht in den letzten Wochen erhebliche Aktivitäten entfaltet, ihrerseits ihre Position an der Südostflanke Europas zu stärken. Eine Delegation des Pentagon war im Dezember in Somalia, Kenia und Oman, um diese Staaten zu pressen, den US-Imperialisten Hafen- und Luftstützpunkte zu gewähren, die Basis Diego Garcia südlich des Indischen Subkontinents im Indischen Ozean wird ausgebaut. Und wie der Zufall so spielt, reist eine Abordnung des Pentagon in dem Moment zu Verhandlungen über die US-Militärstützpunkte in die Türkei, in dem der türkische Generalstabschef die Regierung unter Androhung des Militärputsches auffordert, endlich die Volksbewegung niederzuwerfen.

Hofften die Sozialimperialisten, die Interventionsvorbereitungen des US-Imperialismus gegen Iran und seine Bemühungen um eine UNO-Mehrheit für die Tolerierung ihrer Aktion zu nutzen, so hat Carter erstmal entschieden, den Handel *jetzt* nicht zu machen und stattdessen die Bedrohung durch den Sozialimperialismus zu eigenen Vorstößen in der Dritten Welt zu nutzen. Für die Völker ist das die Alternative zwischen Tiger und Wolf. Der Revolutionsrat des Iran hat erklärt, die „sowjetische Aggression ... zeigt der iranischen Nation, daß die Supermächte entgegen ihren sichtbaren Bekundungen jede Gelegenheit nutzen, die Welt zu teilen." In vielen Ländern der Dritten Welt ist gegen den Sozialimperialismus demonstriert worden.

Türkei: verschärftes Kriegsrecht, Massenverhaftungen von Arbeitern, Schülern, Studenten



Bis zum 9. Januar müssen die Stützpunktverhandlungen mit den USA abgeschlossen sein – diese Zusage hat die Regierung Demirel auf der NATO-Ratstagung machen müssen. Die 26 Überwachungsstationen sowie der Luftstützpunkt für Kampfbomber bei Adana sind für die USA bei jeder Intervention im Golf-Gebiet kriegsentscheidend. – Im Innern schlägt die Regierung Demirel mit Kriegsrecht und faschistischer Unterdrückung auf die Arbeiter- und Volksbewegung los. Die faschistische MHP sitzt in der Regierung. Am 24. Dezember schossen Armee und Polizei in fast allen Städten der Türkei auf Demonstranten und Streikende, die Aufhebung des Kriegsrechts und Demokratie forderten.

Die Gemeindefinanzen hat der Bund unter der Fuchtel

Selbständige Finanzrechte bleiben ihnen nur bei Hundesteuer und Gebühren

z.mif. Zu etwa einem Drittel bestehen die Einnahmen der Gemeinden aus Steuern. Der Rest sind einerseits Gebühren, andererseits Zuweisungen des Bundes und der Länder. Die hauptsächlichen Gemeindesteuern sind die Gewerbe- und die Grundsteuer. (Die Lohnsummensteuer ist durch Bundessteuerreform ab 1980 abgeschafft.) Ferner kassieren die Gemeinden, nach Bundesländern unterschiedlich, Vergnügungs-, Hunde-, Getränke-, Schankerlaubnis-, Jagd- und Fischerei- und andere Steuern, etwa eine halbe Milliarde im Jahr.

1969 verabschiedete der Bundestag die Gemeindefinanzreform. Seitdem müssen die Gemeinden etwa ein Drittel der Gewerbesteuer an Bund und Länder abführen und werden stattdessen an der Einkommensteuer mit 14% beteiligt. Das bedeutet für die Gemeinden zwar höhere Einnahmen, vor allem durch die explodierende Lohnsteuer. Aber gleichzeitig sind sie noch mehr an die Fiskalpolitik des Bundes gebunden; auf die Höhe der Einkommensteuer haben sie keinerlei Einfluß. Nach dem Grundgesetz, neu gefaßt 1969, werden die Steuern, soweit nicht durch Bundesfinanzbehörden verwaltet, durch die Länder verwaltet, die den Gemeinden die Verwaltung der ihnen zufließenden Steuern übertragen *können*. Auch das Gewerbe- und Grundsteuergesetz sind Bundesgesetze, die den allgemeinen Rahmen festlegen und den Gemeinden nur einen gewissen Spielraum bei der Höhe des Steuersatzes lassen. Der Gewerbesteuerfreibetrag wurde ab 1980 von 24000 auf 36000 DM erhöht.

Die gesamten Steuereinnahmen der Gemeinden betrugen 1978 34 Milliarden DM, die Zuweisung aus der Einkommensteuer 18 Milliarden, Gebühren und sonstige Einnahmen 26 Milliarden. Insgesamt, einschließlich dem Investitionshaushalt, in den noch einmal zweckgebundene Bundes- und Landesmittel von 12 Milliarden fließen, weist der gesamte Gemeindehaushalt 1978 Einnahmen von 110 Mrd. DM aus.

Dem stehen Schulden von 88 Milliarden gegenüber, es ist also fast die gesamte Einnahme der Kommunen im Besitz der Banken. Die Bankschulden steigen um etwa eine Milliarde pro Vierteljahr. Fünfeinhalb Milliarden DM Zins streichen die Banken dafür 1978 ein. Die Ausgaben für Schuldentilgung liegen kaum höher, alte Kredite werden mit neuen, noch höheren zurückgezahlt. Die Stadtkämmerer wissen durchaus, daß sie ausführendes Instrument sind, nennen freilich das Finanzkapital nicht beim Namen: „Unsere Investitionsfinanzierung ist und bleibt eine teuere, eine abhängige, eine fremdgesteuerte, eine unbewegliche Finanzierung, weil wir über zu geringe Eigenmittel verfügen und weitgehend fremdfinanzieren müssen" (Stadtkämmerer von Wilhelmshaven, in: Kommunalwirtschaft 3/79). H. Schmidt verlangte – als Finanzminister – 1973 ausdrücklich, daß „dem Bund direkte Einflußmöglichkeiten auf die Gestaltung der Haushalte von Ländern und Gemeinden gegeben" werden müßten (Handelsblatt 3.9.73).

Freie Hand haben die Gemeinden nur bei den „kleinen Gemeindesteuern" auf Getränke, Vergnügen und Hundehaltung sowie bei den Gebühren. Aus den Monopolen der Gemeinden vom Trinkwasser über den Nahverkehr bis zur Beerdigung werden hohe Tribute gepreßt: 1975 16,9 Mrd. DM, 1976 18,5 Mrd., 1978 etwa 24 Milliarden.

Britische Stahlarbeiter streiken gegen 6%-Angebot des Stahlmonopols BSC



Seit dem 2.1. stehen die Stahlarbeiter im Streik gegen die Lohnsenkungspläne der BSC-Kapitalisten. Japanische, westdeutsche und französische Stahlgewerkschaften unterstützen den Streik bereits (s. Seite 11).

z.jük. **„Durch Fährnisse und Untiefen, die jenseits unserer Grenzen entstanden waren, sind wir 1979 abermals gut hindurchgekommen."** Aber, so Schmidt in seiner Neujahrsrede, 1980 kann einiges kommen. Zwar, „keiner könnte heute genau vorhersagen, welche Risiken und welche Gefahrenmomente uns in den kommenden zwölf Monaten von draußen bedrängen können", aber sicher ist nach Schmidt, daß sie von *dort* kommen, und so soll sich niemand wundern. Denn: „Jeder von uns hat inzwischen verstanden, welche Unsicherheiten für die Energieversorgung der ganzen Welt entstanden sind." Deshalb: „Es wäre gut, wenn wir die manchmal mißverstandene deutsche Tugend der Disziplin gerade beim Energiesparen erneut beweisen könnten." Zumal: „Das kommende Jahrzehnt kann schwierig werden. Nicht nur wegen der Unsicherheiten der Energieversorgung, die ganze Welt ist in Unruhe ... dabei können wir unsere Beunruhigung über das Vorgehen der Sowjetunion ... nicht verschweigen." Geradezu eine Oase des Friedens hier in der BRD. Seine Beunruhigung über die Entwicklung der Arbeiterbewegung hier hat er nicht ausdrücklich betont, aber die Erinnerung an die Tugend der deutschen „Disziplin" ist auch nicht gerade hintenrum. Es war plump, das ganze, Sozialchauvinismus, und etliche dürften es gemerkt haben. Aber man kann sich in der nächsten Zeit auf einiges in dieser Richtung einstellen. Zumal verdeckt werden soll, daß Anfang dieses Jahres eine Flut von Gesetzen und Verordnungen in Kraft treten, die u.a. „Disziplin" erzwingen sollen, z.B. bei der Einkassierung von Lohngeldern durch den imperialistischen Staatsapparat.

z.wom. **Der Bundesjugendausschuß der ÖTV hat beschlossen, am 28. Januar zur Durchsetzung der Forderungen im Manteltarifvertrag für Auszubildende schwerpunktmäßige Warnstreiks im Bundesgebiet durchzuführen.** Im Bereich Weser-Ems soll bei den Auszubildenden am Marinearsenal Wilhelmshaven und in den Krankenhäusern ganztägig gestreikt werden. Der Hauptvorstand hat den Beschluß des BJA entgegengenommen und die

die Tagesordnung, bei Schluß, Unterbrechung oder Vertagung der Aussprache". Sie dürfen höchstens fünf Minuten dauern.

z.haj. **Auf 11 Milliarden DM ist die Steuerschuld im Jahre 1978 angewachsen.** Diese Steuerschuld teilte sich zum 30. November 1978 nach den Angaben der Bundesregierung auf in 7,2 Mrd. DM „echte Rückstände", 1,1 Mrd. DM gestundete Steuer und 2,7 Mrd. DM „ausgesetzte Steuerforderungen". Bezogen auf das Kassensoll der Finanzämter von 230 Mrd. DM, in dem u.a. Zölle und Gemeindesteuern nicht enthalten sind, machen diese 11 Milliarden DM 4,8% Steuerrückstand aus. Es sind nicht gezahlte Steuern der Kapitalisten. Bevor der Arbeiter seinen Lohn überhaupt in Händen hält, hat der Kapitalist ihm schon die Lohnsteuer abgezogen. Für den verbliebenen Lohn kann der Arbeiter sich nichts kaufen, ohne mit dem Preis der Waren auch die inbegriffene Mehrwertsteuer zu zahlen. Auf dieser indirekten und direkten Besteuerung der lohnabhängigen Massen beruht der Staatshaushalt der herrschenden Klasse im wesentlichen. Die Ablieferungsmoral der Kapitalisten für diese Steuern soll sich verbessert haben, so daß jetzt die Rückstandsquote mit 0,93% auf die Lohnsteuerforderungen deutlich über dem Durchschnitt von 4,8% insgesamt läge. Bei der Mehrwertsteuer habe sich die Rückstandsquote von 9,2% 1977 auf 7,8% 1978 verringert. Das macht rund 800 Mio. DM von den Kapitalisten vorübergehend zinslos verwendeter Mehrwertsteuern aus. An der Spitze der Steuerschulden der Kapitalisten stehen 20% Rückstände an Erbschaftssteuern und 10,4% Rückstand an veranlagter Einkommensteuer. Diese etwa 4 – 5 Mrd. DM, die die Kapitalisten auf den Gewinn als Anteilseigner usw. bisher nicht gezahlt haben, machen fast die Hälfte ihrer Steuerschuld aus. Mit Einzug dieser Milliarden Rückstände von den Kapitalisten könnten Matthöfers Sorgen über Verunsicherung der Haushaltsgrundlage infolge der geforderten Lohnsteuersenkung leicht behoben werden. Aber die herrschende Klasse rechnet entgegengesetzt, und Matthöfer ist ihr Minister.

anlagter Einkommensteuer. Diese etwa 4 – 5 Mrd. DM, die die Kapitalisten auf den Gewinn als Anteilseigner usw. bisher nicht gezahlt haben, machen fast die Hälfte ihrer Steuerschuld aus. Mit Einzug dieser Milliarden Rückstände von den Kapitalisten könnten Matthöfers Sorgen über Verunsicherung der Haushaltsgrundlage infolge der geforderten Lohnsteuersenkung leicht behoben werden. Aber die herrschende Klasse rechnet entgegengesetzt, und Matthöfer ist ihr Minister.

Vereinheitlichung der Bereitschaftspolizei

Bürgerkriegstruppe: „Anforderungsprofil" stimmt noch nicht / Anwendung der PDV 100

z.bil. Seit Monaten verhandelt die Zeitschrift „Polizei" das Problem einer einheitlichen Ausbildung der Bereitschaftspolizei. Die Schwierigkeiten in der Anwendung des einheitlichen Polizeigesetzes und der Durchführungsverordnung PDV 100 stellen sich im personellen Einsatz der Polizeibeamten. Nachdem die Führungsstäbe rund um die Uhr im Lagezentrum des Bundesinnenministeriums, in Ländern und Großstädten ausgebaut und mit Dateien (Führungsleitrechnern), wie Objektdatei, Führungsdatei, Verkehrswegedatei, Führungs- und Einsatzmitteldatei, Kräftedatei und Maßnahmendatei ausgestattet sind, stellt sich als entscheidende Frage die Anwendung des Waffengeräts im *Einsatz* selbst. „Jahrelange Tätigkeit als Einzeldienstbeamter fördert nicht die Bereitschaft und Fähigkeit, in Alarmhundertschaften optimal mitzuwirken." Dieser Widerspruch zwischen der Tätigkeit des Einzeldienstbeamten und dem Einsatz in geschlossener Truppe kennzeichnet die Schwierigkeiten. Einzeldienstbeamte können ihre Tätigkeit leichter dem System von Befehl und Gehorsam entziehen; Verbindungen bestehen zu den Massen, all das begründet die Gefahr der Einsatzverweigerung.

Das Ausbildungsprogramm der Bereitschaftspolizei sieht diesen Widerspruch und zielt auf moralische und ideologische Aufrüstung für den Einsatz und Vereinheitlichung der Truppen mit Drill. „Psychologische Ausbildung" und der „Bezug zur Praxis", „jede Ausbildung soll mit einer Besprechung der Anlässe und Hintergründe beginnen, wobei deutlich herausgestellt werden soll, welches Ziel am Ende der Behandlung des Themas steht", lauten die Anweisungen an die Polizeiführer. So das „typische Beispiel einer gewalttätigen Demonstration": „Es erfolgt eine organisierte Anreise. Zentraler Sammelort in den Abfahrtsstädten, gemeinsamer Anmarsch aus verschiedenen Bezirken, Kennzeichnung auf Transparenten, Bussen, PKW; Sturmgerät (Seile, Stangen, Bolzenschneider, Eisensägen, Zwillen, Steine, Brennschneider usw.); schweres Gerät wird zum Kundgebungsort und damit zum Tatort transportiert ..." („Die Polizei" 12/79). Weil die Aufrüstung der Truppe den Erfahrungen der Polizeibeamten, gerade wenn sie aus dem Einzeldienst kommen, widerspricht, wird der Drill verschärft: „Der Einsatz bei unfriedlichen Demonstrationen muß bis zur Perfektion mit verschieden starken und wechselweis besetzten Kräftegruppierungen trainiert werden. Es ist besser, nur einige wenige taktische Maßnahmen zu Verhaltens*automatismen* zu trainieren, dafür aber die Führungs- und Einsatzmittel von der ersten bis zur letzten Ausbildungsminute zu garantieren." Bestimmte „Lagen" sind „bis zum Automatismus zu trainieren". Die „große Aufgabe", die heute das Problem ist: die Abrichtung der Truppe für den Großeinsatz. Die Dressur von Zirkustieren mag einfacher sein, und ob bei ausreichender „Konditionierung" und Drill Überzeugung und „sogar Begeisterung" sich bei den Polizeibeamten einstellt, ist angesichts der Herkunft der Masse der Polizeibeamten und ihren wachsenden gewerkschaftlichen Bestrebungen zweifelhaft.



Schlagstocktraining. „Die Spitze des Schlagstocks im Ärmel erhöht die Stoßwirkung", propagiert die „Polizei" die Methoden

Küng gefeuert – Wojtyla pflegt beste Kirchentradition

z.maf. „Professor Hans Küng weicht in seinen Schriften von der vollständigen Wahrheit des katholischen Glaubens ab. Darum kann er weder als katholischer Theologe gelten, noch als

Rang und die Seinshöhe Gottes einnimmt, ist er trotz aller Klärungsversuche einem entschiedenen und ins verbindliche Wort gefaßten Bekenntnis ausgewichen. Seit alter Zeit bekennen

seitige hin verstanden zu werden. Entwickelt nun die Theologie Ansichten von der Menschlichkeit Jesu Christi, so verschwindet die Einmaligkeit seines Erlösungswerkes mit der Einzigartig-

„jede Ausbildung soll mit einer Besprechung der Anlässe und Hinter-

Schlagstocktraining. „Die Spitze des Schlagstocks im Ärmel erhöht die Stoßwirkung", propagiert die „Polizei" die Methoden

z.wom. **Der Bundesjugendausschuß der ÖTV hat beschlossen, am 28. Januar zur Durchsetzung der Forderungen im Manteltarifvertrag für Auszubildende schwerpunktmäßige Warnstreiks im Bundesgebiet durchzuführen.** Im Bereich Weser-Ems soll bei den Auszubildenden am Marinearsenal Wilhelmshaven und in den Krankenhäusern ganztägig gestreikt werden. Der Hauptvorstand hat den Beschluß des BJA entgegengenommen und die Bezirkssekretäre damit beauftragt, zu prüfen, wo Schwerpunktstreiks möglich sind. Einige Forderungen sind: „Die Auszubildenden in der Krankenpflege sollen in den MTV aufgenommen werden. Jederzeitige Einsicht in die Personalakten. Keine Akkord-, Schicht-, Mehr- und Nachtarbeit. Keine Ausbildung an Sonnabenden, Sonn- und Feiertagen. Keine Anrechnung der Auszubildenden auf die Stellenpläne, Bezahlung aller Ausbildungskosten durch den Dienstherren, einschließlich Prüfungsgebühren und Fahrtkosten."

z.elf. **Der Geschäftsordnungsausschuß des Bundestages hat Ende letzten Jahres einen neuen „Entwurf einer Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages" vorgelegt.** Aus dem „bürgernahen Parlament", womit Ende der sechziger Jahre die „Außerparlamentarische Opposition" geleimt werden sollte, ist nichts geworden. Die Geschäftsordnungsreformen dreier bisheriger Wahlperioden haben nicht zu einer „lebhafteren Gestaltung der Plenardebatte" geführt, klagt der Ausschuß; die Parlamentarier seien oft nicht einmal bei der Beantwortung ihrer eigenen Fragen in der Fragestunde anwesend gewesen. Herausgekommen ist bei der Tätigkeit des Parlamentes ansonsten zu wenig: nur 147 Gesetze haben Bundestag und Bundesrat in den ersten beiden Jahren der 8. Wahlperiode gegenüber 516 Gesetzen in der 7. Periode verabschiedet. Zur „Straffung der 2. und 3. (Gesetzes-)Beratung" soll deshalb der neue Entwurf unter anderem dienen. Gesetzesentwürfe, sofern sie überhaupt in 2. und 3. Lesung beraten werden, können aus der 3. in die 2. Lesung nur noch zurückverwiesen werden, wenn der zuständige Ausschuß Änderungen gegenüber der 2. Beratung vorlegt. „Eine Beratung der Gesetzesentwürfe in drei Lesungen (ist) weder ausdrücklich durch das Grundgesetz vorgeschrieben, noch als Verfassungsgewohnheit anzusehen ..." Die Pflicht der Bundesregierung, über die Ausführung der Beschlüsse Auskunft zu erteilen, soll ganz entfallen. Bei „Vorlagen ..., die der Unterrichtung des Bundestages dienen (Berichte, Materialien, Nachweisungen und ähnliches) kann der Präsident ganz oder teilweise von der Drucklegung und Verteilung absehen" und eine Übersicht über die Vorlagen zusammenstellen, die zur Einsicht ausliegen. Sind bisher Erklärungen „außerhalb der Tagesordnung" möglich gewesen, so im Entwurf nur noch „vor Eintritt in



z.brb. **Die Bundesregierung hat Ergebnisse ihres Flugzeugmeßprogramms über die Verschmutzung der Deutschen Bucht veröffentlicht.** Zur Untersuchung der chemischen Verschmutzung, der Oberflächentemperatur und der Verteilung der Schwebstoffe im Meer wurde im Rahmen eines Forschungsprogrammes des Bundesforschungsministers zur Fernerkundung von Umweltschäden eine schnelle und billige Methode entwickelt. Dazu wurden die traditionellen Meßergebnisse eines Forschungsschiffes mit einer neu entwickelten multispektralen Aufnahmetechnik von Flugzeugen aus verglichen. Untersucht wurde die Verteilung von Abfallösungen – hauptsächlich Eisensulfat, Schwefelsäure und Titanoisulfat –, von denen die Titangesellschaft in Nordenham täglich ca. 1800 t etwa 14 Seemeilen nordwestlich von Helgoland ins Meer abläßt. Durch die Flugzeugmessung können die Kapitalisten die Strömung optimal zur breiten Verteilung ihrer Abfälle ausnutzen. Die meist langfristig und weitflächig auftretenden Meeresschädigungen können ihnen dann nicht mehr nachgewiesen werden. Daß es ihnen auch um nichts anderes geht, zeigt deutlich die auf die Meeresoberfläche eingeschränkte Untersuchungsmethode, was tiefer im Meer passiert, interessiert sie schon überhaupt nicht mehr.

Küng gefeuert – Wojtyla pflegt beste Kirchentradition

z.maf. „Professor Hans Küng weicht in seinen Schriften von der vollständigen Wahrheit des katholischen Glaubens ab. Darum kann er weder als katholischer Theologe gelten, noch als solcher lehren." Mit dieser päpstlich gebilligten Beurteilung beendete die „hl. Kongregation für die Glaubenslehre" kurz vor Weihnachten die Laufbahn des an der Tübinger Universität als Professor tätigen Hans Küng. Der Bischof von Rottenburg-Stuttgart entzog die „misa canonica". Küng ist Professor gewesen. Er kann in der Zukunft von keinem katholischen Institut oder Unternehmen für Lehrzwecke eingestellt werden. Der hl. Vater hat seine väterliche Hand auf Küng herabsausen lassen im besten Behördenstil (übrigens wurden noch etliche hierzulande nicht so bekannte holländische, lateinamerikanische und auch US-amerikanische Theologen gestreift). Wieso hat es Wojtyla so pressiert, die Auseinandersetzung mit Küng und den anderen ist über zehn Jahre alt, und diese Methoden sind nirgendwo beliebt. – Auskunft bietet die Stellungnahme des Vorsitzenden der deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Höffner:

„In der zentralen christologischen Frage, ob Jesus Christus wirklich Gottes Sohn ist, d.h. unvermindert den Rang und die Seinshöhe Gottes einnimmt, ist er trotz aller Klärungsversuche einem entschiedenen und ins verbindliche Wort gefaßten Bekenntnis ausgewichen. Seit alter Zeit bekennen die Christen ‚wir glauben ... an den einen Herrn Jesus Christus, Gottes eingeborenen Sohn, aus dem Vater geboren vor aller Zeit; Gott von Gott, Licht vom Licht, wahrer Gott vom wahren Gott, gezeugt, nicht geschaffen, eines Wesens mit dem Vater' (so im großen Glaubensbekenntnis von Nizäa 325). Dies hat Konsequenzen für unser Heil: Wenn in Jesus Christus nicht Gott selbst sich für die Menschen hingegeben hat, dann fällt das Herzstück der christlichen Offenbarung. Alle Aussagen über die Menschlichkeit bzw. Menschheit Jesu sind für den christlichen Glauben nur wirklich bedeutsam, wenn sie innerlich mit dem wahren Gottsein Jesu Christi verbunden sind."

Es wäre irrig anzunehmen, um so was könne es nicht gegangen sein. Genau darum ging es zwischen Küng und dem hl. Vater Wojtyla, und zwar deswegen: Christus hat die Menschheit durch sein Opfer erlöst, und zwar aus der Sünde. In der Geschichte der Kirche lief der Begriff der „Erlösung" stets Gefahr, von Irregeleiteten statt auf das Jenseitige mehr auf das Diesseitige hin verstanden zu werden. Entwickelt nun die Theologie Ansichten von der Menschlichkeit Jesu Christi, so verschwindet die Einmaligkeit seines Erlösungswerkes mit der Einzigartigkeit seiner Person. Mit der Auflösung des jenseitigen Charakters der Jesusfigur verschwindet der jenseitige Charakter des Erlösungswerks. Auf ansonsten kirchlichem Boden vermöchte der Gedanke zu wuchern, es käme bei der Nachfolge Christi vorwiegend auf die Fortsetzung seines Erlösungswerkes, und zwar hier im Diesseitigen, an. Eines gibt das andere, am Schluß kommt es darauf hinaus, daß sich die unterdrückte Menschheit selbst zu befreien hätte und dies, weil es gottgefällig wäre. Wojtyla hat Remedur gemacht, weil die ganze Kirchengeschichte lehrt, daß diese Richtung (die übrigens stets in revolutionären Zeitläufen aufkam) nie zu einer Bereicherung des katholischen Glaubensgebäudes geführt hat, sondern in der Konsequenz: weg vom Mystizismus, weg von der Kirchenordnung, weg von der Metaphysik. Da ist es ganz unerheblich, wie Küng selber die Sache ansieht und ob er an eine Vereinbarkeit mit der katholischen Lehre glaubt; um die Folgen geht es, und da hat die Hl. Kongregation, der Papst und die Kurie schon die richtige Witterung.

z.juh. **(Asylberechtigte) Ausländer, die in Westdeutschland leben, haben sich jeder politischen Äußerung zu enthalten, die gegen die „derzeitige Regierung oder Repräsentanten und Einrichtungen" ihres Heimatlandes gerichtet ist und nicht „im Rahmen der in der BRD geltenden Gesetze" liege,** hat das Oberverwaltungsgericht Münster am 28.11.79 entschieden. Die Beziehungen der westdeutschen Imperialisten zu dem betreffenden Staat würden dadurch gefährdet. Das OVG fällte dies Urteil gegen einen Türken, der um politisches Asyl in Westdeutschland ersucht hatte und noch nicht politisch „in Erscheinung getreten" war. – Die westdeutschen Imperialisten haben die Erfahrung mit Iranern gemacht, daß diese auch in Westdeutschland aktiv die Revolution in ihrer Heimat unterstützen, und dabei die Lücke im Ausländerrecht festgestellt, daß sich erst strafbar macht (d.h. ausgewiesen werden kann), wer *bereits aktiv* revolutionäre Politik *betreibt*. Wie passend diese Gelegenheit, die Entsprechung zum §88a ins Ausländerrecht aufzunehmen!

z.gih. **Zusammen mit VW finanziert die Deutsche Entwicklungsgesellschaft (vorgesehener neuer Präsident: Bundespräsident a.D. W. Scheel) ein VW-Montagewerk in Ägypten.** Anfang 1980 soll mit dem Bau begonnen werden, und ab 1982 sollen jährlich 10000 VW-Käfer montiert werden. VW hat gegenüber Ägypten durchgesetzt, daß VW Mehrheitseigner wird. In Argentinien wird das Chryslerwerk aufgekauft. In Brasilien, Südafrika, Belgien, Indonesien, Mexiko, Nigeria, Jugoslawien und den USA ließ der VW-Konzern 854778 Autos im Jahre 1978 bauen.

z.mif. **Die Firma Heinz Nixdorf, Computer, 148 Mio. Stammkapital, ist auch in Brasilien bekannt: als Bauernvertreiber.** In Pará im Amazonasvorland kaufte Nixdorf 1978 48000 ha Land und vertrieb nach einer brasilianischen Pressemeldung die dort ansässigen 300 Siedlerfamilien. Der Vertreibungsvorwurf ist frei erfunden, versicherte Nixdorf der Bundesregierung, vielmehr hätten „professionelle Landbesetzer Unruhe in der Region geschaffen und Eigentum angegriffen". Mittlerweile hat er ein Gerichtsurteil erwirkt, das ihm den Besitztitel für sein „Agrar- und Holzwirtschaftsprojekt" zuspricht. So berichtete Hamm-Brücher im Bundestag. Das vagabundierende Nixdorf-Kapital sprießt aus Steuergeldern, mit denen Nixdorf jahrelang als Computerhoffnung gepäppelt wurde.

z.eve. **Das Oberverwaltungsgericht Münster hatte 1977 festgestellt, daß ein Kind, das bei seiner Tante wohnt, kein Pflegegeld erhält.** Das Jugendwohlfahrtsgesetz schreibt vor, daß, soweit der Anspruch des Kindes auf Erziehung von der Familie nicht erfüllt wird, die öffentliche Jugendhilfe eintritt. Das OVG Münster erklärt dazu, daß der Familienbegriff die Verwandten 3. Grades miteinschließt. Also nicht nur Eltern und Geschwister müssen in so einem Fall für das Kind aufkommen, sondern auch die Tanten und Onkel. Bundeskanzler Schmidt hat in seiner Neujahrsansprache in bezug auf die Rentner noch einen neuen Grad eingeführt. Auch Nichten und Neffen, also die Verwandten 4. Grades, sollen für die Rentner aufkommen. Da das Urteil des OVG Münster von 1977 ist, werden sicher verschiedene Gerichte bald die Anregung von Schmidt aufgreifen und den Familienbegriff noch einmal erweitern, schließlich geht es ja darum, daß die Volksmassen zahlen.

z.hej. **Die TÜV-Untersuchung für**

Afghanistan: Volkswiderstand gegen die Invasoren

Trübe Geschichte der „Saur-Revolution" / Breite Volkseinheit / Strategische Rolle Afghanistans

z.gek. In ihrer nun schon bekannten Blitzkriegsmanier haben Luftlande- und Panzertruppen der Sowjetunion zwischen dem 25. und 28. Dezember zuerst die Hauptstadt Kabul und die Städte im Norden des Landes gegen erheblichen Widerstand der Volksmassen und afghanischer Truppen eingenommen und sind von dort aus sogleich mit schnellen Panzerspitzen auf die übrigen Städte und Verkehrsknotenpunkte – Herat im Westen, Kandahar im Süden und Jalalabad im Osten, am Fuße des Khaiberpasses – vorgestoßen. Vor und in diesen Städten sind sie in verlustreiche Kämpfe verwickelt. Zugleich sind die auf dem Landweg nach Kabul in Marsch gesetzten Truppen, ebenso wie neue Divisionen, die im Norden die Grenze überschritten haben, unterwegs und in der Nähe von Kabul selbst in schwere Gefechte verwickelt. Gegen sie kämpfen nicht mehr nur die Armeen der aufständischen Bauern, meist unter dem Kommando islamischer Geistlicher, sondern auch der Großteil der vormals von sowjetischen Offizieren befehligten afghanischen Armee. Gerade die weitgehende Auflösung der afghanischen Armee und in ihrem Rücken der von der revisionistischen „Khalk"-Partei kontrollierten Verwaltungsorgane im November und der ersten Hälfte des Dezember hatte die Sozialimperialisten zu der massiven Invasion veranlaßt, um das strategische Faustpfand Afghanistan im Griff behalten zu können.

Der jetzt von den sowjetischen Invasionstruppen nach Kabul gebrachte Babrak Karmal, Vorsitzender des „Parcham"-Flügels der afghanischen Revisionisten, der Mitte 1978 ausgebootet worden war, hat über Rundfunk die „Rückkehr zu den Idealen der Saur-Revolution" vom April 1978 verkündet, die von seinem Vorgänger Amin verletzt worden seien. Aber die sowjetische Invasion macht den Charakter dieser „Saur-Revolution" nur vollends deutlich. Sie hatte von Anfang an sehr wenig mit der tatsächlichen Entwicklung der Klassenwidersprüche im Innern der afghanischen Gesellschaft, dagegen sehr viel mit den strategischen Aufmarschplänen der Sozialimperialisten zu tun. Militärputsche und feuerspeiende Vernichtungsfeldzüge sind die inzwischen schon regelmäßig angewandte Form derartiger vom Sozialimperialismus inszenierter „Revolutionen".

Die „Saur-Revolution" soll der Überwindung des feudalen Despotismus des afghanischen Königshauses und der neo-kolonialen Abhängigkeit des Landes gegolten haben, allgemein der Überwindung seiner Rückständigkeit. Feudale Reaktion, genährt vom Imperialismus, sei demgegenüber die Triebkraft des Kampfs der islamischen Widerstandsbewegungen, wogegen daher jede Niedertracht (wie z.B. systematischer Napalm-Bombenkrieg) erlaubt sei.

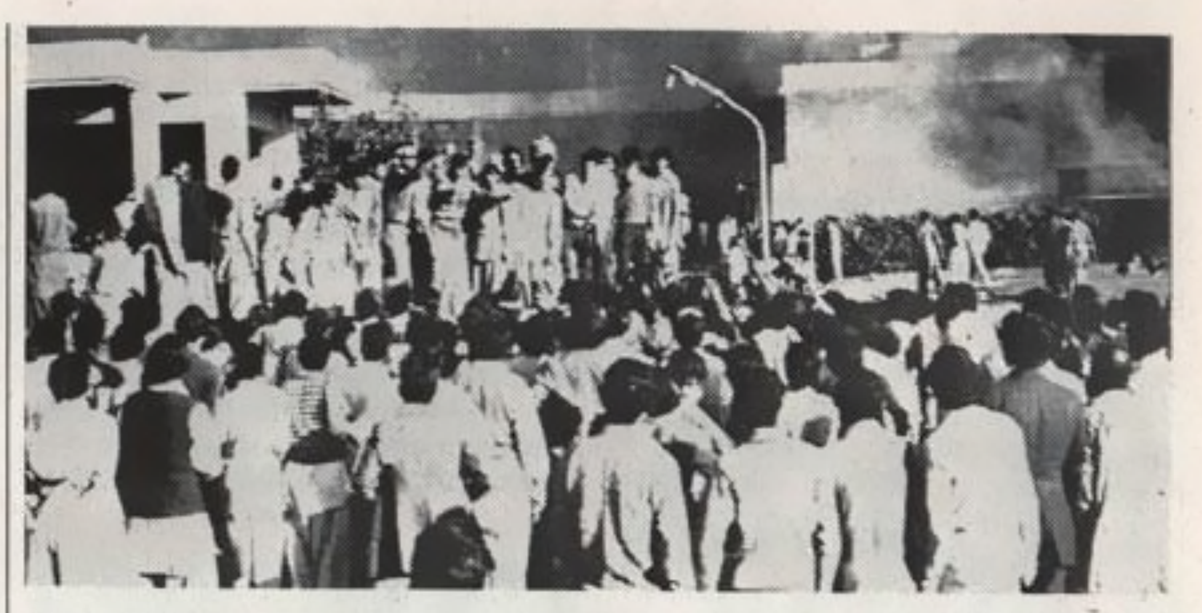
Tatsächlich haben sich die feudalen Abhängigkeiten in der Landbevölkerung (und noch immer leben 80% der Menschen auf dem Land) nur im seltensten Fall zu antagonistischen Klassenwidersprüchen fortentwickelt. Dem kargen Boden des Landes konnte seit altersher nur mit künstlicher Bewässerung, das hieß: mit gemeinschaftlicher Arbeit, das nötige abgerungen werden, oder durch extensive Weidewirtschaft, die wiederum die Erhaltung des Stammeseigentums voraussetzte. Weizen, andere Ackerbauprodukte sowie Erzeugnisse des Dorfhandwerks tauschen die ackerbauenden Stämme mit den Viehzüchtern, die Fleisch und Häute liefern – in diesen direkten Warentausch gehen bis heute 70% der landwirtschaftlichen Produktion ein. Geld forderte allerdings als Steuer die königliche Regierung. Die Bauern mußten mehr für den Markt produzieren, es entwickelten sich Schuld- und Knechtschaftsverhältnisse, größerer Landbesitz auf der einen und Landarmut auf der anderen Seite. Das Königshaus selbst war der größte Grundbesitzer. Aber die Regierung war auch notwendig, um das Land und seine Unabhängigkeit zu verteidigen. Und der König konnte sich nie über die Stammesräte erheben; die Stammesräte aber nie über die Masse der Stammesangehörigen. – Es ist wahr: sieht man von der Entwicklung einiger städtischer Industrien ab, waren diese Verhältnisse (und sind sie es noch) rückständig. Nichts ist daran idyllisch. Aber was hier gebraucht wird, ist eine Schritt für Schritt vorangehende neudemokratische Revolution, die sich auf ein sehr breites Klassenbündnis stützen kann und alle Vorzüge der traditionellen Produktionsweise mit der moderneren zu kombinieren hätte.

Davon war die „Saur-Revolution" der Revisionisten am Gängelband der Sozialimperialisten von vornherein völlig unterschieden. Die Sowjetunion hatte sich bis Mitte der 60er Jahre bereits (im Wettrennen mit den US-amerikanischen und westdeutschen Imperialisten) nicht nur den Zugriff auf die neuentwickelten Exportproduktionen gesichert (Erdgas und Baumwolle), sondern war mit ihren Fachleuten sogar direkt in die Planungsbüros der Regierung eingezogen. Ihre Vorschläge für die Entwicklung von Bergbau und Industrie, vor allem aber für die Entwicklung der Landwirtschaft, unterschieden sich dabei bemerkenswert wenig von denen der westlichen Entwicklungshelfer. Die Bauern sollten entweder als Kleineigentümer auf Staatskredit oder direkt als Arbeiter in staatlichen Genossenschaften auf die erweiterte Produktion von Exportprodukten angesetzt werden, und damit sollte der Industrialisierungsprozeß finanziert werden. Wenn sich aber in den letzten 20 Jahren antagonistische Klassenwidersprüche in der afghanischen Gesellschaft aufgetan haben, dann gerade in diesem „modernen" Sektor, wo sich bald wirklicher Großgrundbesitz, Zinsknechtschaft und Wucherpacht, schließlich Lohnarbeit in ihrer brutalsten Form breitmachten. Es ist diese Sorte Landreform, verbunden mit neo-kolonialer Ausplünderung, worin die Sowjetunion schon längst die Führung übernommen hat, die von den bäuerlichen Massen Afghanistans abgelehnt wird.

Seit der Antike bildet die Kontrolle der strategischen Pässe Afghanistans das Faustpfand für die Kontrolle der Landverbindungen zwischen Europa und Asien. Die afghanische Nation bildete sich im Kampf gegen die mehr als hundert Jahre dauernden Versuche der russischen Zaren, sich hierüber den Zugang zum indischen Subkontinent und Ozean zu verschaffen, und gegen die Versuche Großbritanniens, es als „natürlichen" strategischen Außenposten seinem Kolonialreich einzuverleiben. Erst 1878 gelang es den Briten, dem Emir von Afghanistan ihre außenpolitische Oberherrschaft aufzuzwingen. Die koloniale Durchdringung scheiterte. Und als die Oktoberrevolution die zaristische Bedrohung beseitigte, nutzten die afghanischen Volksstämme unter dem Emir Aman Ullah dies sofort, um die britischen Kolonialisten aus ihren Forts am Khaiber-Paß hinauszuwerfen. Seitdem war Afghanistan unabhängig – bis zur „Saur"-Revolution.



Hunderte von Panzern und Geschützen haben die Invasionstruppen eingeflogen. Es handelt sich um einen strategischen Vorstoß des Sozialimperialismus.



In der pakistanischen Hauptstadt Islamabad, in der zweitgrößten Stadt Lahore, in Karachi und in Rawalpindi gingen am 21. November des Vorjahres Botschaften und Konsulate der USA in Flammen auf. In Islamabad beteiligten sich über 10000 Arbeiter, Bauern, Studenten an den Demonstrationen.

Pakistan: Zia-Ul-Haq zögert – die Volksmassen ziehen die Front zu den Supermächten

z.anb. Der Sicherheitsberater Carters, Brzezinski, eröffnete der „Financial Times" in der vergangenen Woche einen Sinneswandel seiner Regierung: man habe sich entschlossen, Pakistan wieder US-Militärhilfe in beträchtlichem Umfang zukommen zu lassen, mehr noch, man sei bereit, dem Land die Zusicherung zu geben, im Falle der Bedrohung seiner territorialen Integrität durch Übergriffe der Sowjetunion von Afghanistan aus jegliche Unterstützung – „wenn nötig mittels Gewalt" – zu leisten.

Warum, so fragt die FAZ, hat sich die pakistanische Regierung unter General Zia-Ul-Haq nicht gerührt, als am 21. November Einrichtungen der USA in Islamabad, Lahore, Karachi ebenso wie die aus der Kolonialära des britischen Imperialismus übriggebliebene Bibliothek in Rawalpindi in Flammen aufgingen? Alle diese Aktionen, die Demonstrationen waren nach dem seit Juli 1977 geltenden Kriegsrecht vollständig illegal. Und hatte nicht Zia-Ul-Haq erst im Oktober diese Gesetze drastisch verschärft, nachdem in den Lokalwahlen vom vergangenen September die Partei des im April 1979 hingerichteten früheren Ministerpräsidenten Bhutto, die Nationale Volkspartei (PPP), trotz Verbot aller Parteien einen überragenden Stimmenerfolg erzielt hatte?

Zia-Ul-Haq hat gezögert. Die Kräfte, die ihn an die Macht gebracht haben *gegen* Bhutto – im Juli 1977 – sind in dem bürgerlich-reaktionären Lager der PNA, der Nationalen Allianzpartei, versammelt: Großgrundbesitzer und Kompradoren, die es eher mit einer neuen imperialistischen Besatzermacht aushalten, als mit der Masse der landlosen kleinen Bauern, den Arbeitern auf den Baumwollplantagen, in den Lederfabriken, der jungen Generation von Studenten, die, oft in arabischen Ländern ausgebildet, die politische Einheit der islamischen Staaten als fortschrittlich, weil im Interesse der Befreiung vom Imperialismus, erfahren haben. Die Regierung Zia-Ul-Haq ist darüber unter Spaltungsdruck geraten. Nach den Lokalwahlen erklärte Zia-Ul-Haq, die seit 1977 versprochenen Wahlen müßten neuerlich „auf unbestimmte Zeit" verschoben werden, bis das Land „reif" sei für demokratische Entscheidungen.

Pakistans wirtschaftliche Lage hat sich im letzten Jahr trotz einer bedeutenden Steigerung der Exporte (um 30%) massiv verschlechtert. Das Loch, das in die Handelsbilanz gerissen wurde, übersteigt die 1,5 Mrd. Dollar des gesamten Exportvolumens von Juni 1978 bis Juni 1979. Allein für die Importe an Maschinerie verlangten die imperialistischen Gläubigerstaaten (in ihrer Reihenfolge: USA, GB, BRD, Italien) trotz Senkung des Volumens um ein Drittel 1,6 Mrd. Rupien (9,88 Rupien = 1 Dollar) mehr. Amerikanische Banken zeigen sich nun wieder großzügig und genehmigen einen Kredit von 100 Mio. Dollar, die mit Devisen aus dem Reisexport innerhalb von acht Monaten zu begleichen sind.

Die staatlich subventionierten Preise für die wichtigsten Nahrungsmittel der Massen sind aufgrund der Zerrüttung der Finanzen ungehemmter Preissteigerung ausgesetzt worden, die Bauern haben rebelliert gegen die Zinslasten, die ihnen die letzte Rupie aus der Tasche ziehen. Im Februar 1979 reagierte Zia-Ul-Haq mit der Verkündung von Gesetzesänderungen auf der Grundlage islamischer Prinzipien. Ihrem sozialen Inhalt nach sind es Gesetze zur Besteuerung von Einkommen, Vermögen, Erbschaft – sie treffen die Couponschneider aus den Diensten der ehemaligen Kolonialmächte, die Großgrundbesitzer, die Kompradoren. Kein Wunder, daß genau diese unter „Islamisierung" etwas ganz anderes verstehen. Wenn jeder Pakistani von seiner Hände Arbeit leben soll, trifft das nicht die Masse der Lohnabhängigen. Wenn der Wucherzins verboten wird, die Ernte je nach Wertvolumen mit 5% Abgabe an den Staat belegt wird, die Einnahmen aus diesen Steuern „gegen die ungerechte Verteilung des Reichtums in wenigen Händen" verwandt werden sollen, trifft das nicht die kleinen Bauern, sondern ihre Grundherren und deren System der ökonomischen Ausblutung der Landbevölkerung.

Zia-Ul-Haq mag gezögert haben, am 21. November, die Entscheidung ist ihm abgenommen worden. Armee und Polizei haben den Aktionen gegen die Bastionen des US-Imperialismus Sympathie entgegengebracht. Ein General weiß, was das bedeutet.

Kraftfahrzeuge ist ab dem 1.1.80 nicht mehr um 2 Monate überziehbar. Dies sieht die Änderung der Straßenverkehrs-Zulassungsordnung vor. Die TÜV-Untersuchung muß jetzt bis zum letzten Tag des auf der TÜV-Plakette angegebenen Monats vorgenommen sein. Mit Bußgeld bei Überschreiten bis zu 4 Monaten von 30 DM, bis 8 Mon. 50 DM und bis 12 Mon. 80 DM wird der Autofahrer zum TÜV gezwungen. Die Bourgeoispolitiker, die so beschlossen, haben bestimmt keine Mühe, mit ihren Dienst- und Privatwagen über den TÜV zu kommen. Nach einer Untersuchung des ADAC im November 1979 beträgt für einen VW Golf LS, bei einem Gebrauch von 4 Jahren und 18000 gefahrenen km pro Jahr, der Gesamtaufwand pro Monat 434 DM. Zusammengesetzt aus 67 DM Kfz-Steuer, Haftpflichtversicherung und Teilkasko, 77 DM Werkstattkosten, 151 DM Betriebskosten (Benzin, Öl und Pflege) und 130 DM Rücklage für den Neuwagenkauf.

z.rik. **Der Hauptpersonalrat bei der Finanzverwaltung NRW und die ÖTV lehnen die Neuorganisation der Finanzämter ab.** Seit 1971 versuchsweise, dann seit Herbst 1976 auf Beschluß der Finanzminister der Länder verbindlich, werden die Finanzämter nach den „Grundsätzen zur Neuorganisation der Finanzämter und zur Neuordnung des Besteuerungsverfahrens" (GNOFÄ) durchrationalisiert. Durch die dadurch neu eingeführte Einteilung der Steuerfälle in drei Fallgruppen, die dann den Sachbearbeitern zugeteilt werden, wird sowohl die Bedingung geschaffen, höher bezahlte durch niedriger bezahlte Arbeitskraft zu ersetzen wie auch dafür, die automatische Datenverarbeitung einzusetzen. Dies ist in NRW bereits weitgehend geschehen: 1960 bearbeitete ein Angestellter im Jahr 257 Einkommensteuerveranlagungen, 1975 waren es mehr als doppelt so viel (536). Ähnlich beim Lohnsteuerjahresausgleich: 1960: 1486 Anträge, 1975: 2682 Anträge. Die Landesregierung hält dauernd rd. 20% der Planstellen in den Finanzämtern unbesetzt, für „Spitzenverkehr" wird über die Arbeitsämter arbeitsbeschafft.

z.frb. **Ausgaben von mindestens 132 Mio. DM sieht der neue Bundeshaushalt für „Informationswesen" vor.** Das sind immerhin noch 12 Mio. mehr als für den „Statistischen Dienst", aber 21 Mio. weniger als der Bundesnachrichtendienst wert ist. Der Hauptposten geht an das „Presse-und Informationsamt". 193 planmäßige Beamte sind vorgesehen, hiervon 26 in Besoldungsgruppe B, 71 im höheren Dienst, damit die Richtung stimmt. Kosten 10 Mio., weitere 26,7 Mio. stehen für Löhne und Gehälter bereit. 11 Mio. DM sollen die „Informationstagungen" kosten, Propagandaschriften im Bereich „Inland" sollen für 16,3 Mio. DM gestreut werden, 80 Mio. stehen der „Öffentlichkeitsarbeit Ausland" zur Verfügung. Die Propagandaaufgaben der Regierung sind vielfältig. Nicht nur, daß die Staatsorgane ins rechte Bild gerückt werden müssen – beschwerte sich doch jüngst die CDU/CSU, daß die Auslieferung des Porträts des neuen Präsidenten für die Amtsstuben zu schleppend verlaufe – vor allem muß was für das Regierungsprogramm getan werden. Und das ist – nebenbei – teuer. So z.B. die Propagandaaktionen, „um die Bevölkerung zu veranlassen, einen geeigneten Lebensmittelvorrat für Notfälle anzulegen". Dafür gab's in den letzten beiden Jahren je 800000 DM. 700000 Broschüren und Faltblätter wurden vertrieben, in 47 Zeitungen mit einer Auflage von 45 Mio. Anzeigen verbreitet. Für den Aufkleber „Ich bin Energiesparer" in einer Auflage von 12,8 Mio. hatte Matthöfer 700000 DM übrig. Begleitmusik zu den Zwangsmaßnahmen, die die Regierung beschlossen hat.

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) // Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730231, Telex 413080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer // Redaktion: Mainzer Landstr. 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Tel. 0611/730231 / Redakteur: Martin Fochler *Regionalredaktion Hannover:* Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045, Redakteur: Helga Rosenbaum / *Regionalredaktion Köln:* Neusser Str. 27–29, 5000 Köln 1, Tel. 0221/720876–77, Redakteur: Gerd Heinemann / *Regionalredaktion München:* Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/531348, Redakteur: Reiner Malskies

Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'information et de nouvelles internationales SPRL · a.i.n., agence de presse, 437 Av. Louise, B-1050 Bruxelles // a.i.n. Paris, 27, Rue Greuze, F-75116 Paris // a.i.n. Roma, Via C. Magni 41/B, I-00147 Roma // K.V.Z. News Agency Ltd., 291, Gray's Inn Road, GB-London, WC1X 8QF // Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H., Straußengasse 7, Tür 4, 1050 Wien

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Hrsg.: Zentrales Komitee des KBW · Erscheint monatlich · Preis des Einzelheftes 2,40 DM, Jahresabonnement incl. Porto 35 DM

Kommunistische Volkszeitung – Spezialnachrichtendienste –

Heft 01: Registerdienst · *Heft 02:* Landwirtschaft, Ernährung; Bau · *Heft 03:* Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft; Stahl; · *Heft 04:* Chemische Industrie · *Heft 05:* Maschinenbau; Elektrotechnik; Fahrzeugbau; Schiffbau · *Heft 06:* Druck; Textil, Bekleidung · *Heft 07:* Handel · *Heft 08:* Ausbildung, Schulen, Schüler; Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 09:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 10:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 11:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten · *Heft 12:* Juristischer Entscheidungsdienst

Alle Hefte erscheinen wöchentlich, Preis pro Heft 0,60 DM

Zu beziehen bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2

Bezirksausgaben und Bezugsadressen

Bezug der Kommunistischen Volkszeitung im Vierteljahresabonnement incl. Porto 11 DM, bei unten angegebenen Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager

Geschäftsstelle Hamburg (1), Kleine Rainstr. 21, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/394590 / **Geschäftsstelle Bremen (2),** Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Tel. 0421/6160455 / **Geschäftsstelle Westberlin (3),** Oranienstr. 159, 1000 Westberlin 61, Tel. 030/6145099 / **Geschäftsstelle Hannover (4),** Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045 / **Geschäftsstelle Essen (5),** Sybillastraße 15, 4300 Essen, Tel. 0201/252353 / **Geschäftsstelle Köln (6),** Neusser Straße 27-29, 5000 Köln, Tel. 0221/720876-77 / **Geschäftsstelle Frankfurt (7),** Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/730241-42 / **Geschäftsstelle Saarbrücken (8),** Unterer Hagen 27, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/583603 / **Geschäftsstelle Mannheim (9),** J7, 14, 6800 Mannheim, Tel. 0621/16279 / **Geschäftsstelle Nürnberg (10),** Findelwiesenstraße 8, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/492095 / **Geschäftsstelle Stuttgart (11),** Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/620582 / **Geschäftsstelle München (12),** Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/532481



r.jüw. **Wandern für Deutschland.** ,,Der Staatsrechtsprofessor Carstens zieht es vor, sich mit bewährten Scherzsprüchen an jene gelassene Heiterkeit heranzupirschen, die in einer fünfjährigen Amtszeit am leichtesten durchzuhalten ist." (Göttinger Tageblatt, 31.12.79)



b.mek. **In einer nach der ,,Schneekatastrophe" herausgegebenen Information der Baubehörde für Umweltgestaltung heißt es: ,,Hamburg kann pauschalen Forderungen, alle Straßen auch bei Eis und Schnee befahrbar zu halten, nicht entsprechen".** Mit Salz gestreut werden sollen danach nur noch 1500 km, Straße auf denen auch öffentliche Verkehrsmittel fahren sowie besondere Gefahrenquellen bestehen. Beim Wintereinbruch am 13.12.79 in Hamburg mußten tausende Arbeiter die ersten Erfahrungen mit diesem Einsatzplan machen: 3 Stunden herrschte Verkehrschaos in der Stadt, mehr als 110 Unfälle ereigneten sich, 90 Menschen erlitten Knochenbrüche. Als sich dann die Kapitalisten beschwerten, deren Warenverkehr ins Stocken geraten war, wurde wieder breitflächiger gestreut. Begründet wird diese Maßnahme mit dem Schutz des Baumbestandes. Der liegt dem Senat so sehr am Herzen, daß jetzt mehr als 2000 Bäume dem Flughafen zum Opfer fallen. Tatsächlich verfolgt der Plan auch hauptsächlich einen anderen Zweck: ,,Stellen Sie sich als Kraftfahrer darauf ein, daß es bei Eis und Schnee keine freie Fahrt für alle und überall geben kann. Fahren Sie nur, wenn es unumgänglich ist und üben Sie größtmögliche Vorsicht. Im Winter sind Bahnen und Busse die schnellsten und sichersten Verkehrsmittel".

diese Maßnahme mit dem Schutz des Baumbestandes. Der liegt dem Senat so sehr am Herzen, daß jetzt mehr als 2000 Bäume dem Flughafen zum Opfer fallen. Tatsächlich verfolgt der Plan auch hauptsächlich einen anderen Zweck: ,,Stellen Sie sich als Kraftfahrer darauf ein, daß es bei Eis und Schnee keine freie Fahrt für alle und überall geben kann. Fahren Sie nur, wenn es unumgänglich ist und üben Sie größtmögliche Vorsicht. Im Winter sind Bahnen und Busse die schnellsten und sichersten Verkehrsmittel".

b.skm. **135,57 DM wurden für den Befreiungskrieg des Demokratischen Kampuchea während der Demonstration in Hamburg gesammelt.** Die Demonstration richtete sich auch gegen den Einmarsch der Sozialimperialisten in Afghanistan. FASA und CIS unterstützten die Aktion.



b.msk. **Niedersächsische Landesregierung will Gesamthochschule Lüneburg platzen lassen.** Der Ausbauausschuß des Wissenschaftsrates hat die 7jährige Planungsarbeit für eine Gesamthochschule in Nordostniedersachsen vom Tisch gefegt. Natur-, Ingenieur- und Geisteswissenschaften sollen in Lüneburg nicht studiert werden können. Durch Streichung von 120 Mio. DM ist auch der Ausbau der Fachhochschule gefährdet. Die Unterversorgung mit Studienplätzen auf dem Land treibt die Studenten in die überfüllten Universitätsstädte und verschärft dort die Auslese.

b.dim. **Die Küstenjägerhundertschaft des BGS in Neustadt erhält 19 neue Geländewagen von Steyr-Daimler-Puch, die den Kübelwagen und Landrover durch ihren moderneren Stand in der Technik und in der Robustheit ersetzen.** Dazu einige Daten: Geschwindigkeit bis 150 km, Normalbenzin, Allradantrieb kann zugeschaltet werden, das Getriebe ist vollsynchronisiert, die Servolenkung wird hydraulisch unterstützt, Platz für 7 Leute, geräuscharm, Standheizung kann 18 Stunden vorprogrammiert werden. 2 Suchscheinwerfer, Funkgeräte, große Ladefläche mit Krankentrage, Blaulicht, Martinshorn und Lautsprecher. Der Hundertschaftsführer Clostermann schwärmt: ,,Die Zuweisung ... zeige, daß das Bundesinnenministerium den hohen Einsatzwert ... anerkenne."



b.wik.Husum. **Die Gewerkschaft ÖTV verhandelt gegenwärtig über einen neuen Manteltarifvertrag für Auszubildende.** Der bisher gültige Manteltarifvertrag ist von der ÖTV zum 31.12. gekündigt worden. Drei Forderungen will die Gewerkschaft im neuen Manteltarifvertrag verankern: 1. Übernahme aller Ausbildungskosten durch den Arbeitgeber; 2. Übernahme aller ausgebildeten Jugendlichen in ein Arbeitsverhältnis, das dem erlernten Beruf entspricht; 3. Der Manteltarifvertrag muß auch für die Auszubildenden in der Krankenpflege gelten. Die bisherigen Verhandlungen sind von der Gewerkschaft abgebrochen worden, weil der Dienstherr sich zu diesen Forderungen nicht äußerte. Um die Forderungen ihrer Gewerkschaft zu unterstützen, hat die Gewerkschaftsjugend der ÖTV in Husum einen Stand und eine Unterschriftenaktion durchgeführt und dabei 170 Unterschriften gesammelt. Unterschrieben hat auch der Landrat des Kreises Nordfriesland, Petersen.

b.hat. **Gespräche über Entgelttarifvertrag wurden von seiten der IG Chemie für beendet erklärt.** Am 20. November hatte die IG Chemie mit dem Kapitalistenverband die letzten Gespräche über einen Entgelttarifvertrag geführt. Für den kommenden Tarifkampf wurde eine gleiche Erhöhung vergleichbarer Gruppen der Bereiche Facharbeiter, Kaufleute, Techniker und Meister vorgeschlagen, was einem Beschluß der IG Chemie Baden-Würtembergs aus dem Jahre 1979 entsprach. Die Kapitalisten

tersen.

b.hat. **Gespräche über Entgelttarifvertrag wurden von seiten der IG Chemie für beendet erklärt.** Am 20. November hatte die IG Chemie mit dem Kapitalistenverband die letzten Gespräche über einen Entgelttarifvertrag geführt. Für den kommenden Tarifkampf wurde eine gleiche Erhöhung vergleichbarer Gruppen der Bereiche Facharbeiter, Kaufleute, Techniker und Meister vorgeschlagen, was einem Beschluß der IG Chemie Baden-Würtembergs aus dem Jahre 1979 entsprach. Die Kapitalisten

wollten nur eine tarifliche Anhebung der Facharbeiterlöhne, allerdings nur bei gleichzeitiger Anrechnung auf die übertariflichen Bestandteile. Damit wurden die Gespräche abgebrochen. Die IG Chemie Bezirk Nordmark will jetzt die Vertrauensleute über die Bedeutung eines Entgelttarifvertrages informieren. Die Tarifkommissionen Schleswig-Holstein, Hamburg und Berlin wollen jetzt in der kommenden Tarifrunde über den Entgelttarifvertrag mitverhandeln. Ende Januar/Anfang Februar soll die Tarifrunde vorbereitet werden.

b.hek. **Seit der Landtagswahl ist das Landwirtschaftsministerium ebenfalls zum Umweltminsterium ernannt worden.** Es wurde eine Abteilung ,,Umweltschutz" unter Leitung von Uwe-Peter Conrad gebildet. Bereits in den ersten Äußerungen wird deutlich, in welche Richtung diese Abteilung arbeiten soll: Es müßten gesetzliche Bestimmungen erlassen werden, um bestimmte landwirtschaftliche Nutzungen zu verbieten. Passend dazu ist die gegenwärtige Beratung im Bundestag von ,,Umweltstrafbestimmungen", die Freiheitsstrafen bis zu zehn Jahren vorsieht.



Mehr Planstellen für die Krankenhäuser!

Unterschriftensammlung an der Med. Klinik Göttingen / Landtagsdebatte

r.ilh. ,,Die Behandlung im Krankenhaus ist nicht unmenschlich, aber sie muß menschlicher werden." Unter diesem Motto debattierte der nds. Landtag Mitte Dezember über die Situation in den Krankenhäusern. Daß, was Sozialminister Schnipkoweit von sich gab, wird sich jeder Krankenhausbeschäftigte sicherlich gut merken: ,,... Technisierung und Spezialisierung bestimmten die Entwicklung auch der Krankenhäuser... Ihre Atmosphäre hänge aber entscheidend von der inneren Einstellung der Ärzte und des Pflegepersonals ab. Das bedeute, betonte der Minister, daß eine Verbesserung des Verhältnisses von Arzt und Pfleger zu den Patienten nicht mit einem vermehrten Personaleinsatz gleichzusetzen sei. Bestimmte Erfolge seien vielmehr schon durch organisatorische Maßnahmen und überhaupt durch eine stärkere Hinwendung zur Behandlung von Kranken – statt einer Behandlung von Krankheiten – zu erwarten." (,,Göttinger Tageblatt" vom 15./16.12.1979) Geht Bundesarbeitsminister Ehrenberg darauf, neue ,,Negativlisten" für Medikamente zu erstellen, so hält es sein Ressortkollege Schnipkoweit zur Zeit mit einer Hetzkampagne gegen die Krankenhausbeschäftigten. Die Beschäftigten an der Med. Univ. Klinik Göttingen warten schon gespannt auf die Antwort der Landesregierung nach der Forderung von 101 neuen Planstellen für Ärzte, Pflegpersonal und techn. Personal. Das Gutachten über die Arbeitsbedingungen vom Personalrat ist inzwischen überall verteilt, die Unterschriftensammlung unter eine Resolution wird am 10.1. abgeschlossen. Am 15. Februar muß die Landesregierung spätestens einen Vorschlag über die Einrichtung dieser neuen Planstellen vorlegen. Wenn nicht, wird sie sich noch im März auf einer erneuten Personalversammlung dazu äußern müssen. Das ist bereits jetzt schon beschlossene Sache.

"Im Improvisieren sind wir bald Meister"

NDR und Presse berichten über Gutachten des Personalrats

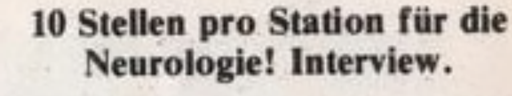
NDR I, Funkbilder aus Niedersachsen, 28.12.79: Der Reporter berichtete, daß nicht in entsprechendem Verhältnis wie der Neubau des Klinikums Gelder für Planstellen zur Verfügung gestellt wurden. Die Rechnung habe man heute. Die Bettenzahl der Medizin habe sich von 147 Betten (1977) auf 207/209 (1979) erhöht... 1977 wurden 4757 Patienten versorgt, im 1. Halbjahr 1979 4468... pro Arzt pro Monat werden durchschnittlich 97 Überstunden gemacht... von Januar bis Oktober habe das Pflegepersonal insgesamt 6854,5 Überstunden geleistet... sollte sich die Landesregierung nicht positiv zu den Forderungen nach mehr Personal äußern, sagte der Personalrat einschneidende Maßnahmen an, wie Nichtgenehmigung von Überstunden...

Göttinger Tageblatt, 21.12.79: Klinikum: ,Patienten gefährdet'. Der Personalrat der Medizinischen Klinik schlägt Alarm... Besonders die ungenügende Ausstattung mit Fach- und Hilfspersonal kann nach Ansicht des Personalrates an der Universitätsklinik nicht mehr hingenommen werden... ohne den überdurchschnittlichen Einsatz des Pflegepersonals müßte die Medizinische Klinik geschlossen oder aber die Bettenkapazität erheblich reduziert werden, heißt es in der vorbereiteten Resolution an die Adresse der Landesregierung.

Auszüge aus der Resolution: Insgesamt ist festzustellen, daß die Situation in der Med.-Univ.-Klinik als äußerst gespannt und in einigen Bereichen als gefährdet für die Patientenversorgung aber auch als gefährdet für die Gesundheit der Mitarbeiter zu bezeichnen ist. Hier läßt sich bei einem derart hohen Fehlbestand auch organisatorisch nichts mehr lösen. Im Improvisieren sind wir bald Meister. Dies führt aber zu einem Streß, der in keiner Weise zu verantworten ist. Der Personalrat der Medizin sieht hier Verstöße gegen Gesetze (AZO, Bildungsurlaubsgesetz, Zulässigkeit von Überstunden), die nicht mehr zu vertreten sind. Fehlende Stellen können nicht auf dem Rücken des Personals und der Gesundheit von Personal und Patienten kompensiert werden. Der Personalrat der Medizin und das Personal der Medizin fordern die Landesregierung auf, bis zum 15. Februar 1980 detailliert Stellung zu nehmen und einen Vorschlag zu unterbreiten, wie und bis wann die desolate und gefährliche Situation bereinigt wird.

nügende Ausstattung mit Fach- und Hilfspersonal kann nach Ansicht des Personalrates an der Universitätsklinik nicht mehr hingenommen werden... ohne den überdurchschnittlichen Einsatz des Pflegepersonals müßte die Medizinische Klinik geschlossen oder aber

und das Personal der Medizin fordern die Landesregierung auf, bis zum 15. Februar 1980 detailliert Stellung zu nehmen und einen Vorschlag zu unterbreiten, wie und bis wann die desolate und gefährliche Situation bereinigt wird.



10 Stellen pro Station für die Neurologie! Interview.

KVZ: Ihr habt im Sommer die Schließung einer neurologischen Station durchgesetzt. Was sind Eure Forderungen?

Auf allen 4 Normalstationen war eine Überbelegung mit fast immer 6 bis 7 Intensivpatienten von 20. Von den 8 Pflegekräften pro Station fehlten viele durch Krankheit, Mutterschutz und Urlaub. Viele Examinierte mußten am Wochenende 12 Stunden arbeiten und auch sonst Überstunden machen. Eine ausreichende Krankenversorgung war nicht mehr gewährleistet. Auf einer Personalversammlung wurde die Forderung nach mindestens 10 Planstellen aufgestellt.

KVZ: Wieweit ist diese Forderung erfüllt worden?

Unter Androhung einer Stationsschließung haben die Stationen eine 9. Stelle gekriegt. Da das nicht ausreicht, wurde trotzdem eine Station geschlossen. Wir wollten die Station bis zum 1.4. geschlossen halten, wo die jeweils 9. Stelle mit Examinierten besetzt wird.

KVZ: Wie ist es dazu gekommen, daß die Station Ende September wieder eröffnet wurde?

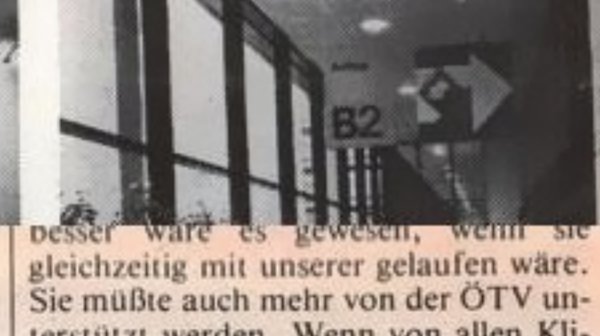
Zum einen gab es keine Einigkeit mit den Assistenten, die Angst um ihre Planstellen hatten. Dann wurde das Pflegepersonal mit Drohungen unter Druck gesetzt, daß es Herabgruppierungen, Versetzungen und Entlassungen geben würde. Auf Anordnung des Präsidenten mußte die Station wieder eröffnet werden. Es konnte aber durchgesetzt werden, daß sie bis zum 1.4. nur mit 10 Betten aufgemacht wird. Das ist bisher auch eingehalten worden.

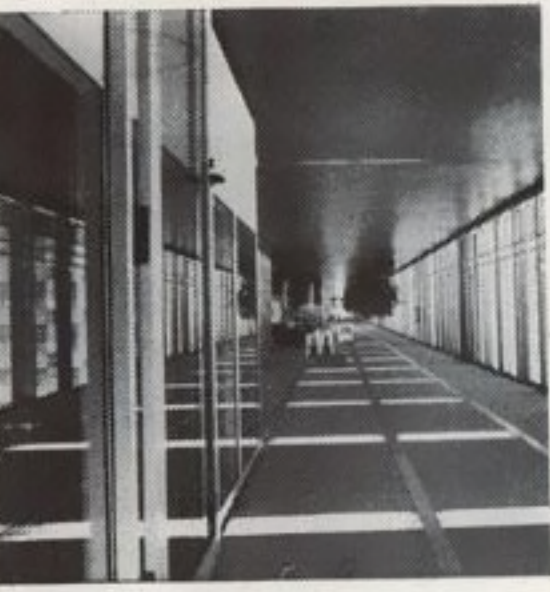
KVZ: Was hältst Du von der Untersuchung des Personalrats der Medizin und dem Vorgehen, um die aufgestellten Forderungen durchzusetzen?

Ich finde diese Aktion gut und sie sollte von allen unterstützt werden. Noch besser wäre es gewesen, wenn sie gleichzeitig mit unserer gelaufen wäre. Sie müßte auch mehr von der ÖTV unterstützt werden. Wenn von allen Kliniken solche Forderungen aufgestellt werden, dann könnte auch unsere Forderung durchgesetzt werden.

besser wäre es gewesen, wenn sie gleichzeitig mit unserer gelaufen wäre. Sie müßte auch mehr von der ÖTV unterstützt werden. Wenn von allen Kliniken solche Forderungen aufgestellt werden, dann könnte auch unsere Forderung durchgesetzt werden.











"Klinik der kurzen Wege" hieß es in einer Hochglanzbroschüre – die Angestellten aus dem Krankentransport müssen bis zu 20 km täglich die Patienten zu den verschiedenen Abteilungen schieben (1); 8 m^2 klein sind die Boxen beidseitig der Flure, in denen die ambulante Versorgung gemacht wird; eine ständig schwankende Klimaanlage, Zugluft und nur Neonbeleuchtung erschweren die Arbeit zusätzlich (2); 400 – 500 DM kostet eine solche Hydrokultur, sie bedarf ständiger heller Beleuchtung (3).

r.obj. **Seit 1.1.1980 herrscht bei den Seeleuten tarifloser Zustand.** Bei der ersten Verhandlung hatten die Reeder überhaupt kein Angebot gemacht. Es wurde lediglich vereinbart, daß die Laufzeit des alten Tarifvertrages nicht verlängert wird. Aus der Mitgliederbefragung vor Aufstellung der Heuerforderung kam klar zum Ausdruck, daß die Seeleute nicht nur eine kräftige Heueranhebung wollen, sondern es wurden auch viele weitere Forderungen vorgetragen wie mehr Urlaub und vor allem auch Steuererleichterungen. Die Tarifkommission hatte ihren ursprünglichen Diskussionsvorschlag von Anhebung der Grundheuern um 5% und Anhebung der ,,Seefahrtszulage" zwischen 31 DM bis 99 DM wegen der weiteren Preissteigerungen erhöht auf 6% und Anhebung der Seefahrtszulage wie vorgeschlagen. Bei der zweiten Verhandlung haben die Reeder folgendes Angebot gemacht: Heuererhöhung um 3,5% und Anhebung der Seefahrtszulage zwischen 12 und 33 DM. Die ÖTV soll laut Radiomeldungen das Angebot als ,,nicht ausreichend" abgelehnt haben. Am 8.1.1980 wird weiter verhandelt. Die Reeder weisen auf die niedrigen Löhne der Schiffsbesatzungen hin, die unter einer Billigflagge fahren. Doch ihr wesentliches Ziel ist, die Besatzungen zu reduzieren, weshalb sie eifrig an dem ,,Schiff der Zukunft" arbeiten, auf dem nur 12 Mann ausreichen sollen. Aber schon jetzt ist im letzten Bericht der Seeberufsgenossenschaft festgestellt, daß viele Seeunfälle auf nicht ordnungsgemäße Brückenbesetzung oder Wachdienstbesetzungen zurückzuführen sind. Aus den zur See-Berufsgenossenschaft gehörenden Betrieben wurden im Berichtsjahr 1978 6754 Unfälle gemeldet. Das sind 12,5 Unfälle auf 100 Versicherte.

b.chv. **Der Wirtschaftswegeausbau in Schleswig-Holstein, mit einem Gesamtvolumen von 267 Mio. DM für 3500 km landwirtschaftlicher Wege, kommt hauptsächlich den Großagrariern im Kreis Plön zugute.** Von den insgesamt 2213 landwirtschaftlichen Betrieben im Kreis sind 31,5% über 100 ha groß. Zum Vergleich: Dithmarschen hat 4168 landwirtschaftliche Betriebe, davon sind nur 9% über 100 ha. Die Durchschnittsgröße der Güter bewegt sich zwischen 300 und 800 ha. Die adlige Familie derer von Bülow, Nachfahren des Kammerherrn Cai v. Bülow, besitzen die Güter Bokhorst, Schönhagen und Siek, zusammen 1300 ha im Amt Bokhorst. Allein für dieses Amt sind 29 km veranschlagt. 140000 DM bisherige Kosten sind von den Gemeinden Schillsdorf und Rendswühren vorgeschossen worden.



b.sat.Meldorf. **Der Kreis Dithmarschen will die Behindertenwerkstatt Meldorf ausbauen.** Die derzeit vorhan-

Kleingärtner kämpfen für Erhaltung ihrer Gärten / Ersatz für Grünanlagen?

r.han. In Hannover spitzt sich die Auseinandersetzung um die Kleingärten zu. Gegen die städtische Sanierung gibt es Widerstand. Mit dem Bundesverfassungsgerichtsurteil vom Juni 1979, das Kündigungsschutzbestimmungen für Kleingartenpächter für verfassungswidrig erklärte, weil sie die freie Verfügung des Verpächters über sein Eigentum einschränkten, droht eine Welle von Pachtpreiserhöhungen. Die Erbengemeinschaft Fontaine droht Kleingärtnern mit Kündigung, es sei denn, sie zahlten einen Pachtpreis bis zum neunfachen des bisherigen. Außerdem greift das Verfassungsgericht die umfassende Funktion der Kleingärten zur Reproduktion an, indem es den Kleingärtnern die Nahrungsmittelversorgung streitig macht. Die in Hannover regierende SPD ist schon weiter: sie gestattet Nutzpflanzenanbau in den Normgärten nur eingeschränkt. Kleingärten sollen nämlich öffentliche Grünanlagen sein bzw. sie ersetzen. Somit spart die Stadt das Geld, selber welche anzulegen. Die Kleingärtner sollen diese eigentlich kommunale Aufgabe besorgen. Dafür werden sie noch zusätzlich geschröpft. Das heißt dann Sanierung. Es folgt ein Interview mit einem Vorstandsmitglied des Schutzverbandes Deutscher Kleingärtner (SDK).

Was bedeuten die Kleingärten für die Pächter?

Als zusätzliche Nahrungsmittellieferanten sind sie heute weniger von Bedeutung. Ihr Freizeitwert liegt in der Abwechselung zur Eintönigkeit der Arbeit, in der Verbindung zur Natur und darin, daß man sich schöpferisch betätigen kann. Für die Kleingartenbewohner sind sie eine wichtige Existenzgrundlage durch die Wohnmöglichkeit.

Wie kam das Wohnen in den Kleingärten zustande?

Nach dem Krieg war wegen der Zerstörungen die Wohnungsnot groß. Viele Kleingärtner errichteten deshalb unter großen Opfern mit ihrer Hände Arbeit Wohnlauben. Die Stadt sah das nicht ungern, entlastete es doch die Wohnungsnot. Heute will sie die Bewohner dafür zahlen lassen und vertreiben.

Hannover gibt sich ja sehr kleingartenfreundlich. Wie sieht also nun die Wirklichkeit aus?

Die Pächter in den Normgärten müssen die kleinlichsten Vorschriften hinnehmen, die, die schon länger einen Garten haben, mußten meist im Rahmen der Sanierung einen Teil abgeben oder bekamen einen Ersatzgarten meist weiter weg von der Wohnung, wobei heute nicht mal das mehr garantiert ist. Viele Kleingartenbewohner mußten ausziehen. Das Wohnlaubenentgelt, das laut Ratsbeschluß bis zu 1,18 DM pro qm und Monat betragen kann, soll sie endgültig vertreiben. Der Kleingartenpachtzins hat sich in den letzten zehn Jahren verdoppelt, Die Stadt hat ein Gutachten in Arbeit, nach dem die Pacht von jetzt 2o Pfennig pro qm monatlich noch mal mehr als verdoppelt wird. Man kann wohl alle fünf Jahre mit einer Erhöhung rechnen. Mit dem Verfassungsgerichtsurteil kann es besonders teuer werden. Die Stadt hält sich ja bisher zurück, aber wir trauen dem nicht. Beim Wohnlaubenentgelt hat sie jetzt Zahlungsaufforderungen mit dem 15.1. als Frist verschickt, was für jeden inkl. Nachzahlungen Summen zwischen 2000 und 6000 DM ausmacht.

Was bedeutet Kleingartensanierung, und was wird aus dem Land?

Sanierung heißt Teilung der Gärten, Verlagerung nach außen und Normgärten, kurz: aus eins mach zwei. Statt für mehr Gärten mehr Land zu kaufen oder zu pachten, spart die Stadt dadurch. 1945 gab es auf 1387,54 ha 24421 Kleingärten, 1977 22432 auf 1250,62 ha, davon sind ca. 700 Gärten bewohnt. Seit dem Krieg sind ca. 10000 Kleingärten aufgelöst oder gekündigt worden und, wie man sieht, lange nicht so viel neu errichtet. Von den zwischen 195o und 1978 gekündigten 6462 städtischen Kleingärten wurden aufgelöst 1657 für Wohnungsbau, 1637 für Gewerbe, 2713 für städtische Infrastruktur und 419 für sonstige Zwecke. Oft scheint die Stadt so zu verfahren: erstmal Gärten einschieben und brachliegen lassen, um zu sehen was wird, wenn man viele solcher Flächen sieht. Bei der Sanierung verfolgt die Stadt das Konzept, die Kleingärten in öffentliche Grünanlagen einzugliedern, z.B. so sagt die Stadt, in den geplanten Grüngürtel um Hannover. Die Kleingartenkolonien sollen öffentlich zugänglich werden wie Parks.

Was sind die bei der Sanierung herauskommenden Normgärten?

Sie sind im Schnitt kleiner als andere Gärten (maximal 350 qm) und entstehen oft durch Aufteilung alter Gärten. Bisher gibt es sie nur auf städtischem Gebiet. Alles ist kleinlich vorgeschrieben: Höhe der Hecken, Zahl der Bäume und Pflanzen, ihre Nutzung (nur 1/3 der Fläche als Rasen, nur 1/3 für Nutzpflanzen), nur bestimmte Laubentypen, keine Außenantennen und Wasseranschlüsse, keine Tierhaltung, Verpflichtung, die Wege instand zu halten u.ä.

Wie wehren sich die Kleingärtner gegen diese Entwicklung?

Gegen die Sanierung und das Wohnlaubenentgelt haben Kleingärtner den SDK gegründet, der Informationsstände, Unterschriftensammlungen, Demonstrationen, Prozesse, Briefe an Politiker usw. gemacht hat. In verschiedenen Kolonien haben sich oft Kleingärtner zusammengeschlossen gegen Straßenbauten u.ä. Am Lenzberg weg haben sich jetzt die von der Kündigung durch Fontaine Betroffenen zusammengeschlossen mit dem SDK.



Offshore-Energiegewinnung

Trotz Epos (electric power on sea) will NWK das KKW Brokdorf bauen

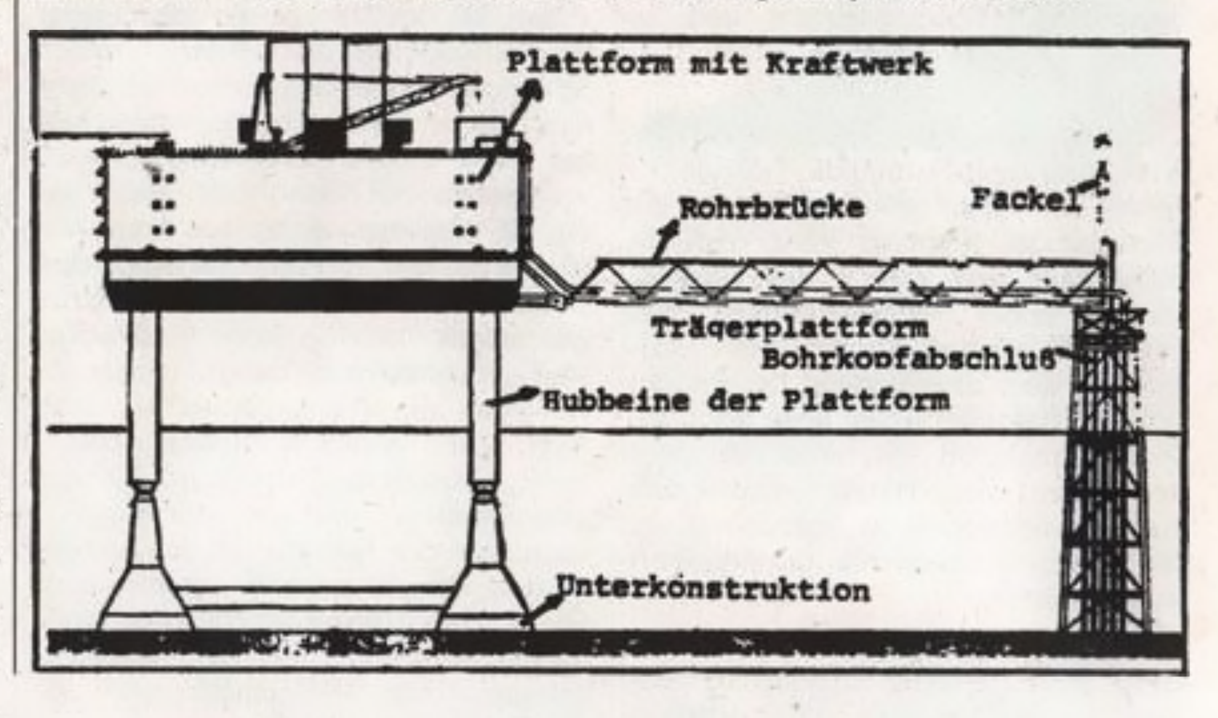
b.uwb. Mit finanzieller Unterstützung durch das Bundesministerium für Forschung und Technologie will die NWK den Ausbau der Offshore-Energiegewinnung in Zukunft forcieren. Hauff hofft, daß sich hier die Leistungsfähigkeit der deutschen Offshore-Technik am Beispiel demonstrieren ließe. Ein gleiches Objekt gibt es weltweit nicht.

EPOS (electric power on sea) soll mit Nordsee-Erdgas betrieben werden. Die Kapitalisten erhoffen sich hiervon, die sonst nicht profitabel nutzbaren Erdgasvorkommen, weil sie zu klein oder zu minderwertig sind, für ihre Zwecke auszunutzen zu können. Hauff frohlockt bei dem Plan der NWK, denn hier werden ja Energiereserven benutzt, die heimischer Art sind. Die schwimmende Plattform soll 80 km westlich von Helgoland vor Anker gehen und dort mit einem Dampfturbinenaggregat insgesamt 350 MW Leistung bringen.

Neben der neu entdeckten Profitquelle, die sich mannigfaltig wieder veräußern läßt, steckt hinter der Meldung ein politischer Schachzug. Die NWK einmal anders und genau wie es die Sozialdemokratie will, gibt sie den heimischen Rohstoffen Vorrang. Dies gerade in dem Moment, wo die Kläger gegen das KKW Brokdorf und verschiedene Initiativen aufgerufen haben, in Brokdorf gegen das Urteil des Verwaltungsgerichtes in Schleswig zu demonstrieren.

In dem Verfahren vor dem Schleswiger Gericht selbst wurde deutlich, welch' brennendes Interesse die NWK am Weiterbau in Brokdorf hat. Sie denkt nicht daran, das KKW gegen andere Kraftwerkskapazitäten fallen zu lassen. Deshalb hat sie ja vom Verwaltungsgericht gefordert, daß jetzt endlich das Urteil benötigt würde. Im Verfahren selbst wurden die Interessen der klagenden Bauern und Einzelpersonen, sowie einiger Gemeinden um Brokdorf, einfach beiseite gefegt. Den Gemeinden ist bis jetzt noch nicht klar, ob sie juristisch das Recht hatten zu klagen. Das Gericht vermied, auf die Beweisanträge einzugehen und versuchte, die Anträge damit abzutun, daß sie nur zu prüfen hätten, ob bei der ersten Teilerrichtungsgenehmigung nach den Buchstaben des Gesetzes verfahren worden ist oder nicht. Inhaltlich wollen sie lieber nicht werden. Die Offshore-Technik mag zwar sehr verlockend sein, aber das Energieprogramm läßt sich nur über den Bau des KKW Brokdorf erfolgreich verfolgen. Diese Sachlage läßt Raum für allerlei Manöver, aber weicht nicht einen Fingerbreit von der eigentlichen Sache ab.

Kaum war das vorläufige Urteil den Klägern per Telefon ergangen, da tönte die Landesregierung herum, ihre Rechtsauffassung hätte sich im Verfahren nur bestätigt. Die NWK kam gleich zur Sache. Sie erklärte freiweg, daß sie der Ansicht sei, daß sie in naher Zukunft weiterbauen kann, da das Urteil in Schleswig ihrer Meinung nach bedeute, der Baustopp wäre dadurch mit aufgehoben. Daran wird deutlich, daß es keine Entspannung an der Front des Energieprogrammes gibt, sondern es durchgekämpft werden soll.



Seit Jahren steigt die Zahl der Sozialhilfeempfänger an

Der Staat nutzt dies für vielfältige Schikanen

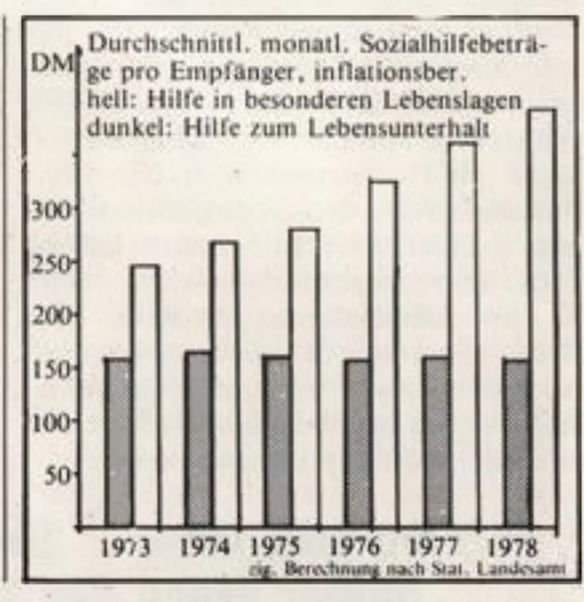
b.brv. In den Weihnachts- und Neujahrsreden der Herren Schmidt, Carstens und Klose wurde wiederholt einmütig versichert, daß „die Menschen in der BRD in sozialer Sicherheit leben", die Tendenz zur absoluten Verelendung sei außer Kraft gesetzt. Die Untersuchung, in welcher Höhe der Hamburger Senat tatsächlich Gelder für die „Sozialhilfe" aufwendet und wieviele Hamburger davon leben müssen, beweist das Gegenteil. Die Zahl der Hilfeempfänger aller Formen der Sozialhilfe betrug 1973 noch 74344, 1978 schon 92118. Neben der zunehmenden Zahl von Hilfebedürftigen, deren materielle Grundlage von der staatlich verwalteten Sozialhilfe abhängig wird, steigerte sich auch die Palette der staatlichen Schikanen und Überprüfungen. Arbeitsamt und Krankenkasse und von BAFÖG, Wohngeld und Rente. Das Einkommen von Verwandten in gerader Linie nach § 1601 BGB oder Personen in Haushaltsgemeinschaft muß überprüft, belegt und u.U. zum Unterhalt herangezogen werden. Laufend muß die Arbeitsfähigkeit durch Hausarzt, Gesundheitsamt oder bei Drogen- und Alkoholabhängigen durch Krankenhäuser und Sozialtherapeutischen Dienst überwacht werden.

Arbeitsfähige, die nicht durch das Arbeitsamt vermittelt werden, können zur Ableistung von Unterstützungsarbeit für 1,50 DM am Tag in den städtischen Betrieben wie Gärtnereien, Fuhrparks und Nähstuben gezwungen werden. Wer sich weigert, zumutbare Arbeit zu leisten, hat keinen Anspruch auf Hilfe zum Lebensunterhalt (HzLU); bei fortgesetztem „unwirtschaftlichen Verhalten" kann die Hilfe auf das zum Lebensunterhalt Unerläßliche eingeschränkt werden.

Die zweite Hilfeart, die Hilfe in besonderen Lebenslagen, begründet sich auf besondere Notstände. Umfaßt werden u.a. die Blindenhilfe, Hilfe zur Pflege und zur Weiterführung des Haushaltes.

Soll die Sozialhilfe allgemein doch nur den Mindestbedarf zum täglichen Leben abdecken. Neben der gesetzlich vorgeschriebenen Erhöhung der Regelsätze bei jeder Rentenerhöhung (ab 1.1.80 4%), sagt der § 4 der DVO zu § 22 BSHG (Bundessozialhilfegesetz) Deutlicheres: „Bei der Feststellung der Regelsätze ist Bedacht zu nehmen, daß sie zusammen mit dem Durchschnittsbetrag für die Kosten der Unterkunft unter dem im Geltungsbereich der jeweiligen Regelsätze erzielten Durchschnitts-Netto-Arbeitsentgelt unterer Lohngruppen zuzüglich Kindergeld liegen." So wurden die Regelsätze 1977 um 2,5 %, 1979 um 2,74 % und 1980 um 4 % erhöht.





denen Arbeitsplätze sollen von 160 auf 230 bis 240 erweitert werden. Gleichzeitig hat er in Meldorf Hafen-Gelände gekauft, wo er plant, ein Bauernhaus zu errichten und ca. 30 Behinderte auf 60 Hektar Land wirtschaften zu lassen.

b.ham. **Die Treibstoffbeihilfe der Bundesregierung kann den Kostenanstieg der Kutterfischer nicht decken.** Die Regierung „gewährt" eine Beihilfe von 5 Pfg. je Liter. Die Treibstoffkosten der Fischer sind aber mit Frühjahr 1979 allein um 50% gestiegen, auf jetzt 60 Pfg. pro Liter. Als den Husumer Fischern im August die Fischaufkäufer nur 1 Mark je Pfund Krabben zahlen wollten, während sie im Laden 2,80 DM kosteten, haben sie das Entladen ihres Fanges bestreikt und so eine Preiserhöhung durchgesetzt.



r.ped. **„An Aufträgen herrscht kein Mangel mehr"**, so das Handelsblatt über die Bilanz-Pressekonferenz des Verbandes der Deutschen Schiffbauindustrie über das Jahr 1979. 142 Handelsschiffe (1978: 160) im Wert von 2,3 Mrd. (3,8 Mrd.) DM und mit 432000 (933000) BRT wurden fertiggestellt. Zu 90% hochwertige Spezialschiffe für Stückgut und/oder Einheitsladung wie Ro-Ro, Container u.a., für Meerestechnik, Fahrgast-, Fähr- und Forschungsschiffe. Der durchschnittliche Wert einer Bruttoregistertonne stieg gegenüber dem Vorjahr um 30%. Während Tanker, Bulker u.ä. zunehmend in Ländern der Dritten Welt gebaut werden, entreißt die westdeutsche Schiffbauindustrie der westeuropäischen Konkurrenz Marktanteile an Spezialschiffen. Die Werftbilfemillionen zeigen Wirkung, die Aufträge kommen. Nur „die entsprechenden Preise" wollen sich noch nicht einstellen. Die „Unterbewertung des Yen" – die japanische Werftindustrie ist noch nicht aus dem Rennen.

Revolutionäres Volksbildungsprogramm 1.Halbjahr 1980

Revolutionen sind der Motor der Geschichte

Hamburg, 7.1. bis 11.1., 18 Uhr, Fachhochschule Berliner Tor
Lüneburg, 7.1. bis 11.1., 20 Uhr, Stucksaal, Vortragssaal, An der Münze

Der Islam. Seine Entstehung im Kampf gegen die Sklavenhalterherrschaft des byzantinischen Reiches und seine Renaissance im Kampf gegen den Imperialismus

Plön, 7.1. bis 11.1., 20 Uhr, Schnellhorn, Gasthaus „Schnellhorner Berg", Plöner Landstr.

Mit dem Faschismus schlägt die deutsche Finanzbourgeoisie die Arbeiterbewegung nieder und greift erneut nach der Weltherrschaft

Rendsburg, 7.1. bis 11.1., 20 Uhr, Alt Nürnberg/Parsival, Pastor-Schröder-Str. 6

Nach der Zerschlagung des Nazi-Regimes durch die Alliierten: Kampf für einen demokratischen Friedensvertrag

Lübeck, 7.1. bis 11.1., 20 Uhr, Gasthaus „Zur Tonne", Marliering

Lohnsumme und Lohnsummenverteilung

Kiel-Ost, 7.1. bis 11.1., 20 Uhr, Gasthaus „Zur Grenze", Klingenberg 1

Stalin: „Grundlagen des Leninismus"

Hbg.-Mitte/West, 7.1. bis 11.1., 20 Uhr, Schule Ludwigstraße
Uelzen, 7.1. bis 11.1., 20 Uhr, Wienerwald, Veerßer Straße

Marx: „Lohn, Preis und Profit"

Hamburg-Nord, 7.1. bis 11.1., 20 Uhr, Schule Fraenkelstraße

Marx: „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte"

Hamburg-Altona, 7.1. bis 11.1., 20 Uhr, Gymn. Neu-Altona, Billrothstraße 33

Palästina-Fest

Hamburg, 12.1., 19 Uhr, Mensa der Universität, Schlüterstraße. Das Fest wird vom Palästinensischen Studentenverein veranstaltet.

Voraussichtlich letzter Tag der Berufungsverhandlung gegen J.Oberkampf u.a. wegen Angriffs auf die Wahlkampfmanöver der bürgerlichen Parteien

Hamburg, 16.1., 9 Uhr, Jenkelhaus, Max-Brauer-Allee 134, Zi. 126

Fortsetzung des Wehrkraftzersetzungsprozesses gegen Bartels, Lohnstein, Ludwig und Pollmann

Flensburg, 7.1., 9.15 Uhr, Landgericht Flensburg, Südergraben, Saal 58

Prozess gegen acht iranische Studenten wegen angeblicher „Nötigung und Körperverletzung" eines SAVAK-Spitzels

Hamburg, 8.1., 9 Uhr, Strafjustizgebäude, Sievekingsplatz 3, Raum 237

Neuer Spritzenerlaß soll Pflegepersonal verstärkt regreßpflichtig machen

b.suk. Im 2. Ausbildungsjahr in der Krankenpflege wird theoretisch die Technik vom Spritzen und Blutabnehmen erlernt. In wenigen Stunden ist das Kapitel durchgezogen. Danach wird eine Stunde an Gummikissen geübt. Auf der Station wird der Schüler gefragt, ob er das Spritzen schon gelernt hat und ob er schon einmal gespritzt hat. Hat er es gelernt, aber in der Praxis noch nicht gemacht, wird es ihm schnell von einer Schwester gezeigt. ,,Die nächsten Spritzen machst du, ich komme aber noch einmal mit'', heißt es dann. Danach soll der Schüler alleine Spritzen können.

Unkenntnis und steigende Arbeitshetze führen dann zu Fehlern. Häufig werden auf den Stationen falsche Medikamente oder Dosierungen gegeben. Falsche Technik kann zu Spritzenabszessen, Gefäßentzündungen und zu Gefäß- und Nervenverletzungen führen.

Gegen diese Mißstände fordert das Krankenpflegepersonal das richtige Erlernen der Spritztechnik und bevor ein Medikament gespritzt wird, Aufklärung über den Zweck des Medikaments, seine Nebenwirkungen und eventuelle Komplikationen sowie Aufklärung über den Zustand des Patienten und Besonderheiten beim Spritzen. In der Frage, ob Auszubildende spritzen dürfen, wird vertreten, daß es zum Erlernen notwendig ist, jedoch nur unter geeigneter Kontrolle durchgeführt werden darf.

Passiert trotzdem ein Fehler, ist es nicht dem Personal anzulasten, sondern den Bedingungen, unter denen es arbeiten muß. Haften muß deswegen für alles der Dienstherr. Im Westberliner Krankenhaus Neukölln konnte die Freistellung von der Haftung des Personals bei Schadensfällen, die in Ausführung übertragener ärztlicher Tätigkeiten auftreten (Spritzen ist eine ärztliche Tätigkeit), durchgesetzt werden. Das heißt, daß das Krankenhaus sämtliche Prozeßkosten und Rechtsanwaltskosten übernehmen muß. Das Krankenpflegepersonal einiger Stationen hatte 10 Tage lang keine intravenösen Spritzen mehr durchgeführt und keine Venentröpfe gelegt, bis die Frage der Haftpflichtversicherung geklärt war. Die Ärzte einer chirurgischen Station beschlossen daraufhin, nur noch Notfälle aufzunehmen, da die zusätzliche Arbeit durch das Spritzen nicht mehr zu schaffen war. Jetzt geht es noch darum, daß die Krankenhausleitung die Haftung auch bei der sogenannten ,,groben Fahrlässigkeit'' übernehmen soll.

Am 26.11.1979 hat die Hamburger Gesundheitsbehörde einen neuen Spritzenerlaß herausgegeben. Er dient nicht dazu, die Ausbildung und schon gar nicht die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Der Erlaß dient allein dazu, die Verantwortlichkeiten deutlicher zu klären, um im Falle von Schadensersatzansprüchen noch besser das Pflegepersonal bzw. die Ärzte für die Kosten aufkommen zu lassen. So hat die ,,Anordnungsverantwortung'' der Arzt. Unter anderem muß er Medikament, Dosierung, Patient und Uhrzeit genau festlegen und sich vom Wissensstand und den Fähigkeiten des ausführenden Pflegepersonals vergewissern. Die ,,Durchführungsverantwortung'' dieser Anordnung hat das Krankenpflegepersonal (Pflegehelferinnen ist das Spritzen verboten).

Die Kollegen aus Westberlin haben gezeigt, daß die Rücknahme derartiger Erlässe erkämpft werden kann.

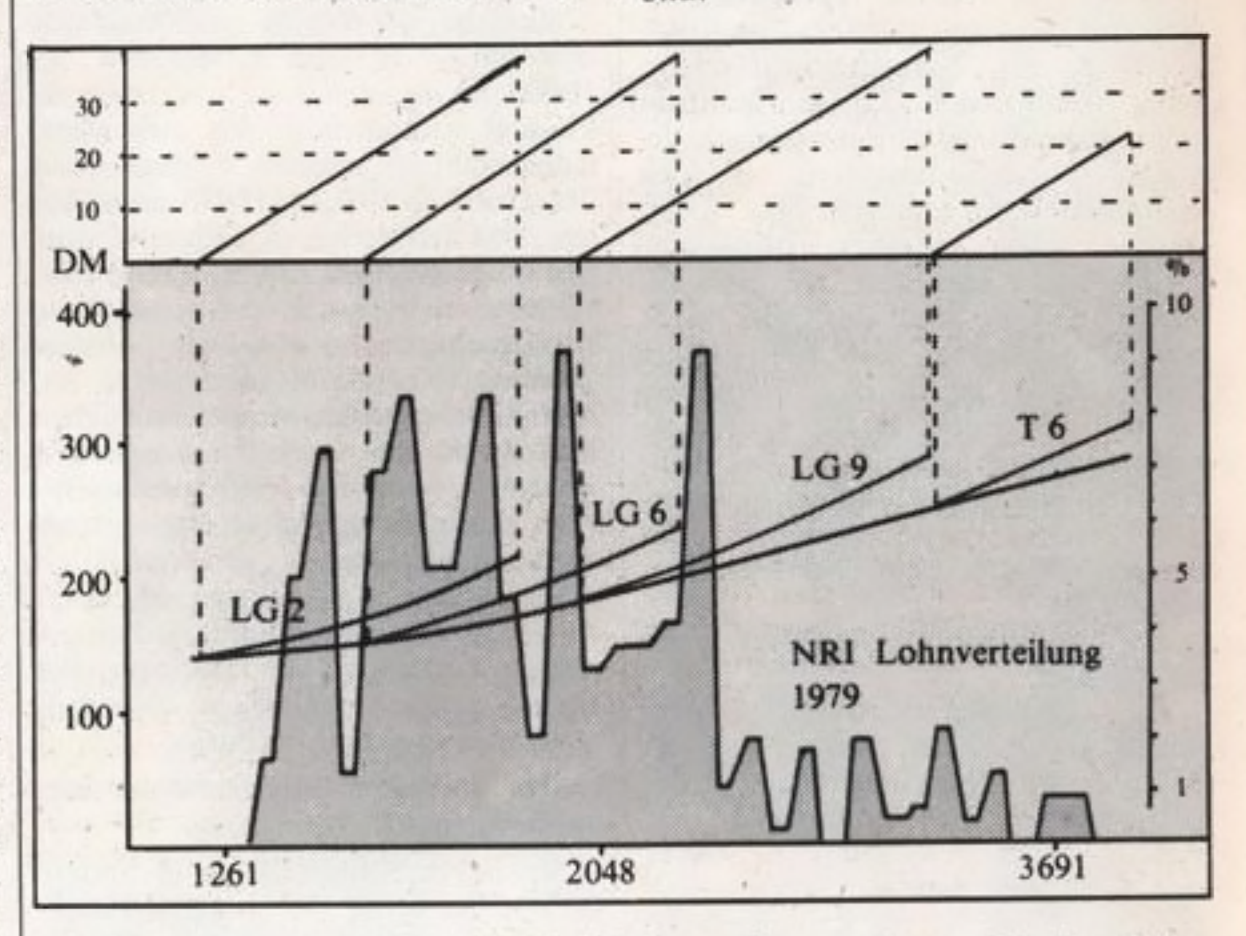
5,5% plus 75 DM auf den Effektivlohn muß den Kapitalisten erst noch abgerungen werden

b.mis. Am 11. Januar sind die ersten Verhandlungen mit den Metallkapitalisten für den Nordverbund. Der Spielraum für die Verhandlungen um die Forderung der IG Metall von 5,5% plus 75 DM ist eng, insbesondere über die 75 Mark Sockel kann gar nicht mehr geredet werden.

Allerdings: Ist der Abschluß unter Dach und Fach, so beginnt in den Betrieben der Krieg um die Überwälzung der Tarifabschlüsse auf den Effektivlohn. Die Sache ist doppelt schwierig, die Kapitalisten werden sich sperren, und zudem erlaubt ihnen die Struktur der Metalltarife allerhand Verdunklungsmanöver. Darüber muß vorher Klarheit herrschen, sonst kann auch der Tarifkampf in den Betrieben nicht richtig unterstützt werden. Denn klar ist, daß *noch* die Kapitalisten zu nichts gezwungen sind.

Lohn und Gehalt der Beschäftigten in der metallverarbeitenden Industrie setzt sich zusammen aus dem Tarifgrundlohn der jeweiligen Lohn/Gehaltsgruppe sowie den Zulagen. Bei den Zulagen sind bei den Arbeitern im Durchschnitt 16% tariflich gesichert, bei den Angestellten 10%. Es ist auch des öfteren der Fall, daß die Leistungszulage vom Kapitalisten nicht *in Prozent* auf den Grundlohn ausgewiesen ist, sondern als DM-Betrag auf den Grundlohn. Im gesamten Nordverbund gibt es darüber auch keine tarifvertragliche Festlegung, im Gegensatz zu anderen Tarifbezirken. Steigt der Tarifgrundlohn und die Leistungszulage bleibt im DM-Betrag gleich, so sinkt damit ihr Prozentanteil am Grundlohn. Ist die Leistungszulage sowieso in Markbeträgen ausgewiesen, fällt diese Senkung der Leistungszulagen zum Grundlohn nicht so auf. Anders wohl.

Bei der Überwälzung der Forderung 5,5% plus 75 DM taucht ein weiteres Problem auf, weil mit dem Sockelbetrag die Forderung in Prozenten ausgedrückt für die verschiedenen Lohngruppen etwas anderes ausmacht. Als Beispiel: Der Arbeiter hat den Bruttolohn von 1726,88 DM. Der Kapitalist zahlt ihm auf diesen Bruttolohn die Lohnerhöhung, sagen wir, 5,5% plus 75 DM. Macht 169,98 DM mehr. Ist die Überwälzung gelungen? Der Arbeiter schafft in Lohngruppe 2 (Stundenlohn 7,13 DM), was bei 173 Stunden einen Grundlohn von 1233,49 DM ausmacht. Er hat eine Leistungszulage von 40%, was harte Maloche voraussetzt, aber nicht eben selten ist. Er hat damit einen Bruttolohn von 1726,88 DM. Die Tariferhöhung des Grundlohnes, und darauf bezieht sich jede Tariferhöhung bloß, bedeutet 142,84 DM mehr, also 1375,33 DM im Monat. Im ersten Fall hätte der Kapitalist die Leistung gekürzt, ohne daß es aufgefallen wäre. Wie die Differenz mit zunehmender Leistungszulage steigt, zeigt das Schaubild.



Die durchgezogene Kurve stellt die Erhöhung dar, gerechnet einfach auf den Bruttoverdienst. Die abzweigenden Kurven sind die Erhöhungen unter Berücksichtigung der Lohngruppen bei Überwälzung auf den Effektivlohn. Im oberen Teil zugeordnet ist die Differenz, die sich ergibt.

Die Erweiterung der Müllverbrennungsanlage macht ihre Stillegung umso notwendiger

b.hōu. Zur profitablen Müllbeseitigung betreibt die Stadt Kiel seit 6 Jahren in Hassee eine Müllverbrennungsanlage. Gegenüber der bis dahin üblichen Ablagerung des Mülls bietet die neue Anlage der Stadt viele Vorteile: Die Wärme wird über das Fernheizungsnetz verkauft, die Anfahrtswege für den Müll sind kurz, entsprechend kurz sind die Pausen für die Müllarbeiter geworden.

Neun Jahre, von 1963 bis 1972, benötigte die Stadt, um eine Genehmigung für diese Anlage zustande zu bringen. Gegen den Bau gab es von Anfang an heftigen Widerstand, der nur durch einige Zugeständnisse untergraben werden konnte: ,,Es ist eine Abgaswaschanlage für Chlorwasserstoff (HCL) vorzusehen, in der dieser Schadstoff aus den Abgasen bis auf einen Restgehalt von höchstens 100 mg HCL/Nm³ ausgewaschen wird'', heißt es im Genehmigungsbescheid. Der Schornstein wurde höher gebaut als nach dem Gesetz nötig, und durch Unterdruck im Müllbehälter wird die Geruchsbehinderung gering gehalten.

Damit schien die Sache für die Bourgeois-Politiker vom Tisch, nicht jedoch für die Massen, denen es überhaupt nicht egal ist, ob die Luft weiter verpestet wird für den Profit der Kapitalisten. ,,Rauchgas wochenlang nicht gewaschen'', also wochenlang ca. 1000 mg HCL/m³ Rauch ausgestoßen, verkünden die ,,Kieler Nachrichten'' stolz am 15. November 1979. Wegen hoher Luftfeuchtigkeit u.a. hätte die Anlage abgeschaltet werden müssen. Tatsächlich ist aber gerade auch aus diesem Grund der Kampf gegen die MVA geführt worden, und wird der Betrieb weiterhin bekämpft: Bei bestimmten Wetterlagen kriegt man in einem großen Teil von Kiel-Süd sowieso kaum Luft, Bronchialerkrankungen häufen sich.

Mitte 1980 soll die zweite Ausbaustufe und damit die Verdopplung der Verbrennungskapazität in Betrieb genommen werden. Ständige Rauchgaswäsche verspricht der Aufsichtsrat, die Herren wissen, was tatsächlich in die Luft gepustet wird und daß die Forderung nach Stillegung der MVA völlig richtig ist.

1700 und 1954 – Die Bauern haben sich immer gegen den Landraub gewehrt

b.hei. Der Gemeinderat von Munkbarup, einem 600-Einwohner-Dorf in der Nähe Flensburgs, hat beschlossen, einen Gedenkstein aufzustellen mit der Eingravierung: ,,Einkopplung'' und ,,1954 Flurbereinigung''.

Beides waren Zwangsgesetze der Bourgeoisie. Das aufstrebende Kapital brauchte die freiwerdenden Arbeitskräfte, um sie in den Fabriken auszubeuten. Im 18./19. Jahrhundert entstanden in Flensburg z.B. 1781 Walzwerk, Ölwindmühle, 1832 die erste Dampfmaschine und 1844 eine Eisengießerei. Nach dem zweiten Weltkrieg ist es die durch den Krieg zerstörte Industrie gewesen, die beim Wiederaufbau nach Arbeitskräften lechzte.

Einkoppelung wie Flurbereinigung mußten gegen den Widerstand der Bauern durchgesetzt werden. 1766 wurde das Gesetz zur Einkoppelung erlassen. In dem Buch ,,Das Bauernhaus im Herzogtum Schleswig'' ist dokumentiert, daß sich im März 1767 zwei Gemeinden beraten hätten und sich gegen die Einkoppelung gewendet hätten. Die Bauern wollten vermeiden, daß einige Land an der Ostsee bekommen und ihre Existenz durch Sturmfluten bedroht würde, daß andere dagegen wegen der Entfernung auf den Fischfang verzichten müßten. Die Fürsten erließen daraufhin 1770 eine Verordnung, in der es hieß, ,,daß die Bauern, die binnen 4 Jahren ihre Dorfweiden nicht aufgeteilt hätten, sie an Bauern verlieren sollten, die sich nach Gesetz und Verordnung gerichtet hätten.''

Prozentualer Anteil der Betriebe mit einer Fläche von ... ha

		0,5-30	üb. 30
Kreise mit	1949	85,0	15,0
Flurberei-	1960	81,5	18,5
nigung	1970	71,2	28,8
	1978	58,1	41,9
übrige	1949	80,2	19,8
Kreise	1960	77,8	22,2
	1970	69,8	30,2
	1978	60,2	39,2

In den flurbereingten Kreisen geht das Bauernlegen schneller. (aus: 25 Jahre Programm Nord)

Bei der Flurbereinigung hat die Bourgeoisie größere Bauern, die sich Vorteile erhofften, durch Zuschüsse und zinslose Kredite für ihre Pläne gewonnen. In Munkbarup z.B. redeten viele kleine Bauern jahrelang kein Wort mit denen, die als erstes die Flurbereinigung unterstützten.

Immer mehr Frauen werden 1979 in die Teilzeitarbeit gepreßt

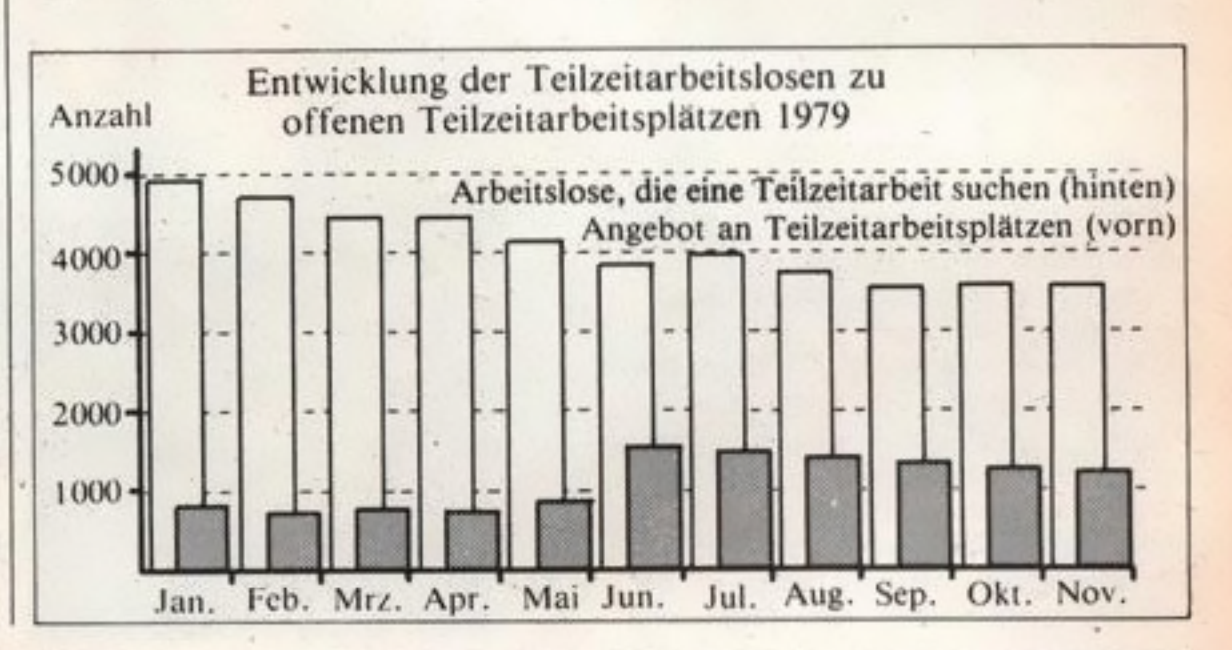
b.peb. 76318 Arbeiter und Angestellte verübten im März dieses Jahres eine Teilzeitarbeit. Ein Großteil davon sind Frauen, rund 90%. 4,4% mehr Teilzeitbeschäftigte hat es 1979 bundesweit gegenüber 1978 gegeben. Für Hamburg liegen uns die Zahlen noch nicht vor, aber der Vergleich der Arbeitslosen, die Teilzeitarbeitsplätze suchen, mit dem Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen lassen auf die gleiche Entwicklung schließen.

Seit einem Jahr schon päppeln die Kapitalisten und die bürgerlichen Parteien die Teilzeitarbeit. In ihrem Programm zu den Bürgerschaftswahlen fordert die CDU: ,,Verpflichtung der Arbeitsämter, die Teilzeitarbeit stärker in seine Beratung und Vermittlung aufzunehmen. Die Teilzeitarbeit ist notwendig und bietet bisher unausgeschöpfte Möglichkeiten.''

In verschiedenen Hamburger Betrieben gibt es schon sogenannte ,,Hausfrauenschichten'', wie etwa beim Otto-Versand oder bei Colgate-Palmolive.

Den Zwang zur ,,familiengerechten'' Teilzeitarbeit nutzen die Kapitalisten für die Intensivierung der Arbeit. So schreibt der Senat in der zitierten Drucksache, daß ein Drittel von den teilzeitbeschäftigten Beamtinnen eine ,,größere Arbeitsmenge pro Zeiteinheit'' bewältigte als vollzeitbeschäftigte Beamtinnen.

,,Teilzeitarbeit beseitige nicht die hohe Frauenarbeitslosigkeit, die Ausbeutung der Arbeitskraft werde verschärft, weil sie die Verringerung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich bedeutet, die gewerkschaftliche Organisierung erschwere und die Beschäftigten spaltet. Die Versammlung fordert die entsprechenden sozialen Einrichtungen für die volle Berufstätigkeit von Frauen zu schaffen und größere gewerkschaftliche Anstrengungen, die wöchentliche Arbeitszeit für Frauen und Männer auf 35 Std. zu senken.'' so hat sich die Bezirksfrauenmitgliederversammlung der HBV Main-Taunus zur Teilzeitarbeit am 3.10.79 völlig richtig geäußert.

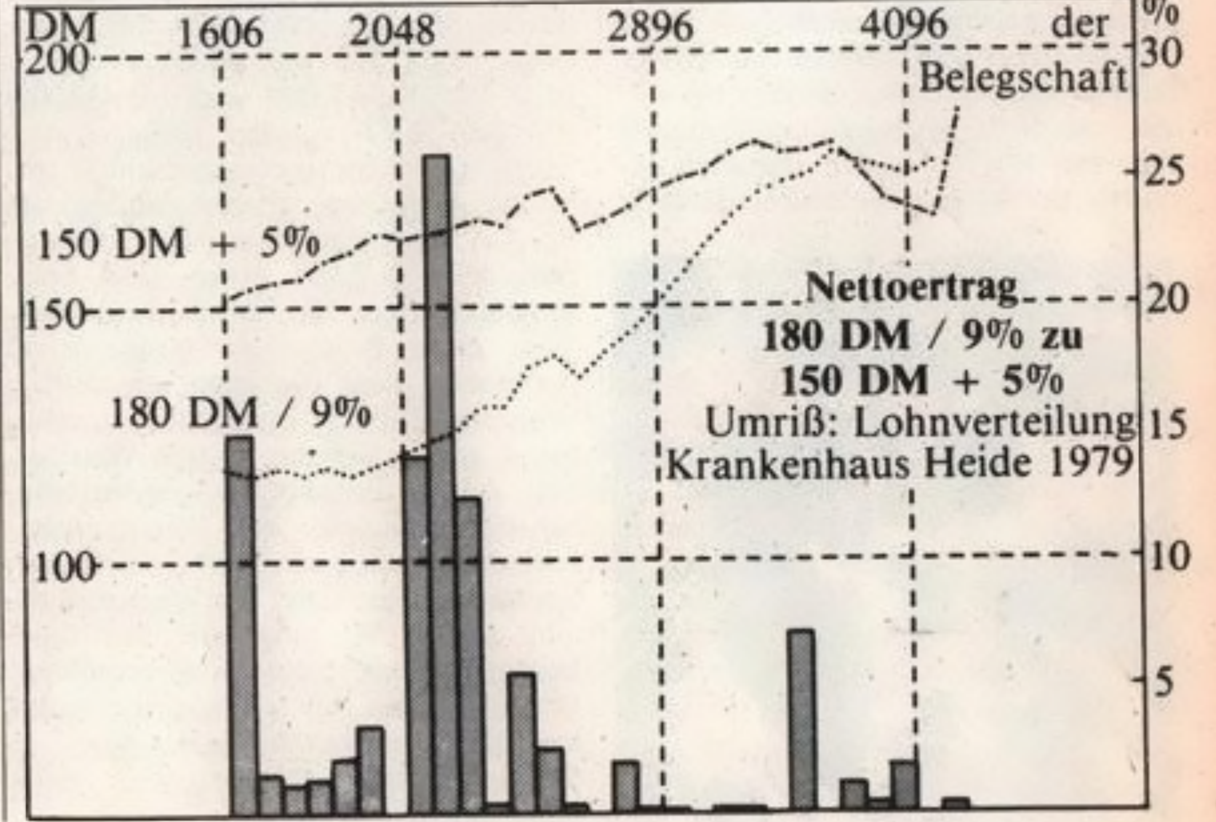


Das Krankenhauspersonal Heide kann die Hauptvorstandsforderung unterstützen

b.sal. Ende Dezember hat der Vertrauensleutekörper des Kreiskrankenhauses Heide eine Lohnforderung von 150 DM plus 5%, 30 Tage Urlaub, Wiedereinführung der Bemessungsgrundlage für Auszubildende plus 100 DM vorgeschlagen. Entsprechend wurden Schaubilder mit den Nettoerträgen verschiedener Lohnforderungen ausgehängt. 100 DM plus 5% erschien ihm zu wenig, weil ,,der Abschluß sowieso niedriger aussehe''.

Günstig an der aufgestellten Forderung ist, daß sie durch ihre Höhe den dauernden Lohnsenkungen entgegentritt und durch ihre Kombination sowohl eine Front zur Absicherung der unteren Lohngruppen aufbaut, als auch die Fachkräfte besserstellt. Ungünstig ist die Höhe der Forderung dennoch, weil, würde sie überall aufgestellt, sie die vorhandene Spaltung zwischen den großen Gewerken, Metall und Öffentlicher Dienst, vertiefen würde.

Der Vorschlag des ÖTV-Hauptvorstandes, 9%/180 DM mindestens, enthält auch die positiven Komponenten und schließt von ihrer Festgeldseite her die gesamten Beschäftigten im Öffentlichen Dienst zusammen. Gleichzeitig ermöglicht sie eine einheitliche Lohnbewegung der beiden Gewerke und ist von daher unterstützenswert. Nur müssen die 180 DM feststehen, über die Prozente kann verhandelt werden.



Harte Konkurrenz an der Hamburg-Antwerp-Range

Die Arbeiter lassen das nicht auf ihrem Rücken austragen

b.ruo. Um rund 13% hat sich der Gesamtumschlag im Hamburger Hafen 1979 gesteigert. Mit mindestens 62 Mio. t wird eine neue Rekordmarke überschritten. Die Stellung Hamburgs als größter westdeutscher Seehafen wird damit ausgebaut, und seine Position gegenüber der Konkurrenz behauptet.

Die drei Hauptkonkurrenten Hamburgs sind die bremischen Häfen, Rotterdam und Antwerpen. Vergleicht man die Umschlagsmengen dieser Häfen an der sogenannten „Hamburg-Antwerp-Range", so zeigt sich eine schier unanfechtbare Spitzenstellung Rotterdams. Als weltgrößter Hafen hat es auch gegenüber der unmittelbaren regionalen Konkurrenz seine Anteile in den letzten zehn Jahren ausgebaut. Am deutlichsten beim Massengutumschlag. Das ist der Umschlag von Mineralölen, Erzen, Kohle, Getreide, Dünger etc. Bedeutsamer für die Situation eines Hafens ist allerdings die Entwicklung des Stückgutumschlags. Da der Anteil menschlicher Arbeitskraft hier relativ hoch ist, verglichen mit dem Massengutumschlag, wo riesige Greifer und Saugbagger zum Einsatz kommen, hat der Stückgutumschlag bestimmenden Einfluß auf die Zahl der Arbeitsplätze und damit auch auf den Mehrwert, den die Kapitalisten aus den Arbeitern pressen.

Die Stückgutanteile der vier Vergleichshäfen sind indes – von Schwankungen abgesehen – konstant geblieben. Allerdings ist es in ganz unterschiedlichem Ausmaß gelungen, mit der Verlagerung des Stückgutes in Container Schritt zu halten. Während

auf den Mehrwert, den die Kapitalisten aus den Arbeitern pressen.

Die Stückgutanteile der vier Vergleichshäfen sind indes – von Schwankungen abgesehen – konstant geblieben. Allerdings ist es in ganz unterschiedlichem Ausmaß gelungen, mit der Verlagerung des Stückgutes in Container Schritt zu halten. Während

Hamburg z.B. 1971 16% des gesamten Stückgutumschlags auf sich zog, so nur 12,2% des gesamten Containerumschlags. 1978 dagegen hat sich das umgekehrt: Im Containerisierungsgrad liegt Hamburg knapp hinter Rotterdam vorn. Bremen hat einen durchschnittlichen Containerisierungsgrad (damit seine Vorrangstellung von 1971 aufgeben müssen), und weit hinten liegt Antwerpen.

Auch die Massengutumschlagsgewinne Rotterdams gingen voll zu Lasten von Antwerpen. Andere Verlagerungen in größerem Ausmaß sind aber auch nicht zu erwarten gewesen. Denn ein großer Teil des Massengutes geht in die Industriezonen an Rhein und Ruhr. Sehr zum Leidwesen des Zentralverbandes der deutschen Seehafenbetriebe sehen die Industriekapitalisten dort offensichtlich keinen Grund, die traditionell guten Verkehrsbeziehungen zu den Beneluxhäfen zugunsten der westdeutschen Nordseehäfen zu schmälern. Dabei spielen nicht nur der kürzere Transportweg und die günstigen Binnenschiffahrtswege eine Rolle. Zahlreiche westdeutsche Unternehmen haben sich Seereedereien, Binnenschiffahrts- und Transportunternehmen angegliedert, z.T. als 100%ige Töchter, die z.B. die Rohstoffversorgung über Rotterdam übernehmen.

So die Hüttenwerke Oberhausen, der Krupp-Konzern, der Mannesmann-Konzern, die Kupferhütte Duisburg u.a. 1966 waren es 71 westdeutsche Transportunternehmen, die im Rotterdamer Hafengebiet vertreten waren, davon auch 23 mit Hauptsitz in Hamburg.

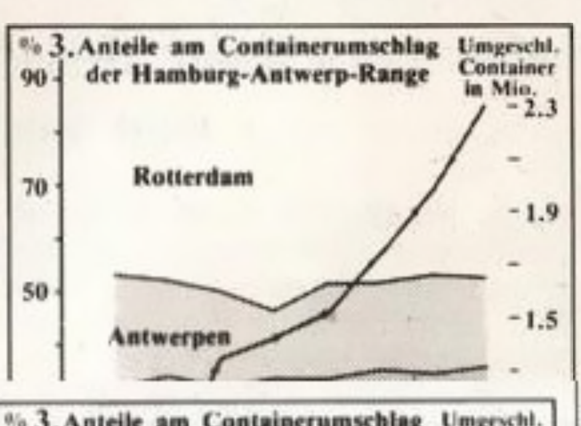
Die vier Häfen der Range konkurrieren aber nicht nur um westdeutsche Ladungsanteile. Ebenso z.B. um die Schweiz und Österreich. Während die Beneluxhäfen zudem zahlreiche Zubringerdienste nach Großbritannien betreiben, ist Hamburg vor allem „Verkehrskreuz" für den Transit nach Skandinavien und in die RGW-Länder. Und obwohl die Entfernung in die Südhäfen Rijeka, Triest u.a. nach Kilometern erheblich kürzer ist, gilt Hamburg als größter Seehafen Österreichs.

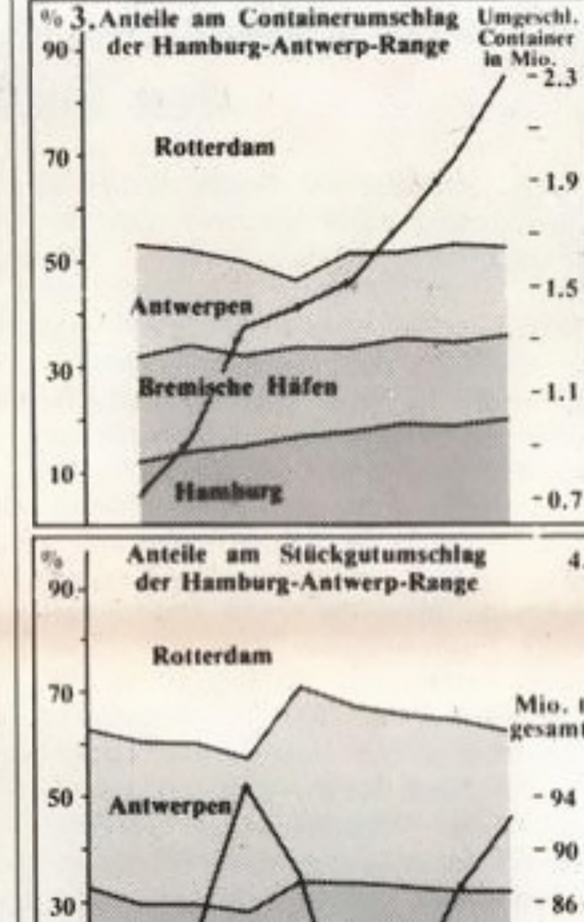
Im Jahresbericht 1978/79 nennt der Zentralverband der deutschen Seehafenbetrieben dafür die Gründe: Erheblich höhere Produktivität, bessere Straßen- und Bahnverbindungen sowie straffere Verwaltung.

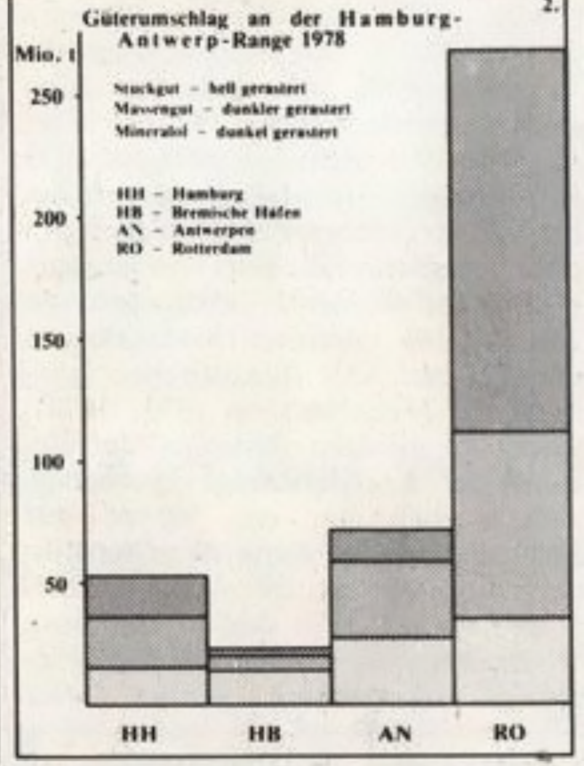
Eine weitere Milliarde DM bis 1984 für den Ausbau des Hafens Hamburg, nicht einbezogen die Hafenerweiterungskosten für Altenwerder, Moorburg, die Kosten für die südliche Güterumgehung, die Marschenautobahn etc., das sind die staatlichen Pläne, um den Kapitalisten ihre Stellung zu sichern und auszubauen.

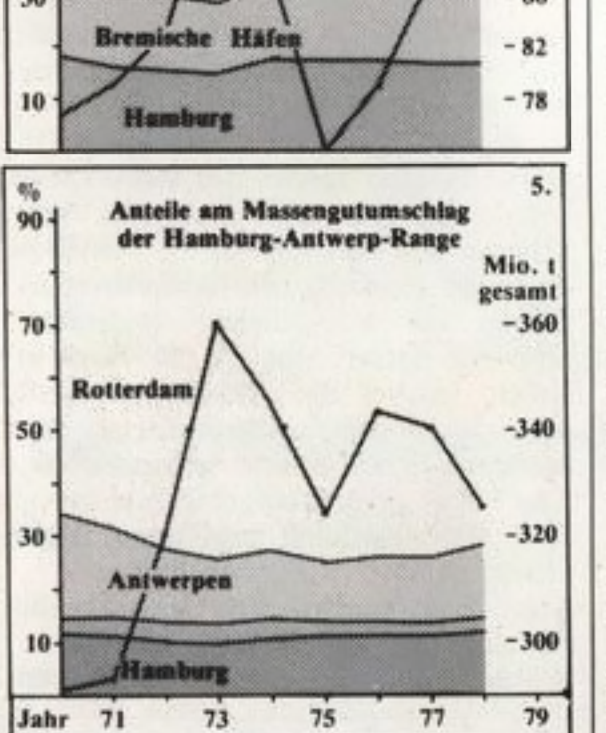
Gegen die Arbeiter ist es vor allem die geplante Einführung der Contischicht mit der Ausdehnung von Nacht- und Wochenendarbeit. Mit der Tatsache, daß den Hafenarbeitern in Rotterdam an Containerterminals schon ähnliche Arbeitsbedingungen aufgezwungen wurden, versuchen die Kapitalisten hier jetzt Druck zu machen. Zugleich ließen sie Wirtschaftssenator Steinert am 17.12. den Hafenbetriebsräten Honig ums Maul schmieren: „Der Bereitschaft der Hafenarbeiter, Schwierigkeiten zu meistern und sich dem technischen Wandel im Umschlagswesen aufgeschlossen zu zeigen, gebühre Lob und Anerkennung." Als wüßten die Hafenarbeiter nicht, daß der Rationalisierung Entlassungen folgen und der Druck einer vergrößerten Reservearmee. Und die Rotterdamer Hafenarbeiter haben mit ihrem Streik gerade bewiesen, wie erbittert sie Lohnraub und Rationalisierung ihrer Kapitalisten bekämpfen.

Güterumschlag in den fünf größten Seehäfen der BRD 1978







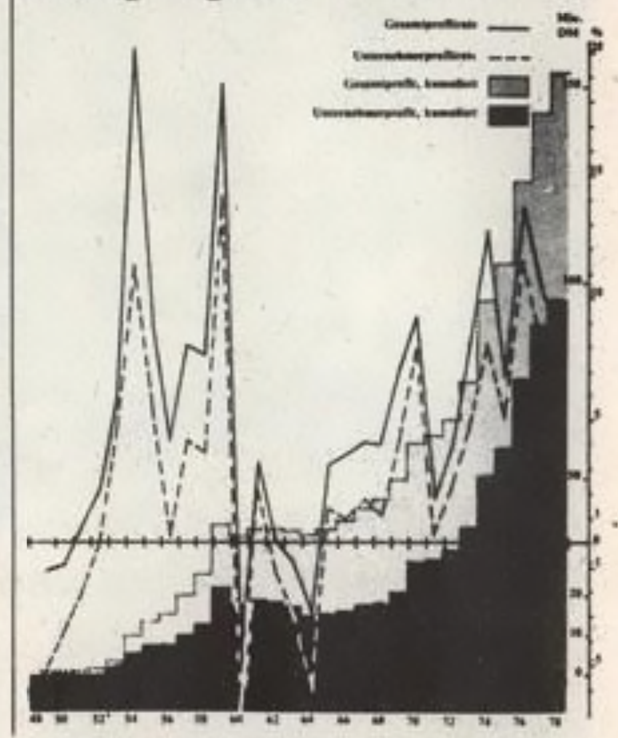


FSG gibt vorerst Pläne zur Teilung des Betriebes auf

b.how. Der Aufsichtsrat der Flensburger Schiffbaugesellschaft hat vor Weihnachten beschlossen, den Vorschlag des Vorstandes der FSG zunächst aufzuschieben, die Firma in zwei selbständige GmbHs umzuwandeln. (Siehe KVZ 47/79, S. 5) Wie wir schon damals geschrieben hatten, geht es der Harmstorf-Gruppe, die die Aktienmehrheit der FSG besitzt, vor allem um die Einsparung der Rückzahlungen der Werfthilfegelder, die die FSG erhalten hat und ab diesem Jahr bis 1989 zurückzahlen muß.

Das am 17.1.79 beschlossene und von der EG-Kommission geändert genehmigte Werfthilfeprogramm sieht Bürgschaften von maximal 500 Mio. DM, Auftragshilfen von rechnerisch 10% des Vertragspreises und Fördermittel, die zwischen 0 und 20% selbständig in Einzelfällen gewählt werden können, vor. Die Rückzahlungen dieser Fördermittel erfolgt nur bedingt: Unter der Voraussetzung, daß aus den Profiten 1983 bis 1988 Investitionen – die nicht der Ausweitung der Schiffbaukapazitäten dienen dürfen – vorgenommen werden, entfällt die Rückzahlung. Ebenso, wenn der Betrieb nicht die Profite den Arbeitern abgepreßt hat.

Die FSG hat vor, beide Wege zu gehen: Rationalisierungsinvestitionen sowohl im Schiffbau wie im Ketten-Kfz-Betrieb von insgesamt 28,5 Mio. DM in den Jahren 78/79 (77 und 78 wurde 1/5 der Belegschaft entlassen); stetige Ausweitung des Ketten-Kfz-Betriebes, der ausschließlich Kriegsproduktion betreibt mit ebenso stetig ansteigenden Profiten. Machen die FSG-Kapitalisten aus diesen beiden Bereichen zwei Firmen, so können sie sich von der obigen Einschränkung freimachen und gestützt auf das Modernisierungsprogramm der Bundeswehr die Produktion im Ketten-Kfz-Betrieb ausweiten, ohne die Profite hierbei für die Rückzahlung angreifen zu müssen. Im



Profite und Profitraten der FSG

Schiffbau können sie erst mal auf die Wirkungen ihrer Rationalisierungsmaßnahmen setzen und je nach Konkurrenzlage – was aber wahrscheinlich ist – zunächst die Belegschaft noch weiter verkleinern, um den verbleibenden Rest um so mehr anzutreiben und auszupressen.

Das weiß die Belegschaft ziemlich genau und hat sich von Anfang an über ihren Betriebsrat und Vertrauensleutekörper entschieden dagegen gewandt. Noch immer haben sich die Maßnahmen der FSG-Kapitalisten zur Verbesserung ihrer Konkurrenzlage gegen die Belegschaft gewandt, und gespalten in zwei Abteilungen läßt sich sowas schwieriger bekämpfen.

Betrieb von insgesamt 28,5 Mio. DM in den Jahren 78/79 (77 und 78 wurde 1/5 der Belegschaft entlassen); stetige Ausweitung des Ketten-Kfz-Betriebes, der ausschließlich Kriegsproduktion betreibt mit ebenso stetig ansteigenden Profiten. Machen die FSG-Kapitalisten aus diesen beiden Bereichen zwei Firmen, so können sie sich von der obigen Einschränkung freimachen und ge-

Das weiß die Belegschaft ziemlich genau und hat sich von Anfang an über ihren Betriebsrat und Vertrauensleutekörper entschieden dagegen gewandt. Noch immer haben sich die Maßnahmen der FSG-Kapitalisten zur Verbesserung ihrer Konkurrenzlage gegen die Belegschaft gewandt, und gespalten in zwei Abteilungen läßt sich sowas schwieriger bekämpfen.

HDW nutzt harten Konkurrenzkampf, um alle Poren des Arbeitstages zu schließen

b.mes. Dumpf versuchte Dr. Liesebach vom Vorstand der HDW auf der letzten Betriebsversammlung den Kollegen die Marktlage im internationalen Schiffbau näherzubringen. Zwar ist die Auftragslage sowohl in Westdeutschland wie auch international gestiegen, aber noch immer würden sich die Reeder bei der Auftragsvergabe zurückhalten. Selbst die „KN" straft diesen Herrn Lügen, denn die Aufträge haben sich im Jahr 1979 gegenüber 1978 um rund 50% erhöht. Ebenfalls erhöhte sich die Auftragstonnage der westdeutschen Werften von 519000 auf 1006515 tdw. Was die westdeutschen Werftkapitalisten anstachelt, ist, daß es den japanischen gelungen ist, allein 130 Neubauaufträge mit 4,834 Mio. tdw zu erhalten. Das sind mehr als 50% der insgesamt vergebenen Neubauaufträge. Im internationalen Vergleich bei den Neubauaufträgen steht die BRD – hinter Südkorea und Brasilien – an 4. Stelle.

Dies für die westdeutschen Arbeiter zu erreichen, ist das Ziel. Durchsetzen können die Werftkapitalisten dies nur, wenn es ihnen gelingt, die Spaltung unter den Belegschaften voranzutreiben. Ein Mittel dafür ist der Programmlohn. Bei der HDW ist es der Geschäftsleitung gelungen, 1417 Werker in den Programmlohn zu zwängen, das sind 2 % der Belegschaft im Werk Kiel-Gaarden. Um gegenüber der internationalen Konkurrenz in den nächsten Jahren bestehen zu können, soll in den folgenden 2 Jahren in fast allen Bereichen der Programmlohn eingeführt werden. Gegenüber dem Einzelakkord, Einstufung in eine der 8 Lohngruppen, werden die Arbeiter nach dem MTM-System in eine der über 20 Programmlohngruppen eingestuft. Da das Programm gleich 100% ist, führt jedes Nichterreichen des Programms zu einer Lohneinbuße. Im Einzelakkord hatte der Arbeiter noch die Möglichkeit, hier und da eine Pause einzulegen, aber bei dem Programm ist man von der Kolonne abhängig. Keiner weiß mehr genau, wann das Programm fertig ist und ob es überhaupt erreicht wird. Die Begleitmusik sind die kleinlichen Schikanen vom Werkschutz, der falsch geparkte Fahrzeuge der Kollegen abschleppen läßt, der Kollegen ohne Werksausweis solange zurückhält, bis der Meister verständigt ist. Eine umfassende Kontrolle der Kollegen, wie im Sonderschiffbau, hätten die HDW-Kapitalisten gern für die ganze Werft: Überprüfung durch den MAD.

Vorsichtiger Umschlag bei Gefahrgut. HHLA-Chef Kern hat Angst um den Profit

b.obj. „27 Hafenarbeiter mußten gestern abend und letzte Nacht vorsorglich in die Krankenhäuser Wilhelmsburg und Hafen gebracht werden. Nach Angaben der Polizei fielen zunächst gegen 18 Uhr bei Umschlagarbeiten auf dem liberianischen Motorschiff Trans Nova zwei Fässer mit Cyanurchlorid von einer Palette in den Unterraum der Luke 3. Die mit dem frei gewordenen Staub in Berührung gekommenen 16 Hafenarbeiter hatten plötzlich Atembeschwerden, die Augen tränten und ein bestialischer Geruch breitete sich aus... um 1.30 Uhr heute früh wurde durch einen Gabelstapler erneut ein Faß beschädigt. Abermals mußten 11 Hafenarbeiter zur ambulanten Behandlung in die Krankenhäuser."(HAN, 28.12.79)

Wenn ein Unfall nicht vertuscht werden kann, so wird die Schuld den Hafenarbeitern in die Schuhe geschoben. Doch wenn die Hafenarbeiter nicht so ausgesprochen geschickt wären, würde viel mehr passieren. Die Hafenkapitalisten verlangen Tonnage. Die Inspektoren sind dazu da, die Lademeister und Stauervizen zu kontrollieren, und diese wiederum treiben unmittelbar an. Dafür werden sie wesentlich bezahlt. Ein schlechter Antreiber bleibt nicht lange Viz. Seit 1977 haben die Hafenarbeiter als Schutz gegen die Gefahren beim Chemikalienumschlag eine tarifvertragliche Regelung durchgesetzt. „Beim Umschlag gefährlicher Güter an Bord und an Land... Die Arbeitnehmer sind vor Aufnahme der Arbeit über die Gefahr, die im Umgang mit solchen Gütern auftreten kann, soweit noch erforderlich, aufzuklären. Die für diese Arbeit notwendigen Sicherheitsvorkehrungen sind zu treffen, und die dafür geeignete Sicherheitskleidung ist zu stellen".(Protokollnotiz zum Schmutzgeldkatalog)

Doch dies ist noch lange nicht durchgesetzt. Werden zum Beispiel Fässer umgeschlagen mit irgendeinem unbekannten Namen und ist ein Aufkleber nach dem IMDG-Code vorhanden (international gebräuchliche Gefahrensymbole), so weiß man noch lange nicht, wie gefährlich diese Ware ist. Fragt man einen Vizen, so weiß der dies meistens auch nicht. Und wenn es nur ein paar Fässer sind, dann werden die halt auf die Palette gestellt, und ohne besondere Sicherung an die Kai gedreht. Wenn es jedoch eine größere Partie ist, und sich ein Gang darauf geeinigt hat, ganz ruhigzund unter Beachtung der Sicherheitsvorschriften zu arbeiten, dann kommt es häufig vor, daß Pensum angeboten wird. Es gibt dann Auseinandersetzungen. Die einen wollen jetzt möglichst schnell das Pensum schaffen, und das bedeutet, das zusätzliche Sicherheitsnetz oder Gummiband wird nicht genommen, weil das sonst zu lange dauert. Andere widerum bestehen zu Recht auf ihrer Sicherheit und Gesundheit. Manchmal weiß man auch gar nichts von dem Gefahrengut.

Man löscht harmlose Talkumsäcke, spürt einen beißenden Geruch und wundert sich. Am Ende der Schicht tauchen plötzlich unter dem Talkum Fässer auf mit einem Totenkopf-Etikett.

Noch viel gefährlicher jedoch ist es, wenn die Gefahrgüter gar nicht als solche ausgezeichnet sind, um zum Beispiel Frachtraten zu sparen. So ist vor nicht allzu langer Zeit am Schuppen 64 aus „leeren Chlorgasflaschen" plötzlich noch Chlorgas ausgeströmt und es mußten viele Hafenarbeiter mit zum Teil sehr gefährlichen Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert werden. Zunehmend aber wird bei IMGD-ausgezeichneten Gütern vorsichtig gearbeitet. Deshalb hat HHLA-Chef Kern vor einem überzogenen Sicherheitsempfinden beim Umschlag mit gefährlichen Gütern gewarnt, weil sonst der gesamte Chemikalienumschlag zu anderen Häfen abwandern würde.



Vorschriftsmäßiger Umschlag im Hafen. So kann nichts runterfallen.



Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals für 850 Mio. DM aus wirtschaftlichen und militärischen Gründen

r.brp. Zwischen zwei Wegen kann die internationale Schiffahrt bei ihren Routen von der Nordsee in die Ostsee und umgekehrt wählen: dem Nord-Ostsee-Kanal und dem um 460 km längeren Weg um Dänemark/Skagen. Die Kanalroute ist für die Schiffseigner mit einer Zeit- und Treibstoffersparnis verbunden, die erheblich ist und den ,,Verkehrswert" des Kanals darstellt, der die meistbefahrene künstliche Wasserstraße der Welt ist. Vor allem die Sozialimperialisten nutzen den viel beschworenen ,,Verkehrswert" des Kanals im Konkurrenzkampf um die Frachtraten. Im Transitverkehr steht die Sowjetunion nach der BRD und Polen an dritter Stelle, erst dann folgen die skandinavischen Länder. Der Anteil der Comecon-Länder insgesamt betrug bereits 1974 ein Viertel des gesamten Transits.

Im November 1979 passierten 5124 Schiffe mit einer gesamten Tonnage von 8,3 Mio. BRT den Kanal, das war eine Steigerungsrate von 7,2% gegenüber dem Vorjahresmonat und stellte das bisher beste Monatsergebnis dar, was für die Entwicklung der Kieler und auch der Hamburger Hafenumschlagsraten von erheblicher Bedeutung sein dürfte. Der wirtschaftliche Zweck allein ist aber nicht der entscheidende Gesichtspunkt für die westdeutsche Bourgeoisie, jährlich rund 35 Mio. DM zur ,,Sicherung des Kanals" ins Haushaltsposten festzulegen, zumal die Erträge aus der Kanalsteuer nur bis 1907 die Ausgaben für die Instandhaltung des Kanals decken konnten. Die BRD-Imperialisten sind sich vielmehr der politischen Bedeutung dieser Schiffsstraße bewußt, die mit einem Kanalquerschnitt von 413 qm weit über die Abmessungen des Suez-Kanals (304 qm) hinausgeht. In einem Vortrag des Präsidenten der Hafentechnischen Gesellschaft heißt es: ,,Der Nord-Ostsee-Kanal muß als wichtige Schiffahrtsstraße auf seine Verpflichtung für den internationalen Verkehr Rücksicht nehmen, und diesem Gesichtspunkt kommt gerade in der Verbindungszone zwischen den drei Wirtschaftsbereichen EG, EFTA und Comecon eine stärkere wirtschaftliche und politische Bedeutung zu als bei einer anderen Wasserstraße." Eine Sperrung des Kanals für bestimmte Länder könnte auf diese einen großen politischen Druck ausüben.

Um dieser wirtschaftlichen und politischen Bedeutung weiterhin Rechnung tragen zu können, sind seit Jahren umfangreiche Ausbauarbeiten im Gange. Der Kanal kann Schiffe mit einem Tiefgang bis zu 9,5 m aufnehmen, womit ein Verkehr von vollbeladenen Schiffen mit einer Tragfähigkeit bis zu 25000 tdw ermöglicht wird. Der Öresund, der östlichste Schiffahrtsweg zwischen dem Kattegat und der Ostsee, gestattet nur Schiffen mit 7,5 m die Durchfahrt. Einzig der Große Belt, der in Zukunft als großer Schiffahrtsweg ausgebaut werden soll, kann zur Zeit von Schiffen mit einem Tiefgang bis zu 17 m befahren werden. Der Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals auf durchgängig 13 bis 14 m Tiefgang ist eine der entscheidenden Forderungen der westdeutschen Bourgeoisie. Bis Mitte der 80er Jahre stellt die Bundesregierung hierfür und für EDV-gesteuerte Schleusen und Ausweichplätze 850 Mio. DM zur Verfügung.

Auch wenn Georg Leber in seiner Festansprache zum 75. Jahrestag der Verkehrseröffnung des Kanals am 20. Juni 1970 ausschließlich auf den wirtschaftlichen Zweck des Kanalausbaus einging, so ist die militärische Bedeutung von Anfang an unumstritten gewesen. Die Forderung der Kaiserlichen Marine hatte die Planung der Kanals maßgeblich beeinflußt. Mit seinem Bau erhielt die Kriegsflotte einen sicheren und schnellen Weg von der Nordsee in die Ostsee zu ihrem neuen von Danzig nach Kiel verlegten Standort. Da die 1906 auf Stapel gelegten Großkampfschiffe der ,,Nassau"-Klasse mit 27 m Breite den Kanal nicht passieren konnten, wurde er bereits 12 Jahre nach der Eröffnung, von 1907 bis 1914, verbreitert. Vor dem zweiten Weltkrieg wollte die deutsche Bourgeoisie ihn nochmals ausbauen, da für die Kriegsschiffe eine Wasserspiegelbreite von 165 m und eine -tiefe von 13 m erforderlich war, was jedoch zeitlich nicht mehr geschafft wurde. Jetzt soll er wieder ausgebaut werden. Die im Bau befindlichen Fregatten des Typs F 122 werden in Wilhelmshaven stationiert sein; sie erhalten damit eine schnelle Verbindung in die Ostsee.

Familiengeld bringt 13,88 DM im Monat – Stoltenberg ist wahrhaft großherzig

r.stk. Im Dezember letzten Jahres haben die CDU-Landesregierungen über den Bundesrat einen Gesetzentwurf eingebracht, nach dem nicht erwerbstätigen Müttern, die keinen Anspruch auf Mutterschaftsgeld haben, oder nicht arbeitenden Vätern ein Familiengeld in Höhe von 500 DM monatlich bis zu 6 Monaten nach der Geburt des Kindes gezahlt werden soll. Dazu Ministerpräsident Stoltenberg mit weihnachtlich glitzernder Nächstenliebe: ,,Die Landesregierung hält es für ein Gebot sozialer Gerechtigkeit und familienpolitischer Notwendigkeit, allen Müttern die gleiche Vergünstigung zu gewähren."

1977 wurden in Schleswig-Holstein 23366 Kinder geboren bei einer Gesamtzahl an Haushalten von 448000. Die Tabellen zeigen die Anzahl der Familien mit Kindern, in denen die Frau mitarbeitet/nicht mitarbeitet. Rund ⅔ der Frauen arbeiten nicht mit, in den höheren Einkommensklassen sind es mehr. Der Kreis der Glücklichen, die Stoltenbergs Familiengeld bekommen sollen, ist also sehr begrenzt, ca. 14000, bevorzugt die höheren Einkommensklassen.

500 DM 6 Monate lang soll das Familiengeld betragen, also 3000 DM. Nun wird ein Kind aber älter als 6 Monate. Rechnet man das Familiengeld auf das Kindergeld auf, so ergibt das eine Erhöhung des Kindergeldes um ganze 13,88 DM im Monat. Im Vergleich zu dem Kindergeld, das Stoltenberg erhält, ist das wirklich lächerlich. Zu behaupten, daß damit eine berufstätige Mutter ,,im Interesse der Kinder" auf ihren Beruf und ihr Einkommen verzichten kann, ist eine Frechheit.

Daß die CDU diesen Gesetzentwurf zu einem Zeitpunkt im Bundesrat einbringt, wo die Forderung nach Zahlung eines Kindergeldes in der Höhe, wie es die Minister erhalten, immer größere Verbreitung findet und sich die Arbeiterklasse auf die kommenden Tarifkämpfe vorbereitet, um mit den dauernden Lohnsenkungen Schluß zu machen, läßt ihre Absicht erkennen.

Familien mit Kindern nach Einkommen des Ehemannes (Löhne 1970)

Nettoeinkommen in DM	Zahl der Familien gesamt/	Frau arbeitet nicht
bis 300	2000	600 = 30%
300 – 500	6300	1500 = 23,8%
500 – 800	69700	44800 = 64%
800 – 1200	142700	100200 = 70%
1200 – 1800	52700	38000 = 72%
1800 – 2500	22000	14700 = 67%
über 2500	10200	6900 = 68%

Zu durchsichtig ist das Manöver, als daß man sich da mit einem Familiengeld abspeisen läßt.

Fam. m. Kindern/Ehefrau arbeitet mit

Nettoeinkommen in DM Ehemann	Ehefrau	Anzahl der Familien
300 – 500	bis 300	200
300 – 500	300 – 500	300
500 – 800	bis 300	5200
500 – 800	300 – 500	6100
500 – 800	500 – 800	3800
500 – 800	800 – 1200	900
500 – 800	1200 – 1800	100
800 – 1200	bis 300	10400
800 – 1200	300 – 500	11900
800 – 1200	500 – 800	8300
800 – 1200	800 – 1200	2500
800 – 1200	1200 – 1800	400
800 – 1200	1800 – 2500	300
1200 – 1800	bis 300	2700
1200 – 1800	300 – 500	3200
1200 – 1800	500 – 800	2100
1200 – 1800	800 – 1200	1700
1200 – 1800	1200 – 1800	900
1200 – 1800	1800 – 2500	300
1800 – 2500	bis 300	600
1800 – 2500	300 – 500	800
1800 – 2500	500 – 800	1000
1800 – 2500	800 – 1200	800
1800 – 2500	1200 – 1800	400
1800 – 2500	1800 – 2500	300

,,Jahr des Kindes" – bloß Anlaß gewesen, den Bußgeldkatalog zu verschärfen

r.wop. ,,Im Jahr des Kindes starben in Europa rund 30000 Kinder ... auf der Straße, durch Mißhandlung – 500 durch Selbstmord..." so spielt die Hannoversche Neue Presse vom 22./23.12.79 die journalistische Begleitmusik für eine Angelegenheit, die sonst eher diskret behandelt wurde. In den Berichten vom Tage (21.12.) kommentierte H. Itzko die Herausgabe des Jahresberichts des Kraftfahrtbundesamts. Diesem zufolge hat die Gesamtmotorisierung 1979 um 3 Mio. Fahrzeuge zugenommen. 49% der Verkehrs-,,straftäter" standen unter Alkoholeinfluß und jeder 11. Vermerk in Flensburg sei auf diesen zurückzuführen. Nachdem die moralische Verwerflichkeit der Verstöße gegen die Straßenverkehrsordnung recht hervorgehoben wurde, gehts dann zur Sache: ,,Immer noch in der Diskussion ist die Anhebung der Eintragungsgrenze von jetzt 40 auf 100 Mark, sowie die härtere Bestrafung von Mehrfachtätern". Harte Strafen sollen die individuelle Schuld des Autofahrers sühnen. Verkehrsunfälle und speziell die von Kindern und Jugendlichen haben ihrer Ursachen im wesentlichen woanders: Hinweise darauf gibt z.B. D. Buch in einem Artikel der Monatszeitschrift des Statistischen Landesamtes der den ,Kindern in Hamburg' gewidmet ist: ,,Im Hamburger Stadtgebiet gibt es zur Zeit 600 staatliche und etwa 3000 nichtstaatliche Kinderspielplätze ... Trotz dieser beachtlichen Gesamtgröße können für die Kinder bestimmter Wohnviertel aber durchaus Defizite an Spielflächen bestehen. Hinzu kommt, daß es insbesondere für kleine Kinder nicht genügt, wenn sich Spielmöglichkeiten in geringer Entfernung von der häuslichen Wohnung befinden ... eine stark befahrene Straße kann bereits ein unüberwindliches Hindernis darstellen." (Hamburg in Zahlen , 3/79, S. 139). Auch die Politik der Schließung kleinerer Schulen verlängert den Schülern die Schulwege und vergrößert ihre Gefährdung. Remmers hatte dies kürzlich aufgegriffen, als er die Aufsichtspflicht der Lehrer auch auf die Bewachung der Bushaltestellen ausdehnen wollte. Vor dem Landtag hat er die ,,erhöhten Gefahren an den Bushaltestellen" zum Anlaß genommen, wofür allerdings er die Verantwortung trägt.

Man muß es wohl eher der Disziplin der Autofahrer zuschreiben, wenn die Verkehrsunfälle mit tödlichem Ausgang in Niedersachsen 1977 im Vergleich zu 1971 leicht von 3478 auf 3433 zurückgingen. Ebenfalls verringert haben sich im gleichen Zeitraum die tödlichen Verkehrsunfälle der 1 – + jährigen von 92 auf 44, der 5 – 15jährigen von 241 auf 166 und der 15 – 25jährigen von 727 auf 633. (Statistisches Jahrbuch für Niedersachsen 1973, 1978), wobei im gleichen Zeitraum der Bestand der Kraftfahrzeuge in Niedersachsen sich um ca. 500000 auf 2652058 vermehrt hatte. Was die Kinderfreunde bewegt, läßt sich der Tabelle entnehmen: 1976 sind in Hamburg schätzungsweise 150000 Bußgeldbescheide rausgelassen worden. Der

Anteil der Straßenverkehrsverfahren (1), Bußgeldverfahren (2), Erzwingungshaftanträgen (3), an erledigten Strafsachen (4) der Amtsgerichte in Hamburg in v.H. 1970-6

	(1)	(2)	(3)	(4)
1970	58,9	28,3	3,1	28679
1971	57,5	27,4	3,6	35163
1972	58,0	26,9	5,1	37067
1973	58,2	28,9	6,8	37183
1974	62,1	37,7	8,2	43358
1975	62,6	34,6	11,8	45072
1976	61,5	34,2	12,5	44093

Quelle: Hamburg in Zahlen 8/77

Hamburger Staatskasse sind dadurch 7 Mio. DM zugeflossen. Der Widerstand gegen die Ausplünderung wird immer stärker. ,,Der stark erhöhte Geschäftsanfall... (der Amtsgerichte in Hamburg)... hat seine Hauptursache darin, daß in der letzten Zeit mehr Bußgeldbescheide erlassen wurden und daß zudem ein größerer Prozentsatz der Betroffenen als füher Einspruch gegen Bußgeldbescheide einlegte... (Dies)... kommt auch in den steigenden Zahlen von Erzwingungshaftverfahren zum Ausdruck." So D. Buch in ,Hamburg in Zahlen' 8/77. Daß man den reaktionären Kinderfreunden nicht auf den Leim gehen muß, zeigen die verschiedenen Briefe, die gegen die Bild-Zeitungs-Aktion ,,Ein Herz für Kinder" gerichtet sind. In einem Brief, den Beschäftigte der Hochschule Hildesheim und der TU Braunschweig geschrieben haben, wird die Bild-Zeitung u.a. aufgefordert, die Ursachen, ,,die zu den vielen Unfällen von Kindern führen, zu untersuchen."





200 demonstrierten gegen den Beginn der Tiefbohrungen in Gorleben

r.thr. Angeführt von einigen Treckern, die direkt vor dem Tor der Bohrfestung bei Gorleben postiert wurden, protestierten am 4.1.1980 zirka 200 gegen den Beginn der Tiefbohrungen. Drei Monate lang, 24 Stunden am Tag, soll die Bohrung 2000 m tief getrieben werden, um angeblich die Eignung des Salzstockes für die Endlagerung zu erkunden. Selbst der Reporter der „Umschau am Abend" glaubte nicht an die eineinhalb Jahre dauernde „Untersuchung": „Eine Nichteignung des Salzstockes in Gorleben kann sich der Bund nicht leisten."

Immer weniger glauben Albrecht und Schmidt, daß das NEZ vom Tisch ist. Die Bauern und die Bürgerinitiative haben kürzlich in einer Broschüre aufgezeigt, daß mit dem durch die Tiefbohrungen vorbereiteten Endlager und mit dem geplanten Zwischenlager zwei wichtige Bestandteile des NEZ gebaut werden sollen. Denn das Zwischenlager kann leicht in ein Eingangslager für die Wiederaufbereitungsanlage umgebaut werden. Ist das Zwischen- und Endlager gebaut, braucht man später nur noch die WAA hinzusetzen. Ganz frech hatte Ende des letzten Jahres zudem die Bundesregierung von der Bundespost das ganze 300 ha große Gelände der Überseefunkempfangsstation in Woltersdorf erwerben wollen. 300 ha sind selbst für die dort stationierten Polizeikräfte zuviel. Ganz heimlich wollte dort die PTB als Bundesbehörde Tritium verpressen, welches bei der Wiederaufbereitung anfällt. Erst als dies aufflog, wurde die PTB zurückgepfiffen.

Umfassend treibt die PTB ihr Unwesen. Als sie vor einigen Wochen aufgrund der Landabtretungsbeschlüsse auf Privatgrund Bohrungen durchführte, hat sie sich zweimal 40000 bzw. 30000 Liter Gülle durch die Bauern eingehandelt. Jetzt droht sie schon wieder mit Landabtretungsbeschlüssen, falls ihre geoelektronischen Messungen nicht hingenommen werden.

Die Bauern haben sich organisiert. Über 100 nahmen an der ersten Mitgliederversammlung der „Bäuerlichen Notgemeinschaft" teil. Durch die große Unterstützung ist der Plan des Staates gescheitert, mit Hilfe der Nötigungsprozesse die Reihen der Bauern zu spalten. Weitere vorgesehene Anklagen mußten eingestellt werden. Der Plan ist freilich nicht aufgegeben. Am 17.1.80 beginnen in Lüneburg die ersten Berufungsverhandlungen, und für das Versprühen der Gülle sind Sachbeschädigungsanklagen in Vorbereitung, weil einige Polizisten zu vorwitzig waren.

Die Auseinandersetzung konzentriert sich auf die nächste Kreistagssitzung am 11.2. Dort soll eine Entscheidung über den Bau des Zwischenlagers gefällt werden. Bekanntlich hatte Albrecht scheinheilig sein Ja von der eindeutigen Zustimmung der Kreispolitiker abhängig gemacht. Seither verkünden Grill (CDU MdL) und Kumpane getreu der Stimme ihres Meisters, daß ohne Zwischenlager der alsbaldige wirtschaftliche Bankrott des Kreises unabwendbar sei, während ein Zwischenlager Arbeitsplätze schaffe, Steuern bringe und auch die DWK ein paar Millionen springen ließe. Die Bauern halten daran fest, daß sie für ein paar Millionen an „mittelständische Unternehmen" sich nicht die Vernichtung ihrer bäuerlichen Existenz abkaufen lassen. Sie bereiten sich auf die Kreistagssitzung vor.



NL: Gewerkschaft FNV fordert 40 Gulden
Erste Streiks in der Milchindustrie



z.scc. Seit dem 28.12. sind die Tarifverhandlungen für die rund 22000 niederländischen Molkereiarbeiter unterbrochen: Die Nahrungsmittelgewerkschaft FNV fordert 40 Gulden/Woche plus Erhöhung der Schichtzulagen; die Kapitalisten, die ein Angebot von 0,40 Gulden/Stunde vorgelegt hatten, spekulieren jetzt ganz offensichtlich auf einen von der Regierung dekretierten vollständigen Lohnstopp. Während der FNV – 70% der Molkereiarbeiter sind organisiert – Streikvorbereitungen trifft, sind die Milchtankwagenfahrer des Verteilungszentrums CMC/Melkunion in Amsterdam am 2.1. bereits für einige Stunden in den Streik getreten. Ein Milchtankwagenchauffeur verdient selbst bei regelmäßiger Nachtarbeit nicht mehr als 2000 Gulden brutto.





z.scc. Seit dem 28.12. sind die Tarifverhandlungen für die rund 22000 niederländischen Molkereiarbeiter unterbrochen: Die Nahrungsmittelgewerkschaft FNV fordert 40 Gulden/Woche plus Erhöhung der Schichtzulagen; die Kapitalisten, die ein Angebot von 0,40 Gulden/Stunde vorgelegt hatten, spekulieren jetzt ganz offensichtlich auf einen von der Regierung dekretierten vollständigen Lohnstopp. Während der FNV – 70% der Molkereiarbeiter sind organisiert – Streikvorbereitungen trifft, sind die Milchtankwagenfahrer des Verteilungszentrums CMC/Melkunion in Amsterdam am 2.1. bereits für einige Stunden in den Streik getreten. Ein Milchtankwagenchauffeur verdient selbst bei regelmäßiger Nachtarbeit nicht mehr als 2000 Gulden brutto.

Landarbeiter fordern Lohnerhöhung über 10,5%

z.doj. Am 31. Dezember liefen die Lohntarife der Landarbeiter für 1979 aus, die Gewerkschaft Gartenbau, Landwirtschaft und Forsten hat sie gekündigt. Nur 222000 der insgesamt etwa 330000 ständigen und Saisonarbeiter werden nach Angaben des DGB nach Tarif bezahlt. Der Tariflohn liegt noch weit unter dem der Industriearbeiter, obwohl die Landarbeiter 1979 mit 6,6% mehr Lohnerhöhung erkämpft haben. 1979 lag der Tarif zwischen 5,10 und 6,45 DM für angelernte Arbeiter und zwischen 8,39 und 9,17 DM für Facharbeiter. Der Ecklohn lag (vergleichsweise zu den Metallarbeitern mit 8,75 DM) bei 8,31 DM. Die Forderungen in den Länderbezirken der GGLF liegen deshalb auch diesmal deutlich über der Forderungsgrenze des IGM-Vorstandes von 10,5%. 6 Wochen Urlaub und Urlaubsgeld in Höhe eines halben Monatslohns fordern die Landarbeiter weiter. Bisher ist noch kein Verhandlungstermin festgelegt, auf jeden Fall will die GGLF aber rückwirkend von Anfang Januar an abschließen. Letztes Jahr war es nicht gelungen, die 40-Stunden-Woche an 5 Tagen bei vollem Lohnausgleich durchzusetzen. Die 42-Stunden-Woche ist damit noch tariflich festgelegt und die Landarbeiter bereiten sich auf die Durchsetzung der 40-Stunden-Woche vor. Der Manteltarifvertrag wird Ende 1980 gekündigt.

FAO-Plan zur Entwicklung der 200-Meilen-Zonen

z.ans.Rom. Ende November hat die Welternährungsorganisation der Vereinten Nationen, die FAO, einen Plan zur Entwicklung der 200-Meilen-Zonen der 93 Küstenländer der Dritten Welt beschlossen. Für die Finanzierung dieses Plans werden 35–40 Millionen Dollar gefordert. Der Plan richtet sich gegen den Anspruch der Imperialisten, weiterhin ungehemmt Raubfischerei in den Küstengewässern der Länder der Dritten Welt zu betreiben, diese so an dem Ausbau einer eigenen Fischindustrie zu hindern und ihre Monopolstellung zu verstärken. Die Entschließung der FAO ist geeignet, Druck auf der UNO-Seerechtskonfe-

FAO-Plan zur Entwicklung der 200-Meilen-Zonen

z.ans.Rom. Ende November hat die Welternährungsorganisation der Vereinten Nationen, die FAO, einen Plan zur Entwicklung der 200-Meilen-Zonen der 93 Küstenländer der Dritten Welt beschlossen. Für die Finanzierung dieses Plans werden 35–40 Millionen Dollar gefordert. Der Plan richtet sich gegen den Anspruch der Imperialisten, weiterhin ungehemmt Raubfischerei in den Küstengewässern der Länder der Dritten Welt zu betreiben, diese so an dem Ausbau einer eigenen Fischindustrie zu hindern und ihre Monopolstellung zu verstärken. Die Entschließung der FAO ist geeignet, Druck auf der UNO-Seerechtskonfe-renz auszuüben, auf der die Länder der Dritten Welt seit 1973 eine 200-Meilen-Zone mit ausschließlicher Kontrolle der Küstenländer über die Nutzung der Meeresschätze fordern. Im Kampf um die Durchsetzung dieser Forderung haben die Länder der Dritten Welt bereits Erfolge erzielt: Die Fischverarbeitung der USA sank von 1976 auf 1977 um 11%, die der Sowjetunion, des größten Fischfängers und -verarbeiters der Welt, um 6%; demgegenüber konnte z.B. Pakistan seine Produktion in derselben Zeit um 22% steigern. Während der Fischfang der USA und der Sowjetunion von 1975 auf 1976 nur um 9% bzw. 1% zunahm, wuchs der Fischfang der mittelamerikanischen Länder um 19%, der Länder Südamerikas um 23%.

Reisknappheit bedroht weiterhin die Völker Asiens

Seit dem Ende der Kolonialherrschaft wurden Fortschritte erreicht, aber keine Lösung

z.frb. Nach der letzten Ernteschätzung der Welternährungsorganisation FAO, die diese Mitte Oktober abgab, wurden im vergangenen Jahr zwei Millionen Tonnen weniger Reis geerntet als 1978. Über 90% des Reises wird in Asien produziert, und obwohl er nur 1/4 der gesamten Getreideernte ausmacht, bildet er für mehr als die Hälfte der Menschheit das Hauptnahrungsmittel. Die Entwicklung seiner Produktion entscheidet über die Ernährung der Menschenmassen Asiens.

Die Reisproduktion ist zwar in den vergangenen Jahren gestiegen, von 248 Mio. t 1963 auf 382 Mio. t 1979, aber nicht ausreichend, um die gestiegene Bevölkerungszahl zu ernähren. Von 1963 bis 1977 stieg die Bevölkerung Asiens auf das 1,3fache, die Weltreisproduktion um das 1,5fache. Jedoch diese Erhöhung der Produktion geht zum größten Teil auf die höhere Produktion in der VR China, die 1963 etwa 1/4, heute etwa 1/3 der Welternte produziert, zurück. Im genannten Zeitraum stieg die Reisernte in China auf das 1,7fache, in den anderen Ländern zusammen auf das 1,4fache. Da die Pro-Kopf-Produktion in den Jahrzehnten zuvor gesunken war, wurde der Hunger in den anderen Ländern nicht kleiner, sondern größer.

Bei drei Mahlzeiten sind pro Kopf und Tag 350–450 g Reis notwendig, d.h. 130–150 kg im Jahr. Tatsächlich wird diese Versorgung in den meisten Ländern nicht erreicht. In Indien beträgt die Pro-Kopf-Produktion 88 kg. Zwar bildet im Norden Indiens Hirse das Hauptnahrungsmittel, das Defizit aber wird dadurch nicht aufgewogen und örtlich liegt die Versorgung noch unter 88 kg.

Wie bedrohlich die Reisknappheit ist, zeigt auch der schrumpfende Außenhandel. 1979 ging die Ernte gerade in jenen Ländern zurück, die ohnehin auf Reisimporte angewiesen sind: Indien, Indonesien, Sri Lanka. Die Reis-Einfuhrländer werden 5% weniger ernten, die Ausfuhrländer 1,2% mehr. So wird der Außenhandel in Reis ein trauriges Rekordniveau von 10,8 Mio. t erreichen. Das allerdings ist verglichen mit dem Handelsrekord vor dem Zweiten Weltkrieg – 8,5 Mio. t – wenig und ein relativer Rückgang. Reis für Export steht nicht zur Verfügung.

In den entwickelten kapitalistischen Ländern mangelt es den Volksmassen an ausreichenden Nahrungsmitteln, weil sie kein Geld haben, sie zu kaufen, während gleichzeitig Weizen vernichtet wird, um die Preise hoch zu halten. In den Entwicklungsländern aber mangelt selbst die stoffliche Voraussetzung ausreichender Ernährung. Eine – relative – Überproduktion wie beim Weizen gibt es bei Reis nicht. Dabei verhält es sich mit den biologischen Voraussetzungen gerade umgekehrt.

Reis ist nicht nur 1/4 ertragreicher als jedes andere auf demselben Boden angebaute Getreide, es ist auch an Kalorien- und Nährwert dem Weizen überlegen. Er gedeiht auf fast jedem Boden, verlangt nur während der etwa dreimonatigen Reifezeit eine Temperatur nicht unter 20 Grad Celsius. Der Reis wird entweder direkt auf das Feld gesät oder der Samen kommt zunächst in ein Saatbeet. Im letzteren Fall werden nach 20–40 Tagen die Setzlinge in das dann gepflügte und unter Wasser gesetzte Hauptfeld umgepflanzt. Die Pflänzchen werden in gleichen Abständen gepflanzt, rund 250000 pro Hektar. Die Methode ist arbeitsaufwendig; um einen Hektar an einem Tag zu bepflanzen, sind etwa 20–30 Arbeitskräfte notwendig. Sie bietet aber eine Reihe von Vorzügen. Insbesondere wird der Boden optimal genutzt, Wasser gespart und das Hauptbeet kann mindestens zwei Monate länger benutzt werden. Da der Reisanbau keinen Fruchtwechsel verlangt, kann zwei-, verschiedentlich dreimal geerntet werden.

Soll mehrmals im Jahr geerntet werden, so sind Wasserspeicher notwendig. Weite Gebiete Südostasiens sind jedoch nur mit primitiver Regenbewässerung ausgestattet oder die regelmäßig wiederkehrenden Überflutungen werden ausgenutzt. Die Bewässerungsfläche betrug um 1970 in Birma 4% der Ackerfläche, 37% in Indonesien, 38% in Westmalaysia, 12% auf den Philippinen, 18% in Thailand, 3% in Kampuchea (1978: 21%), VR China 45%.

Soll die Ernährung gesichert werden, so muß der Hektarertrag steigen. Im Weltdurchschnitt erhöhte sich aber der Ertrag von 1910 auf 1963 nur von 19,0 dt/ha auf 20,5 dt/ha. In Asien erzielte nur Japan und unter den Entwicklungsländern – soweit Zahlen der UNO vorliegen – nur die VR China höhere Erträge. Für Indien wurde um 1910 ein Ertrag von 16,5 dt/ha angegeben, 1970 17 dt/ha. Schuld hieran sind die Besitzverhältnisse, die auch die Ursache der jetzigen Mißernten sind; die schlechte Witterung war bloß der Auslöser.

10 ha geben die bürgerlichen Wissenschaftler als Minimum an, damit Maschinerie in der Reisproduktion sinnvoll einzusetzen ist. Demnach wären hierfür 13% der landwirtschaftlichen Fläche Indonesiens verwendbar, 11% auf den Philippinen, 21% in Thailand. Fortgeschrittenere Methoden sind aber auch nicht finanzierbar. 1962 hatten die USA-Imperialisten die „grüne Revolution" versprochen. Durch Züchtung widerstandsfähiger Sorten, deren Ertrag durch Düngung zu steigern ist, sollte der Hunger beseitigt werden. Nach der neuen Methode stiegen die Produktionskosten für einen Hektar von 20 auf 200 Dollar. So wurde damit ausschließlich die Kapitalisierung der Landwirtschaft gefördert. Die Düngemittelmonopole hatten ein neues Absatzfeld und die Weltbank regulierte die Verwandlung der Bauernmassen in eine industrielle Reservearmee. Die Bauern haben davon niedrige Löhne und die Nahrungsmittelversorgung ist doch nicht gelöst. Dagegen konnten sich in den Ländern, in denen das Grundeigentum beseitigt wurde, die Vorteile der kollektiven Arbeit, nach der die Reisproduktion geradezu schreit, entfalten.



Rechts wird geerntet, links schon die zweite Ernte angebaut (VR China)

FAO: Programm zur Bekämpfung afrikanischer Rinderkrankheit

z.dab. Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) hat Ende November ein Programm zur Bekämpfung der Tiertryponosomiase angekündigt. Die Tryponosomiase (Tryponosomen: einzellige Parasiten) erzeugt u.a. eine tödliche Anämie bei Rindern. Von der Tsetsefliege, die diese Krankheit überträgt, ist rund die Hälfte Afrikas südlich der Sahara befallen. „Die afrikanische Tryponosomiase bedeutet eine wesentliche Behinderung der Tierzucht und der allgemeinen landwirtschaftlichen Entwicklung in einem Gebiet von mehr als 10 Mio. km² in Afrika." (Direktor der FAO-Abteilung für tierische Produktion und Gesundheit). Von diesem Gebiet könnten rund 7 Mio. km², fast ausschließlich tropischer Regenwald und baumbestandene Savanne, nutzbar gemacht werden und „ein Wachstum der afrikanischen Rinderbevölkerung bis zu 120 Mio. Tiere" erzielt werden. Damit könnten die afrikanischen Staaten ihren Rinderbestand fast verdoppeln (1978: 137052 Mio.) und so die Abhängigkeit von den imperialistischen Staaten in der Nahrungsmittelversorgung erheblich einschränken. Obwohl Afrikas Anteil am Weltrinderbestand 11% beträgt, macht seine Fleischproduktion nur 5% aus. Die afrikanischen Länder mußten die Einfuhr von Rindfleisch von 1975 bis '78 um fast ⅔ erhöhen.

Lohnforderungen der IG Metall:

Tarif-gebiet	Forde-rung	Auszubildende 1.	2.	3.	4.
N.vbd.*	75 DM + 5,5%	80	80	70	70
Osnb.	9,6% / unb. Mind.f.	60	60	60	60
Ndsa	145 DM / 9,6% mind.	8%	8%	8%	8%
BlnW	9,8% / mind. 9,8% von LG 5 = 148,34	50	50	60	70
NW	146 DM / 9,6% mind.	60	60	60	60
Hess	175 DM / 10% mind.	90	90	70	70
RhPf	153 DM / 10% mind.	90	90	70	70
Saar	150 DM / 9,5% mind.	90	90	70	70
BaWü	150 DM / mind. 10% von LG 7 = ca. 150	80	80	80	80
Bay	Tarifkommission am 17.1.				

* Nordverbund: Schleswig-Holstein, Hamburg, Unterweser-Gebiet, Nordwestliches Niedersachsen

Lohnforderungen der ÖTV-Tarifkommission: Erhöhung der Grundheuer für Seeleute um 5%, der Seefahrtszulage um 31 DM, Erhöhung der Ladungszulagen von 1,20 DM auf 2,40 DM. Für die Arbeiter und Angestellten bei Bund, Ländern und Gemeinden 9% mindestens 180 DM. Für die Auszubildenden im 1. und 2. um 80 DM, im 3. Ausbildungsjahr um 70 DM, plus 40 DM für alle Auszubildenden unter 18 Jahren.

Lohnforderung der Tarifkommission Stahl für die Eisen und Stahlindustrie in NRW, für Klöckner Bremen sowie Stahlwerke Südwestfalen der Krupp Stahlwerke: Anrechenbare Vorweganhebung in den Lohngruppen 1–6 um 0,21 DM, in den Lohngruppen 7–9 entsprechend. Bezogen auf die Gehaltsgruppen Stufe 1 mindestens 37 DM, für die darüberliegenden Gehaltsgruppen entsprechend. Erhöhung der Tariflöhne und Gehälter um 9,5%. Erhöhung der Ausbildungsvergütungen um 60 DM in jedem Ausbildungsjahr, zusätzlich für jetzt 16–18jährige 40 DM.

Teilweise u. volle Erwerbsunfähigkeit und Tod nach Unfällen im Bergbau u. i. d. Industrie

Jahr	Gemeldete Unfälle Insges. 1000	Bergb. 1000	Anteil mit teilw. Erwerbsunfäh. Insges. in %*	Bergb. in %**	Anteil mit voller Erwerbsunfäh. Insges. in %*	Bergb. in %**	Anteil mit Todesfolge Insge. in %*	Bergb. in %**
Bergbg c s .								
1975	1588	51	3,4	8,5	0,03	0,20	0,22	0,40
1976	1664	44	3,1	10,6	0,02	0,20	0,20	0,48
1977	1685	43	3,2	11,4	0,02	0,15	0,20	0,47
1978	1665	40	3,1	11,1	0,02	0,16	0,19	0,55
1979***	807	20	3,1	10,0	0,02	0,14	0,20	0,41

* in % aller gemeldeten Unfälle – ** in % aller gemeldeten Unfälle im Bergbau – *** erstes Halbjahr 1979

Gesetzliche Krankenkasse / Bundesknappschaft – Pflichtmitglieder und Krankenstand

Jahr	Pflichtmitgl. insgesamt	Pflichtmitgl. Bergbau	Krankenst. insges. in %	Krankenst. Bergbau in %
1975	33498212	19136940	5,3	9,3
1976	33581995	19300205	5,3	9,2
1977	33834743	19446753	5,4	9,4
1978	34378966	19751507	5,5	9,8
1979 *	34715409	20062758	4,9	10,3

* August

Rentenbestand der Rentenvers. d. Arb. u. Angest. und der knappschaftl. Rentenvers.

Jahr | Versichertenrenten | Berufsunfäh. renten | Altersruhegeld 60. Lebensjahr Arbeitslosigk. | Altersruhegeld 62. Lebensjahr
abs. %* abs. %* abs. %* abs. %*

Rentenbestand der Rentenvers. d. Arb. u. Angest. und der knappschaftl. Rentenvers.

Jahr	Versichertenrenten abs. 1000	%*	Berufsunfäh. renten abs. 1000	%* 1000	Altersruhegeld 60. Lebensjahr Arbeitslosigk. abs.	%*	Altersruhegeld 62. Lebensjahr abs.	%*
1970	6602	100	502	7,6	130	2,0	–	–
1971	6811	100	471	6,9	139	2,0	–	–
1972	6981	100	439	6,3	148	2,1	–	–
1973	7248	100	409	5,6	161	2,2	–	–
1974	7598	100	378	5,0	172	2,3	36725	0,5
1975	7899	100	357	4,5	183	2,3	56463	0,7
1976	8181	100	335	4,1	205	2,5	78477	1,0
1977	8396	100	309	3,7	225	2,7	99528	1,2
1978	8539	100	285	3,3	240	2,8	116175	1,4

Rentenbestand der knappschaftlichen Rentenversicherung

Jahr	Versichertenrenten abs. 1000	%*	Berufsunfäh. renten abs. 1000	%* 1000	Altersruhegeld 60. Lebensjahr Arbeitslosigk. abs.	%*	Altersruhegeld 62. Lebensjahr abs.	%*
1970	750	11,4	71	14,1	30	22,8	–	–
1971	753	11,1	70	14,8	34	24,2	–	–
1972	733	10,5	62	14,2	35	23,9	–	–
1973	735	10,1	63	15,4	37	23,1	–	–
1974	738	9,7	63	16,7	41	23,9	4379	11,9
1975	739	9,4	64	17,8	44	24,1	6486	11,5
1976	731	8,9	62	18,7	46	22,4	8078	10,3
1977	722	8,6	62	19,9	48	21,2	9349	9,4
1978	726	8,5	62	21,9	50	20,8	10443	9,0

* Prozent aller Versicherten (Arbeiter- und Angestelltenrentenversicherung und knappschaftliche Versicherung)

z.uls.Hamm. **„Beim Bergwerk Radbod hat die tägliche Förderung eine leichte Steigerung erfahren und liegt im Quartalsdurchschnitt nur 9 Tonnen unter dem Plan.** Die Leistung je Mann und Schicht stieg deutlich um 11,1 und liegt über dem Plan", schreibt der BAG-Westfalen-Vorstand über das Quartal 3/79. Das unter schwierigen Abbaubedingungen: Allein 2 Strebe unter 1 m Bauhöhe in Flöz Helene, ein Streb mit hoher Gebirgsschlaggefahr in Flöz Dickebank und ein Streb mit hoher Kohlenwasserstoff-Ausgasung in Flöz Wilhelm. Obwohl durch die in den Bergwerken eingesetzte Maschinerie – Schilder und Rahmen als Ausbau im Streb, Hobel und Schrämwalzen im Abbau – die Arbeit im Streb eigentlich so sicher ist, daß sich von Zeit zu Zeit immer wieder einmal ein Politiker in den Schacht wagt, sind im laufenden Betrieb Unfälle und Berufskrankheiten an der Tagesordnung.

Der Streb von Revier 3 in Flöz Helene wurde vor einigen Wochen auf Druck der Belegschaft vom Bergamt für eine Stunde stillgelegt, bis die Werksleitung das Einleiten von Reparaturen vortäuschte: Hochdruckschläuche zur Steuerung der Schilde waren beschädigt und zu alt und sollten gewechselt werden. Die Werksleitung versuchte es erstmal mit alten, ausgeraubten aus Revier 4, obwohl wenige Wochen davor im Revier 2 ein Hauer von einem platzenden Schlauch, der schon vier Jahre alt war, zerfetzt wurde. In der Störung im Flöz wurde ohne Wasser gebohrt, die Berieselung beim Rücken der Schilde ist ausgebaut, beides fördert die Silikose. Elektrische Anlagen waren nicht ausreichend schlagwettergeschützt. Ergebnisse davon, daß die anfallenden Reparaturen von den wenigen Handwerkern gar nicht zu schaffen sind.

Die Werksleitung versuchte erstmal mit zusätzlichen Reparaturen den Arbeitstag zu verdichten. Das gelang nur die ersten Tage. Einige Wochen später legte das Bergamt den Streb nochmal kurzzeitig still, weil fast nichts repariert war. Die Werksleitung mußte schließlich im Revier 3 mehr Arbeiter und Material zur Reparatur einsetzen.

Bergbau: Früher Verschleiß der Arbeitskraft / hohe Unfallrate / hoher Krankenstand

z.wig. Durch die modernen Produktionsmethoden und die fast vollständige Mechanisierung der Kohlegewinnung sei die Arbeit in den Bergwerken leichter und sicherer geworden. Auf den ersten Blick scheint diese Behauptung von Kapitalisten und Regierung einleuchtend, vergleicht man etwa das mechanische Setzen und Vorrücken der Ausbaueinheiten unter Benutzung von hydraulischen Ausbaugespannen, Böcken und Schilden und den Abbau und das Laden der Kohle mit Hilfe der schneidenden, schälenden und rammenden Gewinnungsmaschinen mit dem früher von Hand vorgenommenen Strebausbau, der Gewinnung durch Abbauhammerarbeit, Schießarbeit, Lockern der Kohle mit hochgespannter Luft, Gas oder Druckwasser und der Schaufelarbeit von Hand.

Unbestreitbar *ermöglichen* die modernen Ausbau- und Abbaugeräte sicherere Arbeitsbedingungen als sie etwa zu Anfang der 50er Jahre möglich waren. Unter kapitalistischen Verhältnissen erhöhen sie aber nur die Arbeitsqual und die Gefahren für Leben und Gesundheit der Bergarbeiter.

Die steigenden Unfallzahlen mit hohem Anteil an Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsfolgen und tödlichem Ausgang, der hohe Krankenstand und der frühe Verschleiß der Arbeitskraft (siehe Tabellen) belegen, in welchem Maß es den Bergbaumonopolen gelungen ist, die Produktion auf Kosten der Sicherheits- und Schutzbestimmungen im Verhältnis zur angewandten Arbeiterzahl kräftig zu steigern.

Mit der Erhöhung der steuerfreien Bergmannsprämie von 5 auf 10 DM pro Schicht hat die Bundesregierung eine höhere Prämie für diese Raubbaumethoden ausgesetzt. So nötig das Geld auch gebraucht wird, ein Ausgleich für diese Kostraten an Lebenskraft kann es nicht sein. Einhaltung und Erweiterung der minimalen Schutzbestimmungen sind dringend erforderlich.

Saarbrücken, 3.1.80. **Verletzung der Schutzbestimmungen jugendlicher Arbeitskraft durch die Saarberg-Kapitalisten.** Das letzte Jugendarbeitsschutzgesetz (JASchG) hebt für den Bergbau unter Tage schon Schutzbestimmungen auf wie Aufenthaltsräume für Pausen und Verbot der Arbeit in diesen Räumen während der Pausen (§11, Abs. 3, 4, 5): „... gilt nicht für den Bergbau unter Tage". Entsprechend müssen die Lehrlinge auf der Grube Camphausen der Saarbergwerke oft genug die Pausen neben dem laufenden Panzerförderer sitzend verbringen, so daß ihnen der Wetterstrom den Kohlen- und Gesteinsstaub geradewegs auf die Brote bläst. Regelmäßig wird die Dauer der Pausen (1 Std. für Jugendliche, ½ Std. für Lehrlinge über 18 Jahre) unterschritten. Bzgl. der „Nachtruhe" (§14 JASchG) wird ebenfalls noch nicht einmal das Gesetz eingehalten: Statt frühestens ab 7 Uhr morgens lassen die Saarbergkapitalisten Lehrlinge unter 16 Jahren wie alle anderen um 6 Uhr anfahren.

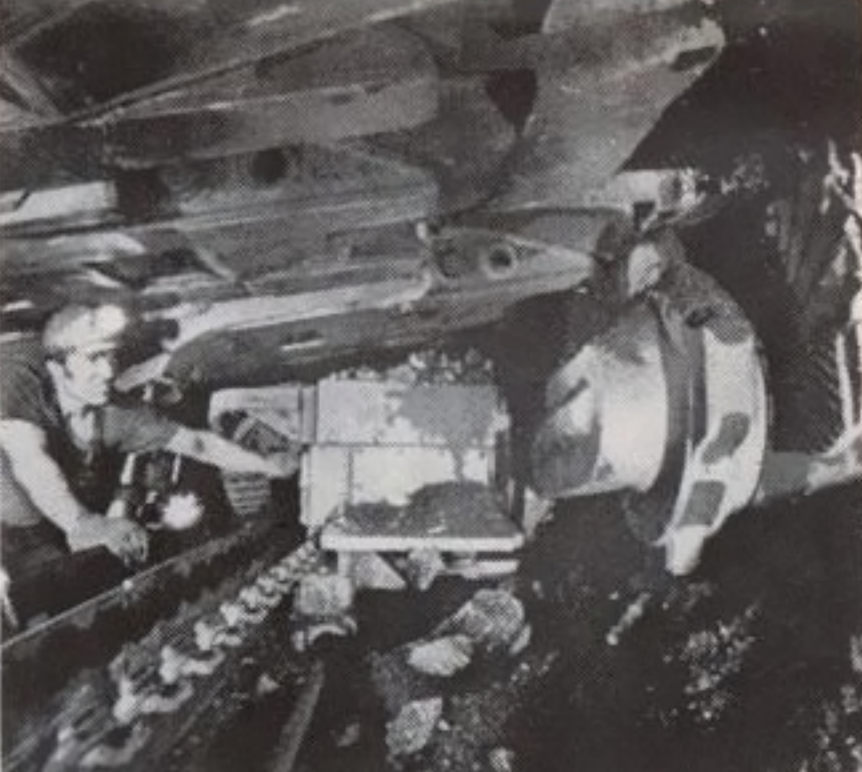
Castrop-Rauxel. **Im Flöz Präsident der Zeche Erin (Revier 19) ist ein Walzenschrämlader in stark geneigter Lagerung von 45 gon (100 gon entsprechen 90°) eingesetzt.** Wenn die Walze im oberen Strebbereich Kohle und Gestein schneidet, so kommen diese Gesteins- und Kohlebrocken durch den Streb heruntergeschossen. Zur Sicherheit der Bergleute sind zwischen Förderer, wo die Kohle abgefördert wird, und dem Fahrweg, wo man durch den Streb geht, Klappbracken angebracht, damit die Steine und Kohlestücke nicht die Bergarbeiter treffen. Diese Bracken waren nach einer Reparatur nicht hochgeklappt worden, weil die Kapitalisten Zeit sparen wollten. Ein Elektriker wurde daraufhin so schwer am Kopf verletzt, daß er einige Wochen im Krankenhaus liegen mußte. Da bei solch schweren Unfällen die Bergbehörde die Unfallstelle begutachtet, hatte die Betriebsleitung nichts Eiligeres zu tun, als die Bracken hochklappen zu lassen, noch bevor die Bergbehörde an der Unfallstelle war.

legte das Bergamt den Streb nochmal kurzzeitig still, weil fast nichts repariert war. Die Werksleitung mußte schließlich im Revier 3 mehr Arbeiter und Material zur Reparatur einsetzen.

ebenfalls noch nicht einmal das Gesetz eingehalten: Statt frühestens ab 7 Uhr morgens lassen die Saarbergkapitalisten Lehrlinge unter 16 Jahren wie alle anderen um 6 Uhr anfahren.

hörde die Unfallstelle begutachtet, hatte die Betriebsleitung nichts Eiligeres zu tun, als die Bracken hochklappen zu lassen, noch bevor die Bergbehörde an der Unfallstelle war.





In den letzten 15 Jahren haben die Bergbaukapitalisten im Steinkohlebergbau die Produktionsanlagen fast völlig umgerüstet und die Intensität der heute noch ca. 184000 Arbeiter und Angestellten im Steinkohlebergbau immens gesteigert. Waren 1967 noch 14,35% der Steinkohlegewinnung nicht mechanisiert, so sank die Zahl der nichtmechanisierten Betriebe 1978 auf 1,32%. Im selben Zeitraum stieg die geförderte Schichttonnenmenge im Abbau pro Mann von 7965 t auf 13350 t. Linkes Bild: Steinkohleabbau in den 50er Jahren. Rechtes Bild: heutiger Abbau.



z.inl. **Seit 21.12.79 sind die 4700 Arbeiter auf den Bananenplantagen der Standard Fruit Company in Costa Rica im Streik.** Sie fordern sofortige Auszahlung des letzten Lohns und Einhaltung des festgelegten 7-Stunden-Tages. Neben Kaffee sind Bananen Hauptexportprodukt des mittelamerikanischen Staates; die jährliche Ernte von 1,2 Mio. t entspricht gut zweimal dem Verbrauch in der BRD. Ganze Länder Mittelamerikas hatte der US-Imperialismus zu Beginn des Jahrhunderts in seine Bananenplantagen verwandelt, noch heute beherrschen United Brand, Standard Fruit und West Indes (Del Monte) den Agrarsektor. Entsprechend ist die Landverteilung in Costa Rica: 0,9% der landwirtschaftlichen Betriebe sind riesige Latifundien von über 1000 ha, sie besitzen 41,4% des Bodens. Die 68% unter 2,5 ha dagegen ganze 3,2%. Durch ungleichen Tausch der Agrarerzeugnisse gegen Industriewaren wächst die Verschuldung ständig; ein Fünftel des Exports, 160 Mio. Dollar, mußte 1978 allein für den Schuldendienst gezahlt werden. Mußten 1950 2,1 t Kaffee für einen Traktor getauscht werden, waren es 1974 schon 7,8 t. – Ein Ende des Streiks der Landarbeiter ist bisher nicht vermeldet.

z.dab. **Nach elfmonatigem Streik der Landarbeiter mußten die Salatplantagenbesitzer in Kalifornien und Arizona der Forderung der Gewerkschaft UFW nachgeben.** Neben der Admiral Packing Company haben am 16.12. 21 der 24 Kapitalisten den Vertrag unterzeichnet. Er sieht eine Lohnerhöhung um 0,46 auf 5,71 $ vor sowie eine Anhebung der Beiträge für medizinische Versorgung und für Pensionen. Zu Hungerlöhnen zwischen 3,70 $ und 5,25 $ mußten sich die Landarbeiter, vorwiegend Mexikaner und Chicanos, an die Kapitalisten verkaufen. Meistens nur in der Erntezeit eingestellt, betrug ihr Jahresdurchschnittslohn 5000 $. Gegen staatliche Arbeitsverpflichtung und von den Kapitalisten eingesetzte Schlägertrupps konnten die Landarbeiter die Plantagenbesitzer zwingen, fast das Doppelte ihres ursprünglichen Angebots zu zahlen.

z.dab. **Gestützt auf das Eisenbahnarbeitergesetz von 1934 hat Carter die 6205 streikenden Eisenbahnarbeiter der Long Island Eisenbahn am 17.12. zur Arbeit zwangsverpflichtet.** Während der Verhandlungen im einberufenen Notstandsausschuß hat er 30 Tage „Friedenspflicht" angeordnet. Die Transportarbeitergewerkschaft UTU und 16 weitere Gewerkschaften hatten am 8.12. einen unbefristeten Streik für eine 23%ige Lohnerhöhung und verbesserte Renten ausgerufen. Sie haben das Lohnraubangebot der staatlichen Eisenbahngesellschaft, 7% rückwirkend ab 1.1.79, 6,5% ab 1.1.1980 und 18 Cents pro Stunde ab 1.1.1981 abgelehnt. – Die Stundenlöhne liegen zwischen 7,34 und 12,09 $, die offizielle Preissteigerungsrate betrug 1979 12–13%. – Mit dieser Notstandsmaßnahme will Carter Maßstäbe für die zu erwartenden Streiks der Eisenbahner in New York setzen, deren dreijährige Tarifverträge im April auslaufen. Gegenüber den Bergarbeitern war er 1978 damit gescheitert.

z.cht.Sydney. **Die Arbeiter der Esso-BHP-Ölplattformen in der Bass-Straße, Australien, haben zwei Wochen lang für einen eigenen Tarifvertrag gestreikt.** Bislang arbeiten sie nach demselben Tarif wie die Ölproduktionsarbeiter auf dem Festland. Sie fordern jetzt eine Erschwerniszulage von 1 $ die Stunde und eine Erhöhung der bisherigen Trennungszulage von 6,40 $ pro Tag (Angestellte erhalten 45 $). Außerdem fordern sie 35 Stunden Urlaub zurück, die sie nach einem früheren Tarifvertrag mehr hatten als heute. Esso-BHP hatte jede Verhandlung abgelehnt und versucht, die Produktion mit Angestellten fortzuführen. Am 4.1. wurde die Arbeit wiederaufgenommen, nachdem Esso einer Verhandlung vor der Arbeitsschiedskommission zugestimmt hat. Von der Bass-Straße kommen 93% des bislang in Australien geförderten Öls. Die Regierung hat den Preis für ein Barrel dieses Rohöls von 13,66 $ im Mai 79 schrittweise auf 24,77 $ ab 1.1.80 erhöht und so die zu erwartenden Einnahmen aus der Konzessionsabgabe mehr als verfünffacht.

z.rua. **Seit dem 27.12. streiken im indischen Bundesstaat Madhya Pradesh 500000 Regierungsbeschäftigte, in Bihar streiken seit dem 29.12. 350000.** Im Zentrum ihrer Forderungen steht die Zahlung eines 13. Monatsgehalts, das die Regierung bereits den Eisenbahnarbeitern und den Beschäftigten der Post- und Telegrafenämter zugestehen mußte. Am 26.12. hatten die Beschäftigten der Zentralregierung dafür im ganzen Land Demonstrationen und Kundgebungen durchgeführt. Eine Delegation überbrachte Ministerpräsident Singh nach einem Demonstrationszug durch das Regierungsgebäude ein Memorandum, in dem die bedingungslose Zahlung des 13. Monatsgehalts gefordert wird. Singh lehnte ab und verschob die Verhandlungen auf die Zeit nach den Wahlen. Auch die Oppositionsführerin Gandhi lehnte die Forderung ab. Unter Berufung auf Pflichten bei der Durchführung der Wahlen erließ die Regierung ein Streikverbot, nach dem während der nächsten drei Monate alle streikenden Regierungsbeschäftigten verhaftet und mit Gefängnisstrafen belegt werden können. Es wurde auf die Beschäftig-

Bundesverband Druck: Freischichtenregelung soll Ausnahme-Prämie sein

z.haj. Im April letzten Jahres einigten sich die Verhandlungskommissionen des Hauptvorstandes der Industriegewerkschaft Druck und Papier und des Bundesverbandes Druck in Verbindung mit dem 4,5%-Lohnabschluß über Änderungen des Manteltarifs für die gewerblichen Arbeitnehmer: Einführung von Freischichten für „Arbeitnehmer, die ständig in gleichmäßig verteilter Wechselschicht arbeiten oder ständig Nachtarbeit leisten". Diesem Teil der Beschäftigten – nach Angaben der IG Drupa sind etwa 37,5% der etwa 170000 Beschäftigten in der Druckindustrie davon betroffen – soll für dieses und das nächste Jahr zunächst zwei bezahlte Freischichten und ab 1982 drei Freischichten pro Jahr zustehen. Jetzt, knapp drei Monate vor Auslaufen des Lohntarifs, haben die Kapitalisten sich zu einer Herausforderung entschlossen: sie versuchen, die Freischichten-Regelung des Manteltarifvertrags in ein Spaltungs- und Druckinstrument zu verwandeln, für das sie dementsprechend so gut wie nichts zu zahlen hätten. Bulla vom Druckverband Druck erklärte die Regelungen des Manteltarifs für „unbestimmt'. Nach den Vorstellungen der Kapitalisten über die Lösung ihrer „Interpretationsschwierigkeiten" soll die Freischichtenregelung überhaupt bloß als Ausnahme-Prämie für einen Teil der Druckarbeiter in Betracht kommen, die ein halbes Jahr lang Woche um Woche ohne Unterbrechung entweder in vollständiger Wechselschicht oder in der Nacht die Arbeitskraft für sie verausgabt haben.

Im einzelnen: Wer z.B. zwei Wochen Früh- und eine Woche Spätschicht arbeitet, soll keinen Anspruch auf Freischicht haben. Ebenso nicht, wer die Nachtschicht bereits vor der zuschlagspflichtigen Nachtarbeitszeit beginnt. So soll nach Interpretation der Kapitalisten die „erbrachte Arbeitsleistung" nicht ausreichen, wenn ab „1.1.80 Arbeitsunterbrechungen von mehr als drei Wochen, ab 1.1.82 von mehr als zwei Wochen oder allgemein von mehr als einem Achtel des Gewährungszeitraums" vorlägen. Die Gründe der Arbeitsunterbrechung seien unerheblich: ob durch Krankheit, Urlaub oder Freistellung. Auch wenn die Summe einzelner Fehltage die von ihnen gesetzte Marke überschreitet, verweigern die Kapitalisten die Freischicht.

Die IG Drupa lehnt diesen Standpunkt rundweg ab und verlangt die Gewährung von Freischichten für alle in Schicht- und Nachtarbeit Beschäftigten in der Druckindustrie unabhängig von irgendwelchen Fehlzeiten oder Arbeitsunterbrechungen. Die Mitglieder der Gewerkschaft sind zum Protest gegen das Vorgehen des Bundesverbandes Druck aufgerufen. Gleichzeitig wurde das für die Auslegung des Tarifs zuständige zentrale Schiedsgericht von der Gewerkschaft angerufen.

HBV: Schlichtung für 4,7% – tarifloser Zustand bei Arbeitern

z.trs. Die Tarifkommission der HBV-Fachgruppe Einzelhandel Hamburg hat beschlossen, die Schlichtungsstelle anzurufen, da seit dem 1. Mai 1979 tarifloser Zustand für die gewerblichen Arbeiter in Hamburg besteht. Die Einzelhandelskapitalisten hatten zuletzt 2,4% Lohnerhöhung für die Lagerarbeiter in der Lohngruppe IIb und für die LKW-Fahrer (Führerscheinklasse III, 5 Jahre Berufspraxis) in Lohngruppe IIc 4,0% angeboten. Für Lohngruppe IIb bedeutet das 34 DM brutto, für IIc 70 DM brutto. 50% der Arbeiter sind in diesen beiden Lohngruppen. Die DAG hatte am zweiten Verhandlungstag diesem Ergebnis zugestimmt.

Die Einzelhandelskapitalisten konnten dieses unverschämte Angebot machen, weil es ihnen gelungen war, den Tarif für die Verkäufer und Angestellten vorher mit etwa 4,7% abzuschließen und so die Arbeiter von den Angestellten abzuspalten. Nachdem die DAG zugestimmt hatte, haben die Kapitalisten die Gelegenheit genutzt, die Arbeiter noch weiter zu spalten. Zum Teil haben sie keinen Pfennig mehr gezahlt, in einigen Fällen haben sie bis zu 130 DM mehr gezahlt. In einem Fall haben sie übertarifliche Zulagen angerechnet, im anderen Fall haben sie die übertariflichen Zulagen erheblich erhöht. Durch diese Taktik war die HBV aus der Initiative gekommen.

Auf der letzten Mitgliederversammlung der HBV im November ist dem Vorstand empfohlen worden, den Tarifvertrag zu unterschreiben und den nächsten Lohnkampf vorzubereiten. Nun hat die HBV das Schlichtungsverfahren eingeleitet, um die Tarife für die beiden Lohngruppen um 4,7% anzuheben. Das Schlichtungsverfahren konnte erst zum 1.1.1980 eingeleitet werden, weil der Rahmentarifvertrag, der die Schlichtung regelt, erst ab Januar in Kraft getreten ist. Als unabhängigen Schlichter hat die HBV den Arbeitsrichter Hohman vorgeschlagen. Die Aussichten auf ein besseres Ergebnis durch die Schlichtung sind nicht gut, die Kampfbedingungen haben sich nicht verbessert.

Am 14. Januar verhandelt die HBV erneut mit dem Einzelhandelsverband um die Anhebung des Urlaubsgeldes von 650 DM auf 1000 DM. Die Sparförderungsleistungen sollen auf 52 DM angehoben werden. Die Beschäftigten im Hamburger Einzelhandel begrüßen diese Forderungen, die in die Richtung gehen, auch für die Beschäftigten im Einzelhandel das 13. Monatsgehalt tariflich zu sichern. Die HBV hat beschlossen, das Tarifgebiet des Hamburger Einzelhandels zum Schwerpunktgebiet ihrer diesjährigen Lohnkämpfe zu machen. Dazu wird die HBV eine Umfrage unter den Beschäftigten durchführen, wieviel Lohnerhöhung in dieser Tarifrunde durchgesetzt werden müssen. Die Beschäftigten werden sich in großem Umfang an dieser Aktion beteiligen.

Geschlossener Streik britischer Stahlarbeiter

Stahlkapitalisten wollen 50000 Arbeiter entlassen und die Löhne um 15% senken

z.rül.London. Mittwoch letzter Woche traten über 100000 britische Stahlarbeiter in den Streik. Die 90000 Mitglieder der Stahlarbeitergewerkschaft ISTC und die 13000 Mitglieder der Gewerkschaft der Hochofenarbeiter legten die Produktion in allen Werken des Stahlmonopols British Steel Corporation still. Im vergangenen Jahr bezogen die britischen Kapitalisten über 50% ihres Stahls von BSC, die 150000 BSC-Lohnabhängigen produzierten etwa 17 Mio. Tonnen Stahl.

„Wir streiken, weil alle sehen, daß das gegenwärtige Angebot eine Senkung des Lebensstandards unserer Mitglieder um 15% bedeuten würde. Und das kommt für uns einfach nicht in Frage", erklärte uns Peter McKim, Vorstandsmitglied der ISTC. Vor dem Stahlwerk Llanwern bei Newport in Südwales, wo wir mit ihm sprachen, finden sich am ersten Streiktag trotz Regen und Kälte über 100 Streikposten ein. Alle Autos, die zum Haupttor hinein- und herauswollen, werden angehalten. Nur die Angestellten und die Facharbeiter, die einen eigenen Tarif haben und noch mit den BSC-Kapitalisten verhandeln, kommen hinein. Keine Ladung Stahl kommt heraus. Wegen der Kälte haben die Arbeiter zwei Fässer aufgestellt und verbrennen Kohle darin. Eine ganze Wagenladung Kohle lagert neben den Fässern. Die Arbeiter sind auf einen langen Streik eingestellt. Die ISTC und die Hochofenarbeitergewerkschaft haben im ganzen Land fliegende Trupps von je 25 Streikposten aufgestellt, die nicht nur vor den Toren der BSC-Werke stehen, sondern ebenso vor den Stahldepots und in Häfen, um Streikbruch durch den Import von Stahl und den Verkauf von Lagerbeständen von BSC zu verhindern.

Die größte Eisenbahnergewerkschaft und die Gewerkschaft der Lokführer erklärten, daß sie jeden Transport von Stahl unterbinden werden. Inzwischen schloß sich die TGWU, in der die meisten LKW-Fahrer und Hafenarbeiter organisiert sind, diesen Beschlüssen an. Am Freitag rief sie ihre 15000 Mitglieder bei BSC, vor allem Transport- und Produktionsarbeiter, ebenfalls zur Beteiligung an dem Streik auf.

Im Dezember hatten die BSC-Kapitalisten angekündigt, daß sie bis August 50000 Arbeiter entlassen und mehrere Werke schließen wollten. Eine Woche später boten sie in den Lohnverhandlungen lediglich an, einen Zuschlag, den sich die BSC-Arbeiter bereits 1976 erkämpft haben, in den Grundlohn einzubeziehen. Eine Lohnerhöhung bedeutet das überhaupt nur, soweit der erhöhte Grundlohn sich in erhöhten Überstunden- und anderen Zuschlägen auswirkt. Die Kapitalisten aber veranschlagten dies frech als „2%-Lohnerhöhung". Wenn die Gewerkschaften den Entlassungen zustimmen, der verstärkten Ausbeutung von Kontraktarbeitern sowie der Aufhebung des garantierten Mindestlohns von 80% des Wochenlohns auch bei Kurzarbeit, dann wollen sie den Lohn um weitere 4% erhöhen. Schließlich seien noch weitere Lohnerhöhungen von bis zu 10% möglich in Form lokaler „Produktivitätsabkommen", die sie am liebsten mit einzelnen Gruppen von Arbeitern abschließen würden, um so die bereits vorhandenen Spaltungslinien weiter zu vertiefen und die Ausbeutung zu verschärfen.

Die Gewerkschaften haben keine klare Lohnforderung aufgestellt. Stattdessen fordern sie „beträchtliche" Lohnerhöhungen, die weit über der offiziellen Inflationsrate von zur Zeit 18%.

Die Stahlarbeiter sind entschlossen, den Angriff der Kapitalisten zurückzuschlagen. „Dies ist der erste nationale Streik, den wir seit 50, genau seit 52 Jahren, ausgerufen haben. Wir sind eine verantwortungsbewußte Gewerkschaft. Die ganze Zeit haben wir uns verantwortungsbewußt verhalten. Wenn wir uns weiterhin so verantwortungsbewußt verhalten, dann werden sie uns den Fuß an die Gurgel setzen", erklärte uns Peter McKim.

Seit 1974 haben die BSC-Kapitalisten bereits 80000 Arbeiter entlassen und mit Investitionen von 3 Mrd. Pfund die Produktionsanlagen modernisiert. Durch ständige Lohnsenkungen gelang es ihnen, die Löhne der britischen Stahlarbeiter unter die fast aller übrigen Stahlarbeiter in der EG zu drücken. Ein einfacher Stahlarbeiter bekommt heute in der Woche einen Grundlohn von ganzen 50 Pfund brutto. ⅔ aller Arbeiter müssen Schicht arbeiten, und über 50000 BSC-Arbeiter wurden im letzten Jahr gezwungen, jede Woche zwischen acht und neun Überstunden zu leisten. Für sämtliche BSC-Arbeiter geben die BSC-Kapitalisten einen Durchschnittslohn von 104,10 Pfund brutto die Woche an. 17,40 Pfund davon werden für Überstunden gezahlt, 15,60 Pfund als Akkordprämien, 7,70 Pfund als Schichtzulage. Für die Arbeiter in den unteren Lohngruppen liegt der Anteil der Zulagen und damit die Mehrarbeit bedeutend höher.

Letzten Donnerstag legten die BSC-Kapitalisten den Facharbeitern und Angestellten das gleiche Angebot wie den übrigen Arbeitern vor. Mit dem Druck der Massenentlassungen wollen sie die großen Stahlgewerkschaften niederschlagen, und mit den „Produktivitätszuschlägen" die Facharbeiter abspalten. Die ISTC bot den Kapitalisten eine Neuaufnahme der Verhandlungen an, wenn sie die Hälfte der angebotenen Produktivitätszuschläge in einen festen und regelmäßigen Zuschlag verwandeln würden. Das bedeutet immer noch eine Lohnsenkung von 7%, vor allem für die unteren Lohngruppen würde der Zwang zu Überstunden und Schichtarbeit weiter verschärft.

Am gleichen Tag rief die Internationale Metallarbeiterföderation die Stahlgewerkschaften der übrigen Länder zur Unterstützung der britischen Stahlarbeiter auf.



Der Streikaufruf der Stahlgewerkschaften wurde sofort zu 100% befolgt. Tausende von Arbeitern erschienen zur ersten Streikposteneinteilung, in South Yorkshire z.B. 3000 der 17500 dortigen Stahlarbeiter.

---

ten in den Gefängnissen ausgedehnt. Trotz dieses Drucks wird der Streik fast vollständig durchgeführt. In mehreren Städten schließen sich Lehrer und Gemeindebeschäftigte dem Streik an. Die Regierung versuchte erfolglos, Bankangestellte für Arbeiten während der Wahl als Streikbrecher einzusetzen. Sie streiken selbst für Lohnerhöhungen.

z.rül.London. **Am 27.12. unterzeichneten die British-Leyland-Kapitalisten ihren Kooperationsvertrag mit den japanischen Honda-Kapitalisten.** Danach stellen sie ab Sommer 1981 einen neuen Mittelklassewagen von Honda in Lizenz her und erhalten dafür das Alleinvertriebsrecht in der EG. Honda liefert den Motor, das Getriebe und die Kupplung, den Rest produziert BL. Geplant ist eine Jahresproduktion von zunächst 85000 Fahrzeugen. Bis zur Aufnahme der Produktion sollen die beiden Werke für die Montage und die Produktion der Karosserie, Cowley und Liverpool, „modernisiert" werden. Über Einzelheiten dieser „Modernisierung" wissen die Vertrauensleute dieser Werke bis heute nichts. Der letzte Tarifvertrag der 152000 BL-Arbeiter ist seit dem 1.11. abgelaufen. Bis heute bieten die BL-Kapitalisten lediglich eine Lohnerhöhung von fünf Prozent für einfache Arbeiter und zehn Prozent für Facharbeiter an, sowie weitere Zuschläge bei „Produktivitätssteigerung".

z.ans.Rom. **Die italienischen Gewerkschaften CGIL, CISL und UIL haben für den 15. Januar zum Generalstreik aufgerufen.** Sie beantworten damit Cossigas Ablehnung ihrer Forderungen nach Renten- und Familienzuschlagserhöhungen und Lohnsteuersenkung um 110 DM. Der Streik richtet sich ebenfalls gegen die von der Regierung beschlossenen Erhöhungen der Benzinpreise, der Kraftfahrzeugversicherung und der Strom-, Gas- und Telefontarife. Eine Arbeiterfamilie wird dadurch um 652 – 760 DM jährlich geplündert (nach L'Unita). Gleichzeitig protestieren die Gewerkschaften gegen die von Regierung und Kapitalisten geplante Einfrierung von Inflationszuschlägen nach der seit 1945 existierenden gleitenden Lohnskala.

z.anb. **In der zweiten Januarhälfte beginnen die Verhandlungen über den neuen Gesamtarbeitsvertrag für die schweizerische Druckindustrie.** Der *Schweizerische Typographenbund* verhandelt zentral mit dem *Verband Graphischer Unternehmen* (SVGU) sowohl den gesetzlichen Teuerungsausgleich auf die Lohntarife, wie die tarifliche Absicherung des durch Einführung der neuen Technik entwerteten Facharbeiterlohns und die Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden, um die die rund 40000 Drucker, Setzer, Journalisten seit zwei Jahren kämpfen. Im Mai des vorigen Jahres haben die Typographen, die Lithographen und die Journalistenunion einen gemeinsamen Kampffonds eingerichtet (siehe KVZ 22/79) und die Bedingungen für eine einheitliche Führung der Lohnbewegung verbessert.

z.elb.Brüssel. **Seit dem 21. Dezember 1979 streiken die im Verband Dr. Wynen zusammengeschlossenen Privatärzte, die Vereinigung selbständiger Apotheker und der Verband der Zahnärzte gegen Teile des von der belgischen Regierung geplanten „Rahmengesetzes".** „Rahmengesetz", das ist eine vornehme Umschreibung für ein großangelegtes Programm zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen, zur Abwälzung der Staatsschulden bei der Krankenversicherung auf die Versicherten. (s. KVZ 49/79) Die Ärzte wehren sich gegen die Kürzung ihrer Honorare und lehnen die Erhöhung der Eigenleistung der Versicherten bei Krankenhausaufenthalten und Arztbesuchen ab. Sie wollen die Einführung des „Gesundheitsbuches" für jeden Versicherten verhindern, in dem sämtliche Krankheiten und Behandlungen aufgezeichnet werden sollen; ihre Begründung: Die ärztliche Schweigepflicht wird verletzt. In der Tat ist das „Gesundheitsbuch" ein Mittel, mit dem sich der belgische Staat einen Überblick über die angewandten ärztlichen Leistungen verschaffen will, um sie gezielt zu streichen. Dadurch prallt er hart mit dem beruflichen Interesse der Masse der Ärzte an einer ihren Möglichkeiten entsprechenden medizinischen Versorgung zusammen. Mit der Drohung der Honorarkürzung übt die Regierung Druck auf die Ärzte aus, um sie so zur Mithilfe bei der Durchsetzung der Kostendämpfung zu pressen. Ist es nicht richtig, der Regierung dieses Mittel aus der Hand zu schlagen? Liegt es nicht nahe, daß die Führung der Sozialistischen Gewerkschaft FGTB/ABVV, die einen landesweiten 24-Stundenstreik gegen das „Rahmengesetz" organisierte, diesen Streik der Ärzte unterstützt, weil die Arbeiterklasse ein elementares Interesse am Zurückschlagen der Kostendämpfung hat? Wird sie anders nicht bezahlen müssen? In der letzten Ausgabe ihrer Zeitung füllt die Gewerkschaftsführung zwei der zwölf Seiten unter Hinweis auf den relativ dicken Geldbeutel der Ärzte mit Ratschlägen, wie der Streik der Ärzte am besten gebrochen werden kann. Wer suchet, der findet, heißt es. Hier allerdings hilft kein Suchen, um auch nur *ein* Wort zu finden, wie der Kampf gegen die Kostendämpfung weitergeführt werden kann. Man findet etwas anderes, nämlich den Vorwurf an die Ärzte, daß sie die Regierung ob der geplanten Maßnahmen „tadeln": Die Arbeiter werden auf den Staat festgenagelt, die Ärzte dem Druck der Regierung ausgeliefert. Die Rechnung läßt nicht lange auf sich warten. Am 28.12.1979 beschloß die Regierung Einsparungen von 510,5 Mio. DM bei klinischen Laboratorien, Nierendialyse, Nuklearmedizin, Kardiologie, bei der Krankenhausbehandlung von Kindern. Sie beschloß die Erhöhung der Eigenleistung der Versicherten; den Ärzten kürzt sie das Honorar nicht. Mit den nichtstreikenden Ärzten erreichte sie eine Einigung über die Einführung des „Gesundheitsbuches".

Der Stand der Studienreform an den Westberliner Hochschulen

z.sce. Im § 180 des Berliner Hochschulgesetzes heißt es: ,,1) Innerhalb von 3 Jahren nach Inkrafttreten dieses Gesetzes sind den Vorschriften dieses Gesetzes entsprechende Studien- und Prüfungsordnungen zu erlassen. 2) Spätestens 12 Monate nach Inkrafttreten dieses Gesetzes müssen Prüfungsordnungen der Hochschulen mit Bestimmungen über Regelstudienzeiten und Fristen gemäß § 39 (Meldefrist) erlassen sein.“ Die ersten 12 Monate seit Inkrafttreten des BerlHG waren am 31.12.79 abgelaufen und damit, zumindest vom ursprünglichen Zeitplan her, die erste Phase der Studienreform.

Der Stand der ersten Phase der Studienreform im Dezember 1979 an den Westberliner Hochschulen war folgender: 1) FU: Von 20 Diplomstudiengängen sind 2 Diplomprüfungsordnungen (DPO) vom Senat auf Grundlage des BerlHG bestätigt, 11 befinden sich im Bestätigungsverfahren (d.h. liegen dem Senator vor oder müssen dem Senator ein wiederholtes Mal vorgelegt werden), 5 befinden sich noch im Beratungsverfahren an der Hochschule, bei 2 DPO ist ,,der Stand der Entwicklung der Hochschule nicht bekannt“. Für die 47 Studiengänge mit Magisterabschluß gibt es eine bestätigte Magisterordnung. 2) TU: Von 33 Diplomstudiengängen sind 7 DPO vom Senat bestätigt, 2 sind im Bestätigungsverfahren, 20 im Beratungsverfahren, darunter auch die Magisterprüfungsordnung, bei vieren ist der Stand der Entwicklung unbekannt. 3) HdK: noch keine Prüfungsordnung bestätigt, 3 im Bestätigungsverfahren, 9 in der Hochschulberatung. 4) An den Fachhochschulen, wo aufgrund des HRG und BerlHG statt der staatlichen Prüfungen Hochschulprüfungen stattfinden sollen, stecken die neuen Prüfungsordnungen alle noch in dem Hochschulberatungsverfahren. Nur die Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege hat eine Prüfungsordnung, die sich im ,,Rahmen des BerlHG bewegt“. 5) PH: Bei den neuen Prüfungsordnungen für Lehrerstudenten (betr. nach PH-Integration am 1.4.80 nur noch FU, TU, HdK) ist folgender Stand: Von 25 Fachkommissionen haben 13 eine Empfehlung für Prüfungsanforderungen vorgelegt. Der Weg von der Empfehlung bis zur Rechtsverordnung des Schulsenators ist ziemlich lang. Eine gültige Prüfungsordnung wird es wohl frühestens Ende 1980 geben. Aber ab 1.4.80 müssen alle neuen Lehrerstudenten nach dem neuen Lehrerbildungsgesetz studieren, das 4 Lehramtsstudiengänge vorsieht. Diese Studenten fangen dann ohne Prüfungs- und Studienordnung ihr Studium an. Das einzige, was sie wissen, ist, daß sie für das Studienratsstudium etwa 150 SWS in Haupt- und Nebenfach machen müssen. Für die übernommenen PH-Studenten ist rechtlich nicht gesichert, daß sie nach den alten Studien- und Prüfungsordnungen ihr Studium fortsetzen können. Das hat der Senat ,,in Absprache mit der PH“ geregelt.

,,Unser Planet“ – Geographie für das 5. Schuljahr

Neokoloniale Propaganda / ,,Kernraum“ BRD

z.gug. Als epochemachend in der Geschichte ihres Faches bezeichnen Geographen das letzte Jahrzehnt. Den ,,länderkundlichen“ Unterricht haben sie zum ,,problemorientierten“ weiterentwickelt. Anstelle der Methode, Land für Land zu behandeln, wo die sture Auswendiglernerei auf den Protest von Schülern, Lehrern und Studenten traf, steht jetzt die Methode, allgemeine Gesichtspunkte zu behaupten und darunter einzelne Länder zu fassen. Ausgangspunkt der Änderung waren die sich zuspitzenden Widersprüche zwischen Imperialismus und den unterdrückten Ländern. Die Behandlung einzelner Länder hätte immer wieder Fragen nach den Ursachen des unterschiedlichen Stands der Produktivkräfte aufgeworfen, Fragen nach der Befreiung der Länder von den Imperialisten, durch deren Ausplünderungs- und Unterdrückungspolitik ganze Länder z.B. erst in Wüsten verwandelt wurden. Ein neuer Geographieunterricht mußte solche Fragen unterdrücken, indem er sie scheinbar aufgriff und klärte, und gleichzeitig eine Rechtfertigung für imperialistische Expansion liefern. Das ist jetzt soweit abgeschlossen und ausgefeilt. Beispiel dafür ist das soeben erschienene Buch ,,Unser Planet“.

,,Die Erde erkunden“, beginnt der Einführungsteil, der die kolonialen Entdeckungsreisen und Unterwerfungen behandelt, und dabei den Bogen zu heute schlägt: ,,Die Erde erkunden – dieses interessante Ziel stellten sich die Menschen früher, diese wichtige Aufgabe gilt auch heute für uns.“ Es folgen die beiden Hauptteile des Buches ,,Grenzräume – Herausforderungsräume“ und ,,Kernräume – Produktionsgebiete für Nahrungsmittel“.

● ,,Grenzräume – Herausforderungsräume“

,,Die Natur hat den Menschen herausgefordert, und der Mensch hat die von der Natur gesetzten Grenzen überschritten. Solche Räume nennen wir Grenzräume ... ○ *Arbeitsvorschläge* Woran denkt Ihr beim Wort Grenze ...? – Bildet Sätze mit dem Wort Grenze (z.B. ‚der Mensch stößt gegen eine Grenze‘) ... Könnt Ihr Euch vorstellen, daß die Grenzräume auch Kampfräume, Risikoräume oder Problemräume sind?“ Der Schüler soll es, denn Grenzen sollen ,,überschritten“ werden. Wo liegen sie?

● ,,Grenzraum: Trockenraum Wüste“

,,... Seit die Europäer die Razzien (Überfälle) verhindert haben und der LKW das Kamel verdrängt hat, ist die große Zeit der Nomaden vorbei ... seßhaft zu werden und Ackerbau zu betreiben – ein unvorstellbarer Gedanke für die alten Nomaden; denn seßhaftes Leben, Handarbeit und Berufstätigkeit hat der freie Nomade immer verachtet.“ Im folgenden wird beschrieben, wie mühselig die Bewässerung ist, und das bei niedrigem Stand der Produktivkräfte, am Beispiel von Marokko und Algerien. Im Gegensatz dazu eine mechanische Bewässerungsanlage in Libyen: ,,Solche Plackerei gab es in Kufra nicht. Hier regierte die Technik.“ Nicht nur die Nomaden arbeiten zu wenig und hemmen den Fortschritt ohne Antreiberei und ,,Hilfe von außen“, das gleiche findet sich im

● ,,Grenzraum: tropischer Regenwald“

,,Übrigens haben die Afrikaner hier eine ganz seltsame Art, die Felder anzulegen. Sie scheinen auch aus dem Boden nur wenig herauszuholen“, so ein fingierter Brief von Kongo nach Belgien ... ○ *Arbeitsvorschläge* zur räumlichen Orientierung: ,,Die Kolonie Belgisch-Kongo ist das heutige Land Zaire. Suche das Land ... – Zum Inhalt: Emile nimmt an, im Kongo könne man eine ertragreiche Landwirtschaft aufbauen. Begründe ... worauf sich Emiles Hoffnung stützt.“ Es folgt ein Interview (ebenfalls fingiert) mit einem Landwirtschaftsexperten: ,,Wenn man die Erträge erhöhen will, muß man moderne Methoden anwenden: die Hacke muß durch den Pflug ersetzt werden. Und überhaupt müssen die Neger viel häufiger auf den Feldern arbeiten. Man kann doch die Pflanzen nicht sich selbst überlassen ...“ ○ *Arbeitsvorschläge:* ,,Stelle zusammen mit Deinem Nachbarn eine Liste von Fragen auf, die nun aufgeworfen sind.“ Zwei Seiten weiter, die Nutzbarmachung des Landes durch die Bantus: ,,Die größeren Bäume werden oft weit über dem Boden gefällt, es würde zuviel Mühe kosten, die breit ausladenden Brettwurzeln wegzuschlagen ... ○ *Arbeitsvorschläge:* ,,Erklärt, warum die Bantus einzelne Bäume stehen lassen, die Baumstümpfe nicht herausreißen.“

Dies mag genügen, einen Eindruck von den ,,Grenzräumen“ und seinen Bewohnern wiederzugeben, hinzugefügt sei noch, daß ,,Kältezonen, Hochgebirge und Küstenräume“ ebenfalls zu Grenzräumen gehören, wobei letztere bereits als Kampfräume überschrieben sind.

● Kernräume – Produktionsgebiete für Nahrungsmittel“

● *Arbeitsvorschläge:* ,,Denkt über die Wortverwendung ‚Kern‘ nach! ... Beispiele sind ... zum Kern der Sache kommen.“ Zu den Kernräumen werden zunächst die reisproduzierenden Länder gezählt, *aber* ,,Reis – täglich Nahrung für zwei Milliarden ... morgens gibt es zum Tee die Reisreste vom vorhergehenden Abend ... mittags steht Reis im Mittelpunkt ... am Abend gibt es wieder eine Schüssel Reis ...“. Im Gegensatz dazu wird folgend der ,,fortgeschrittene“ Weizenanbau in den westlichen imperialistischen Ländern gepriesen. In der Zusammenfassung: ,,Reis wird ... hauptsächlich von der dort lebenden Bevölkerung verbraucht ... Die Mechanisierung tritt hinter die Handarbeit zurück ... Weizen wird ... mit technischen Ackerbaugeräten vollmechanisiert durchgeführt und auf dem Weltmarkt gehandelt.“ Es fehlt zur imperialistischen Expansion noch eine entscheidende Vorraussetzung in den weizenanbauenden ,,Kernräumen“. Dazu das Kapitel ,,Ölpflanzen aus aller Welt versorgen uns“, in dem dargestellt wird, wie die Elfenbeinküste mit Hilfe ausländischen Kapitals zum größten Palmöllieferanten der Welt wurde, und dem anschließende Kapitel ,,Auf der Suche nach Ersatzbutter“ – die nämlich u.a. aus solchen Ölen hergestellt wird – und Herstellung und Geschichte der Margarine behandelt, die Napoleon seinerzeit für seine Armee entwickeln ließ. Das Buch schließt dann ab mit einer Karte der ,,Ernährungslage auf der Erde“, mit Ländern mit ,,Überernährung“ (USA/Westeuropa) bis zu solchen mit ,,schwerer Unterernährung“ (Afrika, Südamerika, Südostasien).

Verteilt auf 100 Seiten, in fingierten Interviews, Reportagen und Expertengesprächen ist die geschickt aufgebaute Indoktrination: Die westdeutsche Arbeiterklasse trete kürzer (Ersatzbutter), damit die Bourgeoisie die Grenzen der ,,Grenzräume“ und möglichst der reisanbauenden ,,Kernräume“ mit Kapital- und Warenexport, dem ,,know how“, überwindet und den Bauern und Arbeitern dort beibringt, was Lohnarbeit ist, unter ihrem Kommando.

NRW: Das neue Landes- und Fachhochschulgesetz ist in Kraft getreten



Demonstration am 10.12.79 in Düsseldorf gegen das PH-Integrationsgesetz.

dern auch für die Beschäftigten der Hochschulen mit sich.

Für die Studenten ist jetzt die Regelstudienzeit von 6 bzw. 8 Semestern eingeführt, gekoppelt mit verbindlichen Fristen zur Prüfungsanmeldung. Die FH-Studenten müssen ab jetzt Zwischenprüfungen nach dem Grundstudium absolvieren. Ebenso werden die Praxissemester – Möglichkeit der kostenlosen Vernutzung der Arbeitskraft durch die Kapitalisten – gesetzlich abgesichert. Das Verbot des politischen Mandats der Studentenvertretungen und das Ordnungsrecht aus dem bereits 1977 verabschiedeten Studentenschaftsgesetz wurden jetzt gesetzlich bekräftigt, um eine reibungslose Durchsetzung dieser Gesetze zu gewährleisten.

NRW: Das neue Landes- und Fachhochschulgesetz ist in Kraft getreten



Demonstration am 10.12.79 in Düsseldorf gegen das PH-Integrationsgesetz.

z.khe.Aachen. Zum 1.1.1980 sind in Nordrhein-Westfalen das Landeshochschulgesetz (LHG) und Fachhochschulgesetz (FHG) in Kraft getreten. Damit sind auch in NRW die Bestimmungen des 1974 verabschiedeten Hochschulrahmengesetzes durchgesetzt.

In zahlreichen Streiks und Protestaktionen hatte die Studentenbewegung diese Gesetzesvorhaben bekämpft, zuletzt durch den Streik aller Fachhochschulen im Wintersemester. Die Gesetze bringen einschneidende Veränderungen nicht nur für Studenten, son-

dern auch für die Beschäftigten der Hochschulen mit sich.

Für die Studenten ist jetzt die Regelstudienzeit von 6 bzw. 8 Semestern eingeführt, gekoppelt mit verbindlichen Fristen zur Prüfungsanmeldung. Die FH-Studenten müssen ab jetzt Zwischenprüfungen nach dem Grundstudium absolvieren. Ebenso werden die Praxissemester – Möglichkeit der kostenlosen Vernutzung der Arbeitskraft durch die Kapitalisten – gesetzlich abgesichert. Das Verbot des politischen Mandats der Studentenvertretungen und das Ordnungsrecht aus dem bereits 1977 verabschiedeten Studentenschaftsgesetz wurden jetzt gesetzlich bekräftigt, um eine reibungslose Durchsetzung dieser Gesetze zu gewährleisten.

Für die Beschäftigten der Hoch- und Fachhochschulen wurde die Dienstaufsicht zentralisiert. Diese ist jetzt der Institutsleiter, nicht der einzelne Professor. Wissenschaftliche Mitarbeiter und Nichtwissenschaftler erhalten keine einheitliche, sondern zwei verschiedene Personalvertretungen. Zeitverträge über ein Jahr werden zur Regeleinrichtung für Wissenschaftliche Mitarbeiter mit der Möglichkeit der Übernahme auf Antrag. Die GEW schätzt, daß etwa 20% übernommen werden. Dies fördert die Möglichkeit der Konkurrenzschürerei und Antreiberei.

Menschen früher, diese wichtige Aufgabe gilt auch heute für uns.“ Es folgen die beiden Hauptteile des Buches ,,Grenzräume – Herausforderungsräume“ und ,,Kernräume – Produktionsgebiete für Nahrungsmittel“.

● ,,Grenzräume – Herausforderungsräume“

,,Die Natur hat den Menschen herausgefordert, und der Mensch hat die von der Natur gesetzten Grenzen überschritten. Solche Räume nennen wir Grenzräume ... ○ *Arbeitsvorschläge* Woran denkt Ihr beim Wort Grenze ...? – Bildet Sätze mit dem Wort Grenze (z.B. ‚der Mensch stößt gegen eine Grenze‘) ... Könnt Ihr Euch vorstellen, daß die Grenzräume auch Kampfräume, Risikoräume oder Problemräume sind?“ Der Schüler soll es, denn Grenzen sollen ,,überschritten“ werden. Wo liegen sie?

● ,,Grenzraum: Trockenraum Wüste“

will, muß man moderne Methoden anwenden: die Hacke muß durch den Pflug ersetzt werden. Und überhaupt müssen die Neger viel häufiger auf den Feldern arbeiten. Man kann doch die Pflanzen nicht sich selbst überlassen ...“ ○ *Arbeitsvorschläge:* ,,Stelle zusammen mit Deinem Nachbarn eine Liste von Fragen auf, die nun aufgeworfen sind.“ Zwei Seiten weiter, die Nutzbarmachung des Landes durch die Bantus: ,,Die größeren Bäume werden oft weit über dem Boden gefällt, es würde zuviel Mühe kosten, die breit ausladenden Brettwurzeln wegzuschlagen ... ○ *Arbeitsvorschläge:* ,,Erklärt, warum die Bantus einzelne Bäume stehen lassen, die Baumstümpfe nicht herausreißen.“

Dies mag genügen, einen Eindruck von den ,,Grenzräumen“ und seinen Bewohnern wiederzugeben, hinzugefügt sei noch, daß ,,Kältezonen, Hochgebirge und Küstenräume“ ebenfalls

lich u.a. aus solchen Ölen hergestellt wird – und Herstellung und Geschichte der Margarine behandelt, die Napoleon seinerzeit für seine Armee entwickeln ließ. Das Buch schließt dann ab mit einer Karte der ,,Ernährungslage auf der Erde“, mit Ländern mit ,,Überernährung“ (USA/Westeuropa) bis zu solchen mit ,,schwerer Unterernährung“ (Afrika, Südamerika, Südostasien).

Verteilt auf 100 Seiten, in fingierten Interviews, Reportagen und Expertengesprächen ist die geschickt aufgebaute Indoktrination: Die westdeutsche Arbeiterklasse trete kürzer (Ersatzbutter), damit die Bourgeoisie die Grenzen der ,,Grenzräume“ und möglichst der reisanbauenden ,,Kernräume“ mit Kapital- und Warenexport, dem ,,know how“, überwindet und den Bauern und Arbeitern dort beibringt, was Lohnarbeit ist, unter ihrem Kommando.

Blockunterricht für Verkäuferinnen – Verschärfte Ausbeutung und Leistungsdruck

r.ras. In Niedersachsen ist für Verkäuferinnenlehrlinge der Blockunterricht eingeführt. Die zwei Blöcke jährlich dauern je 6-7 Wochen. Eine Schülerin arbeitet seit 1.5.79 in einer Drogeriefiliale, zusammen mit der Mutter des Besitzers. 365 DM bekam sie im Mai, Juni, Juli. Seit Beginn des Lehrvertrages am 1.8. erhält sie 399,49 DM (jeweils netto). Bei den Urlaubstagen – 18 in 1979, 24 in 1980 – werden die Samstage mitgerechnet.

In den Sommermonaten ist in den Küstenstädten mit Kurbetrieb Hochsaison im Einzelhandel. Die Überarbeit ist bei vielen Verkäuferinnen dann so immens (oft samstags und sonntags durchgehend), daß sie den ganzen Winter über infolge des Abbummelns frei haben – ohne allerdings irgendwelche Überstundenzuschläge mitangerechnet zu bekommen.

Die Berufsschul-Blöcke für die Klasse EV 79s des Berufsschulzentrums Cuxhaven liegen im Frühjahr und Herbst, so daß die Geschäfte die Auszubildenden während der Saison alle sechs Wochentage zur Verfügung haben. Nach der früheren Regelung (ein Berufsschultag die Woche, im Betrieb frei) müßte der betreffende Drogeriebesitzer, der grad in der Saison noch eine Verkaufsbude am Strand laufen hat, eine zusätzliche Kraft für die Filiale einstellen, in der die Schülerin arbeitet. Diese zusätzliche Verkäuferin spart er jetzt dank des Blockunterrichts ein.

Im Unterricht (Verkaufskunde, BWL, Fachrechnen, Deutsch, Gemeinschaftskunde) müssen im wesentlichen mehrere DIN-A-4 Seiten pro Stunde von der Tafel abgeschrieben werden. Die Bücher, die die Schüler für ca. 100 DM kaufen mußten, werden nicht im Unterricht benutzt, sondern sind ,,zum Üben für zu Hause“ da. Wie in der normalen Teilzeitberufsschule dürfen zwei Klassenarbeiten pro Tag geschrieben werden, so daß im 1. Block im Oktober tagelang hintereinander Klassenarbeiten geschrieben wurden. Begründung des Klassenlehrers Harten: ,,Ihr seid eben keine Fachklasse.“ Die Arbeiten gehen dann über so Themen wie ,,charakterliche Eigenschaften des Verkäufers“ in Fachkunde oder über das ,,Leben in der Familie“ in Gemeinschaftskunde. Mit letzterem liegt Lehrer Harten voll auf der familienpolitischen Linie seiner Partei: Er ist Fraktionsvorsitzender der CDU im Cuxhavener Stadtrat.

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Kommunistischer Bund Westdeutschland
Geschäftsstelle Westberlin, Oranienstr. 159, Tel. 6145099
Kommunistische Hochschulgruppe

Westberlin
31.12.1979
01e110600p

Die Zeit ist reif für Maßnahmen gegen die Staatsexamensordnung

rof. Seit dem 6.12.79 gilt eine Anordnung des Senators für Schulwesen für das 1. Staatsexamen für Lehrer, daß alle schriftlichen Prüfungsleistungen von der gesamten Prüfungskommission bewertet werden müssen. Diese Anordnung wurde per Verwaltungsgerichtsentscheid durchgesetzt und stützt sich auf das Lehrerbildungsgesetz (LbiG § 10 Abs. 1), ist dementsprechend auch Bestandteil der vorgesehenen neuen Staatsexamensordnung. Das Zweitgutachten entfällt damit künftig, denn ein Zweit-, Dritt- und Viertgutachten ist jetzt dem Prüfungsablauf inhärent. Das System der gegenseitigen Überwachung der Prüfer wird so vervollkommnet und mancher Erstgutachter wird noch gründlicher vorgehen, um nur keinen Kommafehler zu übersehen.

Die Anordnung gilt *rückwirkend* für alle Prüfungen, die noch nicht abgeschlossen sind. Dies wurde allen Prüfungskandidaten in einem Brief vom Wissenschaftlichen Landesprüfungsamt (WiLaPrü) mitgeteilt. Alle Prüfungskandidaten sind somit mit der Tatsache konfrontiert, daß sie die Prüfung unter anderen Bedingungen abschließen müssen als bei Antritt der Prüfung gültig waren. Wenngleich gewöhnlich nicht üblich, scheinen solche Methoden an der Universität üblich zu werden.

Zu den unmittelbaren Auswirkungen der Entscheidung gehört, daß der Prüfling seine Arbeit künftig tunlichst in 3 broschierten Exemplaren einreichen soll. In der staatlichen Ausbildungsförderung sind diese Mehrkosten nicht enthalten und das WiLaPrü hat in seinem Brief nicht mitgeteilt, daß es dafür aufkommen wird. Zum zweiten aber seien ,,die zeitlichen Auswirkungen dieser Umstellung noch nicht zu übersehen“ (Brief des WiLaPrü). Doch der Prüfungskandidat soll sich ja nicht erdreisten, individuell etwas zu unternehmen, anrufen, sich beschweren etc. Das würde die ,,Bemühungen“ des WiLaPrü ,,nicht fördern sondern – möglicherweise nachhaltig – behindern.“ (ebenda) Das ist deutlich.

Von seiten der Professoren werden Maßnahmen gegen die neue Staatsexamensordnung, die sich mit diesem Erlaß ankündigt, erwogen. In einem Brief an alle Hochschulprüfer wird von Mitgliedern der ,,Gemeinsamen Kommission Staatsexamen“ (sie wurde bekannt durch ihre Dokumentation über die ,,Landnahme“ des WiLaPrü) eine Aktionswoche vom 16. – 22.1. vorgeschlagen. Die Veranstaltungen sollen unter dem Thema stehen: ,,Was wird aus der Lehre an der Uni?“ Am 23.1. soll dann eine Prüferversammlung stattfinden, auf der über Maßnahmen beschlossen werden soll. Ein Prüfungsboykott ist auch schon wieder im Gespräch. Weiterhin werden umfassende Forderungen vorgeschlagen, womit die Staatsexamensordnung ,,ergänzt bzw. entschlackt“ werden soll. (Im folgenden sinngemäß:)

1. Festlegung eines demokratischen Verfahrens zur Wahl des Schulbeisitzers ähnlich wie im 2. Staatsexamen; 2. der Prüfling soll ein Vorschlagsrecht haben für den 2. Hochschulprüfer (kein Wahlrecht.) 3. ein Verfahren zur Regelung von Konflikten zwischen ,,Hochschule“ und WiLaPrü soll festgelegt werden, wobei die ,,Hochschulseite“ gleichberechtigt sein muß; 4. bei der Bewertung von Prüfungsleistungen dürfen die ,,Vertreter der Wissenschaft“ nicht majorisiert werden; 5. die Entscheidungen des WiLaPrü dürfen keinen Einfluß auf die Ausbildung an der Hochschule haben, z.B. dürfen keine Scheine zurückgewiesen werden; 6. gegen ,,Prüfungsbluff“ wie etwa bei den Leistungsanforderungen im Freien Vortrag, die eher einem Promotionsvortrag angemessen seien.

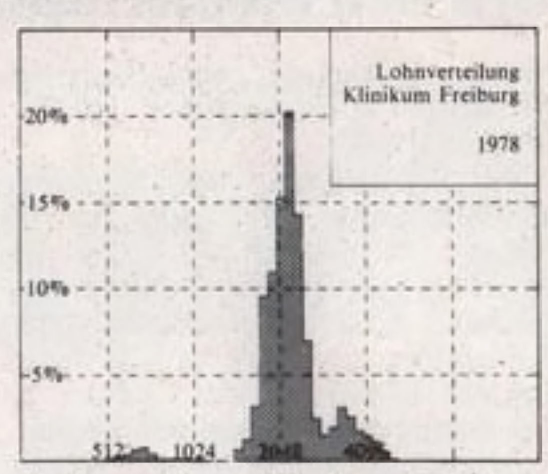
Den Vorschlag, eine Veranstaltung zu machen, um auf diese Weise die Staatsexamenskandidaten zusammenzufassen, muß man begrüßen. Allerdings ist es notwendig, daß Fachschaftsinitiativen, die Studentengruppe der GEW bzw. die GEW Staatsexamensgruppe am FB 16 Einfluß nehmen auf die Vorbereitung einer derartigen Versammlung und ihre Vorstellungen dort auch vortragen. Die Vorstellungen der Professoren, so wie sie in den vorgeschlagenen Forderungen zum Ausdruck kommen, richten sich auf eine Erweiterung der Entscheidungsbefugnisse der Professoren in der Prüfung. Für die Studenten mögen dabei einige Brocken abfallen; viel kann dabei aber nicht herausspringen, wenn die Studenten zu Unterstützern der Sache der Professoren gemacht werden. Diese Absicht steckt aber zweifellos dahinter, wenn Professor Grottian vom OSI darüber klagt, daß die Studenten heute so schlaff seien, daß die Initiative nur von den Professoren ausgehen könne. Als ob nicht längst von seiten der Studenten Forderungen gegen die Prüfungen aufgestellt wurden wie: Einspruchsrecht, Wahl des 2. Prüfers; – Keine zusätzlichen Schwerpunkte; – Veröffentlichung aller Noten und Gutachten; – Kein vertrauensärztliches Zeugnis.

Beide Gesetzentwürfe zum Zivildienst müssen abgelehnt werden

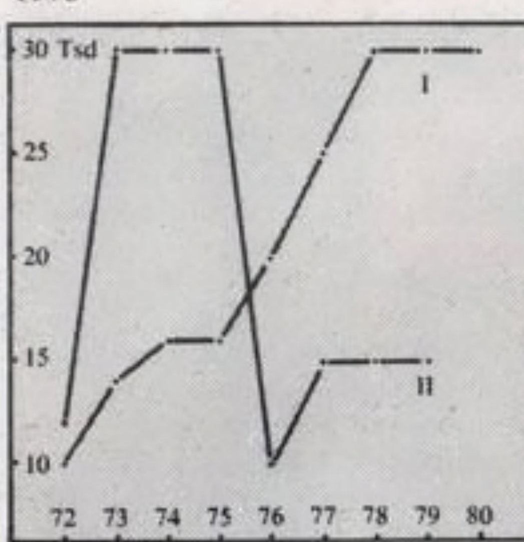
z.eve. Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung führt am 16. Januar eine Anhörung zu den Gesetzentwürfen von Regierung und Opposition zur Neuordnung des Zivildienstes in Bonn durch. Die Positionen nach wie vor: Die Regierungskoalition will den Zivildienst ausbauen und dazu das mündliche Anerkennungsverfahren durch ein schriftliches ersetzen. Die CDU/CSU will weiter das schriftliche Anerkennungsverfahren und eine 18monatige Zivildienstzeit. Die Lohnverteilung vom Klinikum Freiburg, wo 1978 70 Zivildienstleistende gearbeitet haben, zeigt, warum beide Fraktionen für den Zivildienst sind.

Eingerechnet Sold, Zulagen, Unterkunft, Verpflegung, Heilfürsorge und Arbeitskleidung, die der Staat bezahlt, liegen die Zivildienstleistenden in der Lohnverteilung noch unter den Lehrlingen und sind weit abgespalten von den übrigen Beschäftigten. Insgesamt zahlt der Staat wesentlich mehr Versicherungsbeiträge als Sold, Zulagen, und Zuwendungen für die Zivildienstleistenden zusammen. Wobei die Bemessungsgrundlage für die Versicherungsbeiträge der Durchschnittslohn ist.

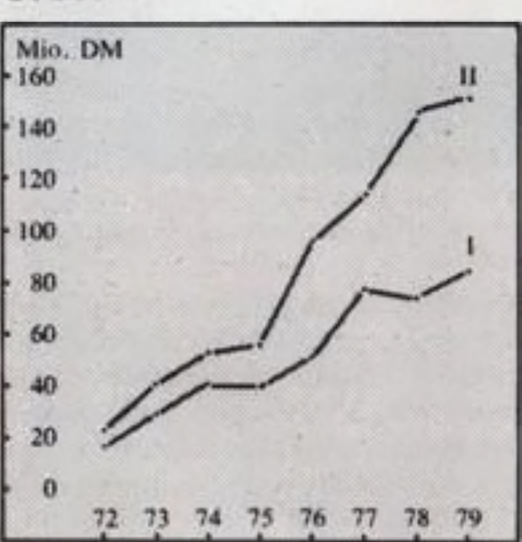
Die Politik der Regierungskoalition ist seit ihrem Amtsantritt darauf gerichtet, die Zahl der Zivildienstleistenden zu erhöhen. Seit 1972 haben sich die Zivildienstleistenden verdreifacht. Zuschüsse und Darlehen für den Ausbau der Kasernierung sind dadurch weniger geworden, daß die Regierung mit ihrem Kurs: Postkarte genügt, solange die Verteidigungsbereitschaft nicht behindert wird, nicht durchgekommen ist. Die Auseinandersetzung im Bundestag war 1975. Seitdem ist dieser Posten wider kräftig gestiegen. Interessant ist auch, daß seit 1975 die Einnahmen der Regierung aus Geldbußen gesunken sind, dafür gibt es seit 1977 einen Posten für Seelsorge und auch einen für Dienstsport. Einerseits also Taktik, andererseits natürlich auch Resultat der Kämpfe der Zivildienstleistenden. 1978 und 1979 sind 50 und 30 Mio. DM zusätzlich an Dienststellen gezahlt worden: ,,Für den beabsichtigten Ausbau der Zivildienstplätze auf bis zu 60000 (Endstufe 1980) wird die Bereitschaft der Dienststellen finanziell gefördert'', so steht es im Haushaltsplan 1978. Die Zahl der Zivildienstleistenden stagniert aber, es ist nichts mit der Endstufe 1980. Vielleicht überlegt es sich der eine oder andere doch, ob es nicht gescheiter ist, das Waffenhandwerk zu erlernen.



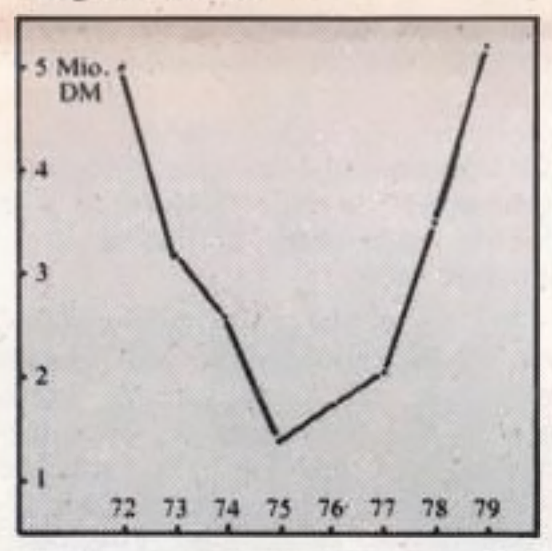
Lohnverteilung Klinikum Freiburg 1978



I Zahlen ZDL nach Haushaltsansätzen der Regierung
II Einnahmen der Regierung aus Geldbußen



I Sold und Zulagen nach Haushaltsansätzen der Regierung
II Versicherungsträger der Regierung f.d. ZDLer



Zuschüsse und Darlehen zur Errichtung und Ausstattung von Unterkünften für ZDL

Rekruteneinzug – Gewerkschaftliche Rechte notwendig



Die Bilder zeigen den Einzug der neuen Rekruten am 2. Januar, in Münster und Bremen (links), in Hamburg (rechts). Verteilt wurde die ,,Volksmiliz'', die die Forderung nach gewerkschaftlichen Rechten in der Armee propagierte.

,,Gesellschaft für Wehrkunde'' fordert bürgerkriegssicheres Fernmeldesystem

z.hev. Die Fernmeldeeinrichtungen der Bundespost werden derzeit auf ihre Krisenfestigkeit abgeklopft. Die ,,Wehrwissenschaftliche Rundschau'' 6/79 fordert Zusammenarbeit der Fernmeldeexperten der Post, der Polizei, des Bundesgrenzschutzes und der Bundeswehr. Das Problem stellt sich vordergründig als ein technisches. Wie soll in ,,Krisen- und Spannungszeiten'' der Telefon- und Funkverkehr für die militärischen und politischen Führungsstäbe aufrecht erhalten werden? Sabotage, Katastrophen aller Art und hier vor allem ,,wilde Arbeitsniederlegungen'', die Einhaltung der 40-Stunden-Woche auch im Krisenfall durch die Lohnabhängigen der Post könnten Teile des Fernmeldenetzes lahmlegen, am leichtesten sei der Funkverkehr zu stören, wie schon bei der Demonstration in Kalkar geschehen.

Zwar sei die Post gut vorbereitet – jede ihrer 6500 Vermittlungsstellen sei mit Batterie oder Notstromaggregat ausgerüstet, die einen Ausfall von 6 bis 8 Stunden überbrücken könnten – aber trotzdem seien bei der Schneekatastrophe in Schleswig-Holstein 1979 insgesamt 7 Vermittlungsstellen ausgefallen, weil sie nicht rechtzeitig erreicht werden konnten. Im übrigen wären diese Stellen vollkommen ungeschützt, im Gegensatz zu den GSVBw (Grundnetz-, Schalt- und Vermittlungsstellen der Bundeswehr). Eine ,,gewisse Unabhängigkeit vom postalischen Netz'' besitzen außer der Bundeswehr vor allem Polizei, Bundesbahn, Schiffahrt, Elektrizitätsversorgungsunternehmen ,,sowie Teile der Industrie und Wirtschaft''. Die Feuerwehren, Technisches Hilfswerk, Technische Einsatzleitung und Deutsches Rotes Kreuz, die nach dem Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes von 1968 zur ,,Zivilen Landesverteidigung'' gehören, haben nur Funkeinrichtungen (UKW), deren Reichweite begrenzt und deren Einsatzmöglichkeiten geländeabhängig sind. Die Bundeswehr ist unterhalb der Korpsebene (Wehrbereichs-, Verteidigungsbezirks- und -Kreiskommandos) verwundbar und nur dünn mit eigenen Fernmeldeeinheiten besetzt. Vor allem fehlen Verbindungen zu den zivilen Stellen, sie sind also nicht nur unabhängig vom Netz der Post, sondern abgeschnitten.

Gefordert werden deshalb ,,gemischte'' Netze und Funkbetriebsbüros in jedem Wehrbereich, die Schaffung eines ,,Warn- und Katastrophenfunks'' und von Notfernmeldenetzen und Truppen für den ,,Objektschutz''. Nicht nur im Kopf, sondern durch die Notstandsgesetze schon vorgesehen, ist der Zugriff auf Funktaxis, Transportunternehmen und Abschleppdienste, Amateurfunker und die Fernmeldeeinrichtungen der E-Werke. Bundesbahn und Autobahn sollen militärisch nutzbar gemacht werden können.

Das Hauptproblem für die Strategen sind jedoch die Beschäftigten bei der Post: ,,Selbst in Spannungszeiten würde das für fernmeldetechnische Maßnahmen benötigte Postpersonal die 40-Stunden-Woche einhalten und gar nicht daran denken, auch an Wochenenden und Feiertagen Dienst zu tun.''



DGB-Kundgebung gegen die Notstandsgesetze 1967

Die Aeroflot – Teil der sozialimperialistischen Luftarmee

2000 Transporteinheiten werden zur Verfügung gestellt / Bei allen Aggressionen im Einsatz

z.ror. Die Aeroflot, die größte Fluggesellschaft der Welt, hat in den letzten 30 Jahren eine rasante Entwicklung durchgemacht. 1950 war das Streckennetz 175000 km lang, 1962 400000 km, 1971 500000 km, und 1978 betrug die Länge des Netzes 650000 km. Das Passagieraufkommen entwickelte sich von 1964 mit 37 Mio. auf 85 Mio. in 1973 und seit 1977 werden jährlich über 100 Mio. Passagiere befördert. Genauso stark wurde das Auslandsstreckennetz erweitert, es betrug 1978 über 350000 km, 100 Länder werden angeflogen.

Dem Luftverkehr kommt in der Sowjetunion eine besondere Bedeutung zu. Das gesamte Straßennetz hat eine Länge von kaum 700000 km und nur die Hälfte der Straßen mit fester Decke ist betoniert oder asphaltiert. (Allein das außerörtliche Straßennetz der BRD beträgt über 170000 km.) Zudem ist die Straßendichte sehr unterschiedlich, von 50 km auf 1000 km^2 bis 10 km in Ostsibirien. Schon bei einer Flugstrecke von 1500 km ist der Zeitgewinn gegenüber der Eisenbahn 15 Std. und gegenüber dem Bus 25 Std., auf den Langstrecken verachtzehnfacht sich der Zeitgewinn gegenüber dem Bahnverkehr. Die Aeroflot bedient 3500 Orte und Siedlungen im regelmäßigen Flugdienst.

Die Aeroflot verfügt über bedeutende Frachtkapazitäten und transportiert jährlich 15 Mio. t Fracht. Das ist zwar nicht einmal 1% des gesamten Transportaufkommens der SU, jedoch für den Transport in den schlecht erreichbaren Osten bietet sie für fast alle Waren, einschließlich schwerer Maschinen, oft den einzigen Weg. Beim Bau der Baikal-Armur-Magistrale liefert die Aeroflot größere Mengen der Bauteile. Hier bringt sie auch einen Teil ihrer Hubschrauberflotte (dieselben Typen wie die Armee) zum Einsatz.

Bis zum Jahre 1970 war die Aeroflot dem Ministerrat unterstellt. 1971 wurde sie eine eigenständige Gesellschaft. Durch den zivilen Anschein sollte der Zugang zu den imperialistischen Transportkartellen erleichtert werden. Genau seit dieser Zeit nimmt der militärische Einsatz der Aeroflot ständig zu. Jedes Jahr, im Frühjahr und im Herbst werden durch die Aeroflot Teile der 1. strategischen Staffel (Truppen der SU in Polen, CSSR, DDR) ausgetauscht. Dieser Austausch ist Anlaß zu immer gewaltigeren Luftmanövern. 1972 wurden im Frühjahr 25000 und im Herbst 20000 Soldaten, 1975 50000 und 95000, 1977 115000 und 130000 ausgetauscht. Im Juni 1977 tauschten die Sozialimperialisten in ihrem gewaltigsten Manöver 80000 Soldaten aus, an einem einzigen Tag. Normalerweise dauern diese Austauschaktionen 2–3 Wochen.

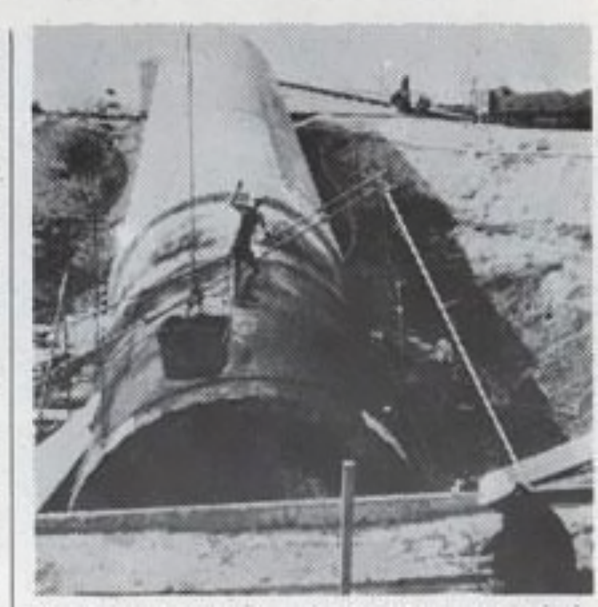
Die sowjetische Luftwaffe (ohne Marineflieger) umfaßt 9500 Flugzeuge. Der Anteil von Langstreckengroßraumtransportflugzeugen mit 120 Stück ist auffallend niedrig (Die USA verfügen über 380). Zu diesen 120 Flugzeugen kommen 630 Antonow 12 (AN 12, max. Zuladung 15 t). Ihre Reichweite bei voller Zuladung von Luftlandetruppen mit schwerem Gerät beträgt 1500 km. Um jedoch 130000 Soldaten in die DDR zu fliegen, wären mindestens 850 Mittel- und Langstreckenflugzeuge nötig. Rechnet man noch das Gerät, reichen auch die 30 Iljuschin 76 (IL 76, max. Zuladung 40 t) und die 50 AN 22 (max. Zuladung 17,5 t) lange nicht hin, zudem die Transporteinheiten die verschiedensten Standorte in der SU haben. Hier wird die Aeroflot eingesetzt, die jederzeit dem Oberbefehl des Kriegsministers unterstellt werden kann. Mit ihren 2000 Flugzeugen bietet sie die notwendigen Kapazitäten. Seit 1971 wurde sie im großen Maßstab modernisiert, und die Düsenmaschinen machen heute den größten Teil der Flotte aus. Ebenso wie die Armee verfügt sie über IL 76, AN 12 und AN 22. Ihr Flaggschiff, die IL 62, hat eine Reichweite von über 10000 km. Erst im letzten Jahr wurde der sowjetische Airbus IL 86 in Dienst gestellt, er bietet 350 Sitzplätze. Zudem ließe sich auch ein Teil der Flotte leicht umrüsten. Die Tupolew (TU) 126, von der Armee als AWACS eingesetzt, ist der TU 124 der Aeroflot ausgesprochen ähnlich, ebenso verwenden beide die TU 114. Der Einsatz der Aeroflot für militärische Unternehmen bietet dem Sozialimperialismus den Vorteil, daß die zivilen internationalen Flugrouten über fremde Länder leichter für Militärtransporte benutzt, Überflug- und Landerechte erschlichen und erpreßt werden können; dabei können dann auch mal Militärmaschinen in Aeroflot übermalt werden. Bei jeder der weltweiten Aggressionsakte der Sozialimperialisten, wie gegen Somalia und Kampuchea, war die Aeroflot beteiligt. Auch bei der Intervention gegen Afghanistan wurden Flugzeuge der Aeroflot eingesetzt. AP Fotofax lieferte am 4.1. das Foto eines schweren Transporthubschraubers in Kabul, beschriftet mit Aeroflot.


Sowjetische Luftlandetruppen. Abgesetzt werden sie von Antonow 12/22 oder TU 114. Die Sowjetunion hatte 1978 8 Luftlandedivisionen.

Energieprogramm der britischen Imperialisten: Weniger Arbeiter sollen mehr Kohle fördern

z.rua.London. Am 18.12.1979 gab Energieminister Howell das Energieprogramm der britischen Imperialisten für die nächsten 10 Jahre bekannt. Mit 20 Mrd. Pfund staatlichen Investitionen (80 Mrd. DM) soll der Anteil der Kernenergie an der Stromerzeugung von gegenwärtig 5% auf 11% ausgedehnt werden. 1982 wird in Suffolk der erste Druckwasser-Reaktor errichtet, danach soll jährlich ein neues Kernkraftwerk in Betrieb genommen werden. Durch den Ausbau der Kernenergie wollen die britischen Imperialisten ihre strategische Basis festigen. Obwohl sie gegenüber den anderen Imperialisten der EG die größte Steinkohle- und Ölproduktion betreiben, müssen sie große Mengen an Energieträgern importieren. Das leichte Nordseeöl muß in einem Verhältnis von 1:2 mit schwerem Öl aus dem Nahen Osten gemischt werden, um in den bestehenden Raffinerien verarbeitet werden zu können. Die uneingeschränkte Nutzung des Nordsee-Öls ist durch Bohrrechte vor allem von US-Gesellschaften behindert.

Die Grundlage der britischen Energieproduktion ist die Steinkohle. Seit 1974 ist ein 10-Jahres-Programm zum Ausbau der Kohleförderung in Kraft. Durch Stillegung und Modernisierung alter Bergwerke und Errichtung neuer Anlagen soll bis 1985 die Kohleförderung im Untertagebau von 108 Mio. t auf 120 Mio. t erhöht werden. 1977 setzten die britischen Imperialisten ein Produktivitätsabkommen durch, um die Intensivierung der Arbeit zu beschleunigen. Seither stieg die jährliche Förderleistung pro Arbeiter von 441 t auf 458 t. Anfang Januar berichtete der Vorsitzende der Kohlebehörde NCB, Sir Derek Ezra, daß in den ersten sechs Monaten des laufenden Geschäftsjahres gegenüber 1978 mit 4000 weniger Arbeitern die Kohleförderung um 1,65 Mio. t auf 75,8 Mio. t gesteigert wurde.



Schrägschacht im neuen Bergwerk Selby; 1985 sollen hier 10 Mio. t gefördert werden.

Carters Ölsondersteuer: Kriegsvorbereitung und Riesenplünderungsfeldzug

z.mif. Im Grundsatz geeinigt haben sich Senat und Repräsentantenhaus der USA auf die „windfall profit tax". Carter hofft, die politische Lage des Wirtschaftskriegs gegen den Iran nutzen zu können, um den Kampf der Volksmassen gegen diesen gigantischen Plünderungsfeldzug chauvinistisch zu spalten. Es geht um Durchsetzung der drittgrößten Steuer nach Lohnsteuer und Sozialversicherung. („windfall" bedeutet eigentlich „Fallobst", daher auch „unerwartete Glückssträhne". Offizielle Übersetzung für „windfall profit tax": „Steuer für ungerechtfertigte Gewinne".)

Die Einigung auf die neue Steuer schafft die Vorraussetzung für die volle Freigabe der Ölpreise in den USA. Bis 1. Juni 1979 war der Ölpreis staatlich kontrolliert. Das in den USA geförderte Öl, etwa 50% des US-Ver-

förderte Öl, etwa 50% des US-Ver-
brauchs, wurde bis dahin zu durchschnittlich neuneinhalb Dollar pro Barrel (159 l) verkauft. Der OPEC-Preis liegt jetzt höher, bei 24 – 30 Dollar, der Preis auf dem freien Markt noch darüber. Die Differenz zwischen den US-Ölproduktionskosten und dem Weltmarktpreis heben die Ölmonopole in den USA mit Carters Segen bis 1981 schrittweise auf. Diese Extraprofite werden für die nächsten zehn Jahre auf 1 Billion Dollar geschätzt. Nach geltenden Steuergesetzen würden davon 25% weggesteuert; die „windfall tax" soll noch einmal 25% abschöpfen, so daß den Ölmonopolen 500 Milliarden Extraprofit bleiben.

Im einzelnen ist geplant: Besteuerung des Öls, das vor 1973 entdeckt wurde, mit 75% des Verkaufspreises über 6 Dollar/barrel; 10% auf neu entdecktes Öl, soweit es über 20 $/barrel verkauft wird; 20% auf Profite aus Schweröl (das in Californien vorkommt) ab einem Verkaufspreis von 17 $/barrel. Mit dieser Steueraufteilung wird insbesondere die Förderung aus neuen Quellen fast steuerfrei – ein „Anreiz" (Carter) für Exploration in den USA zur Stärkung der Kriegsbasis. Die Steuermittel werden im wesentlichen zum Aufbau einer „Energiesiche-

chen zum Aufbau einer „Energiesiche-
rungsgesellschaft" in staatlicher Hand verwendet, die vor allem in die Kohleverflüssigung investiert und eine regelrechte Kriegsagentur wird. Ferner wird aus der Steuer der Steuernachlaß für Kapitalisten finanziert, die mit „energiesparenden Methoden" ausbeuten. Und ein paar Brocken als Beihilfen für „Bedürftige" aus den Volksmassen, die die 500 Mrd. Steuer und 500 Mrd. Extraprofit bezahlen sollen.

Steinkohleförderung Polens über 200 Mio. t Dem Volk fehlt es an Heizkohle

z.hku. „Wir sind von lästigen Stromabschaltungen betroffen, Schlangen bilden sich nicht nur bei den ‚traditionell' mangelnden Industriewaren und Lebensmitteln, sondern auch bei Erzeugnissen, bei denen es keine Schwierigkeiten geben dürfte." (Zycie Warszawy 95/79). „Geben dürfte"! Die VR Polen ist der viertgrößte Steinkohlenproduzent der Welt, aber Heizkohle gibt es in Polen ausreichend und schnell nur für den, der „harte" Währung hat. Die Kohleversorgung der Arbeiterbevölkerung ist vollkommen unzureichend. Die Bergarbeiter von Sosnowiec haben Gierek dafür zur Rede gestellt: „Ihr fragt an erster Stelle, wie es möglich ist, daß im Kohlebergbau die Förderung zunimmt, während sich gleichzeitig in vielen Gegenden des Landes Anzeichen eines Kohlemangels bemerkbar machen?" (Gierek auf einer Versammlung am 12.11.)



Dez. 1979: Eröffnung der Grube „Polnischer Jugendverband" bei Rybnik.

Die Förderung betrug 1979 200,4 Mio. t. Davon gingen in die Versorgung der Bevölkerung – aber klassenmäßig verteilt! – 29,7 Mio. t. Den Löwenanteil verbrauchen Industrie und Stromerzeugung, die zu 90% auf Kohle basiert; wegen des zu hohen spezifischen Energieverbrauchs der Industrie wird es in diesem Winter eine Lücke von 2000 MW geben und entsprechende Abschaltungen. 41,7 Mio. t. wurden exportiert. Gut 20% davon in die SU, der größere, wachsende Teil nach Westeuropa – Italien, Frankreich, Finnland, Dänemark, Österreich. Gerade hat Österreich 300000 t jährlich zusätzlich ausgehandelt. Die Exporte werden ausgedehnt zur Kredittilgung, „was auch immer manche von unserer Exportpolitik sagen" (Gierek).

Mit Produktionsausweitung und Verbrauchsdrosselung im Inneren sollen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden. 16 Gruben werden umgerüstet, neun sind im Bau. In 21 Gruben ist der Vier-Schicht-Betrieb eingeführt worden; die gesteigerte Auspressung der Bergarbeiter hat u.a. zu einer Serie von Grubenunglücken geführt (vgl. KVZ 49/79). Mit dem Hinweis auf diesen Blutzoll will Gierek die Kumpel auch noch für weitere Verbrauchseinschränkungen gewinnen: „Jede eingesparte Tonne Kohle bedeutet nicht nur Energie und Wärme, sondern auch weniger Schweiß und Mühe für die Bergleute."

Mehr Freiheit dem Kapital! Ungarns Volkswirtschaftsplan 1980

z.krk. In ihrer Weihnachtsnummer brachte „Magyar Nemzet", in Übersetzung „Ungarische Nation", Tageszeitung der Patriotischen Volksfront Ungarns, eine Erzählung aus der Feder eines recht prominenten ungarischen Schriftstellers. Der Hauptheld, ein Herr Doktor, offensichtlich Agent oder gar Angehöriger der Bourgeoisklasse ist unterwegs zu seiner Villa am Balaton, als ihm ein Konvoi mit kyrillischen Nummernschildern den Weg versperrt. Daraufhin stellt er fest, das Problem seines Lebens sei, daß solche Gegenstände ihm die freie Sicht auf der Straße und überhaupt versperrten. In seiner Villa angekommen findet er die Einrichtung zertrümmert vor, auf der Wand steht mit roter Farbe: „Dreckige Schweine" und „Korrupte Schweine". „Nun verstand er alles. Die Beweggründe und den Haß, die Leidenschaft ... wie alles zertrümmert wurde, was er und seine Frau während der vergangenen Jahre geschaffen hatten."

Zwischen der mächtigeren russischen Bourgeoisie und dem Haß und der Leidenschaft der Arbeiterklasse eingezwängt – so fühlt sich die ungarische Bourgeoisie – nicht zu unrecht. Weil die freie Bewegung des Kapitals und der freie Arbeitsmarkt trotz 24 Jahren Restauration des Kapitalismus noch immer nicht verwirklicht werden konnten, ist die Profitrate niedrig. Nicht die geringere Tüchtigkeit der osteuropäischen Bourgeois ihren westlichen Kollegen gegenüber, sondern die Verhinderung dieser „Freiheiten" durch die Arbeiterklasse ist der Grund für die dahinschleppenden Krisenerscheinungen in den Ländern des RGW. Ihren sowieso schon niedrigen Profit muß die ungarische Bourgeoisie auch noch mit der sowjetischen teilen. Ihre Mehrheit scheint nun wild entschlossen, diesen Zustand ändern zu wollen.

Seit 1.1.1980 sind die Produktionspreise mit wenigen Ausnahmen den Weltmarktpreisen angeglichen, staatliche Subventionen für Einzelhandelspreise und Betriebe werden weitgehend gestrichen (s. KVZ 44/79). Der Transfer von Kapital von einer Branche in die andere ist erleichtert, die Vernichtung von Kapital in Form von Schließungen möglich. Auf dieser Grundlage entstand der Jahresplan 1980, verabschiedet am 22.12.79.

Das Jahr 1979 hat eine finstere Bilanz. Der produktive (Akkumulation)

lanz. Der produktive (Akkumulation)
wie konsumtive Verbrauch ist niedriger als geplant, niedriger sogar als 1978, wobei die Rate der Akkumulation 1978 schon um 2% niedriger war als 1976. Besonders verlangsamt hat sich das Entwicklungstempo in der Elektroenergieerzeugung, im Maschinenbau und der Chemie. Die Zahl der zahlungsunfähigen, das Jahr mit Verlust abschließenden Betriebe ist gestiegen. Die landwirtschaftliche Produktion ist auf dem gleichen Niveau wie 1978, aber die Produktion von Getreide, Reis, Kartoffeln, Obst und Gemüse ist zurückgegangen. „Die Realeinkommen der Bevölkerung steigen nicht oder nur minimal, der Reallohn der Arbeiter und Angestellten sinkt etwas" (Zitat aus der Mitteilung des Informationsbüros des Ministerrates). Der Außenhandel mit Rubelabrechnung erreichte ein „planmäßig" niedrigeres Niveau, „dynamisch" entwickelte sich die Ausfuhr in die westlichen und Entwicklungsländer.

Für 1980 wird ein weiterer Rückgang des inländischen Verbrauchs um 1% geplant. Die Industrie wird auf die Bedürfnisse des westlichen Marktes ausgerichtet, denn die westlichen Schulden in Höhe von fast 3 Mrd. $, wovon 800 Mio. in den nächsten 5 Jahren fällig werden, müssen verringert werden. Stark entwickelt wird die Aluminiumverhüttung (bisher wurde der ungarische Bauxit zum größten Teil in der SU verhüttet), der Maschinen- und Fahrzeugbau, (Rába Lastwagen, Ikarus Busse), die Elektrotechnik (Tungsram und Orion) und die chemische Industrie. Die Zahl der in der Industrie Beschäftigten wird durch Rationalisierung um 20000 gesenkt. Für Betriebe mit dauerhaft schlechten Ergebnissen wird ein Sanierungsplan ausgearbeitet, Umstellung der Produktion und Schließung inbegriffen. Die Investitionen gehen insgesamt um 4 – 5% zurück, keine einzige zentrale Großinvestition wird begonnen. Die Löhne und Gehälter steigen um 0,5%, bei weiterer Differenzierung. Für den Rubel-Außenhandel ist eine Steigerung von 5 – 6% vorgesehen, für die westliche Ausfuhr 10%.

Ausfuhr 10%.

Mit einem nur geringfügig erweiterten Produktionsapparat und weniger Arbeitern will die ungarische Bourgeoisie eine Steigerung des Nationaleinkommens um 3 – 3,5% erreichen und mit einer modernisierten Produktionsstruktur ansatzweise Positionen auf den westlichen Märkten und bei den Entwicklungsländern erobern. Der RGW ist ihr dabei in mehrerlei Hinsicht im Weg. Ist einmal die Höhe des Profits für jeden Betrieb die einzige Garantie für die Zukunft (und damit für das Einkommen der sie leitenden Bourgeois), wer garantiert dann für die unprofitablen Lieferungen in den RGW? Auf der anderen Seite schätzt die ungarische Bourgeoisie es so ein, daß die Lieferungen von dort hauptsächlich Schrott sind, sind doch alle RGW-Länder in derselben Lage, daß die Waren besserer Qualität vor allem an den Westen geliefert werden müssen. Über die Kooperation im RGW äußert sich die zentrale Wirtschaftszeitung z.B. so: „Um die Sache an einem extremen aber vielleicht doch nicht so nutzlosen Beispiel darzustellen, nehmen wir an, daß sich ein RGW-Land mit dem Vorschlag an uns wendet, wir sollen gemeinsame Bananenplantagen einrichten. Durch die Kooperation wird die Bananenproduktion zwar billiger, als würden wir uns allein mit der Produktion befassen. Trotzdem kann man diese Lösung nicht als effektiv bezeichnen, da wir aus einem tropischen Land die Bananen weit unter dem gemeinsamen Produktionspreis importieren könnten." Der hauptsächliche Sinn des RGW bestünde in der Sicherung der Rohstoffbasis, wurde in zahlreichen Artikeln bekundet, zuletzt im Zentralorgan der USAP am 13.11.79.



Den Plan 1980 diktieren die Großkonzerne, die auf den Weltmarkt drängen – wie Tungsram, größte Glühlampenfabrik der Welt

Eine besondere Sorge der Wirtschaftswissenschaftler gilt den Lebensverhältnissen der herrschenden Klasse. Es ist nämlich ein Problem, was mit der ausgezahlten Revenue anfangen. Heute wird ein großer Teil der Bourgeois-Einkommen verpraßt, was einmal schädlich ist, da es, übermäßig praktiziert, den Unmut der Volksmassen hervorruft, andererseits aber auch, weil diese Gelder nicht zur Akkumula-

sen hervorruft, andererseits aber auch,
weil diese Gelder nicht zur Akkumulation beitragen – der RGW-Kapitalist hat bisher dazu keine Möglichkeit. Die neuen Vorschläge: laßt sie beschränkt in verschiedene Bereiche investieren, laßt uns staatliche Anleihen mit hohen Zinsen herausgeben und die Bankzinsen für langfristige Einlagen stark erhöhen.

Es ist ein gewagter Plan, was sich die ungarische Bourgeoisie ausgedacht hat: für ihr Ausbeutungsprogramm will sie die Arbeiterklasse unter der Parole der nationalen Unabhängigkeit gewinnen, dafür gibt sie nämlich ihre Rangelei mit der russischen Bourgeoisie um mehr Bewegungsfreiheit aus. Eine für die Volksmassen gefährliche Ideologie, denn sie ermöglicht der Sowjetunion wiederum im Namen der Arbeiterrechte zu intervenieren um *ihre* Rechte wiederherzustellen.

US-Stahlproduzenten drohen europäischen Konkurrenten

z.gih. Mit weiteren Einschränkungen für ausländische Einfuhren drohen die amerikanischen Stahlproduzenten, nachdem zum 1. Januar 1980 weitere Liberalisierungen durch das Gatt-Abkommen in Kraft getreten sind. Bereits im Juni 1979 wurde eine Verlängerung der amerikanischen Importquoten für ausländischen Werkzeugstahl und rostfreien Stahl für acht Monate von Präsident Carter angeordnet und zusätzlich eine Anhebung der „trigger"-Preise um rund 5% für das 1. Quartal 1980 beschlossen. Das reichte den amerikanischen Stahlproduzenten aber nicht, und D. Roderick, Vorsitzender von U.S. Steel, forderte Anti-Dumping-Maßnahmen und drohte mit weiteren Massenentlassungen. Gegenwärtig beläuft sich der Anteil von Auslandsstahl an der gesamten US-Marktversorgung auf etwa 18%. Gerade die europäischen Stahlproduzenten konnten ihren Anteil in den Jahren von 1970 bis 1978 um 63% steigern aufgrund des niedrigen Lohnniveaus in der europäischen Stahlindustrie.

Entwicklung der Stahleinfuhr
(in Mio. net tons)

Jahr	insges.	EG	Japan	ü. Län.
1970	13,36	4,57	5,94	2,86
1975	12,01	4,12	5,84	2,05
1976	14,28	3,19	7,98	3,12
1977	19,31	6,83	7,82	4,65
1978	21,14	7,46	6,49	7,18

Quelle: American Institute for Imported Steel

Nun befürchten die europäischen Stahlproduzenten einen weiteren Einbruch bei ihren Lieferungen, nachdem sich in den ersten 10 Monaten 1979 die US-Stahleinfuhren schon um 19,3% verringert haben.

Französische Kolonien: Arbeitslosengeld erkämpft

z.inl.Paris. Seit Beginn dieses Jahres wird in den französischen Kolonien La Réunion, Guyana, Guadeloupe und Martinique Arbeitslosengeld gezahlt. Mit mehreren Streiks seit September setzten die lohnabhängigen Massen der Inseln diese Forderung durch. Früher verwalteten die Präfekten „Arbeitslosenfonds", aus denen die Aufblähung der Verwaltung und Arbeitsbeschaffung für wenige Tage finanziert wurden. Familienhilfen gibt es auf dem Papier im Dutzend, aber nur bei Nachweis von 90 Tagen Arbeit im Jahr. Für viele hieß das überhaupt kein Geld. Der Mindestlohn ist um ein Fünftel niedriger als in Frankreich, die Arbeitslosenquote liegt bei 20%. So wurden allein von Guadeloupe und Martinique über ⅓ der Bevölkerung vertrieben. Mit der Kasse ist dagegen eine erste Schranke errichtet.

Fortsetzung der Verhandlungen über die Einheit Yemens im Januar

z.mam. Unter maßgeblicher Mitwirkung der Arabischen Liga ist es im März dieses Jahres gelungen, die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen der Arabischen Republik Yemen (Nord) und der Demokratischen Volksrepublik Yemen (Süd) einzustellen. Geschürt wurde der Konflikt von der Sowjetunion, die sich die DVR als Stützpunkt am Arabischen Golf erhalten und ausbauen will. Nun im März, bei einem Treffen der beiden Präsidenten, wurde vereinbart, daß beide Staaten Einheitsausschüsse einrichten, die die Verhandlungen über die Vereinigung vorbereiten sollen. Anfang Dezember, anläßlich des 12. Jahrestags

Gute Bedingungen für die Befreiung Zimbabwes

Aber der Kampf ist noch nicht gewonnen / Imperialisten und Sozialimperialisten lauern

z.hef.London. In Zimbabwe trat in der letzten Woche der bei der Londoner Rhodesien-Konferenz vereinbarte Waffenstillstand in Kraft. Die Truppen des Regimes sind teilweise in die Kasernen zurückgezogen worden. Nach Angaben der Überwachungstruppe sind bis zum Freitag mehr als 9000 Befreiungskämpfer in den vereinbarten Sammelpunkten eingetroffen. Nach dem Abkommen sollte die Sammlungsperiode am Freitag abend beendet werden. „Darüber gab es einen langen Streit bei der Konferenz im Lancaster-House", sagte uns Genosse Kangai, Mitglied des ZK der ZANU und Sekretär für Versorgung und Transport, als er Ende letzter Woche nach London kam. „Wir forderten mehr Zeit, um unsere Truppen informieren zu können über das, was zu tun ist. Aber die Briten bestanden in dieser Frage auf den sieben Tagen. Im Interesse des Friedens und des Fortgangs gaben wir nach und unterzeichneten das Abkommen. Aber jetzt ist klar, daß wir recht hatten. Wir hatten nicht genug Zeit, unseren Streitkräften Nachricht zukommen zu lassen. Bis jetzt ist die Masse unserer Truppen nicht zu diesen Orten gegangen, weil wir ihnen noch keine genauen Anweisungen geben konnten, während die Informationen, die sie jetzt haben, durch das Radio sind usw., also durchs Hörensagen. Sie haben nichts Konkretes von ihren Kommandeuren. Da kann man unseren Truppen nicht vorwerfen, daß sie nicht zu diesen sogenannten Treffpunkten gehen."

Die ZANLA-Truppen operieren im ganzen Land, das mehr als eineinhalbmal so groß ist wie Westdeutschland. Botschaften sind oft mehrere Wochen unterwegs. Nicht ohne Grund bestand
[illegible]
die britische Regierung auf der einwöchigen Sammlungsperiode. Sie und das Salisbury-Regime gehen mit Hilfe der imperialistischen Presse daran, ein Bild von undisziplinierten Guerilla-Haufen, mehr schon Räuberhaufen, zu malen, die sich nicht mehr den Befehlen ihrer Führung unterwerfen und plündernd durchs Land ziehen. Die tatsächlichen Räuberbanden – die Privatarmeen Muzorewas und Sitholes, die auf die afrikanischen Gebiete losgelassen werden – liefern das nötige Beweismaterial für „Bruch des Waffenstillstandes durch Teile der Patriotischen Front". Der britische Gouverneur hat bereits rhodesische Regierungstruppen an der Grenze mit Mosambik eingesetzt, angeblich um den Zustrom der Guerillas zu stoppen. Der Korrespondent der „Financial Times" weiß am 4. Januar aus Johannisburg/Südafrika zu berichten: „Fortgesetzte Verstöße gegen den Waffenstillstand innerhalb Rhodesiens machen es höchst unwahrscheinlich, daß dort anwesende südafrikanische Einheiten abgezogen werden." Das Ziel dieses Plans ist, die Siedlerarmee zur angeblichen Banditenabwehr gegen die Volksmassen loszulassen und mit einer Terrorkampagne nach dem Vorbild der letzten „Wahlen" die Wahl Muzorewas oder einer anderen Marionette zu sichern. Nach einem entsprechenden „Wahlsieg" soll dann mit den Truppen der Patriotischen Front in den Sammelplätzen aufgeräumt werden.

Die Patriotische Front hat Vorsorge dafür getroffen, daß aus diesen Vorstellungen der Imperialisten nichts wird. Entgegen den Hoffnungen britischer Offiziere, die „sich dann sicherer fühlen würden", legen die Befreiungskämpfer Waffen und Ausrüstungen nicht in den Sammelpunkten ab. Nicht umsonst hat die ZANU in den befreiten und halbbefreiten Gebieten eine eng mit der Befreiungsarmee ZANLA verbundene Volksmiliz aufgebaut. „Wir sind fertig und vorbereitet für jede Möglichkeit", sagte Genosse Kangai.

Das in London abgeschlossene Abkommen schafft günstige Bedingungen für die erfolgreiche Fortsetzung des Befreiungskampfes bis zum Sturz der Kolonialistenherrschaft. Die Imperialisten und Siedler mußten die bewaffneten Streitkräfte als gleichberechtigt zu ihrer Armee anerkennen, sie mußten die Marionettenregierung Muzorewa absetzen, ZANU und ZAPU legalisieren und eine Wahl ansetzen, die nicht so leicht zu fälschen sein wird wie die Scheinwahl im letzten Jahr. Diese gute Ausgangslage ist Ergebnis der Erfolge im bewaffneten und politischen Kampf. Die ZANU hat in diesem Kampf immer wieder erfolgreich die Einheitsfront mit der ZAPU gesucht, obgleich die ZAPU sich nur zögernd und mit geringen Kräften am bewaffneten Kampf beteiligte, sondern sich lieber gut ausgerüstet mit Waffenlieferungen der Sozialimperialisten im Ausland aufhielt – oder sich sogar an „Entspannungsmanövern" beteiligte, wie bei den Verhandlungen Smiths mit Nkomo. Für die Wahl hat die ZANU beschlossen, sich in allen Wahlkreisen mit eigenen Kandidaten zu beteiligen. Wir fragten Genossen Kangai: „Fürchtet ihr nicht, daß dies es den Imperialisten erleichtern wird, zwischen euch und die ZAPU einen Keil zu treiben und das auszunutzen?" – „Nun, wir haben die Patriotische Front nicht zerstört. Die Patriotische Front besteht weiter. Jetzt geht es uns darum, dem Volk von Zimbabwe die Möglichkeit zu geben, für einen der beiden Flügel der Patriotischen Front zu stimmen. Ich glaube, am Ergebnis dieser Wahlen könnte man sehen, welche Partei die vorherrschende Kraft in Zimbabwe ist. Das wird uns natürlich auch helfen, die Frage der Führung der Patriotischen Front zu klären. Nach der Wahl bleibt die Patriotische Front natürlich erhalten, wir kommen zusammen, legen unsere Sitze zusammen und bilden eine Regierung, wenn wir die Mehrheitspartei sind."

Die Patriotische Front muß um die Durchsetzung vieler Punkte, die auf der Londoner Konferenz vereinbart worden waren, kämpfen. Der von den britischen Imperialisten zugesagte Abzug der südafrikanischen Truppen ist einer dieser Punkte. Die internierten Gefangenen wurden nicht freigelassen. Der Gouverneur weigert sich weiterhin bislang, die mehr als 200000 Zimbabwer, die vor den Angriffen der Siedlertruppen ins Ausland geflohen sind, wieder ins Land zu lassen. Bislang bleiben die Grenzübergänge geschlossen. Das Salisbury-Regime hat dazu Vorschläge vorgelegt, nach denen alle Flüchtlinge zunächst wieder in Lager in Rhodesien kommen, um die „Guerillas unter ihnen herauszufinden". ZANU und ZAPU fordern, daß den Flüchtlingen die Rückkehr zu ihren Heimatorten ohne Verzögerung ermöglicht wird.



Genosse Josiah Tongogara, Mitglied des ZK der ZANU, Sekretär für Verteidigung und Kommandeur der ZANLA-Truppen, starb am 26.12.1979 nach einem Autounfall in Mosambik. Genosse Tongogara war entscheidend an Aufbau und Führung von ZANU und ZANLA und damit der Befreiung Zimbabwes beteiligt.

Vorwände zur neuen Unterwerfung Zimbabwes gesucht – Presseschau USA, SU, GB

USA: „Mißtrauen gegen die Briten, „defensive Lage nicht mehr nötig"

(Kriegsbericht) Einer der anderen Offiziere, gerade zurück von einer Einweisung durch General Acland, kommentiert besorgt: ‚Sie sagen, die Patriotische Front ist nicht unser Feind, und das ist auf dem schönen Papier von Lancaster House sicher richtig, aber ich würde nicht darauf wetten.' ... Die Gefahren wurden unterstrichen, als ein Sprecher der rhodesischen Armee bekanntgab, daß 3 Regierungssoldaten, 12 Guerillas und 4 Kollaborateure der Guerillas in den letzten 24 Stunden im Gefecht gestorben seien ... ‚Wir halten uns an die Waffenstillstandsprozeduren, aber es gibt keine De-Eskalation von der anderen Seite', sagte der Sprecher ... Einige der Briten waren heute abend zu einem Weihnachts-Grillessen bei Offizieren und Mannschaften der US-Luftwaffe auf dem Gelände des Flughafens Salisbury eingeladen. Die US-Luftwaffe hat hier eine Bodenmannschaft zur Assistenz für die C 141 Starlifters, als Ausrüstung aus Großbritannien bringen. Weiter als der Airlift geht die Beteiligung der USA nicht, die bis zu diesem Jahr ein gleichberechtigter Partner Großbritanniens waren, was rhodesische Diplomatie anging. (New York Times, 25.12.)

(Kommentar) Für den Westen bedeutet (das Abkommen) unter anderem, daß das Herz des südlichen Afrika sowjetischen und kubanischen Sondierungsvorstößen nicht länger so verlockend offensteht. Das heißt, weder die Amerikaner noch die Briten müssen jetzt in der defensiven Lage sein, in der sie scheinbar ein rassistisches Regime unterstützen, wenn sie eine revolutionäre Lösung in Rhodesien bekämpfen. (New York Times, 25.12.)

SU: „Problem einer echten Unabhängigkeit"

Nkomo sagt: Wir sehen bestimmte Lücken in den Vereinbarungen zum Waffenstillstand, aber das ist nicht unsere Schuld. Die Front sieht die Dokumente der Konferenz lediglich als Kompromisse an, als Übergangsetappe auf dem Weg zur Erringung einer umfassenden Regelung ... Wenn man die Ergebnisse des jetzigen Stadiums der Regelung in Rhodesien zusammenfaßt, so sagen viele Beobachter nicht ohne Grund voraus, daß die Entwicklung im Lande mit großen Schwierigkeiten verbunden sein wird. Dazu gehört das Problem einer echten Unabhängigkeit des Volkes von Zimbabwe, die nicht gelösten Fragen über die Zukunft der politischen Häftlinge und das Schicksal der Flüchtlinge. Und viel zu tiefe Wurzeln haben einige westliche Länder und Monopole in das Land gelegt. (Prawda, 23.12.)

GB: „Mehr Probleme durch ZANLA"

Die meisten der um die 5000 (versammelten) Guerillas sind von Mr. Nkomos Flügel. Mr. Mugabes ZANLA-Armee macht mehr Probleme und wird das auch weiterhin tun. Teile haben den Kontakt mit dem Hauptquartier verloren. Nicht alle Einheiten akzeptieren Befehle der Kommandanten ... Es kann immer noch sein, daß die britische Verantwortlichkeit ohne Macht auf eine ernste Probe gestellt wird ... Ein Guerillaangriff auf Umtali beispielsweise könnte einen ordnungsgemäßen Prozeß in eine Stampede verwandeln. Aber sechs Tage nach dem Waffenstillstand ist das, erfreulicherweise, noch nicht geschehen. (Guardian, 4.1.1980)

Auszüge aus dem am 21. Dezember 1979 in London abgeschlossenen Waffenstillstandsabkommen

1\. Mit Wirkung vom 21. Dezember 1979, 24.00 Uhr, werden alle Bewegungen von Angehörigen der bewaffneten Kräfte der Patriotischen Front nach Rhodesien und alle militärischen Aktivitäten der rhodesischen Truppen über die Grenzen hinaus eingestellt ... Vorkehrungen werden getroffen, die es Zivilisten ermöglichen, nach Rhodesien zurückzukehren, um zu wählen oder sich an anderen friedlichen politischen Aktivitäten zu beteiligen ...

2\. Mit Wirkung vom 28. Dezember 1979, 24.00 Uhr, werden alle Feindseligkeiten in Rhodesien eingestellt ... Eine Waffenstillstandskommission wird errichtet. Ihr Vorsitzender wird der Militärberater des Gouverneurs sein. Die Kommission wird aus einer gleichen Anzahl Vertreter der militärischen Kommandeure beider Seiten bestehen ...

3\. Die britische Regierung wird verantwortlich für die Errichtung einer Beobachtertruppe unter dem Kommando des Militärberaters des Gouverneurs sein ...

6\. ... Am 28. Dezember 1979 um 24.00 Uhr werden die rhodesischen Streitkräfte unter Leitung des Gouverneurs sich zurückziehen, um den Truppen der Patriotischen Front innerhalb Rhodesiens zu ermöglichen, den Sammlungsprozeß zu beginnen.

7\. Die Truppen der Patriotischen Front, die zur Zeit in Rhodesien sind, werden sich mit Waffen und Ausrüstung an Treffpunkten einfinden und dann zu den Sammelplätzen bewegen ... Der Sammlungsprozeß wird unter der Leitung der Kommandeure der Patriotischen Front und unter Überwachung der Beobachtertruppe stattfinden.

8\. Die Bewegung zu den Sammelplätzen wird am 4. Januar um 24.00 Uhr beendet sein ... Die rhodesischen Truppen werden sich weiter zurückziehen, im Verhältnis zum erfolgreichen Abschluß des Sammlungsprozesses der Truppen der Patriotischen Front.

11\. ... Die Kommandeure werden, unter Assistenz der Beobachtertruppe, sicherstellen, daß Verstöße gegen den Waffenstillstand beschränkt bleiben und beendet werden. Im Falle mehr allgemeiner oder dauernder Verstöße gegen den Waffenstillstand wird der Gouverneur entscheiden, welche Maßnahmen zu ergreifen sind, um mittels der Truppen, die seine Autorität anerkannt haben, damit fertig zu werden.

---

der Unabhängigkeit von Großbritannien, hatten in beiden Staaten Delegationen aus der ARY und der DVRY an den Unabhängigkeitsfeiern teilgenommen und den Zeitplan für die Vereinigungsverhandlungen festgelegt. Mitte Dezember teilte Radio Kuwait mit, daß die gemeinsamen Ausschüsse zur Vorbereitung der Einheit Anfang dieses Jahres ihre Arbeit wieder aufnehmen werden. Zu dem Freundschaftsvertrag zwischen der DRVY und der Sowjetunion sagte der Präsident der ARY: „Wir überlassen das dem jemenitischen Volk ... wenn es über die Verfassung des Einheitsstaates konsultiert wird ..."

Marokko muß Okkupationstruppe aus Mauretanien zurückziehen

z.ans.Rom. Ende Dezember mußte die marokkanische Regierung ihre letzte Besatzertruppe aus Bir Moghrein im Norden Mauretaniens zurückziehen. 1977 hatten Marokko und Mauretanien ein Bündnis gegen die Demokratische Arabische Republik Sahara (DARS) geschlossen, marokkanische Soldaten wurden in Mauretanien stationiert. Um Druck auf Mauretanien auszuüben, verweigerte Marokko deren Abzug, nachdem Mauretanien mit der DARS im August Frieden geschlossen hatte. Der Rückzug ist Reaktion auf die wachsende Isolierung Marokkos infolge seiner durch die US-Imperialisten geschürten Aggressionspolitik. Zu den 34 Ländern, die die DARS seit ihrer Gründung 1977 anerkannt haben, kamen 1979 17 weitere hinzu. Die Gipfelkonferenzen der OAU und der Blockfreien Staaten erkannten 1979 das Selbstbestimmungsrecht des saharauischen Volkes an. Die UNO-Vollversammlung forderte im Dezember Marokko zum Rückzug auf und betonte, das saharauische Volk habe das legitime Recht auf Unabhängigkeit. Das Ad-hoc-Komitee der OAU verurteilte kurz darauf die marokkanische Okkupationspolitik. Grundlage der Isolierung Marokkos sind die militärischen Erfolge, die die saharauische Befreiungsarmee (ALPS) unter Führung der F.Polisario erzielt. Im November zerstörte die ALPS zwei Mirage F-1 Flugzeuge, tötete 243 feindliche Soldaten und verwundete 300. Ende Dezember zerschlug die ALPS zwei Garnisonen der Besatzerarmee. Der Krieg lastet schwer auf dem marokkanischen Volk: Der Verschleiß an Soldaten ist groß, die Kriegskosten (25% des Haushalts und Militärausgaben) müssen die Massen über Steuerausplünderung bezahlen.

Iran: Revolutionsrat ruft zu Alphabetisierungskampagne auf

z.elb. In der vorletzten Woche rief Khomeiny dazu auf, eine Alphabetisierungskampagne im ganzen Land zu organisieren, um das vom Schah-Regime geerbte Joch der Unwissenheit abzuschütteln. 1966 betrug die Analphabetenquote nach Angaben der UNESCO in den Städten 49,6%, auf dem Land 84,9%. In den Dörfern waren die Mullahs die zumeist einzigen Lehrer überhaupt. Um den Einfluß der Mullahs zu brechen, die Schulen unter staatliche Kontrolle zu zwingen, ließ der Schah 1963 ein sog. Bildungskorps in ländlichen Gebieten einsetzen. Dieses Korps bestand aus Wehrpflichtigen mit Oberschulbildung, die nach viermonatiger Ausbildung – zwei davon militärischer Drill – ihre Wehrpflicht als Grundschullehrer absolvierten, angeblich zur Senkung der Analphabetenquote. Die „Schulpflicht": Schulen durften nur in Gemeinden mit mindestens 200 Menschen gebaut werden; das Bildungskorps hatte das Recht, Schüler, die sich gegen die Absetzung der Mullahs als Lehrer wehrten, von der Schule zu verweisen; die Kinder der armen Bauern, die zum Überleben der Familie arbeiten *mußten* und nur zeitweilig die Schule besuchen konnten, hatten Schulgeld zu zahlen, waren vom Unterricht also ausgeschlossen. Das Resultat dieser Sorte Alphabetisierung: 1971 gab es in den Städten 41,4%, auf dem Land 79,6% Analphabeten.

Philippinen legen Grundlage zu eigener Dieselproduktion

z.mat.Sydney. Der Aufbau einer eigenen Motorenproduktion der Asean-Länder macht Fortschritte. Die Aufteilung und gegenseitige Abstimmung der Produktion von Dieselmotoren war 1976 als eines von fünf gemeinsamen Wirtschaftsprojekten der Asean-Länder beschlossen worden. Danach soll Singapur Motoren von 500 und mehr PS bauen, während die Philippinen und Indonesien die Produktion kleinerer Motoren übernehmen. Ein Hauptproblem ist die Beschränktheit des Marktes der Region. Sollen die geplanten Werke rentabel arbeiten, müssen sie die Vorteile der großen Serie ausnutzen können. Die imperialistischen Konzerne wollen zwar Motorenwerke in den Asean-Ländern errichten, aber keine Exportproduktion zulassen. Nach einjährigem Planungsrückstand ist es jetzt den Philippinen gelungen, die Konkurrenz der Imperialisten für sich zu nutzen und alle angestrebten Bedingungen durchzusetzen. Außer der Zustimmung zur Exportproduktion sind dies: bei Motoren von 90 – 150 PS steigender Anteil von im Land hergestellten Teilen von 30, 40, 45 und 50% im ersten, zweiten, dritten und in den nächsten zwei Produktionsjahren, bei Motoren von weniger als 90 PS 40, 50, 55 und 60% in den ersten vier Jahren. Der Vertrag über Motoren der ersten Kategorie ist im November mit MAN abgeschlossen worden. Die Verhandlungen über die kleineren Motoren mit Perkins (Kanada/Großbritannien) hat die Regierung abgebrochen, nachdem Perkins nicht bereit war, die Exportklausel in den Vertrag aufzunehmen. Zur Zeit laufen Verhandlungen mit Isuzu und British Leyland.

,,Hau ab, Dieb! Die Erde ist wieder unsere!"

,,Zweiundzwanzig Monate nach heimlichen Versammlungen in Höhlen oder an einsamen Stellen versammelten sich ein Dutzend abhängiger Landarbeiter, um eine Bruderschaft gegen die Ungerechtigkeiten, die der Großgrundbesitzer gegen sie verübte, zu gründen.

,Man wird uns mit dem Kopf nach unten hängen', meine Jaramillo. ,Davon stirbt keiner', widersprach Espiritu Félix ... Es geschah das Unglaubliche: Espiritu Félix bat um ein Gespräch mit Don Migdonio. Als die Bediensteten des Hauses des Großgrundbesitzers das hörten, verschlossen sie zunächst die Tür; nach täglichem Erneuern der Bitte sagten sie es am 4. Tag dem Großgrundbesitzer. Don Migdonio erwartete Espiritu Félix in der Tür zum Gutshaus. ,So, ihr wollt also eine Gewerkschaft gründen?' ,Wenn Sie es erlauben, Herr!' ,So würden wir zufriedener arbeiten.' ,Ahja, und wieviel sind damit einverstanden?' ,Zwölf, Herr.' ,Das ist keine schlechte Idee, hol sie zusammen, ich will alle sprechen.' Die Hausbediensteten glaubten ihren Ohren nicht. Espiritu wurde nicht gefesselt vom Gutshof abgeführt, sondern mit guten Worten zur Rückkehr eingeladen. Das überstieg alle Erwartungen. Eine Woche später waren es 15 Landarbeiter, die vor Don Migdonio erschienen. ,Was wollt ihr, Söhne?' wollte Don Migdonio wissen. Espiritu fühlte, wie seine Knie zu zittern begannen. ,Herr, ich' – ,Schau Félix, damit Du nicht leidest, sag ich jetzt gleich, daß ich nicht gegen die Gewerkschaft bin'. Das sagte er mit der gleichen Stimme, mit der er hätte sagen können ,trinkt ruhig aus dem Fluß.' ,Ich will, daß das Gut sich entwickelt und ändert. Kommt, das müssen wir feiern!' Und er wandelte sich zum Gastgeber. ,Horch, bring die Karaffe mit dem Schnaps aus dem Eßzimmer', der Hausbedienstete kam mit der Karaffe zurück und füllte die Gläser ... ,Ich proste mit dem leeren Glas', sagte jovial Don Migdonio, ,letzte Nacht hab ich's übertrieben. Also Leute, prost!' – Um aus dem Stadium des Deliriums herauszukommen, in dem sie sich durch die Freundlichkeit des Gutsbesitzers befanden, nahmen sie jeder ein Glas. Don Migdonio ließ zum zweiten Mal die Gläser füllen, sie leerten auch das zweite Glas. ,Ich weiß nicht, was ich habe,' sagte Jarimillo und stand auf, ,mir fehlt Luft!' ,Etwas ist mir nicht bekommen', murmelte Madera, indem er sich den Bauch hielt. Er war der erste, der umfiel, drei weitere fielen um, mit einem krampfhaften Schmerz in den Gedärmen. Don Migdonio sah auf die mit einem ledernen Blick, Rico, der zu spät die Wahrheit erkannte, wollte zumindest über das Bild der Mutter von Don Migdonio erbrechen, schaffte es aber nicht. ,Hurensohn!' konnte Espiritu Félix nur noch ausrufen, bevor er auch mit verbrannten Gedärmen durch das Gift im Schnaps zusammenbrach." (aus dem Buch: ,,Trommelwirbel für Rancas" des peruanischen Schriftstellers Manuel Scorza)

,,Ich werde euch erzählen, wie wir den Gamonal Manuel Edcarena der Hacienda Pariabamba (Cocharcas) vertrieben haben. – Am 15.7. (1974) gingen wir wie gewohnt zum Haciendahaus und ließen uns nichts anmerken. Der Gamonal war grad im Bad und ging kurze Zeit später wieder hinaus, sein Gewehr auf dem Rücken. Seit einigen Jahren hat er so viel Angst vor seinen Knechten, daß er immer mit seinem Gewehr herumläuft. Wir erklärten ihm, daß wir einen Kanla reparieren wollten, und er freute sich sehr darüber. Als wir wie üblich einen Stall zum Übernachten angewiesen bekommen hatten, protestierten wir, wir wären keine Tiere. Wir schlossen einen dichten Kreis um den Gamonal und schrien immer lauter. Dann nahmen wir dem Gamonal das Gewehr weg und erkärten ihm, daß die Hacienda besetzt sei. Wir erklärtem ihm, daß das wegen der jahrelangen Ungerechtigkeiten, Ausbeutung und Schläge ist, die er uns gegeben hat, obwohl diese Erde vorher unseren Vorfahren gehörte und die ihnen von den ersten Gamonales weggenommen wurde. Vor dieser unserer Haltung wußte der Gamonal nicht mehr, was er machen sollte, er fing an zu zittern und zu schwitzen. Wir
nicht mehr, was er machen sollte, er fing an zu zittern und zu schwitzen. Wir
klagten alle die Ungerechtigkeiten an, die er an uns begangen hatte. Wir sagten ihm ins Gesicht, wie er von Campesinos, die von wildwachsenden Kakteen die Früchte genommen hatten und die von ihm erwischt worden waren, mindestens drei Tage unbezahlte Arbeit gefordert hatte; wir erinnerten ihn daran, daß er mit dem Gewehr, das wir ihm weggenommen hatten, seine Köchin so geschlagen hatte, daß der Kolben zerbrach. Der Gamoral fragte einen Pächter: ,Auch du bist gegen mich?' (Compadre ist eine Wahlverwandtschaft, die viele gegenseitige Verpflichtungen und Zusammenhalten beinhaltet.) Und dieser Compadre erklärte ihm: ,Du hast mich bloß aus Eigenutz zum Compadre gemacht, um mich besser ausbeuten zu können. Ab jetzt bin ich nicht mehr dein Compadre.' Und so verloren alle Campesinos ihre Angst vor dem Gamonal. Wir ließen ihm 15 Minuten Zeit, um von der Hacienda zu verschwinden. Aber er mimte den Kranken, erzählte, daß er Herzattacken hätte und seine Medizin nehmen müsse, dann wollte er, daß man ihm sein Frühstück bringen möge, das wollte er aber nicht essen. Dann wollte er Wasser haben und wir sagten spöttisch: ,Bringt Wasser, er hat Durst', und einer unserer Kameraden brachte Wasser in einem großen Eimer, woraus die Tiere tranken, doch daraus wollte er nicht trinken. Inzwischen hatten einige das älteste Pferd gesattelt und mit vereinten Kräften hoben wir den Gamonal auf dieses Roß. Aber er tat, als würde er sich erbrechen müssen, eine Jammergestalt, und wollte nicht reiten. Dann verloren wir die Geduld und stellten ihm ein Ultimatum: Wenn er nicht jetzt sofort verschwinden würde, dann würden wir ihn in Unterhosen auf's Pferd binden und losschicken. Da merkte er, daß alle seine Tricks nichts nützen, und er ließ dem Pferd die Wahl, wohin es gehen möchte. Wir riefen hinter ihm her: ,Hau ab, Gamonal! Hau ab, Dieb! Die Erde ist wieder unsere!' Die Campesinos riefen aus: ,Carccunchijchu manachu gamonata' – Haben wir den Gamonal rausgeworfen oder nicht? – Und alle antworteten: ,Carccunchijmi' – ja, wir haben ihn rausgeworfen.' (aus: Wir machen unsere Geschichte selbst – Bauernkämpfe in Cajamarca)

Die indianischen Bauern Perus kämpfen um Rückgewinnung ihres Gemeindelandes

z.hew. Seit Beginn der Eroberung Perus durch die Spanier kämpfen die indianischen Bauern um das Land, das ihnen geraubt worden ist. Zur Zeit des Inkareichs war der größte Teil des Bodens Gemeinbesitz und wurde gemeinsam bebaut. Die indianischen Dorfgemeinschaften, die Ayllus, mußten auch die Ländereien des Inka und der Priesterschaft bestellen. Die spanischen Kolonialisten waren hauptsächlich an der Förderung von Gold und Silber interessiert. Durch eine Pervertierung des ,,mita"-Systems wurde ein Großteil der Andenindianer in die Minen gepreßt, wo viele umkamen. Das Land entvölkerte sich und das einfache Zuteilen von Land an die Kolonialisten (,,encomiendas") reichte nicht mehr hin, um die Zahlung der Tribute von Seiten der Indianer und die Lebensmittelversorgung für die Spanier zu gewährleisten. Ende des 16. Jahrhunderts wurde deshalb unter dem Vizekönig Toledo das System der ,,reducciones" eingeführt. Die übriggebliebenen einzelnen Bauern und dezimierten Ayllus wurden zusammengefaßt zu Dorfgemeinschaften. Ihnen wurde Land zugeteilt, das gemeinsam bearbeitet werden mußte und nicht verkauft werden durfte. Ende des 16. Jahrhunderts gab es 614 dieser Dorfgemeinschaften. Die Bauern der Dorfgemeinschaften mußten Frondienst auf den spanischen Gütern leisten, die sich später in Haciendas umwandelten – hauptsächlich durch Kleinstpächter ohne eignen Bodenbesitz in feudaler Abhängigkeit bearbeitet. *

Die Haciendas dehnten sich immer mehr auf Kosten des Gemeindelandes der Dorfgemeinschaften aus, die an der Küste vollständig vernichtet wurden; in den fruchtbaren Andentälern wurden sie auf die öden Bergabhänge oder in abgelegene Gebiete getrieben.

Auch nach der Unabhängigkeit Perus trat keine Verbesserung der Lage der Bauern ein: ,,Die Bauernbevölkerung, die in Peru indianisch ist, nahm nicht aktiv an der Revolution teil. Das revolutionäre Programm spiegelte nicht ihre Interessen wider" (Mariátegui). Vielmehr verordnete Bolivar 1824 die Auflösung der indianischen Dorfgemeinschaften, da diese nicht den Prinzipien des frei verfügbaren Privateigentums entsprächen. Doch in heftigen Kämpfen konnten die Bauern den größten Teil ihres Gemeindelandes behaupten. Gleichzeitig kam es aber zu Differenzierungs- und Auflösungserscheinungen in den Dorfgemeinden. Augenblicklich kann man mindestens vier Typen unterscheiden: (1) Der Boden gehört den Gemeindebauern und wird jährlich umverteilt und gemeinsam bearbeitet. (2) Die Parzellen werden vererbt, können aber nicht verkauft werden. Der Boden minderer Qualität ist Gemeindeland. (3) Nur Weiden und Gewässer sind Gemeindeeigentum. (Das ist die häufigste Form der Dorfgemeinschaften.) (4) Die Gemeindebauern besitzen kein Land mehr, da ihnen alles geraubt wurde. Sie haben aber Land gepachtet und bebauen oder nutzen zumindest ein Teil gemeinsam und verwalten ihre Angelegenheiten in derselben demokratischen Weise (Versammlungen) wie die anderen Dorfgemeinden.

Da die Dorfgemeinden die Zellen der indianischen Nationalität darstellen, haben sie sich im Kampf gegen das Kolonialsystem und die neokoloniale Ausbeutung erhalten – sogar, wenn sie kein eigenes Land besitzen. Es werden auch neue Dorfgemeinschaften gebildet. In den Anden Perus existieren ca. 4000 dieser Gemeinden mit mindestens 3 Mio. Mitgliedern, das sind mehr als 80% der ländlichen Bevölkerung in den Anden. Die 2497 anerkannten Dorfgemeinden besitzen 6% der landwirtschaftlichen Fläche, wovon ⅔ Gemeindeland ist. (In den Andenländern Ekuador, Peru und Bolivien existieren fast 10000 Dorfgemeinden mit 60% der ländlichen Bevölkerung dieser Länder.)

Mit ihrem Land haben die Gemeindebauern auch ihre Sprachen Ketschua und Aymara (in Puno) gegen die Spanier und die peruanische Republik verteidigt. Nach der Niederschlagung des Aufstandes unter Tupac Amaru II. wurde der Gebrauch dieser Sprachen verboten. Heute sprechen noch 50% der Andenbevölkerung eine dieser Sprachen, und 20–25% sprechen kein Spanisch. Die sich im Kampf gegen den Kolonialismus und gegen die neokolonialen Strukturen herausbildende indianische Nation der Ketschua und Aymara fordert vom Staat die Anerkennung ihrer Sprachen als gleichberechtigte Staatssprachen neben dem Spanischen.

Eine Kette von großen Bauernaufständen durchzieht die Geschichte Perus seit dem Einfall der Spanier. War vor 1960 die Parole oft die Wiedererrichtung des Inkareichs, so tauchen seitdem zunehmend revolutionär-demokratische Forderungen auf: ,,Für Land und nationale Befreiung!" Die Landbesetzungen nehmen zu, allein in Cuzco sind es 300 im Jahre 1965. In den Tälern von La Convención und Lares zerschlagen die in Bauerngewerkschaften organisierten Kleinpächter den dortigen Großgrundbesitz.

Die Agrarreform der Militärregierung von Velasco 1968 soll den revolutionären Druck der Bauernmassen auffangen. Die Haciendas werden gegen Entschädigung enteignet, 10% ihrer Fläche wird an ca. 240 Dorfgemeinschaften verteilt, der Rest wird vor allem in staatlich kontrollierte Genossenschaften (SAIS und CAP) umgewandelt. Genossenschaftsmitglieder sind die Landarbeiter, die ehemaligen Pächter und einige z.T. auf dem Gebiet der Genossenschaften liegende Dorfgemeinschaften. Die Bauernmassen merkten schnell, daß durch die nationalbürgerliche Agrarreform Velascos so gut wie keine Verbesserung der Lage eingetreten ist. Deswegen kam es vor allem in Piura, Cuzco und Andahuaylas in den letzten Jahren zur Besetzung von Genossenschaftsland. Das jüngste Beispiel ist der Kampf der Dorfgemein-





Bewaffnete Bauerngarden von Ondores. Gemeinsame Feldbestellung im Andenhochland mit der Taclla, dem Grabstock aus der Inkazeit

Dokumente zum Kampf der indianischen Bauern Perus

Partido Communista Revolucionario (PCR) zur nationalen Frage (aus: II. Nationale Konferenz, Lima 1979)

,,Die Indio-Frage ist ein soziales und wirtschaftliches Problem, was keinesfalls heißt, daß es nicht existiert. Im Gegenteil meinen wir, daß es von großer aktueller Bedeutung ist, und daß die marxistisch-leninistische Linke, seitdem Mariátegui seine zentralen Thesen dazu formulierte, durchgehend dieses Problem vergessen hat. Wir glauben, daß dieses Vergessen nicht zufällig ist, sondern daß es einer bestimmten politischen Linie entspricht, einem bestimmten Klassenbegriff." (S. 216)

,,Die Indio-Frage, vor allem die Frage der Ketschua und Aymara, ist immer noch, wie Mariátegui sagte, vor allem das Problem des Bodens und der drückenden halbfeudalen Verhältnisse. Aus diesem wichtigen Grunde ist es ein soziales und wirtschaftliches Problem und keine Rassenfrage. Die Ketschua- und Aymara-Völker sind hauptsächlich eine Landbevölkerung und sind fest gebunden an den Boden; die Gesamtheit ihrer Traditionen, Mythen und ihre Kultur rührt daher. In unserem Land leben mehr als 4,5 Mio., die Ketschua und Aymara sprechen. In ihrer großen Mehrheit sind sie Bauern, sie bilden ein enormes Kontingent in einem entscheidenden Sektor der Produktion und innerhalb der revolutionär-demokratischen Kräfte, die der wichtigste Faktor der national-demokratischen Revolution sind." (S. 217)

,,Wir glauben, daß das zentrale Problem der Revolution in unserem Land – wie wir es ständig sagen – das Problem des Arbeiter-Bauern-Bündnisses ist. Aber eine der entscheidenden Besonderheiten dieses Bündnisses ist, daß es zwischen zwei Klassen gebildet werden muß, die im großen und ganzen nicht derselben Nationalität angehören. Wir sind weit davon entfernt, eine Unabhängige Republik der Ketschua o.ä. zu fordern; vielmehr fordern wir für die Nationalitäten und die nationalen Minderheiten Formen der Selbstregierung auf eigenem Gebiet und als Bestandteil eines Demokratischen Staates des Volkes. Wir sind der Meinung, daß das Klassenproblem an erster Stelle steht; die unabhängige staatliche Organisierung des Volkes der Ketschua ist ahistorisch und nur eine Vulgarisierung der demokratischen Revolution alten Typus; die politische Forderung nach Selbstregierung der Nationalitäten und nationalen Minderheiten als Teil des Demokratischen Staates des Volkes zurückzuweisen, bedeutet jedoch, sich dem Arbeiter-Bauern-Bündnis und der Volksrevolution entgegenzustellen. (...) Die, welche die Aufgabe haben, das revolutionäre, demokratische und antifeudale Bewußtsein der Bauernmassen, der Ketschua und Aymara, zu wecken, müssen vor allem Propagandisten und Organisatoren derselben Nationalität sein, bewaffnet mit der marxistisch-leninistischen Theorie und der historischen Perspektive des Kampfes, die die fortgeschrittenen Abteilungen der Arbeiterklasse und vor allem unsere Partei, die PCR, liefern." (S. 218 f.)

,,Die indianischen Dorfgemeinschaften sind der zentrale Kern, um den Kampf zu organisieren. Das ist ein entscheidender Punkt, den sich die Marxisten-Leninisten für ihre revolutionäre Arbeit auf dem Lande einprägen müssen. Seit Jahrhunderten sind die indianischen Dorfgemeinschaften die Kernzellen für die Bauernbewegung und die Ketschua-Nationalität gewesen, gegen die Unterdrückung durch die spanischen Kolonialisten, gegen den Landraub der halbfeudalen Großgrundbesitzer und ihr wildes Streben, die nationale Identität des Ketschua-Volkes auszulöschen. Die Anerkennung der entscheidenden Rolle, die die Dorfgemeinschaften in den aufgeführten Punkten hatten, läßt uns erkennen, daß sie eine strategisch zentrale Rolle im Kampf um Land, nationale Befreiung und Volksdemokratie spielen ... Die Dorfgemeinschaft bleibt auch weiterhin die wirksamste Waffe im täglichen Kampf für eine Reihe von Forderungen: nach Schulen, Weideland, besseren Preisen für die Produkte, Straßen usw. Aufgrund ihrer Geschichte und des aktuellen Kampfes sind die Dorfgemeinschaften also die umfassendsten und kämpferischsten Befestigungen und Massenorganisationen der Bauern." (S. 220 f.)

Treffen der Nationalitäten der Ketschua und Aymara und der nationalen Minderheiten, 2.–4.11. 1979 in Cuzco – Aus dem Aufruf

,,Für Land, Sprache, Kultur und regionale Autonomie"

,,Die beiden großen Nationalitäten Perus sind die Ketschua und Aymara. Sie reichen weit zurück in die Vergangenheit, lange vor der Ankunft der spanischen Kolonialisten. Unsere Nationalitäten repräsentieren eine große Tradition des Kampfes, der harten Arbeit und der Demokratie. Auch wir, die wir zu den nationalen Minderheiten gehören (Aguarunas, Machiguengas, Shibipos und viele andere Gruppen), haben unseren Wohnsitz seit Tausenden von Jahren hier ... Mehr als 95% von uns Mitgliedern der Nationalitäten und nationalen Minderheiten sind aus dem Volk. Die große Mehrheit von uns sind Bauern, Arbeiter, Werktätige und Studenten. Deswegen ist unser Kampf der Kampf des Volkes. Unsere Forderungen sind die Forderungen aller Ausgebeuteten."

,,Wir können uns nicht eine einzige Sekunde vorstellen, daß wir uns befreien können, unsere Sprache und Kultur und unsere demokratischen Strukturen entwickeln können, wenn wir nicht vollständig das Land besitzen, das uns gehört."

,,Die grundsätzliche Aufgabe unseres Volkes ist die Eroberung der voll-

schaften gegen die CAP Antapampa (Cuzco) und die SAIS Tupac Amaru (Junin).

Die Genossenschaft Antapampa hatte zur Zeit ihrer Gründung 40000 ha. Wie die meisten staatlichen Genossenschaften bearbeitet auch diese nur einen Teil des Bodens, hier 50%. 17000 Personen in Anta suchen Arbeit, 351 Bauern wurden von der CAP eingestellt. Sie hat sich 26 Dorfgemeinschaften „assoziiert". Mitglieder des örtlichen Bauernbundes Anta-Urubamba (Mitglied der CCP) berichten:

„Die CAP ist dasselbe wie die Hacienda. Um Rinder auf dem Land der CAP weiden zu dürfen, berechnet sie 100 Soles (0,80 DM) pro Kopf. Denn die Bauern der Dorfgemeinden haben kein Weideland, weil sie zu wenig Boden besitzen. Und wenn eine Dorfgemeinschaft einen Traktor der CAP benutzen will, verlängt sie bis zu 1000 Soles die Stunde. In den Dorfgemeinschaften ohne Weideland herrscht zum Teil extreme Armut. So z.B. in Curamba, wo sich 120 Familien weniger als 100 ha teilen. Das bedeutet, jede Familie, die im allgemeinen mehr als 5 Mitglieder hat, besitzt weniger als 1 ha ..." Seit Dezember 1976 besetzten verschiedene Dorfgemeinschaften Zug um Zug das Land der CAP, zuletzt im Oktober 5000 ha. Der CAP bleiben heute 60 ha.

Anfang September besetzte die Dorfgemeinschaft von San Juan de Ondores im peruanischen Departement Junin 14000 ha der 17500 ha der SAIS Tupac Amaru. Nach einem Marsch von 220 km, begleitet von ihren Viehherden und all ihren Arbeitsinstrumenten, nahmen sie in einer Zangenbewegung ihr Land wieder in Besitz, das ihnen die Spanier 1707 geraubt hatten. Danach war das Land fast 200 Jahre im Besitz der Großgrundbesitzerfamilie Rizo Patrón. 1902 ging es an die US-Minengesellschaft Cerro de Pasco Copper Corporation über. Diese leitete giftige Abwässer auf das Land der anliegenden Dorfgemeinden und zwang so die Bauern, das Land zu verkaufen und in den Minen zu arbeiten. Bis 1960 hatte sich die Abteilung Viehzucht der Cerro de Pasco ein Riesenreich von 247000 ha Weideland, 15000 Schafen und 2000 Rindern zusammengeraubt. (Mit der Abteilung Minen besaß die Cerro de Pasco etwa 600000 ha.)

Die Dorfgemeinden begannen 1959 mit der Wiedereroberung des ihnen geraubten Landes. 1970 wurde dieser imperialistische Großgrundbesitz von der peruanischen Regierung gegen eine großzügige Entschädigung enteignet und in die staatliche Genossenschaft SAIS Tupac Amaru umgewandelt. Sie hat für ihre 243000 ha 189 festangestellte Arbeiter und beschäftigt (meist saisonweise) 2827 oft nur mit Naturalien bezahlte Bauern aus den 16 assoziierten Dorfgemeinschaften innerhalb oder am Rande der SAIS.

Die Dorfgemeinschaft von Ondores hat die 14000 ha in fünf Gebiete aufgeteilt und beginnt, den Boden zu bearbeiten. Es wurden Verbindungen zu den naheliegenden Minenzentren aufgenommen, um die Unterstützung des Minenproletariats zu gewinnen. Wie viele andere Dorfgemeinschaften, so hat auch Ondores eine Bauerngarde aufgestellt, um sich vor den geplanten Polizeiüberfällen zu schützen.

General Velasco hatte die Agrarreform 1968 mit den Worten Tupac Amarus eingeleitet: „Bauern! Der Großgrundbesitzer wird sich nicht mehr von eurem Elend ernähren!" Er versprach ihnen Land und die Entwicklung der Produktivkräfte. Doch wurde den Bauern und den Dorfgemeinschaften nur 11,6% des enteigneten Bodens zur Verfügung gestellt, 88,4% ging an die staatlichen Kooperativen SAIS und CAP. Diese 11,6% entsprachen noch nicht einmal dem ländlichen Bevölkerungszuwachs. Die Dorfgemeinschaften erhalten vom Staat keine Kredite, keine Düngemittel oder technische Hilfe. Der Staat investiert aber auch kaum in den Genossenschaften in den Anden. 81,5% der staatlichen Kredite für die Landwirtschaft wird für riesige und kostspielige Bewässerungsprojekte für die CAPs an der Küste verwendet, die fast ausschließlich für den Export produzieren (Baumwolle, Zucker). 20% des schon kultivierten Bodens (also kein Weideland) der Genossenschaften werden nicht bebaut, riesige Flächen Weidelands liegen brach. Die ungleiche Entwicklung von Küste und Anden, die seit der Kolonialzeit besteht (Küste: Exportproduktion; Anden: extensive Weidewirtschaft auf Großgrundbesitz bzw. Produktion für wenig mehr als den Eigenverbrauch in den Dorfgemeinschaften) wird durch die Agrarreform verstärkt. An der Küste sind 75,8% (1972), in den Anden 18,1% der vorhandenen Traktoren eingesetzt. Das Verhältnis hat sich mit der Agrarreform nicht verändert. Die Folge davon ist, daß die landwirtschaftliche Produktion von Nahrungsmitteln im Durchschnitt sinkt. Betrug der Index der Kartoffelproduktion 1970 = 136 (1962 = 100), so sank er auf 1977 = 112; die Anbaufläche verringerte sich von 23,3% (1969) auf 19,5% (1976). Ähnliches ist bei Weizen, Hafer usw. festzustellen. Von 1940 bis 1977 stieg der Weizenimport um 519%.

Die nationalbürgerliche Agrarreform hat nicht die Landfrage gelöst, sondern die Widersprüche auf allen Ebenen verschärft. Z.B. in den staatlichen Genossenschaften selbst, wo staatlicher Großgrundbesitz, privater Großgrundbesitz und Parzellenbewirtschaftung existieren. In der SAIS Chavin, Ancash, werden von 148000 ha 122000 ha von den ehemaligen abhängigen Kleinpächtern, nun Genossenschaftsmitgliedern, parzellenweise bebaut. Ähnlich sieht es woanders aus. Die Agrarreform hat den Widerspruch zwischen Genossenschaftsmitgliedern der SAIS und CAPs einerseits und den Dorfgemeinschaften innerhalb und außerhalb der Genossenschaften andererseits geschaffen. Die Bauernvereinigung CCP hat diese komplizierte Lage berücksichtigt, als sie 1978 festlegte, daß vor allem die Ländereien von SAIS und CAPs besetzt werden sollen, wo nur Saisonarbeiter beschäftigt werden, oder die Teile, die gar nicht bestellt werden. Auf alle Fälle soll das den indianischen Dorfgemeinschaften geraubte Land zurückgeholt werden. Den auf diesem Land arbeitenden Mitgliedern der SAIS und CAPs soll die vollberechtigte Mitgliedschaft in der Dorfgemeinschaft angeboten werden.

* *Vgl. zur geschichtlichen Entwicklung Kommunismus und Klassenkampf 1/1980.*

ständigen Demokratie, der Aufbau eines Staates, der sich auf die Arbeiter und Bauern stützt. (...) Aufgabe ist auch der Kampf für eine unabhängige Nation, in dem keine imperialistische Hand (im Augenblick vor allem die der Yankees) auch nur das geringste Recht mehr hat, unser Schicksal zu lenken."

Kampfplattform der Confederación Campesina del Peru (CCP), verabschiedet auf dem V. Kongreß 1978

„Kämpfen wir für eine revolutionäre Regierung des Volkes auf dem Weg zum Sozialismus, was bedeutet: Schluß mit der Diktatur und dem halbkolonialen bürgerlichen Staat. Für eine Revolutionäre Regierung des Volkes und eine Versammlung mit Abgeordneten des Volkes, die sich auf das Bündnis von Arbeitern und Bauern und das bewaffnete Volk stützt. – Schaffung von Organismen der Selbstverteidigung der Bauernorganisationen ... Kämpfen wir für Land! Das bedeutet: Inbesitznahme des Bodens der staatlichen Latifundien mit vorkapitalistischen und halbfeudalen Überresten. Aufteilung des Landes an die Bauern der Dorfgemeinschaften, wobei das Gemeindeland durch demokratischen Beschluß der Dorfgemeinschaft festgelegt werden soll. Beseitigung jeder Form unbezahlter Arbeit (...) Rückgabe der den Dorfgemeinschaften geraubten Ländereien gemäß den alten Rechtsansprüchen, wobei der Ausgleich im gegenseitigen Interesse von Dorfgemeinschaften, den kleinen Landbesitzern und den Lohnarbeitern gesucht werden soll."

Indianischer Apell an alle Teilnehmer des 42. Amerikanistenkongresses in Paris 1977

„Wir, die wir den unterdrückten Nationen und ethnischen Gruppen: Ayamaras, Ketschuas, Guajiros, Ykuana, Aguaruna, Ticuna, Mazahua, Ojibwa, Nahua, angehören, die an diesem Kongreß teilnehmen, richten das folgende Manifest an alle Teilnehmer:

Vor diesem Kongreß, der uns direkt betrifft, fordern wir das Recht unserer Völker auf Selbstbestimmung und Wiederherstellung der angestammten Rechte. Wir meinen, daß dieser Prozeß nicht nur ökonomische Reformen und kulturelle Forderungen beinhaltet, sondern unausweichlich den politischen Aspekt beinhaltet, d.h. das Recht der Indianer beider Amerika, die politische Macht in ihren eigenen Staaten zu stellen und sie zu verwalten."

Gegen Mitasystem und Landraub – Die Indianeraufstände gegen die spanische Kolonialmacht

z.bew. 1532 begann unter dem spanischen Konquistador Pizzaro die Eroberung des mächtigen Inkareiches. Nach dem großen Aufstand unter Inka Manko (1536–1538) war mit der Einnahme von Vilcabamba (1572), dem letzten Rückzugsgebiet der Indianer, und der Gefangennahme und Tötung Tupac Amarus das alte Inkareich niedergeworfen. In Zwangsdörfern, den reducciones, zusammengezogen oder in encomiendas den spanischen Kolonisten als Abhängige unterworfen, mußten die indianischen Bauern unter halbfeudalen Abhängigkeitsverhältnissen auf dem Land arbeiten. Der „mita de minas", der Zwangsarbeit in den Bergwerken, waren ursprünglich ein Siebtel, ab Anfang des 17. Jahrhunderts ein Fünftel der gesamten indianischen Bevölkerung unterworfen. 70% der Weltsilberproduktion wurden im ersten Halbjahrhundert aus den Minen des alten Inkareiches gefördert. Acht Millionen tote Indianer innerhalb eines Jahrhunderts war der Tribut, den allein die Silberminen Potosis forderten.

Landraub, Zwangsarbeit, Steuerabpressung, Unterdrückung der Sprache und Kultur, gewaltsame Christianisierung ließen während der ganzen Zeit der spanischen Kolonisation die Indianeraufstände nicht abbrechen. In den 80er Jahren des 18. Jahrhunderts weiteten sich diese lokalen und provinziellen Aufstände zu einer einheitlichen Kampfbewegung gegen das spanische Kolonialjoch aus. Anlaß war die Erhöhung der Handelssteuer, worunter von da an auch die Besteuerung von Lebensmitteltransporten fiel, sowie eine 300%ige Steigerung der zwangsverteilten Waren zwischen 1754 und 1780, die später in Form von Geldzahlungen wieder eingetrieben wurden. Condorcanqui, genannt Tupac Amaru II., ein Nachfolger des letzten Inkakönigs, führte in der Provinz Cuzco die Indianer zu einem Aufstand, der sich bald über das ganze Vizekönigreich Peru erstreckte. Der Aufstand begann wie viele lokale Revolten mit der Gefangennahme und Tötung des corregidors, des Steuereintreibers. Danach eroberten die Indianer die Stadt Sanagavará und töteten 570 Spanier. Der Erfolg dieses Kampfes brachte immer mehr Indianer in die Armee Tupac Amarus, die nach einem Monat über 60000 z.T. mit erbeuteten spanischen Musketen ausgerüstete Indianer umfaßte. Provinzstädte wurden erobert und die Belagerung Cuzcos geplant. Unter den Forderungen: „Abschaffung der Encomienda und der Zwangsarbeit, Selbstverwaltungsrechte, Vertreibung der weißen Eindringlinge!" breitete der Aufstand sich auf das ganze Vizekönigreich aus. Nur über die systematische Zerstörung der Provinzen und die Tötung der Frauen und Kinder der Krieger gelingt es den Spaniern, den Aufstand nach drei Jahren niederzuwerfen. 80000 Indianer werden aus Rache niedergemetzelt, die Ketschuasprache und alle Stücke, Bücher und Bilder, die an die Inkazeit erinnern, verboten.



Aus der Chronik des Poma de Ayala (1615): Zwangsarbeit für einen Priester; Das neue Recht wird eingeführt; Die sechs die Indianer beraubenden Tiere; Corregidor-Schlange, Encomendero-Löwe, Cacique-Maus, Escribano-Katze, Missionspriester-Fuchs, Kleinhändler in Tambo-Tiger

Gemeinsamer Kampf der Arbeiter und indianischen Bauern – die Gründung der K.P. Peru

z.bew. Nach den großen Kämpfen der indianischen Bauern, vor allem der Dorfgemeinschaften, 1885 unter Pedro Atusparia und 1914 im Aufstand unter Führung von Teodomiro Guitiérrez (Rumimaqui), sowie den Kämpfen der indianischen Plantagenarbeiter um Küste um gewerkschaftliche Rechte fand 1921 der erste Kongreß der Indianer Perus statt. In der Verfassung von 1918 war erstmals, als Ergebnis dieser Kämpfe, das Recht auf Bildung und Existenz von Dorfgemeinschaften mit Schutz des Gemeindeeigentums verankert. Die sich Ende des 19. Jahrhunderts herausbildende Arbeiterklasse fand eine starke und in ihren Kämpfen um das geraubte Land vereinte Klasse indianischer Bauern vor, der sie zum Teil selbst entstammte. Weitgehend von imperialistischem Kapital ausgebeutet, führte das peruanische Proletariat hartnäckige Kämpfe. Aber jeder Fortschritt, sollte er nicht durch die Konkurrenz billiger Arbeitskräfte durch landlose Bauern rückgängig gemacht werden, war unabdingbar gebunden an die Lösung der Landfrage für die Mehrheit der Bevölkerung, die indianischen Bauernmassen. 1928 wurde unter der Führung von José Carlos Mariatégui die Sozialistische Partei Perus gegründet, die sich 1930 in Kommunistische Partei Perus umbenannte und der Kommunistischen Internationalen beitrat. Genosse Mariatégui hatte in seinen „Sieben Essays zur Deutung der peruanischen Wirklichkeit" die Grundlagen für das Programm der KP gelegt. Dabei hat er als die entscheidende Kampfaufgabe für das peruanische Proletariat die Herstellung des Bündnisses zwischen der Arbeiterklasse und den indianischen Bauernmassen und die Lösung der Landfrage formuliert: „Die Indiofrage entspringt aus unserer Wirtschaftsstruktur. Sie hat ihre Wurzeln in den Formen des Landeigentums ... Der Charakter des Bodeneigentums in Peru erweist sich als eines der größten Hindernisse sogar für die Entwicklung eines nationalen Kapitalismus ... Die Lösung der Indiofrage kann nur eine soziale Lösung sein. Ihre Verwirklicher müssen die Indios selbst sein." Die indianischen Dorfgemeinschaften waren für Mariatégui das entscheidende Instrument im Kampf um Land und nationale Befreiung: „Das Eigentum der Dorfgemeinde stellt in Peru keine primitive Wirtschaftsweise dar, die nach und nach von einer fortschrittlicheren Wirtschaftsweise, basierend auf dem Privateigentum, verdrängt worden wäre. Nein, den Dorfgemeinschaften wurde das Land zugunsten des feudalen oder halbfeudalen Großgrundbesitzes entrissen, der von seinem Wesen her unfähig ist, einen technischen Fortschritt einzuleiten." Nach dem Tod Mariatéguis (1930) gerieten diese richtigen Festlegungen bald in Vergessenheit. Erst in den 60er Jahren kommt es auf breiter Basis wieder zu dem Bündnis zwischen Arbeiterklasse und Bauern. Vor allem die Partido Comunista Revolucionário (PCR) greift die Forderungen Mariatéguis wieder auf.



Cusco 1918: Demonstration der Arbeiter für den Achtstundentag

Der Kampf des peruanischen Bauernverbandes (CCP) um die Rückgabe des geraubten Landes

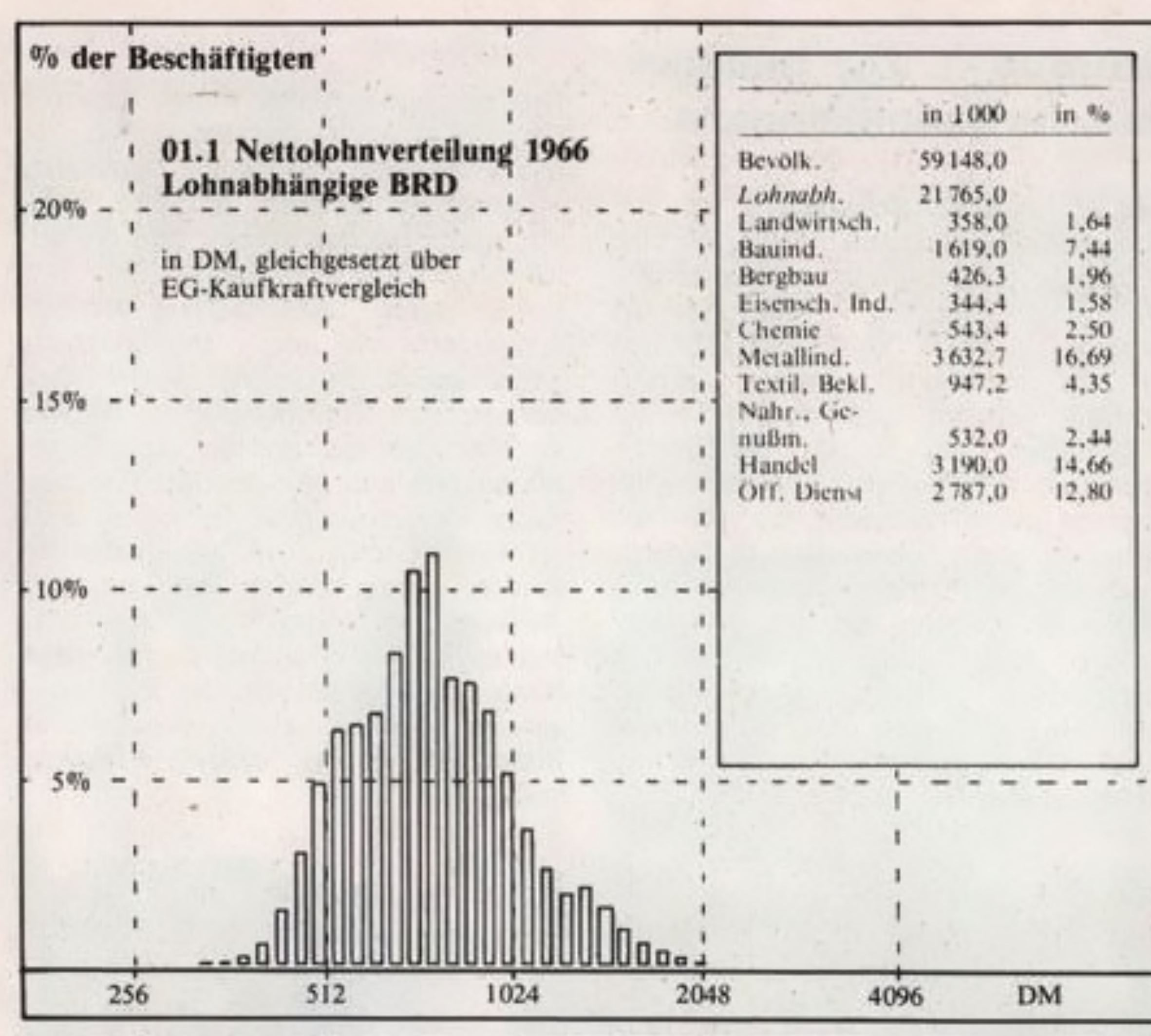
z.bew. „Für Land und nationale Befreiung", unter dieser Losung fand 1974 der IV. Kongreß des peruanischen Bauernverbandes CCP (Confederación Campesina del Peru) statt. Auf diesem Kongreß wurde die gesamte städtische Führung des Bauernverbandes abgewählt und der 1947 gebildete Verband neugegründet. Der Kongreß stellt die Losungen auf: Es leben die Landbesetzungen – Für die Wiedereroberung unserer Ländereien! Für die Verteidigung der „communidades campesinas" – Verteidigen wir die Autonomie und Produktion der Hochland-Gemeinden! Gegen die Zahlung der Agrarschuld!

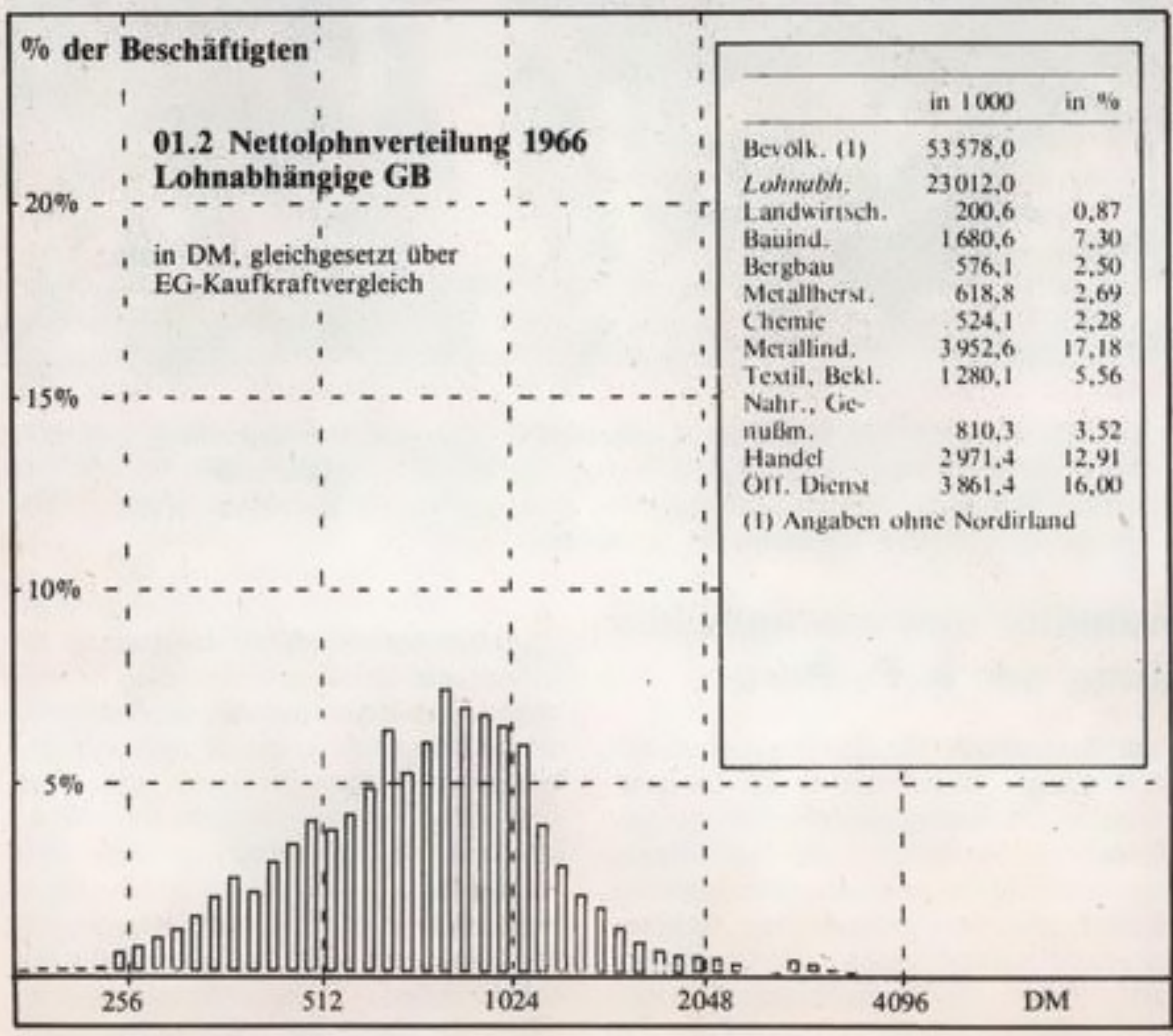
Die Kämpfe der Landarbeiter auf den Haciendas und Plantagen für höhere Löhne und gewerkschaftliche Rechte, der indianischen Dorfgemeinschaften für die Rückgabe des geraubten Landes und der Parzellenbauern und Pächter für eine Erhöhung der Erzeugerpreise und Senkung der Pachtzinsen fanden ihre Zuspitzung in den massenhaften Landbesetzungen, die zu Beginn der 60er Jahre in den Anden stattfanden. „Land oder Tod" war der Kampfruf, der die verschiedenen Teile der Bauernbewegung Perus zusammenschloß. Etwa 300000 Bauern nahmen an diesen Kämpfen teil.

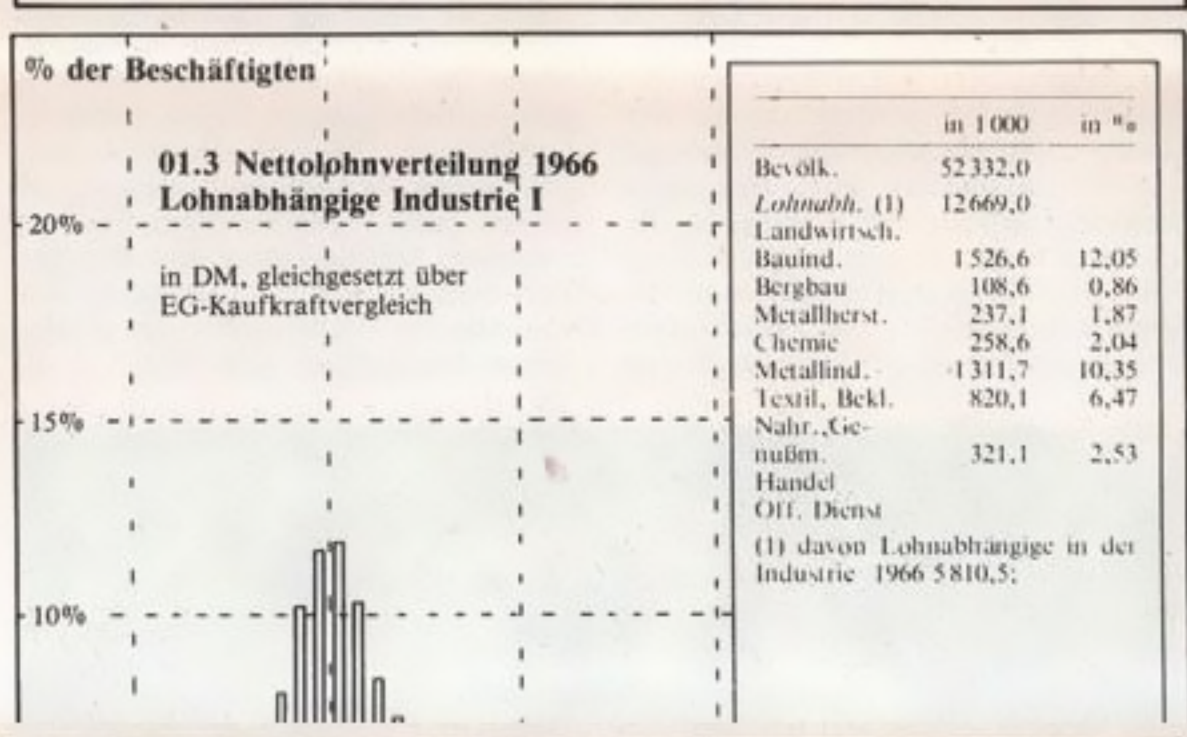
Nachdem es den verschiedenen Regierungen nicht gelungen war, mit Landreformen der Bauernbewegung die Spitze zu brechen, gingen sie dazu über, mit brutaler Gewalt die Landbesetzungen rückgängig zu machen, die Bauernorganisationen zu zerschlagen und ihre Führer zu verhaften und zu ermorden. Ein neuer Aufschwung der Landbesetzungen und die Neugründung des Bauernverbandes sind die Antworten der Bauern. 1978 zählte die CCP 250000 Mitglieder, davon 34% Landarbeiter und 35% Mitglieder aus Dorfgemeinschaften. Ein zweiter außerordentlicher Kongreß der CCP, auf dem 300 Bauernorganisationen anwesend waren, die ca. 1 Mio. Bauern vertraten, erweiterte die Losung und hob den Kampf auf eine neue Stufe: „Für Land, nationale Befreiung und Volksdemokratie!"

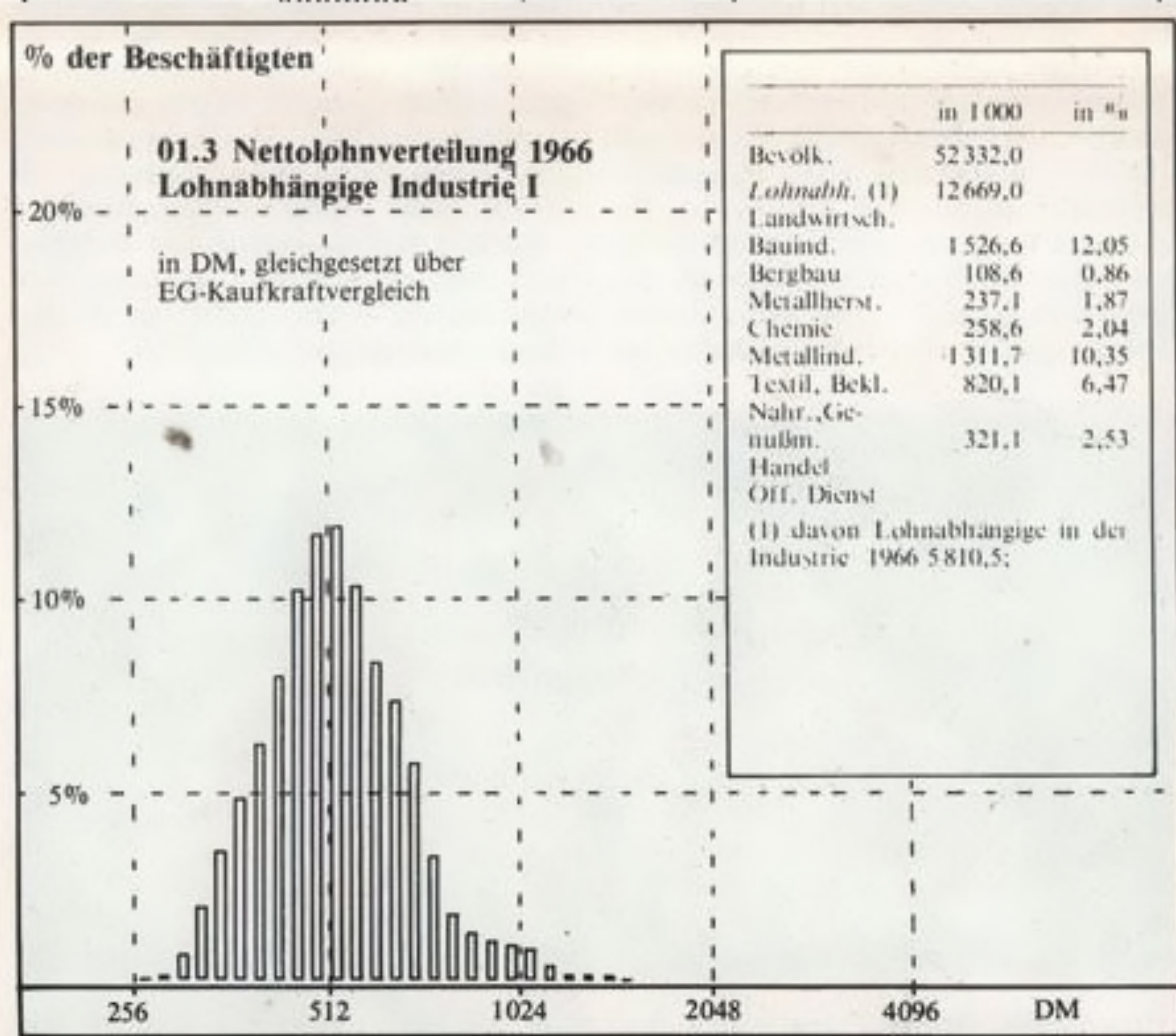


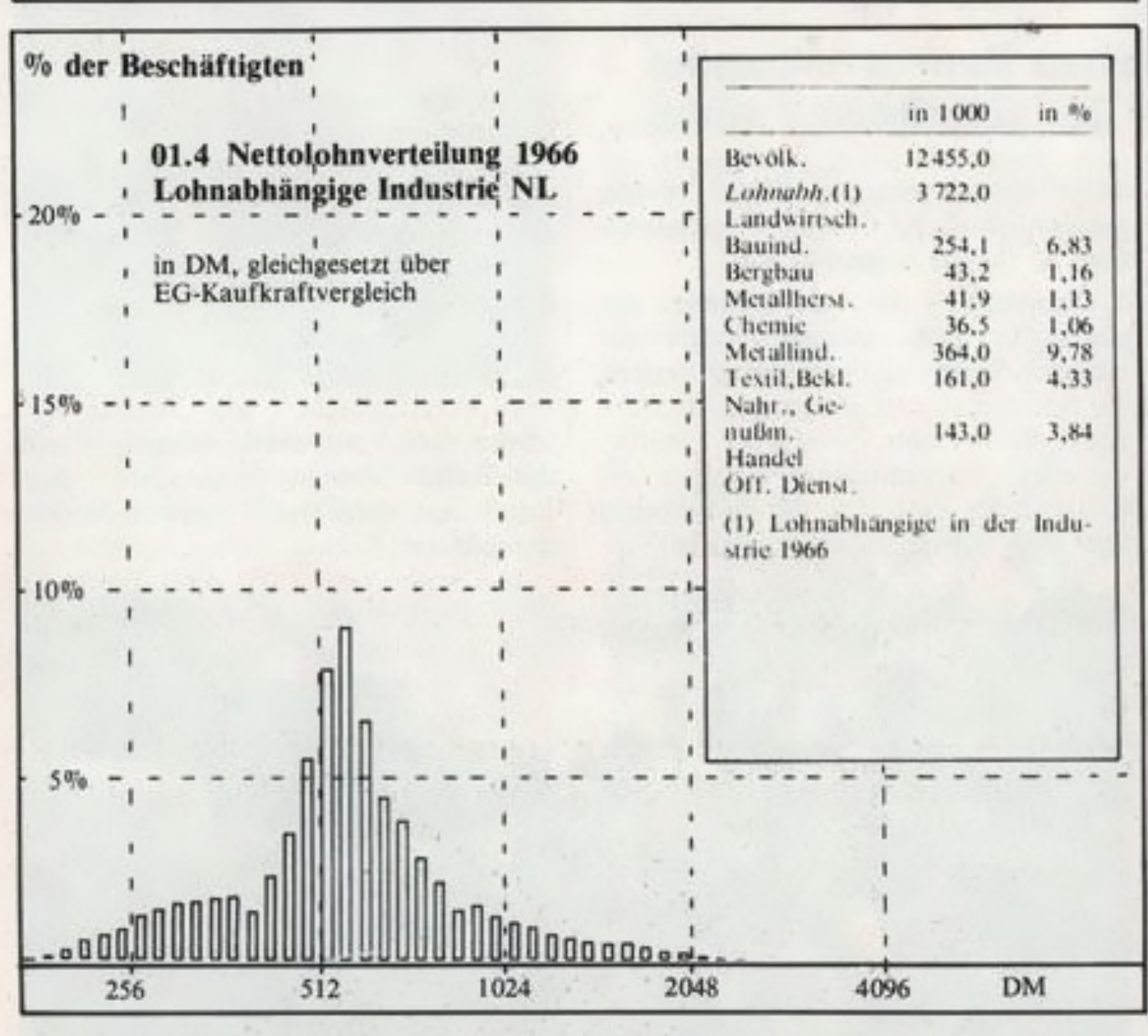
V. Kongreß der Confederation Campesina del Peru, August 1978







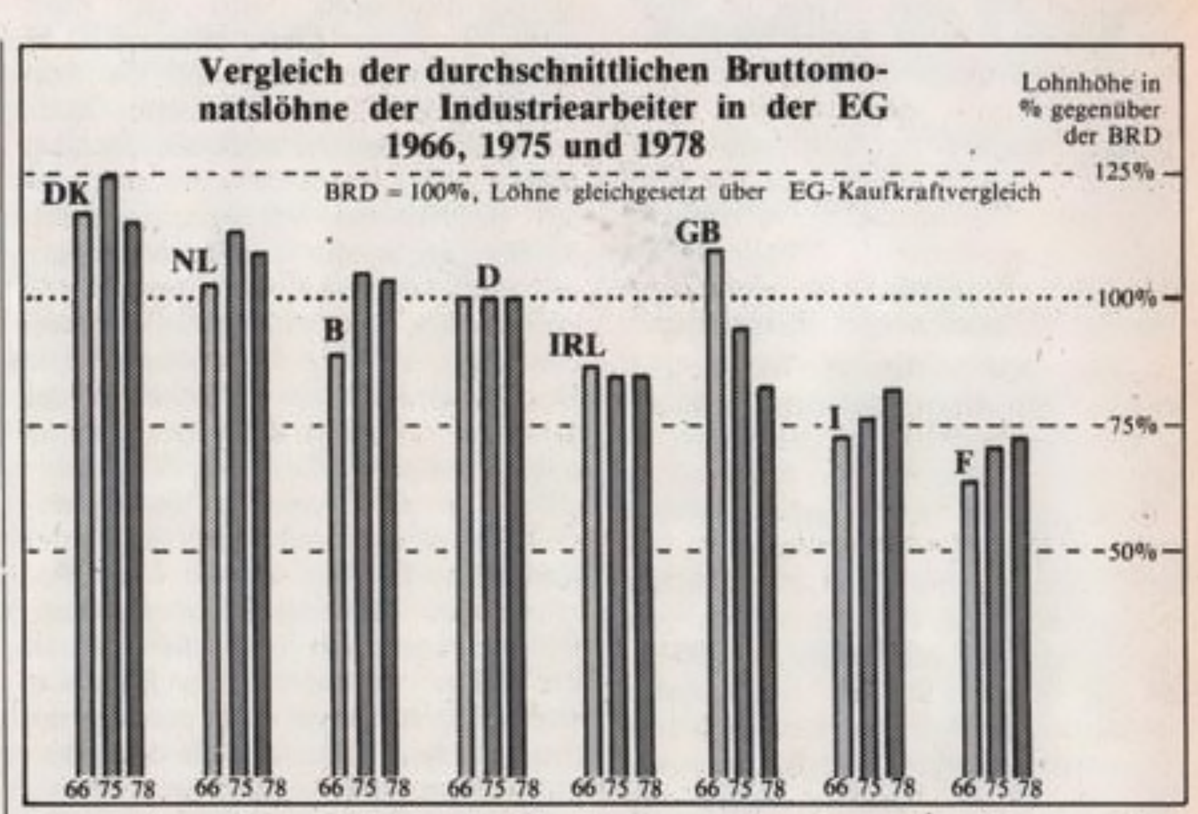




Die Gleichsetzung der Löhne wurde auf Grundlage eines EG-Kaufkraftvergleichs durchgeführt. Entsprechend der ,,Kaufkraft'', den nationalen Preisniveaus also, und unter Berücksichtigung des Verbrauchs, ermittelt durch die volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, werden die jeweiligen Währungen auf eine ,,Europäische Kaufkraft-Währung'', den ,,SPA'', bezogen.

Zur Problemlage im Kampf um den Lohnstandard

z.maf. Selbst die vorläufige, stichprobenartige und auf wenige Länder eingeschränkte Untersuchung der Entwicklung der Nettolohnverteilung innerhalb der EG zeigt, daß in Westeuropa erschütternde Kämpfe um den Lohnstandard sich weiter entwickeln müssen. Im wesentlichen zeigt sich, daß die Gewerkschaftsbewegung in den entwickelten imperialistischen Ländern ins Bündnis mit den Ländern der Dritten Welt muß, oder alles verlieren wird, was überhaupt bislang gewonnen werden konnte. – Obgleich noch nicht untersucht ist, in welchem Ausmaß die Entwicklung des Lohnstandards in der BRD hinter dem notwendigen Aufwand für die Reproduktion zurückgeblieben ist, läßt sich doch mit einiger Sicherheit folgendes sagen: Die Verengung der Bandbreite der Nettolohnverteilungen innerhalb der EG, die sowohl für jede einzelne wie auch relativ zueinander von 1966 nach 1978 gemessen werden kann, ist nur zum Geringeren auf eine Hebung etwa der Niedrigstlöhne zurückzuführen, sondern mehr auf ein Absinken der Normallohnzone relativ zum notwendigen Aufwand.



Auffällig ist im EG-Vergleich, daß die 1966 noch national sehr verschieden strukturierten Nettolohnverteilungen 1978 bereits eine sehr ähnliche Struktur aufweisen. Dies erkennt man am deutlichsten, wenn man mit dem Auge die Punkte der maximalen Häu-

GB: Gespaltene Gewerkschaftsbewegung

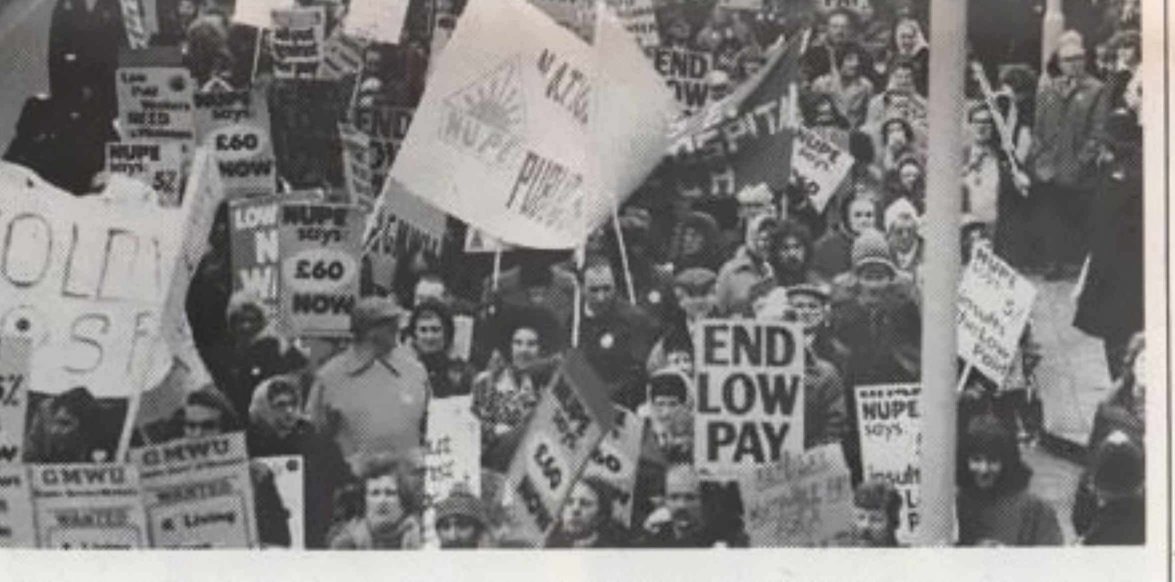
z.hef.London. In jedem einzelnen Kampf stehen die Arbeiter und Angestellten hier in Großbritannien vor dem gleichen Problem, eine einheitliche Kampffront aller Gewerkschaften einer Branche oder eines Betriebes herzustellen. Nur selten gelingt das. Z.B. führen die Gewerkschaften ISTC (Stahlarbeiter, meist ungelernt) und NUB (Hochofenarbeiter) gegenwärtig den Stahlstreik durch. Die Gewerkschaft TGWU (vor allem Transport- und Produktionsarbeiter) hat nicht zum Streik aufgerufen, aber die meisten Mitglieder beteiligen sich trotzdem. Die Mitglieder der AUEW (Metallfacharbeiter, z.B. Reparaturarbeiter) streiken nicht, ebenso nicht die Angestelltengewerkschaften. Alle Gewerkschaften haben separate Tarifverträge mit den Kapitalisten und verhandeln getrennt.

Die Schaubilder links zeigen, daß sich die Löhne der britischen Lohnabhängigen wesentlich breiter, also über mehr Lohnklassen, verteilen. Die Kapitalistenklasse beutet Millionen Arbeiter und Angestellte in Niedrigstlohngruppen aus, denen sie Löhne von weniger als der Hälfte des Durchschnittslohns zahlt. Verglichen mit anderen Ländern gibt es mehr ,,Niedriglohnempfänger''. Das war eine der Bedingungen für die Senkung des Lohns zwischen 1966 und 1978, die die Schaubilder zeigen.

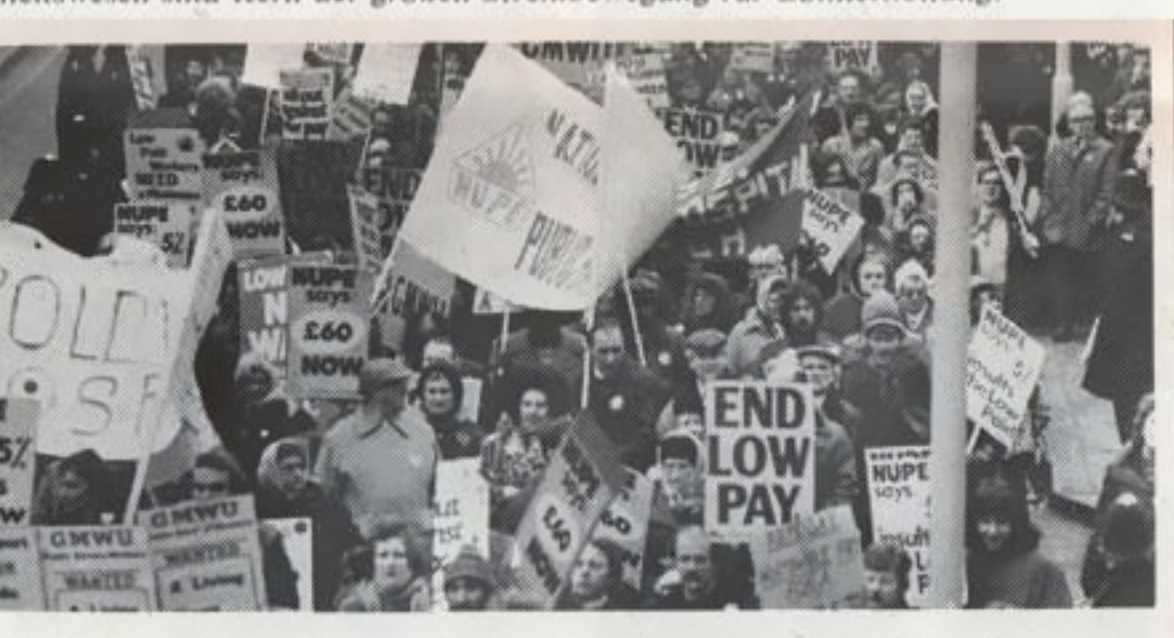
Bei der Schaffung und Erhaltung dieses Niedriglohnblocks stützen sich die Kapitalisten auf eine Strömung in der Arbeiterbewegung, die Lenin ,,Trade-Unionismus'' nannte. Das bedeutet, nur nach den Interessen der eigenen Trade-Union, der eigenen Gewerkschaft, und nicht entsprechend den Interessen des gesamten Proletariats im wirtschaftlichen und politischen Kampf vorzugehen.

Bis heute ist die Gewerkschaftsbewegung in ,,Crafts-Unions'', Facharbeitergewerkschaften, und allgemeine Gewerkschaften gespalten. Die Crafts-Unions sind mehr oder weniger zünftlerische Vereinigungen, die nur Arbeiter einer bestimmten Qualifikation organisieren. Z.B. hatten ungelernte Arbeiter in der größten Metallarbeitergewerkschaft, der AUEW, bis in die fünfziger Jahre kein Stimmrecht, wenn sie überhaupt aufgenommen wurden. Andererseits gibt es Gewerkschaften wie die TGWU (Transport- und Allgemeine Arbeitergewerkschaft), die ungelernte Arbeiter aus fast allen Branchen organisiert.

Die britische Kapitalistenklasse war zu Beginn der imperialistischen Epoche erfolgreich bei der Schaffung einer Arbeiteraristokratie, die sie mit Extraprofiten aus der Kolonialausbeutung bestach. Die Arbeiterbewegung hat die daraus resultierende Spaltung bis jetzt nicht überwunden, trotz vieler Ansätze. Z.B. haben die beiden größten Gewerkschaften in der Automobilindustrie, AUEW und TGWU, in fast allen Produktionswerken gemeinsame Vertrauensleute.



1979. Die zu Niedrigstlohn bezahlten Gemeindearbeiter und Arbeiter im Gesundheitswesen sind Kern der großen Streikbewegung für Lohnerhöhung.



1979. Die zu Niedrigstlohn bezahlten Gemeindearbeiter und Arbeiter im Gesundheitswesen sind Kern der großen Streikbewegung für Lohnerhöhung.

sie überhaupt aufgenommen wurden. Andererseits gibt es Gewerkschaften wie die TGWU (Transport- und Allgemeine Arbeitergewerkschaft), die ungelernte Arbeiter aus fast allen Branchen organisiert.

Die britische Kapitalistenklasse war zu Beginn der imperialistischen Epoche erfolgreich bei der Schaffung einer Arbeiteraristokratie, die sie mit Extraprofiten aus der Kolonialausbeutung bestach. Die Arbeiterbewegung hat die daraus resultierende Spaltung bis jetzt nicht überwunden, trotz vieler Ansätze. Z.B. haben die beiden größten Gewerkschaften in der Automobilindustrie, AUEW und TGWU, in fast allen Produktionswerken gemeinsame Vertrauensleute.

Italien: Zehn Jahre Festgeldforderungen

z.ulg.Rom. Vergleicht man die beiden nebenstehend abgedruckten Lohnverteilungen in der italienischen Industrie für 1966 und 1978, fällt zweierlei auf: Die Einebnung der Lohnunterschiede zwischen den verschiedenen Arbeiterlohngruppen und die deutliche Abwanderung der mittleren und höheren Angestellten. Seit 1968/69 hatten die Gewerkschaften in den Tarifkämpfen durchweg Festgeldforderungen aufgestellt, 1975 hat die Arbeiterklasse auch die Umstellung der Inflationszuschläge nach der ,,gleitenden Lohnskala'' auf Festgeldbeträge durchgesetzt. Die traditionellen Niedriglohngruppen sind dadurch an das durchschnittliche Lohnniveau herangeschoben, die Facharbeiterlohngruppen dagegen darauf gedrückt worden. Gedrückt, denn anders ist die Entstehung eines ,,Grabens'' zwischen Arbeiter- und Angestelltenlöhnen nicht zu erklären.

Vor allem in den letzten Jahren (vor 1979) hatten die revisionistischen und reformistischen Gewerkschaftsführer zwar ,,Festgeld'', aber so niedrig abgeschlossen, daß den Kapitalisten reichlich Spielraum zur Verteilung der Lohnsumme nach ihren Spaltungsabsichten geblieben ist. Im Bericht einer parlamentarischen Untersuchungskommission heißt es dazu: ,,Verschiedene Unternehmen, die vor der Kommission an die aus der Gewerkschaftspolitik der letzten Jahre herrührende Nivellierung erinnert haben, haben erklärt, die Gewährung von individuellen Lohnzulagen sei das einzige Gegenmittel.'' Dies nicht nur gegenüber den Angestellten, sondern auch gegenüber einem Teil der Facharbeiter. Statt darauf mit der Aufstellung ausreichend *hoher* Forderungen zu antworten, treten die Revisionisten seit der Tarifbewegung des letzten Jahres wieder für *gestaffelte* Forderungen ein.

Bei der Betrachtung der Schaubilder muß man beachten, daß sie nur die Lohnverteilung in den *größeren Industrie*betrieben widerspiegeln. Die rund 1,3 Mio. Landarbeiter sind nicht erfaßt, und ihre Löhne liegen – vor allem wegen der unregelmäßigen Beschäftigung – im Durchschnitt weit unter den Effektivlöhnen in der Industrie. Auf die erfolgreichen Kämpfe der größeren Belegschaften haben die industriellen Kapitalisten mit der Auslagerung zahlreicher Arbeiter in formell selbständige Kleinbetriebe geantwortet. Mindestens eine Million Arbeiter werden als ,,Schwarzarbeiter'' ohne Tarif und Sozialversicherung (und damit erst recht ohne Statistik) ausgebeutet. Gegenüber dieser ,,untergetauchten Wirtschaft'' rufen die Revisionisten nach ,,Investitionen im Süden''. Die Löhne in den größeren Betrieben werden unter diesem Vorwand gesenkt, das Millionenheer der ,,Schwarzarbeiter'' kann unter solchen Forderungen nicht mit den Kernschichten des Industrieproletariats im Kampf um den Lohn zusammengeschlossen werden. Das Ergebnis der Kämpfe eines Jahrzehnts ist in Gefahr.



1972. Vier Millionen Lohnabhängige streiken allein in der Lombardei und in Padua für ihre Tarifforderungen. Bild: 200000 demonstrieren in Mailand.

figkeit in den Verteilungen 1966 und 1978 aufsucht. 1966 liegen diese noch erheblich verschieden, 1978 ganz verblüffend gleich. Es hat sich sozusagen eine EG-Normallohnzone herausgeformt.

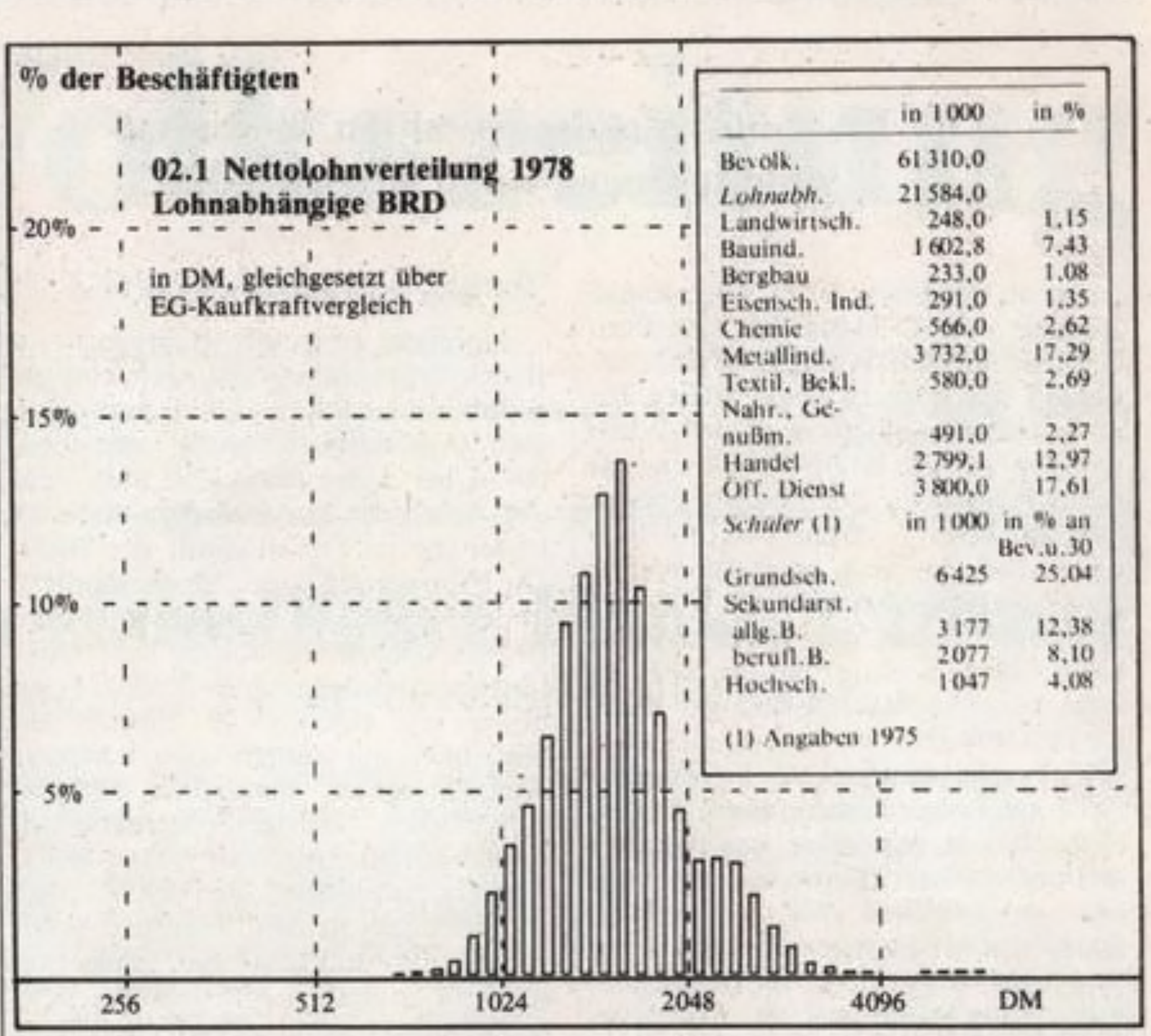
Andererseits tragen die Verteilungen nach wie vor sehr deutliche Spuren der je national verschiedenen Geschichte der Arbeiterbewegung. Die Ausprägung der Niedrigstlohnzone scheint völlig verschieden. In Italien scheint dieselbe ganz zu fehlen (tatsächlich fehlen nur mehrere Millionen außerhalb der gesetzlichen Arbeiterschutzbestimmungen ausgebeutete und nicht einmal sozialversicherte Lohnarbeiter). In der BRD fehlt das anschwellende Heer der Teilzeitarbeiter.

Trotzdem zeigt die britische Lohnverteilung eindringlich, welche Folgen der im Kapitalexport entfaltete Kolonialismus und Neokolonialismus auf das Mutterland hat. Die in den unterdrückten Ländern aufgezwungenen Niedrigstlöhne pflanzen sich zuerst über den Warenmarkt und den Kapitalmarkt und nach einer gewissen Zeit auch über den Arbeitsmarkt ins Mutterland fort. Den ähnlichen Vorgang kann man auch bei der holländischen Verteilung im verkleinerten Maßstab sehen; Frankreich, wofür uns vorderhand die Daten fehlen, würde mit hoher Wahrscheinlichkeit diese Auskunft bestätigen.

Es ist zu erwarten, daß in Westdeutschland, wo die Kapitalistenklasse den Kapitalexport enorm forciert hat, diese Gesetzmäßigkeiten in den kommenden Jahren immer stärker zur Wirkung gelangen. Tatsächlich spürt man die Wirkung in gewissen Industrien auch bereits ganz deutlich. Die Elektrotechnische Industrie, die erheblich Kapitalexport treibt und in Niedrigstlohnländern produzieren läßt, hat hier in der BRD bereits eine sehr deutliche Niedriglohnzone ausgebildet.

Für die Taktik, die die Gewerkschaften im wirtschaftlichen Kampf ergreifen müssen, bedeutet dies: Entweder sie machen den Kampf, den die Länder der dritten Welt um die nationale Unabhängigkeit führen, zu ihrer eigenen Sache, oder sie finden sich stets vor der Drohung der Verlagerung der Produktion in unterdrückte Länder. Und: Entweder sie machen den Kampf, den in diesen Ländern die Arbeiter gegen die imperialistischen Monopole führen, zu ihrer eigenen, gewerkschaftlichen Sache, oder sie brauchen nicht lange zu warten und der brutal ausgepreßte Niedriglohnstandard schlägt ins Mutterland zurück.

Es ist also nicht damit getan, im Kampf gegen die Ausbeutung zu Niedrigstlöhnen leidlich hohe Festgeld- oder Mindestforderungen aufzustellen. Da sind bloß taktische, vorübergehende Erfolge möglich. Es wirkt stets die Tendenz, den Lohn auf den weltweit erzielten niedrigsten Standard hinunterzudrücken. Was nun die Situation innerhalb der EG anbetrifft, die durch einen sehr einheitlichen Kapital-, Waren- und zunehmend auch Arbeitsmarkt zusammengefaßt ist: Die Bruttolöhne, und das sind die, die die Kapitalisten zahlen müssen, sind noch sehr unterschiedlich. Das heißt: Im Rahmen der ,,EG-Harmonisierung'' besteht ein erheblicher Spielraum, den Gesamtlohnstandard zu senken, indem durch politische Gesetze auf die höchsten bestehenden Abzugslasten und über das ,,freie Spiel der Marktkräfte'' auf den niedrigsten Bruttolohn harmonisiert wird. Dies bedeutet: Wenn die Arbeiterbewegung nicht mit zunehmender Wucht und Klarheit zum politischen Kampf gegen das System der Lohnabzüge übergeht, ist ein Sinken des Lohnstandards weit unter das derzeitige Niveau nicht aufzuhalten.





Niederlande: Lohnsenkung mit Preiskompensation

z.scc. Letzten Sommer, wir berichteten darüber, setzten die rund 20000 Lohnabhängigen in der Fleischindustrie durch Streik die vorzeitige Kündigung ihres Tarifvertrages und eine rückwirkende Lohnerhöhung von 20 hfl/Woche für alle durch.

Die Nahrungs- und Genußmittelindustrie, ganz ausgerichtet auf den Export v.a. auf den westdeutschen Markt, ist der zweitgrößte Industriezweig. Die Masse der hier arbeitenden Lohnabhängigen, oftmals ausländische Arbeiter aus den ehemaligen Kolonien und aus Südeuropa, ist am unteren Ende der Lohnskala angesiedelt. Hier auch nimmt die seit letztem Jahr erneut sich entwickelnde Bewegung für Festgeldforderungen ihren Ausgang: Der Erfolg der Fleischarbeiter setzte für die Beschäftigten mehrerer anderer Zweige der Nahrungsmittelindustrie ein Signal – sie taten es ihnen nach. Während die Führungen der Industrie- und Transportgewerkschaft FNV sich bereits bei der Forderung für die Tarifauseinandersetzungen 1980 mit 2% bescheiden, fordert die Nahrungsmittelgewerkschaft FNV 40 hfl/Woche, das entspricht 173 DM im Monat.

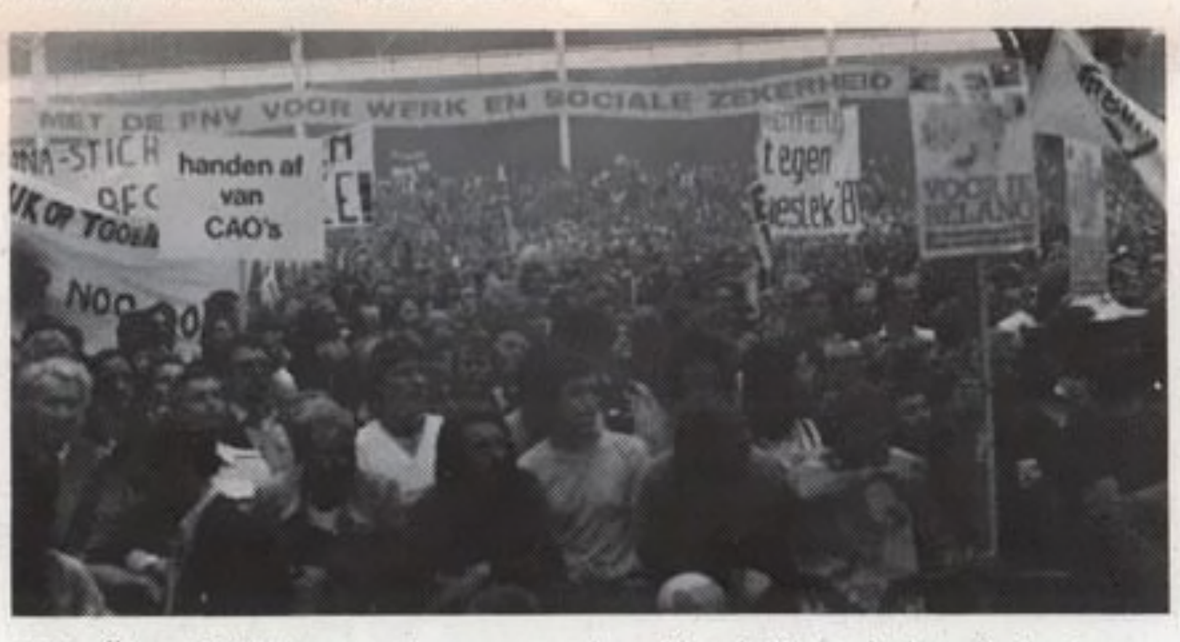
Deutlich illustrieren die Schaubilder, 1978 nur wenig anders als 1966, die schroffe Abspaltung einer Abteilung von Niedrigstlöhnern vom Hauptheer der Lohnabhängigen, und dies zumindest seit 1975 auf der abschüssigen Bahn eines sinkenden Durchschnittslohns. Ende der 60er Jahre propagierte die Gewerkschaftssozialdemokratie in

Der Erfolg der Fleischarbeiter setzte für die Beschäftigten mehrerer anderer Zweige der Nahrungsmittelindustrie ein Signal – sie taten es ihnen nach. Während die Führungen der Industrie- und Transportgewerkschaft FNV sich bereits bei der Forderung für die Tarifauseinandersetzungen 1980 mit 2% bescheiden, fordert die Nahrungsmittelgewerkschaft FNV 40 hfl/Woche, das entspricht 173 DM im Monat.

Deutlich illustrieren die Schaubilder, 1978 nur wenig anders als 1966, die schroffe Abspaltung einer Abteilung von Niedrigstlöhnern vom Hauptheer der Lohnabhängigen, und dies zumindest seit 1975 auf der abschüssigen Bahn eines sinkenden Durchschnittslohns. Ende der 60er Jahre propagierte die Gewerkschaftssozialdemokratie in

Reaktion auf die Krise der kapitalistischen Produktion und als Allheilmittel gegen die sprunghaft ansteigende Inflation die ,,Preiskompensation''. Seit Beginn der 70er Jahre enthalten die Tarifverträge die Klausel, daß die Löhne zweimal jährlich um die Preissteigerungsrate angehoben werden. Und zwar *prozentual*: Mit sinkendem Lohn wachsende Lohnsenkung ist das von den Lohnabhängigen teuer bezahlte Resultat der sozialdemokratischen Illusion, dem Kampf um den Lohn ausweichen zu können. Tatsächlich fesselt die ,,Preiskompensation'' den Lohnkampf: 1979 konnte die Arbeiterklasse fast durchweg *keine* Tariflohnerhöhung durchsetzen, 1978 betrug die durchschnittliche Tariferhöhung 0,5 und 1977 1,7%, zu wenig, um selbst auch nur den Betrug bei der ,,Preiskompensation'' auszugleichen. Und im Betrug wird die Regierung immer frecher: Erst rechnete sie die Erhöhung der indirekten Steuern nicht auf die ,,Preiskompensation'' an, jetzt plant sie, die Benzin- und Ölpreiserhöhungen herauszunehmen.

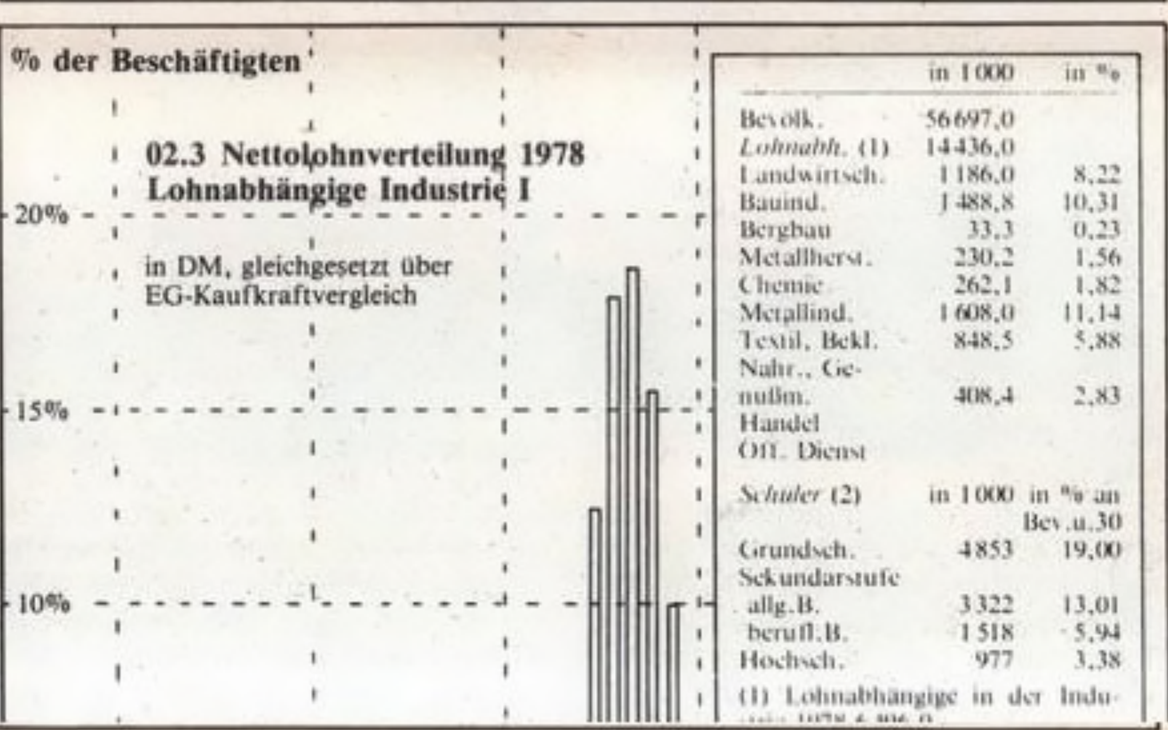
Ob es der Nahrungsmittelgewerkschaft gelingen kann, die Wende in der Lohnpolitik herbeizuführen? Wenn Industrie- und Transportgewerkschaft an ihrer 2%-Forderung festhalten? Die Bourgeois jedenfalls halten die Stunde für einen einschneidenden Einbruch in das Lohnniveau für gekommen: Die Regierung erwägt laut einen mehrmonatigen Lohnstopp – in dieser Zeit laufen fast alle Tarifverträge aus.

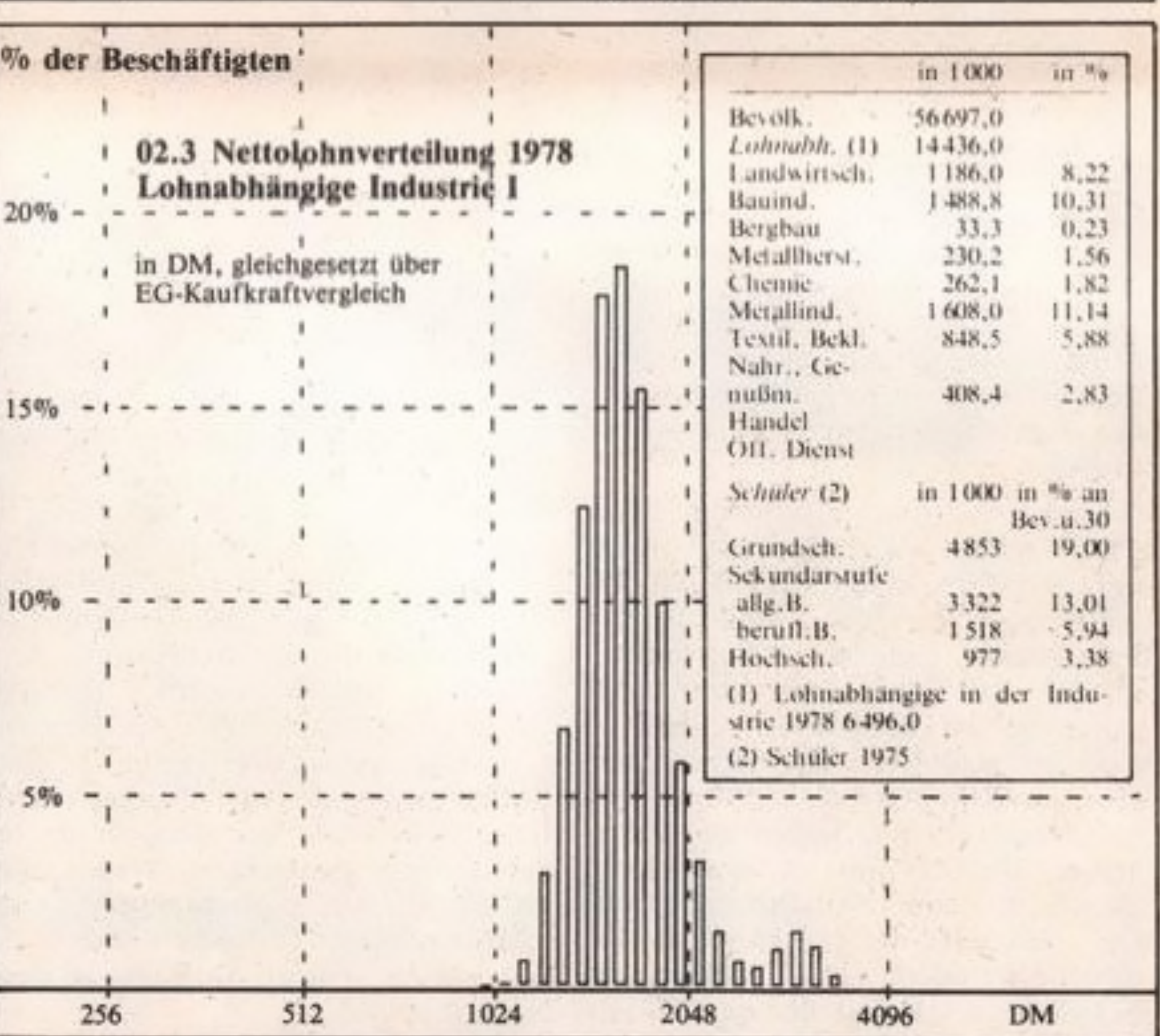


1979. Über 50000 demonstrieren gegen das ,,Bestek 81'', mit dem die Regierung die Schraube der Steuer- und Sozialversicherungsplünderung anziehen will.



1979. Über 50000 demonstrieren gegen das ,,Bestek 81'', mit dem die Regierung die Schraube der Steuer- und Sozialversicherungsplünderung anziehen will.



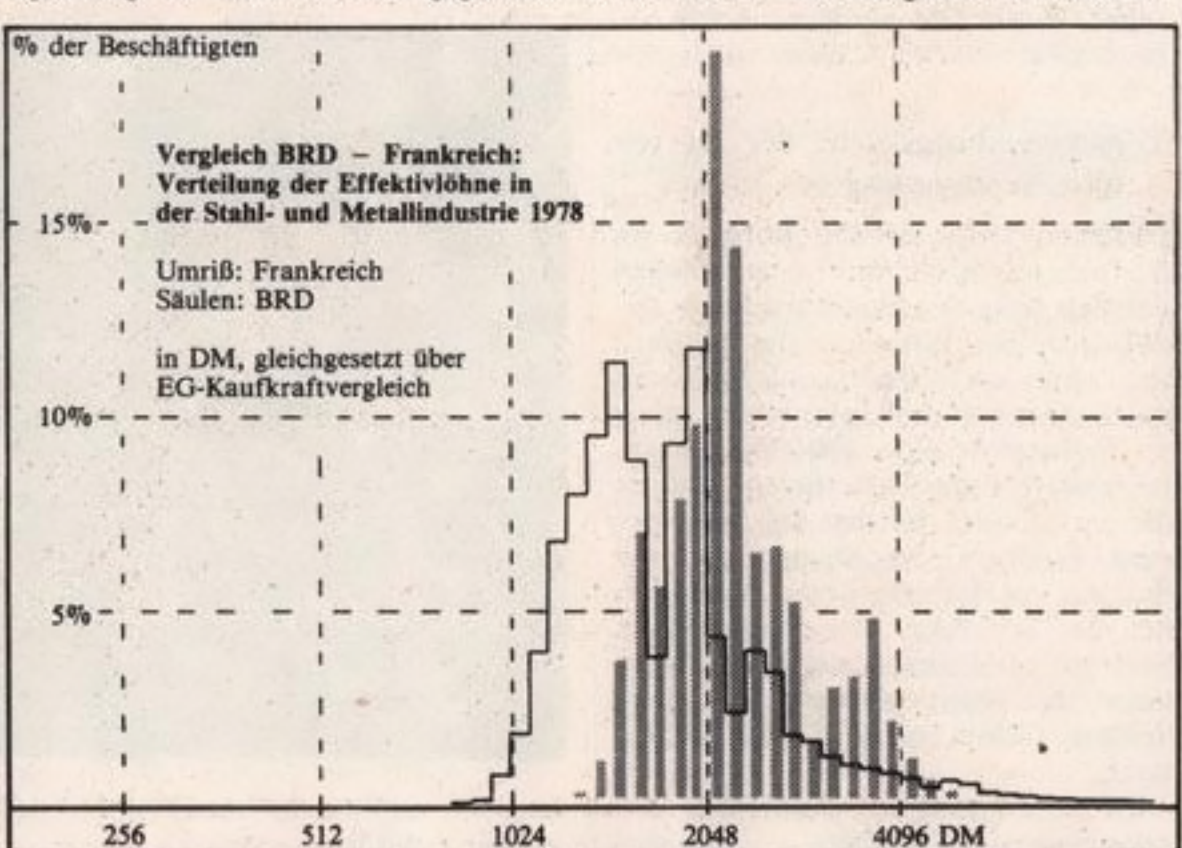


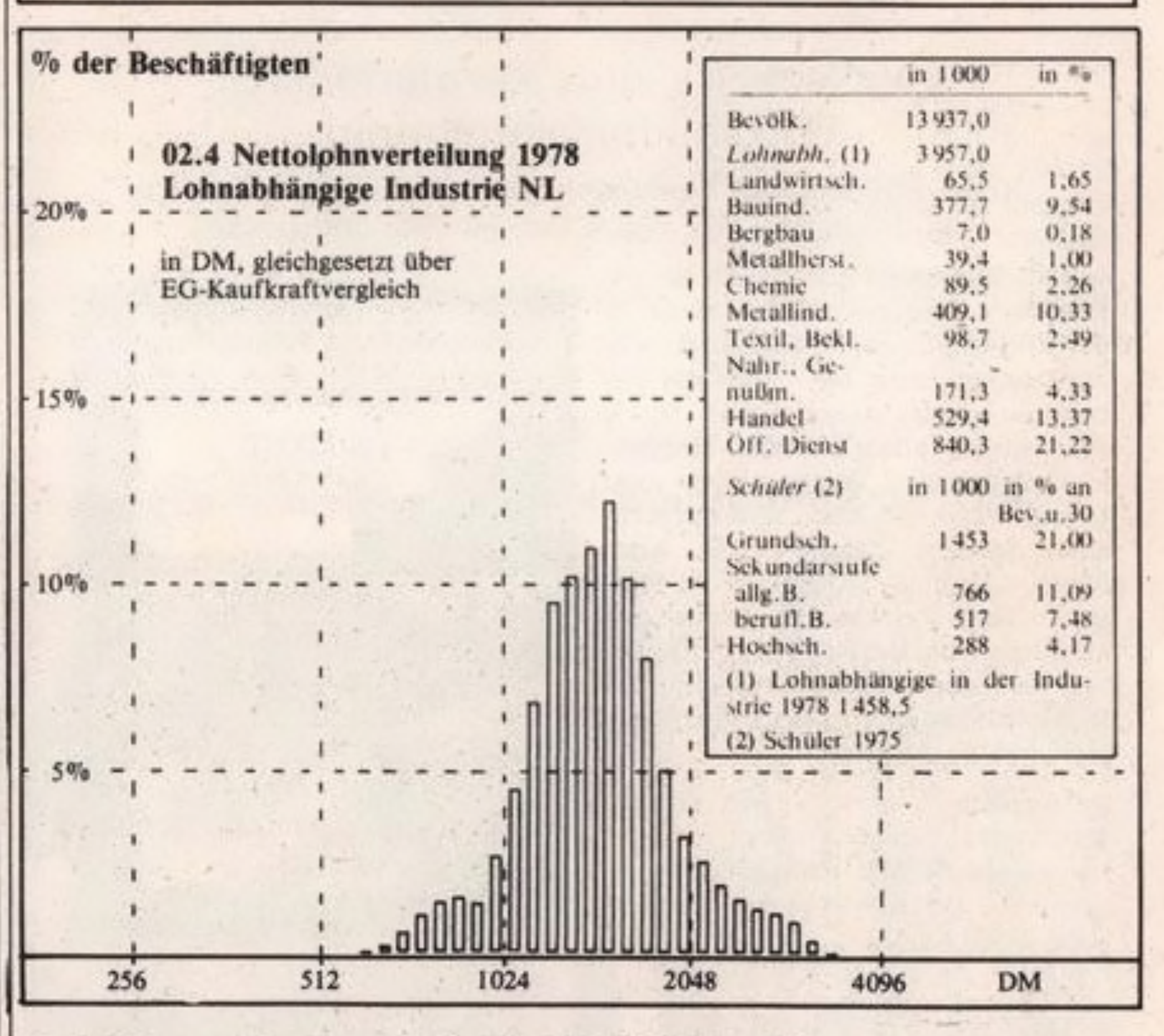
Frankreich: Spaltung ermöglicht Lohndrückerei

z.pel.Paris. Die Ergebnisse des nebenstehenden Vergleichs der Bruttolohnverteilung in der französischen wie westdeutschen und Westberliner Metall- und Stahlindustrie werden manchen überraschen. Sie beweisen – und dies ändert sich nach unseren bisherigen Untersuchungen auch bei den Nettolöhnen nicht wesentlich –, daß die französische Bourgeoisie den Lohnstandard der französischen Metallarbeiter weit unter den ihrer westdeutschen Klassengenossen hat drücken können und sich dadurch die Grundlage für ihre Spitzenpositionen in der europäischen Konkurrenz z.B. in der Automobilindustrie, der Flugzeugindustrie und in der Elektronik geschaffen hat. Unleugbar und durch die amtliche Statistik bestätigt ist jedoch auch der Kampfwille der französischen Arbeiter, der sich in den Jahren 1970–1977 in jährlich durchschnittlich 3,7 Mio. Streiktagen, geführt von 2,1 Mio. Lohnabhängigen, geäußert hat.

Woher diese ziemlich schmerzliche Diskrepanz zwischen Aufwand und Ergebnis? Eine nähere Betrachtung des Schaubildes läßt neben der Niedrigkeit des Lohns eine starke Zerklüftung in der Verteilung, also erhebliche Spaltung der Lohngruppen, erkennen. Deutlich abgehoben von den 54,6% der überwiegend angelernten Arbeiter und kleinen Angestellten, die weniger als den Durchschnittslohn in der gesamten Industrie verdienen, finden wir den Block der Facharbeiter (ca. 21%) sowie die Abteilung von Meistern und Technikern. Der Schwanz des teilweise besser als in der BRD bezahlten höchsten Antreiberpacks verweist auf die Sorgfalt, mit der die Kapitalisten die Unterdrückung organisieren.

Diese doch große Spaltung, die sich in Lohnunterschieden von bis zu 20% zwischen Facharbeitern in der Flugzeugindustrie und im Maschinenbau oder sogar in Unterschieden von 27% bei angelernten Arbeitern verschiedener Werke des Maschinenbaukonzerns Alsthom fortsetzt, kann sich auf Basis fast vollständig fehlender nationaler wie regionaler Tarifverträge und der Spaltung in fünf Richtungsgewerkschaften entwickeln. Jede Lohnerhöhung muß in zunächst isolierten Kämpfen auf Betriebsebene durchgesetzt werden, fast nie kann sich die einheitliche Kraft der Klasse entfalten, eine industrielle Reservearmee von gegenwärtig 8,8% erleichtert den Kapitalisten die Begrenzung der Kampferfolge und die weitere Drückung des Lohns in der ganzen Branche. Die französische Arbeiterklasse hat in den diesjährigen Lohnkämpfen als Antwort den Kampf für vereinheitlichende Forderungen von 2700 FF Mindestlohn (27% der Metallbeschäftigten liegen darunter) und 300 FF für alle gleich entwickelt.





Verhältnisse nach ,,Europäischer Kaufkraft-Währung'':
1966 beträgt 1 ,,SPA'':
4,23 DM; 5,78 FF; 657,82 Lit; 3,10 hfl; 0,379 Pf. St.
1978 beträgt 1 ,,SPA'':
2,92 DM; 5,88 FF; 833,43 Lit; 2,90 hfl; 0,519 Pf. St.

FAZ mit Landtagswahlen in Baden-Württemberg noch unzufrieden

z.chc. In der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 4. Januar hat sich Karo Schmitz mit den Wahlkampfvorbereitungen der bürgerlichen Parteien für die Landtagswahlen in Baden-Württemberg am 26. März befaßt und ist wenig begeistert. ,,Menschlich, liberal, heimatliebend – welche der drei Parteien würde das nicht unterschreiben''. Eine absolute Mehrheit der CDU sei nicht mehr sicher, ihre Wahlkampfparolen eher vorsichtig. Bei der SPD sei nicht ausgemacht, daß sie mehr Stimmen als 1976 (33,3%) bekommt. Aber selbst wenn, dann sei das kein Grund für Epplers Verdienste, sondern eher einer, sich zu überlegen, was erst alles in Punkto einer ,,Südwest-SPD'' drin sei, ...wenn statt des ,,sauertöpfischen'' Eppler ein Mann mit dem Zeug zu einem Volkstribun'' an seine Stelle käme. Die FDP ist in Baden-Württemberg wieder ,,nach allen Seiten offen''. Bangemann wurde abgeschoben und dafür Morlock aufgebaut. Ihm sei eher zuzutrauen, ohne feste Koalitionsaussage die Wahlen zu überstehen. Schließlich die Grünen. Auch FAZ-Schmitz will die Möglichkeit einiger Sitze im Landtag für Hasenclevers Grüne in Baden-Württemberg ausdrücklich zum öffentlichen Thema gemacht haben. Um Hoffnungen für die demnächst anstehende Parteigründung der Grünen zu schüren, läßt er sich über die ,,arithmetische Möglichkeit'' einer Ablösung Späths durch eine SPD/FDP/Grün-Koalition aus. Freilich auch nur die arithmetische Möglichkeit.

Das Kernproblem der bürgerlichen Parteien und ihrer Zeitungskommentatoren aber sind die Fortschritte der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung durch die Aufstellung eines festen Betrages von 150 DM für die unteren Lohngruppen und auf der Prozentseite 10% durch die IG Metall und die stehende Forderung der OTV.

Wollen die bürgerlichen Parteien CDU, SPD und FDP zunächst noch direkte Angriffe auf die Lohnkämpfe und die beschlossenen Forderungen der Gewerkschaften vermeiden, so sind sie erst recht dazu gezwungen, sich über die Großartigkeit des Musterländles im allgemeinen und besonderen auszulassen, und daß aber noch dieses oder jenes zum vollständigen Glück fehle. ,,Etwas mehr Menschlichkeit'', der Wahlspruch der SPD. Vor allem bei der CDU vermißt FAZ-Schmitz den Angriffsgeist gegen die Arbeiterbewegung.

Dennoch, Ministerpräsident und CDU-Landesvorsitzender Späth begibt sich unverdrossen optimistisch auf den schleimigen Kurs der ,,Musterländle-Propaganda: ,,Ich selbst bin optimistisch...wir haben eine gute Ausgangslage in BadenWürttemberg... trotzdem glaube ich, auch unsere jüngere Generation erwartet, daß wir unsere Verantwortung tragen und ihnen helfen, die Zukunft zu gewinnen.'' (Späth in seiner Neujahrsansprache) Die ,,Zukunft'' der Jugend war in Baden-Württemberg schon immer ein Eckpfeiler der Politik der Kapitalisten und ihrer Landesregierungen.

Jahrelang ist es der Bourgeoisie in Baden-Württemberg gelungen, eine gegenüber dem Bundesdurchschnitt jüngere Arbeiterbevölkerung auszubeuten. Uber Jahre hinweg ist außerdem der Anteil der ausländischen Arbeiter höher als im Durchschnitt der BRD. Die Propaganda vom ,,Musterländle'', in dem sowohl die Kapitalisten bessere Profite machen als auch die Reproduktion der Arbeiter und der Volksmassen besser sei, belegen die bürgerlichen Statistiken mit Zahlen von niedrigerer Arbeitslosigkeit, niedrigerer Erwerbsunfähigkeit, niedrigerer Sterberate im Landesdurchschnitt von Baden-Württemberg gegenüber der BRD. Was würde es aber heißen, wenn der Anteil von Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrentnern in Baden-Württemberg dem Bundesdurchschnitt entsprechen würde, wenn man berücksichtigt, daß in Baden-Württemberg 65,1% der Bevölkerung unter 45 Jahren sind, im Bundesdurchschnitt aber 62,7%. Das würde nur heißen, daß die Arbeiter in Baden-Württemberg schneller verschlissen werden. Den Vorteil einer jünger zusammengesetzten Arbeiterbevölkerung hat sich die Bourgeoisie in Baden-Württemberg durch den Zuzug von Arbeitskräften nach 1945 und durch eine ungeheure Umwälzung und Verschleiß ausländischer Arbeitskraft verschafft. Die Propaganda vom Musterländle ist darauf gegründet, daß die Kapitalisten in den Industriezentren um Stuttgart und Mannheim die Arbeiter unter mörderischen Arbeits- und Lebensbedingungen in den frühen Tod treiben und sich ständig neue Reserven aus jugendlicher Arbeitskraft und von ihrem Land vertriebenen Bauern geholt haben.

Aus der gleichen Statistik, mit der die bürgerliche Propaganda des ,,Musterländles'' belegt werden soll, läßt sich nachweisen, was man auch weiß: in den Industriezentren Stuttgart und Mannheim ist die Reproduktion der Arbeiterklasse nicht mehr gesichert, die Kindersterblichkeit liegt über der der BRD und Baden-Württemberg, die Sterberate in allen Altersklassen höher.

Die Entwicklung einer politischen Arbeiterbewegung, die wachsende Einheit um Forderungen, die der Ausbeutung Schranken setzen und der Kampf gegen die dauernden Lohnsenkungen bringen das Konzept der bürgerlichen Parteien durcheinander. Es bestand darin, gegenüber dem Kampf gegen die Ausbeutung durch die schwarze Reaktion behaupten zu lassen, dafür gebe es keinerlei Grund, und durch die Sozialdemokratie den Kampf gegen die Ausbeutung und gegen Lohnsenkung auf ,,Humanisierung der Arbeitswelt'' abzulenken. Eppler bekommt für die zweite Seite dieser Taktik eine Bewährungsprobe: unter der Jugend und den Mittelklassen, die sich dagegen wehren, zu Reserven der Ausbeutung in der Industrie gemacht zu werden, die Hoffnung auf ,,Alternatives'' und ,,Menschliches'' zu fördern. Die Grünen werden ihm als Drohung in den Nacken gesetzt.

Regionale Klassenkämpfe
Geschichte der Klassenkämpfe in Nordbaden, der Rheinpfalz und württembergisch Franken

Quellenheft zu den Musiktagen 1979

Monarchie in den Ubergangsperioden erscheint, wo die alten Feudalstände untergehen und der mittelalterliche Bürgerstand zur modernen Bourgeoisklasse sich heranbildet, ohne daß noch eine der streitenden Parteien mit der anderen fertig geworden wäre. Die Elemente, auf denen sich die absolute Monarchie aufbaut, sind also keineswegs ihr Produkt; sie bilden vielmehr ihre soziale Voraussetzung, deren geschichtliche Entstehung zu bekannt ist, um sie hier zu wiederholen. Daß in Deutschland die absolute Monarchie sich später ausbildete, länger währt, erklärt sich nur aus dem verkrüppelten Entwicklungsgang der deutschen Bürgerklasse. Die Rätsel dieses Entwicklungsganges findet man gelöst in der Geschichte des Handels und der Industrie. Der Untergang der spießbürgerlichen deutschen freien Städte, die Vernichtung des Ritterstandes, die Niederlage der Bauern – die daraus hervorgehende Landeshoheit der Fürsten – der Verfall der deutschen Industrie und des deutschen Handels, die ganz auf mittelalterlichen Zuständen beruhten, in demselben Augenblick, wo der moderne Weltmarkt sich eröffnet und die große Manufaktur aufkömmt – die Entvölkerung und der barbarische Zustand, den der 30jährige Krieg zurückgelassen hatte – der Charakter der wieder sich erhebenden nationalen Industriezweige, wie der kleinen Leinenindustrie, welchen patriarchalische Zustände und Verhältnisse entsprechen – , der Charakter der Ausfuhrartikel, die größtenteils der Agrikultur angehörten, und darum fast nur die materiellen Lebensquellen des Landadels und darum seine relative Macht den Bürgern gegenüber vermehrten –, die gedrückte Stellung Deutschlands auf dem Weltmarkt im allgemeinen, wodurch die den Fürsten von Fremden gezahlten Subsidien eine Hauptquelle des Nationaleinkommens wurden, die daher erfolgende Abhängigkeit der Bürger vom Hof – usw., usw., alle diese Verhältnisse, worin sich die Gestalt der deutschen Gesellschaft und eine ihr entsprechende politische Organisation ausbildeten, verwandeln sich dem Grobianismus des gesunden Menschenverstandes in einige Kernsprüche, deren Kern aber darin besteht, daß das ,,deutsche Fürstentum'' die ,,deutsche Gesellschaft'' gemacht hat und täglich von neuem ,,macht''. Die gewaltsam reaktionäre Rolle, in der das Fürstentum auftritt, beweist nur, daß in den Poren der alten Gesellschaft eine neue Gesellschaft sich herangebildet hat, welche auch die politische Hülse – die naturgemäße Decke der alten Gesellschaft – als eine naturwidrige Fessel empfinden und in die Luft sprengen muß. Je entwickelter diese neuen auflösenden Gesellschaftselemente, desto konservative erscheint selbst die heftigste Reaktion der alten politischen Gewalt. Je entwickelter die neuen auflösenden Gesellschaftselemente, desto reaktionärer erscheint selbst der harmloseste Konservationsversuch der alten politischen Gewalt. Die Reaktion des Fürstentums, statt zu beweisen, daß es die Gesellschaft macht, beweist vielmehr, daß es abgemacht ist, sobald die materiellen Bedingungen der alten Gesellschaft sich überlebt haben. Seine Reaktion ist zugleich die Reaktion der alten Gesellschaft, die noch die offizielle Gesellschaft, und darum noch im offiziellen Besitz der Gewalt oder im Besitz der offiziellen Gewalt ist.
(Karl Marx, Die moderne Kritik..., in: Deutschland 1, S.581 f)

Verschwendungssucht der Herren und Auspressung des Volkes

Durchaus trifft auf die Kurpfalz im Rokoko das harte Wort eines Zeugen der Zeit über das Doudezregiment zu, daß ,,der Hof das Grab der Nation'' sei... aber wo in Frankreich Millionen das Fundament des Hofes bilden, müssen in Kurpfalz ganze 300000 den zweitausendköpfigen Hof tragen, und in diesem Duodez werden die Schlösser zum Alpdruck der Staaten und die Staaten zu Hinterländern, zu Domänen der Schlösser. Der Staat ist nur Staffage, die Staatskasse nur Schatzkasse des Hofhaushaltes, und diese Schlösser schlucken die Dörfer des Rokoko.
(A.Rapp, Deutsche Geschichte am Oberrhein, S. 224, 226)



Vertreibung plündernder Landsknechte durch Rohrbacher Bauern, Kupferstich von Matthäus Merian.
(Frauenfeld, Rohrbach, S.11)

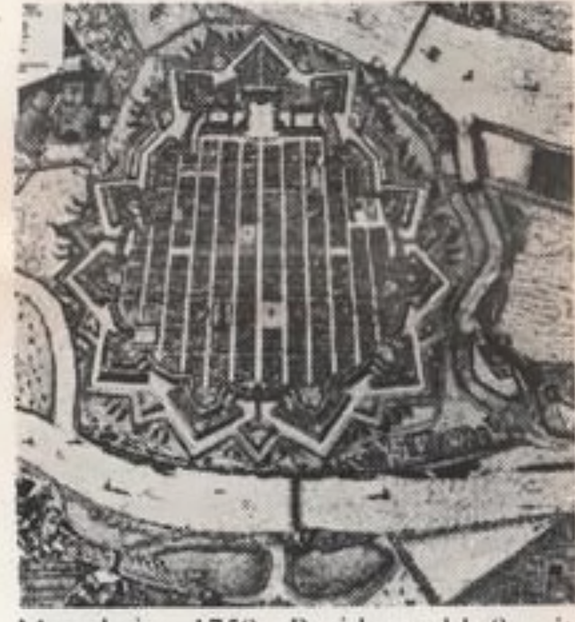
Wiederaufbau des zerstörten Landes nach 1648

(Baden 1648-1952, Bd. II, S.1548f) Der Landwirtschaft sollte auch durch größere Unternehmungen auf dem Gebiet der Be- und Entwässerung geholfen werden. In jene Zeit fällt auch die Verbreiterung des Landgrabens zum Rhein, der mitten durch das Unterland als Entwässerungsgraben angelegt war. ... In die badische Landwirtschaft hatte am Ende des 17. Jahrhunderts der Tabakbau Eingang gefunden, er wurde durch die eingewanderten Hugenotten gepflegt. Der Handel mit Tabak wurde regalisiert, das Handelsregal verpachtet. Die Waldenser, die sich in Welsch-Neureut und Palmbach niedergelassen hatten, hatten die Kartoffel mitgebracht. Der Kartoffelanbau fand alsbald allgemeinen Eingang.

Baukosten des Mannheimer Schlosses werden durch Plünderung eingetrieben



Mannheim 1606, Zitadelle mit Wohnstadt



Mannheim 1759, Residenzschloß mit Stadt

Zur Finanzierung des nunmehr vordringlichen Schloßbaus dienten Naturalleistungen und eine Schloßbausteuer. ... Auch Mannheim und Frankenthal zog man entgegen den Privilegien heran, nur die Stadt Heidelberg wurde freigestellt.
(R. Haus, Die Pfalz am Rhein, S.153f)
(R. Haus, Die Pfalz am Rhein, S.153f)

Schloßbau Rastatt: Widerstand der Bauern gegen Frondienste

,,Die Bauern jammern, daß sie 3 und 4 mal wöchentlich Frondienst leisten müssen'',...schrieb Rossi (Architekt und Bauleiter, d. Red.) bereits im Jahre 1698 an den Markgrafen; und dieser Widerstand, den er bei Durchführung der Fronarbeit von allen Seiten fand, war einer der Hauptgründe für die zahlreichen Stockungen im Bauwesen. Selbst seine Unterbeamten... erschwerten ihm die Arbeit.

Gründung der Stadt Mannheim ,,kein Handwerk soll unter Zünften stehen''.

Alle Steuern und Abgaben waren für 20 Jahre, alle Fronen aber auf immer erlassen. Vor allem aber sollte Mannheim völlige Freiheit von Zöllen auf bestimmte Zeit genießen,
So nahm er (der Kurfürst) auch jene holländischen Anregungen nach der Richtung der vollständigen Gewerbefreiheit in vollem Umfang auf. Es ist jedenfalls ein denkwürdiges Moment der deutschen Wirtschaftsgeschichte, als er in den Privilegien verkündete: ,,Kein Handwerk oder Handwerksleut sollen zu Mannheim unter Zünften stehen, sondern mag ein jeder allda arbeiten nach seinem Belieben und zwar mit soviel Knechten und Instrumenten, als er gutfinden wird, ohne Tax Arbeitslohns.''



Erste manufakturmäßige Produktion in Baden und in Württemberg in der Textilindustrie, 1809